

Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2025

Pressefassung



IMPRESSUM

Herausgeber

Landesregierung Brandenburg
Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (MIK)
Abteilung Verfassungsschutz
Henning-von-Tresckow-Straße 9-13
14467 Potsdam
E-Mail: info@verfassungsschutz-brandenburg.de
Internet: mik.brandenburg.de/verfassungsschutz

Redaktion

V.i.S.d.P.
MIK | Abteilung Verfassungsschutz, Referat 52
E-Mail: info@verfassungsschutz-brandenburg.de
Internet: mik.brandenburg.de/verfassungsschutz
Telefon: 0331 866-2500
Fax: 0331 866-2599

Stand

Juni 2026

Gestaltung/Bildrechte

MIK | Abteilung Verfassungsschutz, Referat 52

Druck

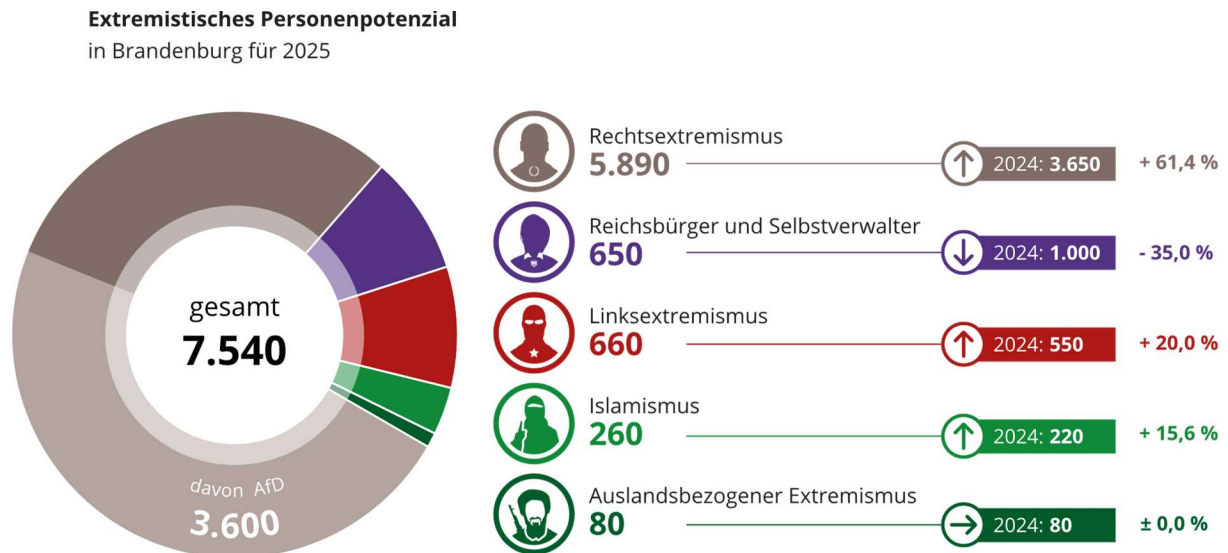
Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg (LGB)
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam

Zusammenfassung	5
1. Aufgaben, Befugnisse und Kontrolle des Verfassungsschutzes	22
2. Aktuelle Entwicklungen	28
2.1 Manipulation – das älteste Handwerk der Welt	29
2.2 Muslimbrüder und ihr demokratie-unterwanderndes Vorgehen.....	36
3. Rechtsextremismus	43
3. Rechtsextremismus.....	44
3.1 DER DRITTE WEG / National Revolutionäre Jugend (NRJ).....	47
3.2 Die Heimat / Junge Nationalisten	54
3.3 Alternative für Deutschland (AfD) - Landesverband Brandenburg / Junge Alternative Brandenburg (JA Brandenburg).....	58
3.4 Parteiunabhängige Strukturen: parteinahe Vorfeldorganisationen	71
3.5 Parteiunabhängige Strukturen: subkulturelle und aktionsorientierte Gruppierungen.....	77
3.6 Parteiunabhängige Strukturen: Kampfsportgruppen	85
3.7 Weitgehend unstrukturiertes Personenpotenzial.....	87
3.8 Hassmusik	90
3.9 Szene-Immobilien	96
4. Reichsbürger und Selbstverwalter	99
5. „Anastasia“-Bewegung	116
6. Linksextremismus.....	126
6. Linksextremismus	127
6.1 Autonome.....	130
6.2 Rote Hilfe e.V.	143
6.3 Dogmatische Linksextremisten und sonstige Bestrebungen	147
7. Islamismus	153
7. Islamismus	154
7.1 Salafismus	157
7.2 Islamistische Nordkaukasische Szene (INS).....	165
7.3 Muslimbruderschaft und HAMAS	169
7.4 Tablighi Jama'at (TJ).....	176
8. Auslandsbezogener Extremismus.....	179
8. Auslandsbezogener Extremismus.....	180
8.1 „Arbeiterpartei Kurdistans“ (Partiya Karkerên Kurdistan – PKK) und unterstützende Organisationen.....	182
9. Spionageabwehr, Schutz vor Wirtschaftsspionage	186
9.1 Spionageabwehr	187
9.2 Schutz vor Wirtschaftsspionage	192

9.3 Entwicklungen in der Cyberabwehr.....	194
10. Geheimschutz.....	196
10.1 Materieller Geheimschutz.....	197
10.2 Personeller Geheimschutz	198
11. Verfassungsschutz durch Aufklärung.....	200
12. Ausstiegs- und Distanzierungsprogramm „wageMUT“	202

Zusammenfassung

Für das Jahr 2025 ist insbesondere im Bereich **Rechtsextremismus** ein deutlicher Anstieg des Personenpotenzials¹ feststellbar. Angewachsen sind ebenso die Phänomenbereiche **Linksextremismus** und **Islamismus**. Deutlich gesunken ist die Anzahl der **Reichsbürger und Selbstverwalter**. Der **Auslandsbezogene Extremismus** bleibt unverändert. Das extremistische Gesamtpersonenpotenzial beträgt nunmehr 7.540 (2024: 5.505). Es ist das Höchste, das jemals für Brandenburg ausgewiesen wurde.



Unter allen Phänomenbereichen stellt der **Rechtsextremismus** weiterhin das mit Abstand größte Personenpotenzial. Von ihm geht die größte Bedrohung für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung aus. Seine Akteure verfolgen in zunehmendem Maße das Ziel, mit ihrer Ideologie in die Mitte der Gesellschaft vorstoßen zu wollen. Im Zuge dieser Entgrenzungsstrategie soll das politische System der Bundesrepublik Deutschland zunächst unterwandert und schließlich im Sinne rechtsextremistischer Positionen fundamental umgestaltet werden. Zu den zentralen Entgrenzungsakteuren zählen in Brandenburg der seit März 2025 vom Verfassungsschutz als erwiesen extremistisch eingestufte brandenburgische Landesverband der „Alternative für Deutschland“² („AfD“) samt seiner rechtsextremistischen Jugendorganisation „Generation Deutschland“ (GD)³, der rechtsextremistische Verein „Zukunft Heimat e. V.“

¹ Personenpotenziale beruhen auf Verfassungsschutzkenntnissen zu Strukturen und Einzelpersonen, die im Zusammenhang mit relevanten extremistischen Aktivitäten stehen.

² Bereits im Jahr 2019 wurden die damalige AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative Brandenburg“ (JA Brandenburg) und „Der Flügel“ als Teilstrukturen des brandenburgischen Landesverbands der Partei „Alternative für Deutschland“ („AfD“) vom Verfassungsschutz als Verdachtsfälle für rechtsextremistische Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung eingestuft. „Der Flügel“ hat nach eigenen Angaben Ende April 2020 seine Aktivitäten bundesweit eingestellt. Im Juni 2020 wurde der brandenburgische „AfD“-Landesverband Verdachtsfall für rechtsextremistische Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Im Juli 2023 erfolgte die Hochstufung der die „JA Brandenburg“ zur erwiesen rechtsextremistischen Bestrebung. Im April 2025 erfolgte die entsprechende Hochstufung des brandenburgischen AfD-Landesverbands. Damit wird die Gesamtzahl seiner Mitglieder vollständig beim Personenpotenzial Rechtsextremismus erfasst, was jedoch nicht bedeutet, dass jedes einzelne Mitglied automatisch als rechtsextremistisch bewertet wird. Ende März 2025 löste sich die „Junge Alternative“ bundesweit auf. Die Neugründung der Parteijugendorganisation erfolgte im November 2025 unter dem Namen „Generation Deutschland“ („GD“). Im Februar 2026 wurde der brandenburgische Landesverband der „GD“ gegründet. Auch er wird als erwiesen extremistische Bestrebung vom Verfassungsschutz Brandenburg beobachtet.

³ Ende März 2025 löste sich die „AfD“-Jugendorganisation „Junge Alternative für Deutschland“ („JA“) bundesweit auf. Die Neugründung der „AfD“-Jugendorganisation mit dem Namen „Generation Deutschland“ erfolgte am 29. November 2025. Der aus Brandenburg stammende Jean-Pascal Hohm ist Vorsitzender. Der brandenburgische Landesverband wurde kurz darauf am 7. Februar 2026 ins Leben gerufen.

(Zukunft Heimat e.V.)⁴ sowie die – mittlerweile aus Brandenburg verzogene – rechtsextremistische „COMPACT-Magazin GmbH“ (COMPACT)⁵.

Zugleich hat sich im Rechtsextremismus die neue jugend- wie aktionsorientierte Strömung der „**gewaltorientierten subkulturellen Neonationalsozialisten**“ etabliert. Sie hat Szene-Elemente der 1990er und 2000er Jahre wiederbelebt, darunter das Erscheinungsbild von **Skinheads**. Die Akteure kennzeichnet eine hohe Gewaltorientierung, die entsprechende Begehung von Straftaten und sogar die Planung schwerer Gewaltverbrechen. Daher kam es im Berichtszeitraum und danach zu wiederholten exekutiven Strafverfolgungsmaßnahmen gegen die Szene. Gleichzeitig entwickeln sich im **dogmatischen Linksextremismus** ebenfalls jugendorientierte Strukturen, die mit Themen wie „gegen Wehrpflicht“ verstärkt Schüler zu Streiks mobilisieren und so unter ihre ideologische Kontrolle bringen wollen. Diese Milieus suchen zudem Anschluss bei aktionsorientierten Klimaaktivisten und befeuern die Erzählung eines drohenden totalitären „Tech-Faschismus“, den sie in der fortschreitenden Technisierung zu erkennen glauben. Gleichzeitig ist eine Zunahme der Gefahren durch ebenfalls sehr junge **salafistisch-jihadistisch orientierte Islamisten** in den letzten Jahren zu beobachten. Insgesamt ist damit in Brandenburg eine Radikalisierung Jugendlicher über nahezu alle Phänomenbereiche hinweg feststellbar. Teilweise ist das mit Aktivitäten bis hin zur Planung terroristischer Aktivitäten verbunden.

Die im Zuge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine deutlich intensivierten sicherheitsgefährdenden russischen **Spionageaktivitäten** sowie Desinformations-Kampagnen in Deutschland halten unvermindert an. Dabei erhöht sich beständig der Einsatz „Künstlicher Intelligenz“.

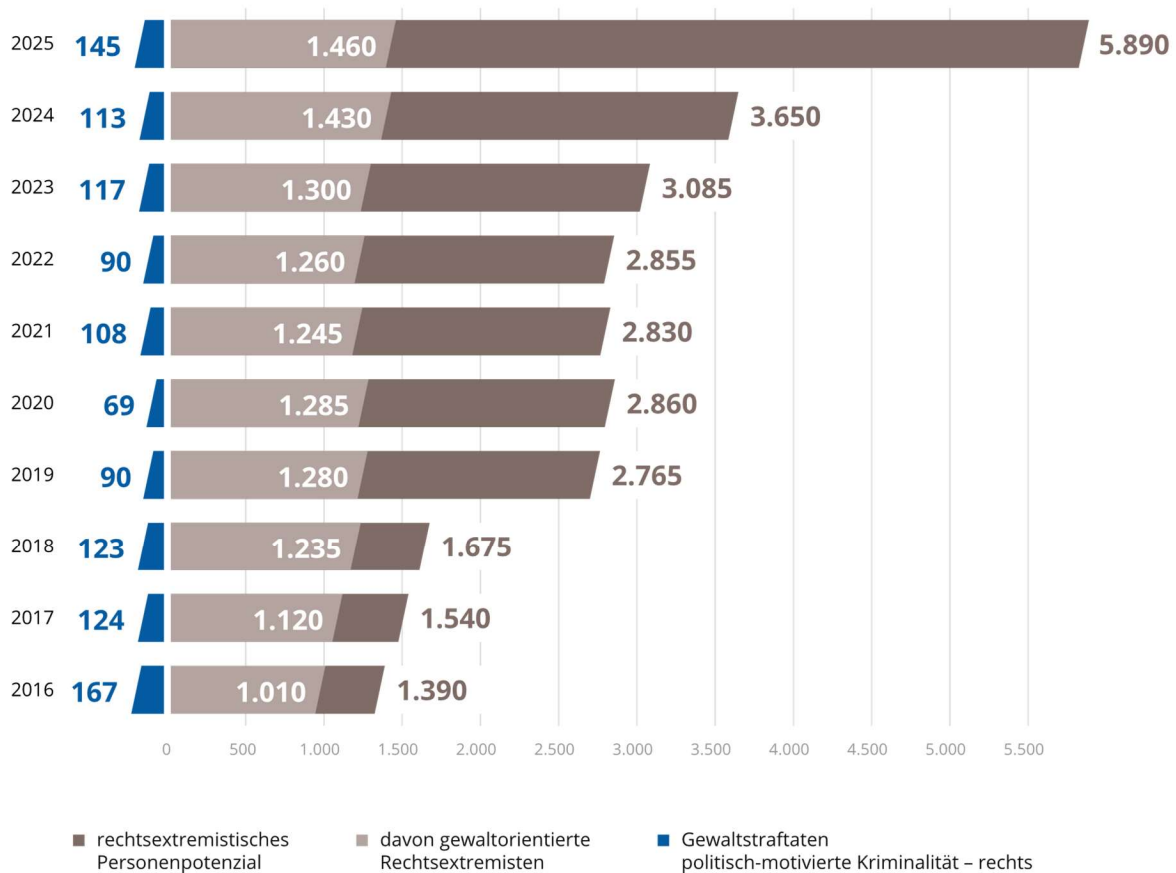
Rechtsextremismus

Im Jahr 2025 erreichte das rechtsextremistische Personenpotenzial mit 5.890 (2024: 3.650) den höchsten Stand in der Geschichte des Landes Brandenburg. 1.460 Personen (2024: 1.430) und damit rund 25 Prozent aller dem Verfassungsschutz Brandenburg im Jahr 2025 bekannten Rechtsextremisten gelten als „gewaltorientiert“. Bezogen auf die Personenzahl ist das der höchste Wert seit Einführung dieser Kategorie im Jahr 2016. Parallel dazu ist ein Anstieg der Gewaltstraftaten im Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ auf besorgniserregende 145 (2024: 113) zu verzeichnen. Nur in den Jahren 1992 (254), 1993 (186) und 2016 (167) wurden mehr Delikte dieser Art gezählt.

⁴ Der Verein „Zukunft Heimat e.V.“ wird vom Verfassungsschutz Brandenburg seit dem Frühjahr 2020 als erwiesene rechtsextremistische Bestrebung beobachtet.

⁵ Die „COMPACT-Magazin GmbH“ wird seit Dezember 2021 sowohl vom Bundesamt für Verfassungsschutz als auch vom Verfassungsschutz Brandenburg als erwiesene rechtsextremistische Bestrebung beobachtet. Im Laufe des Jahres 2024 wurde der Hauptsitz von Falkensee (HVL) nach Sachsen-Anhalt verlagert. Das Magazin ist jedoch nach wie vor in Brandenburg teilsässig und entsprechend tätig.

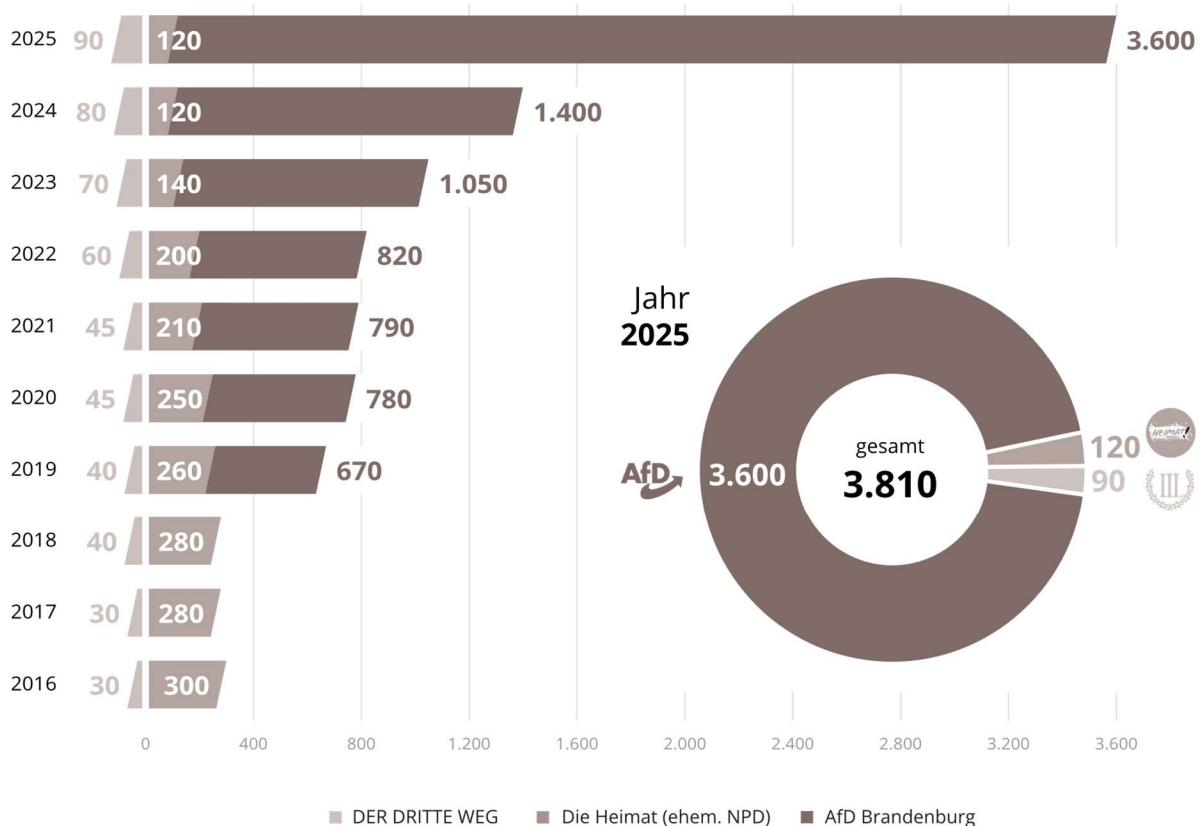
Personenpotenzial im Rechtsextremismus in Brandenburg 2016-2025
 unter Berücksichtigung der Kategorien "gewaltorientiert" und "Gewaltstraftaten"



Die „AfD Brandenburg“ wurde im April 2025 unter anderem aufgrund ihrer völkisch-nationalistischen Ausrichtung zur erwiesenen extremistischen Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung hochgestuft. Eine grundsätzliche Abkehr von dieser Ausrichtung war in den Folgemonaten nach der Hochstufung nicht erkennbar. Dass die neugegründete Jugendorganisation „Generation Deutschland“ als parteieigene Struktur von diesem Kurs abrücken wird, ist nicht zu erwarten.

Rechtsextremisten in Parteien

in Brandenburg 2016-2025



Die Mitgliederzahl der „AfD Brandenburg“ dominiert seit der Hochstufung das Personenpotenzial rechtsextremistischer Parteien und hat ein Personenpotenzial von 3.600 (2024:1.400). Alle zusammen verfügten im Jahr 2025 über ein Personenpotenzial von rund 3.810 (2024: 1.600). Die Partei „Die Heimat“ (ehemals „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „NPD“) verharrt unter Berücksichtigung ihrer Jugendorganisation bei niedrigen 120 (2024: 120). Sie bleibt damit – von wenigen regionalen Ausnahmen abgesehen – kaum handlungsfähig. Die überschaubaren Mitglieder ihrer Jugendorganisation „Junge Nationalisten“ sind zudem in Art und Weise ihres Auftretens kaum von der Kleinstpartei „DER DRITTE WEG“ zu unterscheiden und haben sich an ihr ausgerichtet. Ebenso gibt es Überschneidungen mit der neuen jugend- wie aktionsorientierten Strömung der „gewaltorientierten subkulturellen Neonationalsozialisten“.

„DER DRITTE WEG“ ist konsequent neonationalsozialistisch ausgerichtet und nahm bisher nur aus taktischen Gründen an Wahlen teil. So versucht die Kleinstpartei ihren Parteienstatus zu untermauern, um staatlichen Exekutivmaßnahmen auf Basis des Vereinsrechts zu entgehen. Im Jahr 2025 verfügte „DER DRITTE WEG“ über etwa 90 Mitglieder (2024: 80). Er gibt sich elitär, ist sehr gut vernetzt und strebt für die Szene jenseits der „AfD Brandenburg“ einen ideologisch-organisatorischen Führungsanspruch an, dem die schwächelnde Partei „Die Heimat“ kaum etwas entgegensetzen kann. Die Parteistrukturen werden nach und nach erweitert. Trotz der weiterhin geringen Mitgliederzahl verfügt der „DER DRITTE WEG“ über ein hohes Aktivitätslevel und ist auffällig handlungsfähig. Dabei tritt zusehends die Nachwuchsorganisation „Nationalrevolutionäre Jugend“ in Erscheinung. Das Aufkommen „gewaltorientierter subkultureller Neonationalsozialisten“ wird von der Partei „DER DRITTE WEG“ erheblich beeinflusst. Überschneidungen sind vorhanden.

Das „weitgehend unstrukturierte rechtsextremistische Personenpotenzial“ umfasste im Jahr 2025 insgesamt 1.920 Personen (2024: 1.900). Diese Personengruppe wächst seit dem Jahr 2016 kontinuierlich

an.⁶ Damit ist ein erheblicher Teil der dem Verfassungsschutz Brandenburg bekannten Rechtsextremisten nicht in Parteien und ebenso wenig in parteiunabhängige Strukturen eingebunden. Trotz allem bestehen Kontakt- und Kennverhältnisse. Daher lassen sich aus dieser Gruppe jederzeit Personen mobilisieren.

Rechtsextremisten anhand ausgewählter Kategorien in Brandenburg 2016-2025

	weitgehend unstrukturiert	in parteiunabhängigen Strukturen	in Parteien	gesamt*
2025	1.920	450	3.810	5.890
2024	1.900	420	1.600	3.650
2023	1.660	405	1.260	3.085
2022	1.620	375	1.080	2.855
2021	1.600	395	1.045	2.830
2020	1.585	410	1.075	2.860
2019	1.565	380	970	2.765
2018	1.125	335	320	1.675
2017	1.030	250	345	1.540
2016	920	220	355	1.390

* Aufgrund von Doppelzählungen ergeben die Zahlen der ausgewählten Kategorien in der Summe nicht das Gesamtpotenzial.

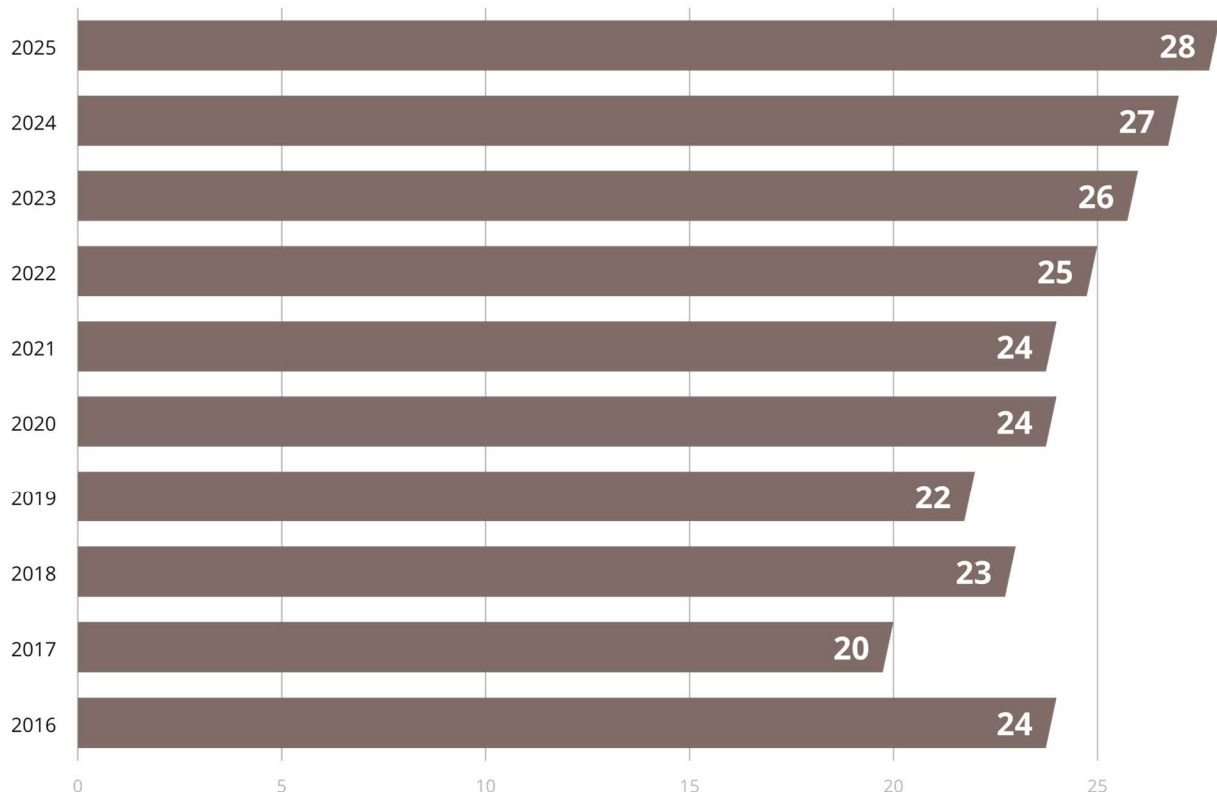
Auf die Kategorie „Rechtsextremisten in parteiunabhängigen Strukturen“ entfielen im Jahr 2025 insgesamt 450 Personen (2024: 420). Sie waren in 20 (2024: 12) Personenzusammenschlüssen organisiert. Darunter fallen eine Struktur aus dem Bereich „Freie Kräfte“, sieben „Bruderschaften“, sechs Gruppierungen des Bereichs „gewaltorientierter subkultureller Neonationalsozialismus“, zwei „Kampfsportgruppen“ und vier „parteinahe Vorfeldorganisationen“ wie „Zukunft Heimat e.V.“ und das „COMPACT-Magazin“. So unterschiedlich die Organisationsformen auch sein mögen, letztendlich eint alle die rechtsextremistische Ideologie und die Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Hinzu kommen insbesondere bei „Freien Kräften“, „Bruderschaften“ und „Kampfsportgruppen“ die ideologische Ausrichtung am Neonationalsozialismus sowie eine starke Gewaltorientierung. Gleichzeitig markiert die Verstetigung der eher im Hintergrund wirkenden „Bruderschaften“ einen inzwischen abgeschlossenen Strukturwandel der Szene. In ihnen sind überwiegend Altkader aktiv, die früher in den sehr szenedominanten „Kameradschaften“ und „Freien Kräften“ tätig waren. Diese sind als Organisationsform mittlerweile nahezu verschwunden.

Die rechtsextremistische Musikszene hat ihre Aktivitäten wie erwartet deutlich ausgeweitet. Die Zahl der Bands ist im Jahr 2025 auf 28 (2024: 27) leicht gestiegen. Hinzu kommen zusätzlich 11 Liedermacher (2024: 14). Im Jahr 2025 fanden acht Konzerte (2024: 3) statt – so viele wie seit 2012 nicht mehr. Darunter befand sich ein Großereignis in Lübbenau (OSL) mit mehreren Hundert Teilnehmern. Ein derartiges Großereignis hatte es in Brandenburg seit über ein Jahrzehnt nicht mehr gegeben. Zusätzlich wurden acht Liederabende (2024: 5) verzeichnet.

⁶ Die Subkategorie „weitgehend unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial“ wurde im Verfassungsschutzverbund erstmalig für das Berichtsjahr 2016 ausgewiesen.

Rechtsextremistische Bands (ohne Liedermacher)

in Brandenburg 2016-2025



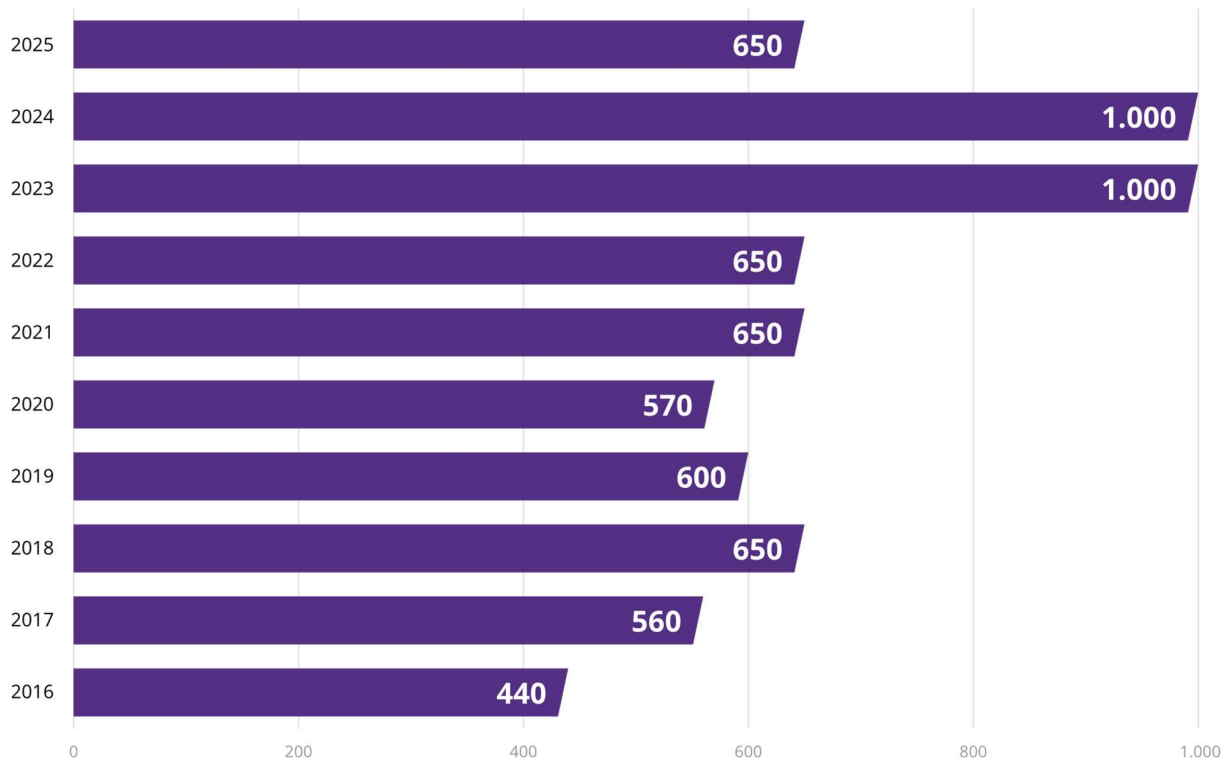
Die Szene lässt Bands und Liedermacher weiterhin ebenso im Rahmen privater Feierlichkeiten auftreten, um staatliche Exekutivmaßnahmen zu erschweren. Der Verfassungsschutz zählte 19 entsprechende Ereignisse (2024: 21). Rückläufig ist dagegen die Zahl neuer Tonträger. Sechs wurden ausgekoppelt (2024: 9). Die Sicherheitsbehörden stehen somit vor der Herausforderung, Strategien sowohl gegen Auftritte im privaten Rahmen als auch gegen die wachsende Zahl der Konzerte finden zu müssen.

Insgesamt betrachtet, treten rechtsextremistische Bestrebungen im Süden des Landes weiterhin stärker als in anderen Landesteilen in Erscheinung. Diese Entwicklung beschreibt der Verfassungsschutz seit Jahren und setzt hier – gemeinsam mit Polizei und zivilgesellschaftlichen Akteuren – Schwerpunkte. Im Süden des Landes Brandenburg existiert eine über Jahrzehnte gewachsene, verdichtete und verzahnte Mischszene. Zu ihr zählen Neonationalsozialisten, Rocker, Angehörige des Bewachungsgewerbes, Kampfsportler, Hass-Musiker, Parteimitglieder, Bekleidungs- sowie Musiklabels und Hooligans. Hinzu kommen weitere extremistische Aktivitäten von DER DRITTE WEG, „Die Heimat“ und der „AfD“ samt ihres parteinahen Umfelds.

Reichsbürger und Selbstverwalter

Die Zahl der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ hat sich im Jahr 2025 auf 650 (2024: 1.000) deutlich verringert. Die Gründe dafür liegen weniger in einem Rückgang der Szene-Aktivitäten. Vielmehr bleiben Dynamik und Personalfuktuation hoch. Dem Verfassungsschutz neu bekannt werdende Personen erhalten jedoch zunächst kurze Speicherfristen, was bei fehlenden weiteren Erkenntnissen zu Löschungen führt.

Personenpotenzial Reichsbürger und Selbstverwalter in Brandenburg 2016-2025



Anastasia-Bewegung

Die auf russischen Fantasy-Romanen beruhende „Anastasia-Bewegung“ wird seit dem Jahr 2025 als erwiesen extremistische Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung geführt.⁷ In der Ideologie der Bewegung werden verschwörungserzählerische Elemente mit antisemitischen, geschichtsrevisionistischen und demokratiefeindlichen Vorstellungen vermischt. In Brandenburg gibt es auf drei Familienlandsitzen Aktivitäten. Das Personenpotenzial liegt bei etwa 40 Anhängern. Strategie und Organisation ähneln teilweise dem mittlerweile verbotenen „Königreich Deutschland“. Inwieweit ehemalige „Untertanen“ von „König Peter“ sich nun der Anastasia-Bewegung anschließen, um dort ihre Bedürfnisse nach Verschwörungserzählungen und Esoterik zu befriedigen, bleibt abzuwarten.

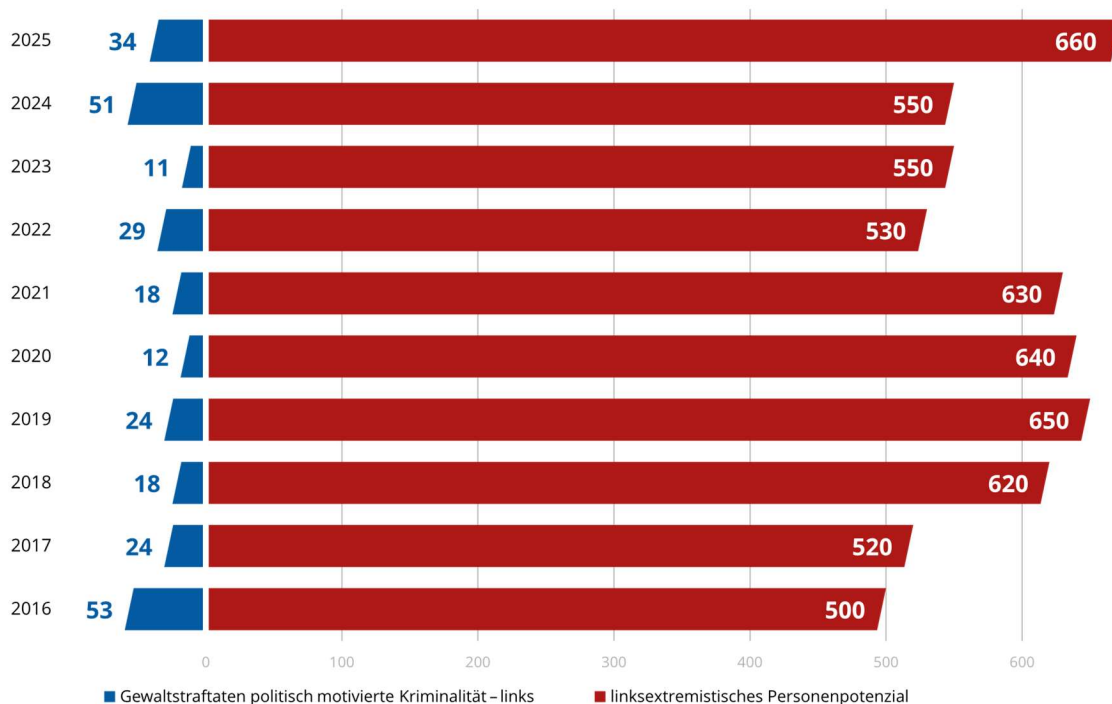
Anastasia

⁷ Die „Anastasia-Bewegung“ war seit Juni 2023 „Verdachtsfall“.

Linksextremismus

Im Vergleich zum Rechtsextremismus ist der Linksextremismus in Brandenburg weniger relevant. Jedoch ist das Personenpotenzial im Jahr 2025 auf insgesamt 660 (2024: 550) deutlich angewachsen. Nur in den Jahren 2001 (670) und 2002 (715) wurden höhere Zahlen ausgewiesen. Rückläufig sind dagegen die Gewaltstraftaten im Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – links“. 34 entsprechende Delikte wurden gezählt (2024: 51).

Gewaltstraftaten und Personenpotenzial im Linksextremismus
in Brandenburg 2016-2025

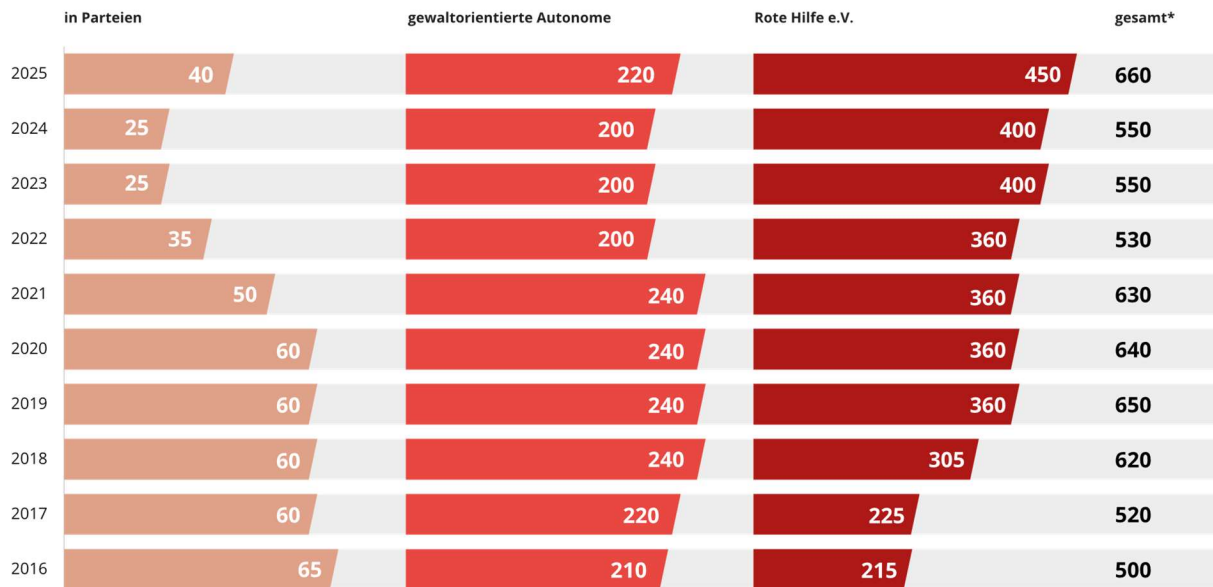


Auf 220 (2024: 200) leicht angestiegen ist die Zahl gewaltorientierter Autonomen. In unverändert sechs (2024: 6) Kommunen beziehungsweise Regionen waren Strukturen feststellbar. Die „Rote Hilfe e. V.“ ist im Jahr 2025 auf rund 450 (2024: 400) Mitglieder angewachsen. Das ist ihr höchster jemals in Brandenburg festgestellter Wert. Innerhalb des Linksextremismus behauptet der Verein damit unangefochten seine Rolle als übergreifende, zwischen allen Strömungen vermittelnde Konsensorganisation. Die „Rote Hilfe“ kümmert sich unter anderem um Rechtsbeistand für politisch motivierte Straftäter. Daher ist sie als gewaltrechtfertigend und -unterstützend zu bewerten, wenngleich sie selbst nicht gewalttätig agiert.

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ („DKP“) konnte nach rund 20 Jahren des Niedergangs erstmals wieder leicht auf rund 30 Mitglieder (2024: 20) zulegen, während die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ („MLPD“) weiterhin über kaum zählbare Einzelmitglieder verfügt. Beide Parteien verfolgen im Kern einen streng an alter kommunistischer Lesart orientierten dogmatischen Linksextremismus. Auch wenn beide Organisationen selbst kaum handlungsfähig sind, ist jedoch im ideologischen und teilweise organisatorischen Umfeld des dogmatischen Linksextremismus ein spürbares Aufkommen teilweise jugendorientierter Strukturen zu verzeichnen. Betroffen sind hiervon unter anderem Potsdam, Brandenburg an der Havel, Cottbus und Falkensee (HVL). Die Gruppierungen heißen „Rotes Kollektiv Brandenburg“, „kollektiv aufbruch“, „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ („SDAJ“, Jugendorganisation der „DKP“), „Kommunistische Partei Deutschlands“ („KPD“), „Freie Arbeiter*innen Union“ („FAU“) und „Internationale Sozialistische Organisation“ („ISO“). Thematisch stehen vor allem Antifaschismus, Antirepression,

Antimilitarismus und Palästina-Solidarität im Zentrum der Aktivitäten. Verwendete Slogans waren teilweise gewaltorientiert. Verstärkt werden Schulstreiks gezielt beeinflusst und möglicherweise gesteuert.

Linksextremisten anhand ausgewählter Kategorien in Brandenburg 2016-2025



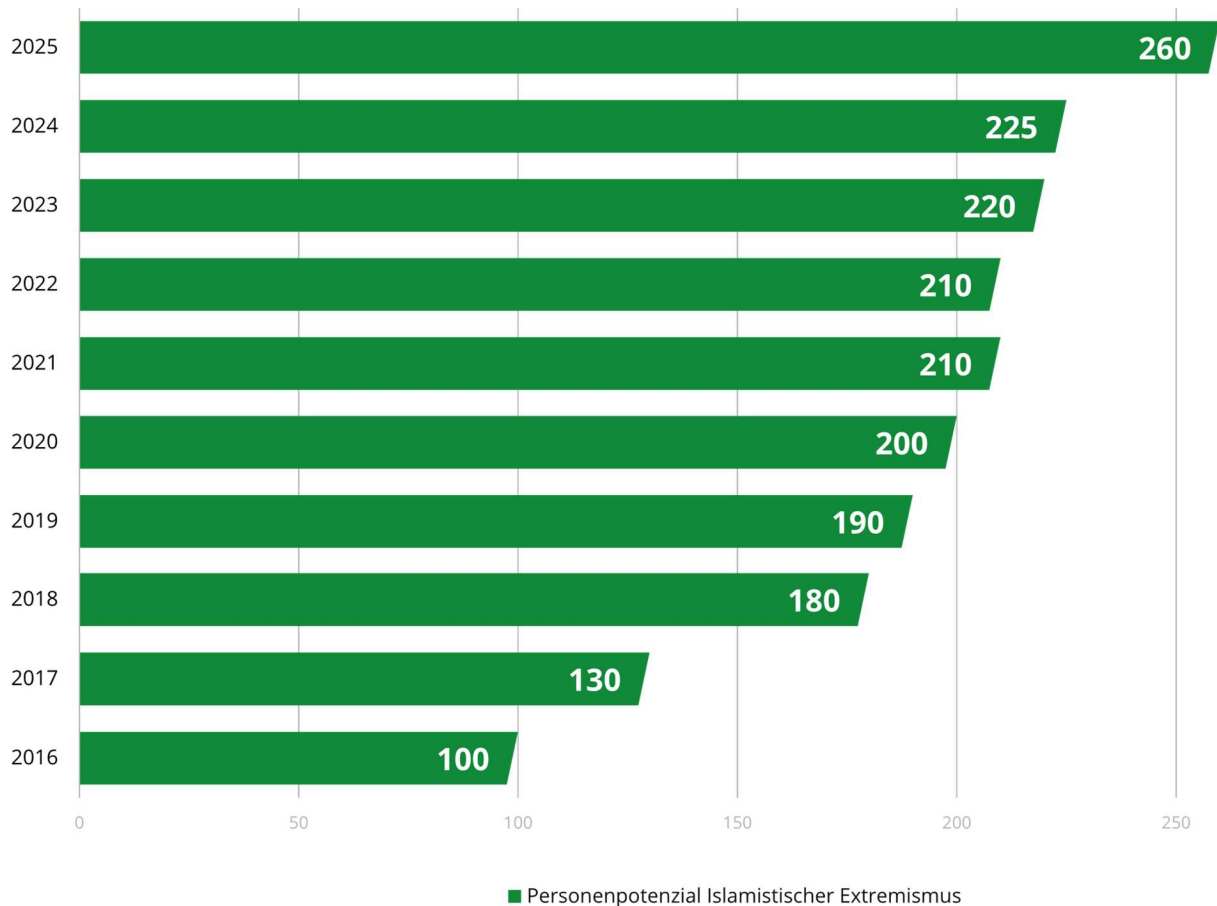
* Aufgrund von Doppelzählungen ergeben die Zahlen der ausgewählten Kategorien in der Summe nicht das Gesamtpotenzial.

Islamischer Extremismus

Die Zahl islamischer Extremisten ist seit 2013 kontinuierlich angestiegen und erreichte im Jahr 2025 mit 260 Personen (2024: 225) einen neuen Höchststand.

Personenpotenzial im Islamismus

in Brandenburg 2016-2025



60 (2024: 50) Personen werden dem „demokratie-unterwandernden Spektrum“ zugerechnet. Damit sind im Wesentlichen Anhänger der islamistischen „Muslimbruderschaft“⁸ gemeint. Von diesen Akteuren gehen spezielle Gefahren aus, da sie ihr Streben nach einem islamistischen Gottesstaat janusköpfig im Verborgenen vorantreiben und nach außen Teilhabe, Inklusion und Friedfertigkeit vorschützen. Die Bewegung ist dabei ständig bestrebt, auf Religionsgemeinschaften sowie -Angehörige in diesem Sinne einzuwirken, was desintegrative Verwerfungen nach sich zieht. Die restlichen 200 (2024: 175) Personen bilden das salafistische Personenpotenzial. Der Salafismus ist besonders der geistige Nährboden für den Jihadismus und sich schnell radikalisierende Einzeltäter, die sich oft auf den terroristischen „Islamischen Staat“ („IS“) berufen. Daher wird diese Strömung grundsätzlich als „gewaltorientiert“ definiert. In Brandenburg sind in jüngster Zeit bereits mehrere Jugendliche in den Fokus der Strafermittlungsbehörden geraten, da sie sich an Planungen im Sinne des IS beteiligten. Eine Teilmenge des Salafismus sind 110 (2024: 85) Personen mit Bezügen zur „Islamistischen Nordkaukasischen Szene“ (INS). Diese sind besonders relevant, da sich Gruppierungen im Kaukasus teilweise dem terroristischen „Islamischen Staat“ (IS) zugehörig fühlen. Gleichzeitig hat sich der Nahostkonflikt radikalisierend auf in Brandenburg lebende Personen mit „INS“-Bezügen ausgewirkt. Das gilt beispielsweise für die Verbreitung antisemitischer Inhalte im Kontext des Nahostkonflikts.

⁸ Wird gemeinhin auch als „Moslebruderschaft“ bezeichnet.

Personenpotenzial Islamismus

in Brandenburg 2025

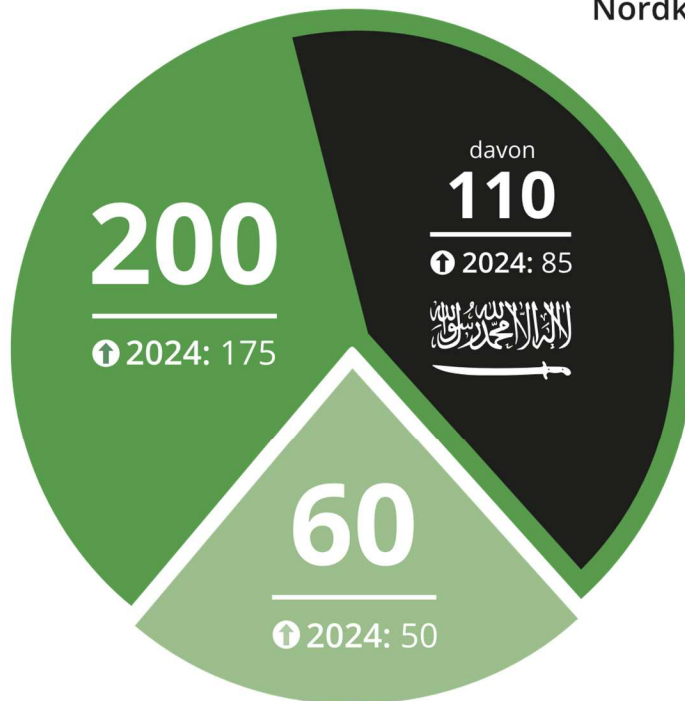
Islamismus gesamt

260

2025

↑ 2024: 225

gewaltorientiertes
Spektrum
(Salafisten)



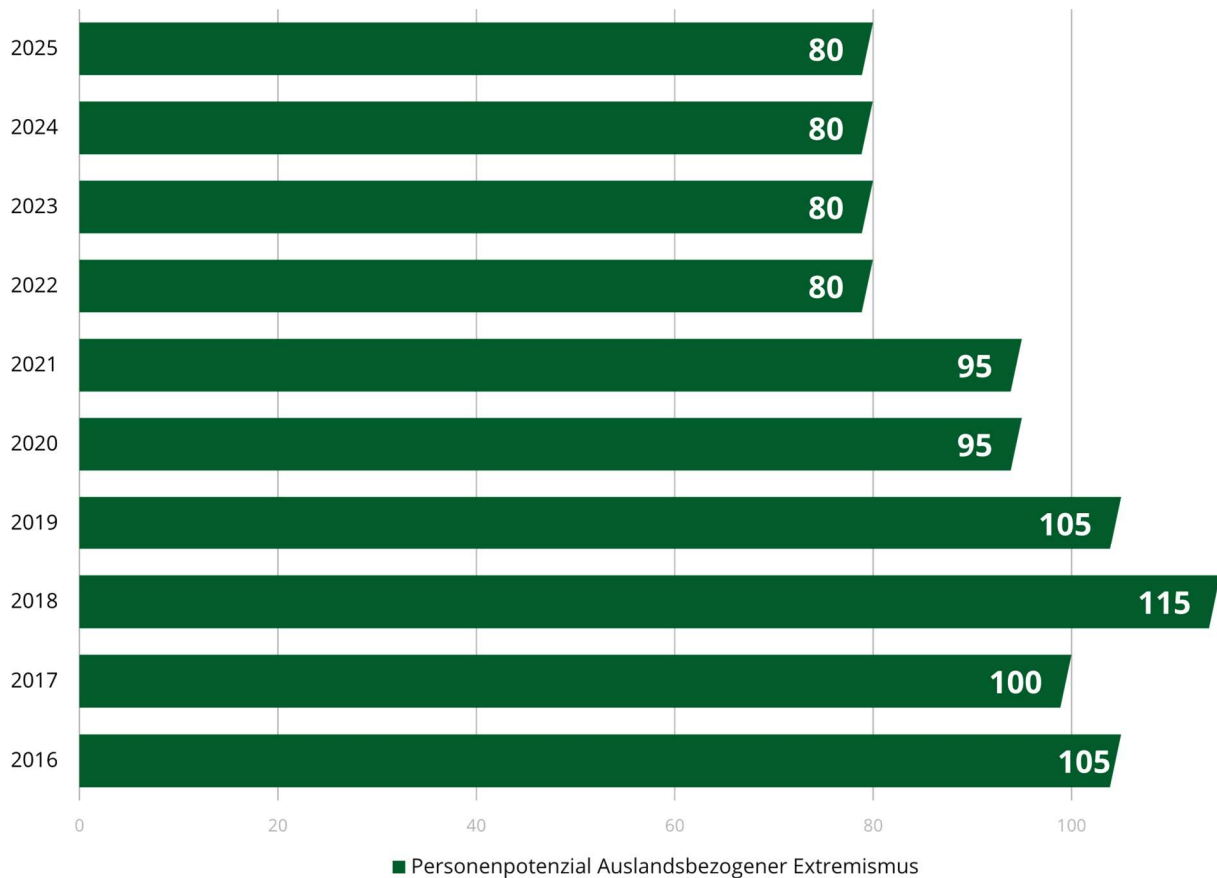
davon Abgehörige
der Islamistischen
Nordkaukasischen
Szene (INS)

demokratie-
unterwanderndes
Spektrum

Auslandsbezogener Extremismus

Die Gesamtzahl der auslandsbezogenen Extremisten lag im Jahr 2025 unverändert bei 80 (2024: 80). Darunter weist die bundesweit mit einem Betätigungsverbot belegte „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) ebenfalls unverändert mit etwa 60 (2024: 60) das größte Personenpotenzial auf.

Personenpotenzial Auslandsbezogener Extremismus in Brandenburg 2016-2025

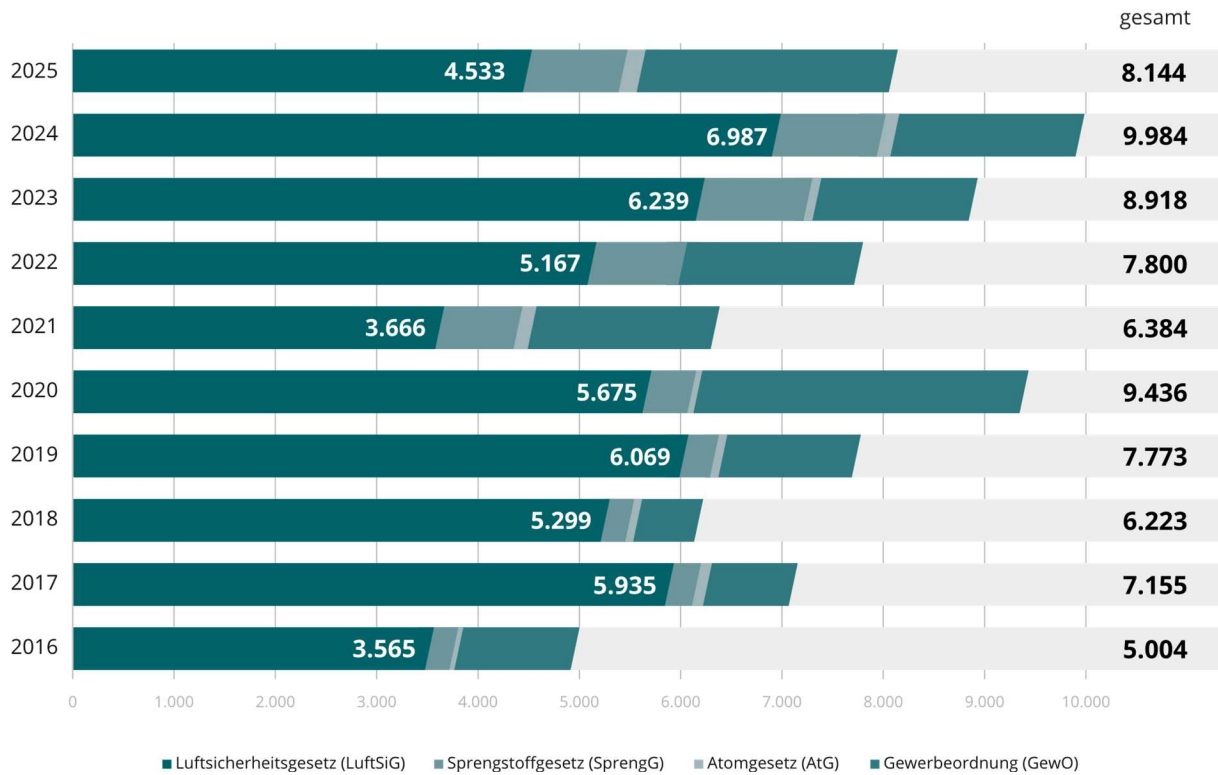


Zuverlässigkeits- und Sicherheitsüberprüfungen

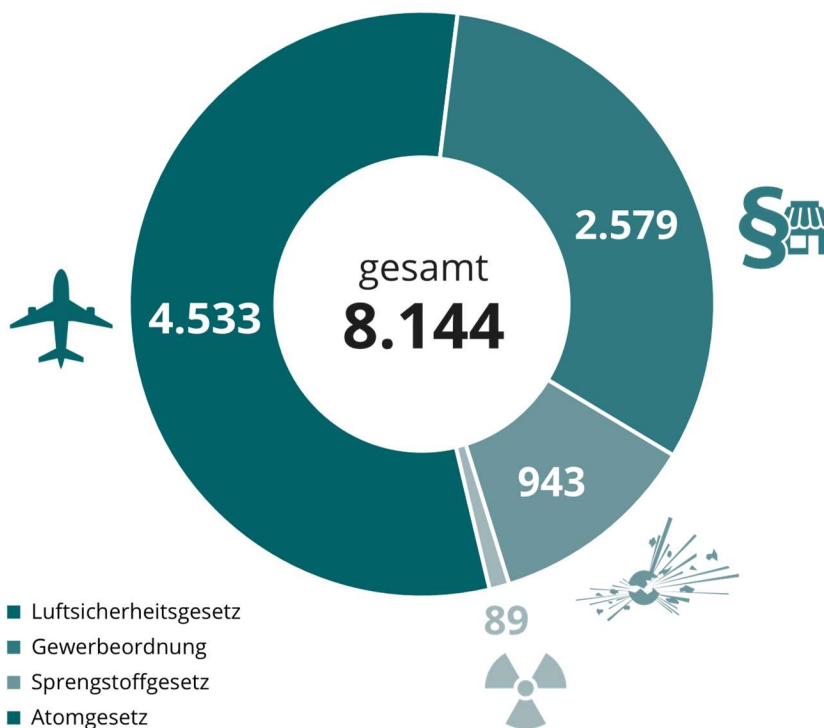
Neben der Beobachtung extremistischer Bestrebungen wirkt der Verfassungsschutz an Zuverlässigkeitsüberprüfungen mit. Für diese Aufgabe werden Daten von Extremisten und ihren Bestrebungen benötigt. Der Verfassungsschutz erhält sie von anderen Behörden und erhebt sie selbst. Bei Zuverlässigkeitsüberprüfungen werden die entsprechenden Datenbanken abgefragt. So soll beispielsweise verhindert werden, dass dem Verfassungsschutz bekannte Extremisten beruflichen Zugang zum Sicherheitsbereich von Flughäfen erlangen oder Asylunterkünfte bewachen. Dieselbe Überprüfung ist für Personen möglich, die beispielsweise als Sicherheitspersonal bei Fußballspielen eingesetzt werden. Im Jahr 2025 gingen insgesamt 8.144 (2024: 9.984) entsprechende Anfragen beim brandenburgischen Verfassungsschutz ein. Hinzu kommen 20.484 (2024: 20.032) Anfragen auf Grundlage des Waffenrechts.

Zuverlässigkeitsüberprüfungen

in Brandenburg 2016-2025

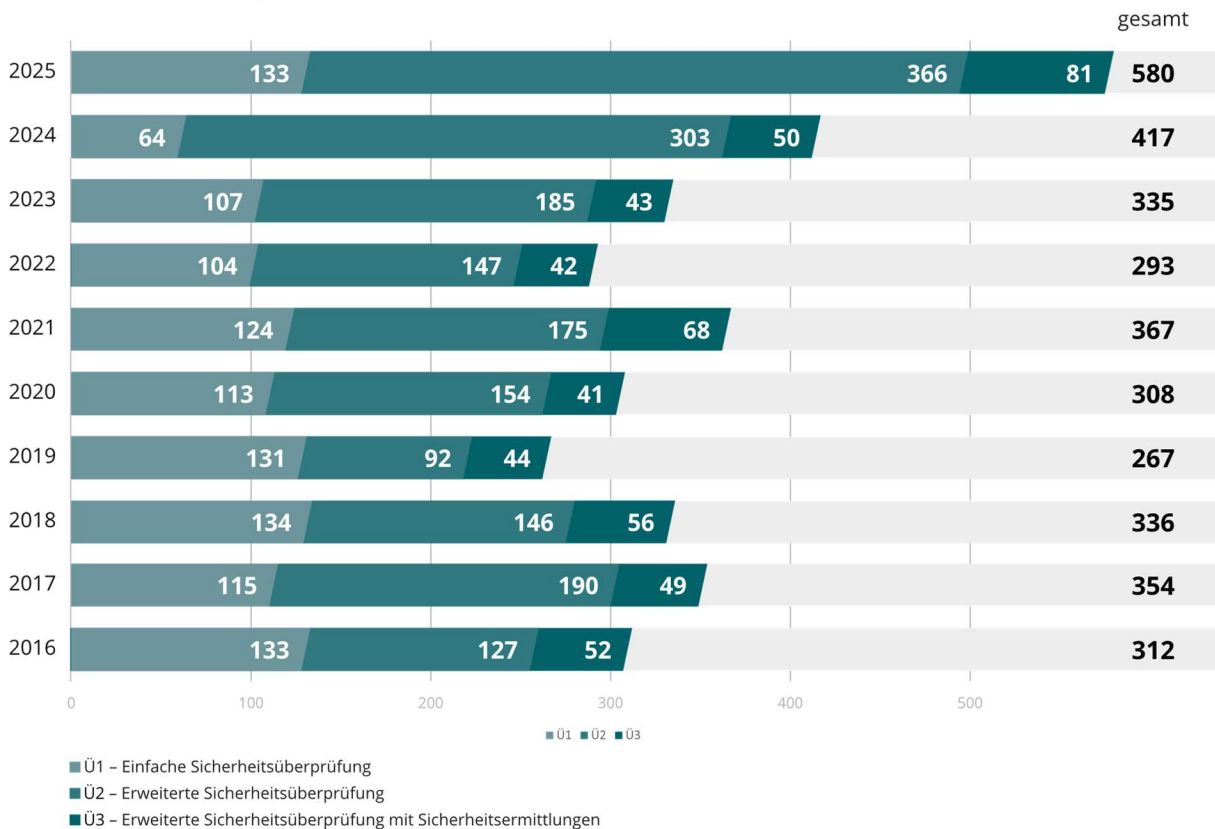


Zuverlässigkeitsüberprüfungen für 2025



Als Sicherheitsdienstleister wirkt der Verfassungsschutz ebenfalls an den personalintensiven Sicherheitsüberprüfungen mit. Betroffen sind davon Mitarbeiter von etwa 20 Behörden (unter anderem: Polizei, Staatskanzlei und Ministerien, Landtag, Gerichte sowie Staatsanwaltschaften). 580 Sicherheitsüberprüfungen mit unterschiedlichen Überprüfungstiefen (Ü1-Ü3) waren es im Jahr 2025 (2024: 417). Das ist der bisher höchste bekannte Wert.⁹

Sicherheitsüberprüfungen in Brandenburg 2016-2025



Die Sicherheitsüberprüfungen werden gemäß des Brandenburgischen Sicherheitsüberprüfungsgesetzes (BbgSÜG) durchgeführt.

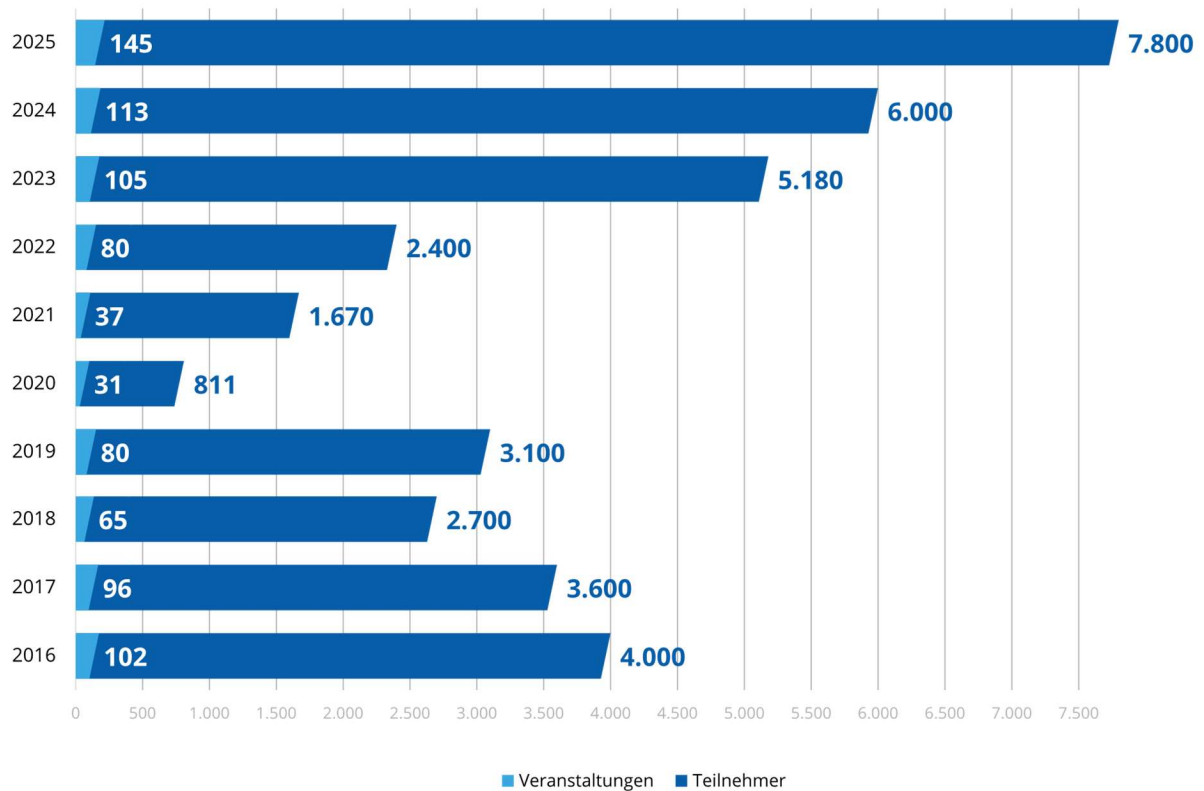
Verfassungsschutz durch Aufklärung

Informationsangebote des Verfassungsschutzes waren im Jahr 2025 wieder sehr stark nachgefragt. In 145 (2024: 113) teilweise online angebotenen Veranstaltungen wurden Vorträge gehalten. Das sind so viele wie noch nie. Ein Grund für den Anstieg ist die Einrichtung der stark nachgefragten „Arbeitsgruppe Schule“ im Frühjahr 2025. Ebenso stieg die Zahl der Bürger, die daran teilgenommen haben auf 7.800 (2024: 6.000).

⁹ Die Zahlen der Sicherheitsüberprüfungen werden seit dem Jahr 2010 statistisch erfasst.

Veranstaltungen und Teilnehmer

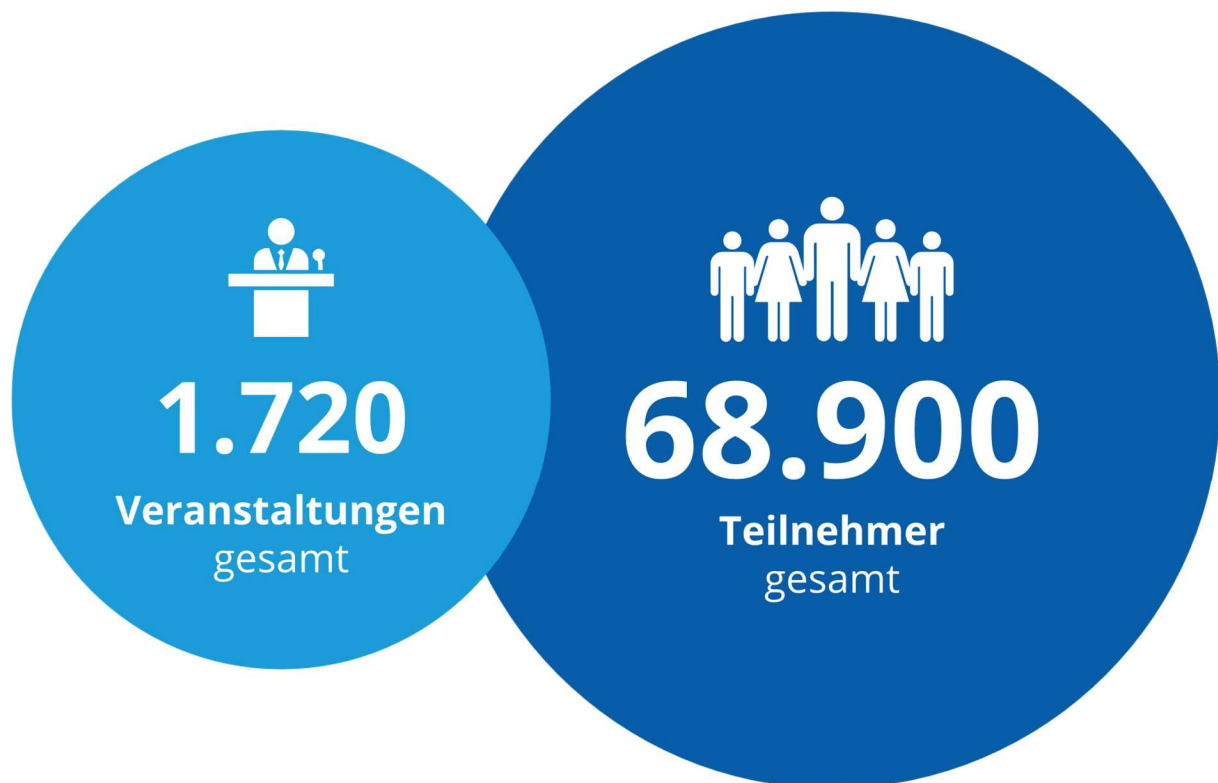
in Brandenburg 2016-2025



Damit summiert sich die Zahl solcher Veranstaltungen (seit Beginn der Zählung im Jahr 2008) auf 1.720. Rund 68.900 Interessierte nahmen daran teil.

Veranstaltungen und Teilnehmer

seit 2008



Ausstiegsprogramm „wageMUT“

Der Verfassungsschutz Brandenburg unterhält seit dem Jahr 2023 mit einem sehr kleinen Team sein Ausstiegsprogramm „wageMUT“. Es unterstützt Extremisten dabei, sich von ihren jeweiligen Szenen zu distanzieren, um ein Leben ohne Extremismus zu führen. In den drei Jahren seines Bestehens wurden bis Ende 2025 insgesamt 19 Ausstiegsfälle verzeichnet. Im Schwerpunkt handelte es sich um Angehörige aus dem Rechtsextremismus sowie um „Reichsbürger“ beziehungsweise „Selbstverwalter“. Vier wurden zwischenzeitlich erfolgreich beendet. Ebenso gab es drei Abbrüche. Neben der konkreten Fallarbeit kommt es unter anderem auch immer wieder zur Beratung von Angehörigen. Und nicht jeder hergestellte Kontakt führt zu einer Teilnahme an dem Programm. Auffällig ist in jüngster Zeit die steigende Anzahl von Personen aus dem Bereich „gewaltorientierten subkulturellen Neonationalsozialisten“, mit dem das Team in Kontakt kommt.

1. Aufgaben, Befugnisse und Kontrolle des Verfassungsschutzes

1. Aufgaben, Befugnisse und Kontrolle des Verfassungsschutzes

Das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Brandenburg garantieren den Bürgern ein sicheres Leben in Freiheit. In unserer freiheitlichen Gesellschaft sind Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Schutz der Menschenwürde das Fundament des Gemeinwesens und allen staatlichen Handelns. Sie sind daher sowohl in unserer Landesverfassung (Artikel 2 und 7) als auch im Grundgesetz (Artikel 1 und 20) als tragende Strukturprinzipien festgeschrieben. Zusätzlich verbietet das Grundgesetz in Artikel 79 diese Prinzipien anzutasten. In der Gesamtschau ergibt sich daraus die „freiheitliche demokratische Grundordnung“. Unser Staat ist somit „das Gegenteil des totalen Staates, der als ausschließliche Herrschaftsmacht Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit ablehnt“¹⁰.

Um die freiheitliche demokratische Grundordnung als Grundlage unseres Zusammenlebens zu schützen, muss eine Demokratie bereit und in der Lage sein, diese Werte zu verteidigen. Bedrohungen kommen jedoch nicht nur von außen, sondern auch von innen. Das Grundgesetz hat daher verschiedene Schutzmaßnahmen vorgesehen, die als „wehrhafte Demokratie“ bezeichnet werden. Vereinigungen, deren Zweck oder deren Tätigkeit sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind gemäß Artikel 9 Grundgesetz verboten. Gehen solche Aktivitäten von Parteien aus, können sie gemäß Grundgesetz Artikel 21 vom Bundesverfassungsgericht verboten werden. Artikel 73 sieht zudem den Verfassungsschutz als Bestandteil der wehrhaften Demokratie vor. Denn Vereinigungs- sowie Parteiverbote und andere Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung können nur wirksam eingesetzt werden, wenn Öffentlichkeit, Regierung und zuständige staatliche Stellen umfassend über verfassungsfeindliche Bestrebungen unterrichtet sind. Diese Informationen bekommen sie vom Verfassungsschutz.

Verfassungsschutz als Frühwarnsystem

Es ist Aufgabe des Verfassungsschutzes, Bedrohungen durch politischen Extremismus, Terrorismus oder Spionagetätigkeiten zu erkennen und einzuschätzen, bevor solche Bedrohungen zu einer konkreten Gefahr werden. Entsprechend nimmt der Verfassungsschutz in Deutschlands Sicherheitsarchitektur¹¹ die Rolle eines „Frühwarnsystems“ wahr. Dazu sammelt der Verfassungsschutz gemäß § 3 Absatz 1 Brandenburgisches Verfassungsschutzgesetz (BbgVerfSchG) Informationen über

- Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben,
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland für eine fremde Macht,
- Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes), insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker (Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes) gerichtet sind,

wertet sie aus und unterrichtet die Landesregierung sowie andere zuständige Stellen.

¹⁰ Urteil Bundesverfassungsgericht vom 23. Oktober 1952 - 1 BvB 1/51 (Verbot der „Sozialistischen Reichspartei“), <https://openjur.de/u/360815.html> (letzter Zugriff am 25.02.2025).

¹¹ Zur Sicherheitsarchitektur gehören die drei Säulen der Inneren Sicherheit: Polizei, Verfassungsschutz und Katastrophenschutz. Diese gliedern sich jeweils auf den Ebenen der Bundesländer, des Bundes und der Europäischen Union. Ergänzend werden oft die Staatsanwaltschaften miteinbezogen.

Anders als die Polizei hat der Verfassungsschutz keine exekutiven Befugnisse: Seine nicht uniformierten und unbewaffneten Mitarbeiter dürfen weder Wohnungen durchsuchen noch Personen festnehmen oder diese verhören. Sie erstellen vielmehr Lagebilder und Analysen. Diese sind kein Selbstzweck, sondern dienen der frühzeitigen Warnung sowie Information der zuständigen Stellen und ermöglichen damit den Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Unter engen gesetzlichen Voraussetzungen sowie unter Achtung des Trennungsgebots zwischen Polizei und Nachrichtendiensten werden an Staatsanwaltschaften und Polizei Erkenntnisse übermittelt und so exekutive Maßnahmen unterstützt. Daneben wirkt der Verfassungsschutz beim Sabotage- und Geheimschutz mit, beispielsweise durch technische Sicherung von Verschlusssachen oder mittels Sicherheitsüberprüfungen für Personen, die in sicherheitsempfindlichen Bereichen eingesetzt sind.

Den Großteil seiner Informationen gewinnt der Verfassungsschutz aus öffentlich zugänglichen Quellen. Daneben ist allerdings auch der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel erforderlich, um die konspirativen Vorgehensweisen sowie geheimen Ziele von Extremisten, Terroristen und fremden Nachrichtendiensten aufzuklären. Diese Mittel, wie „Observation“, „Telekommunikationsüberwachung“ und „Verdeckt Informationsgebende“¹², unterliegen engen gesetzlichen Grenzen sowie dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und Kontrolle. Hierzu gehören ebenso neue den erhöhten Sicherheitsgefährdungen und modernen Technologien angepasste Befugnisse. Daher können nun „IMSI¹³-Catcher“ eingesetzt werden, um Standorte, Geräte- oder Kartennummern von Mobiltelefonen zu ermitteln (§ 6 Absatz 3 Nummer 11 BbgVerfSchG). Daneben darf der Verfassungsschutz online Informationen erheben, ohne die eigene Identität offen legen zu müssen (§ 6 Absatz 3 Nummer 12 BbgVerfSchG).

Der Einsatz dieser nachrichtendienstlichen Mittel ist zur Erfüllung des gesetzlichen Verfassungsschutzauftrages unabdingbar. Insbesondere „Verdeckt Informationsgebende“ haben im Bereich des Rechtsextremismus maßgeblich dazu beigetragen, dass das brandenburgische Innenministerium bislang acht Verbandsverbote erlassen konnte. Mit solchen Verboten wird die Ausbreitung extremistischer Ideologien unterbunden.

Der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist eine übergreifende Aufgabe aller Bundesländer und des Bundes. Daher arbeiten alle Verfassungsschutzbehörden eng zusammen, bündeln ihr Fachwissen und tauschen Informationen aus. Dies erfolgt auf allen Organisationsebenen. Zusätzlich wurde der Austausch in den Informations- und Kommunikationsplattformen „Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum“ (GTAZ) und „Gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum“ (GETZ) institutionalisiert.

Der Verfassungsschutz Brandenburg ist fest an rechtsstaatliche und demokratische Anforderungen gebunden. Als Abteilung des Ministeriums des Innern und für Kommunales unterliegt er der Fachaufsicht durch den Minister. Die Landesbeauftragte für den Datenschutz hat das Recht auf Akteneinsicht. Sie kontrolliert unabhängig und kontinuierlich, ob die datenschutzrechtlichen Bestimmungen des BbgVerfSchG und des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes eingehalten werden. Über die Achtung hausrechtsrechtlicher Vorschriften wacht der Landesrechnungshof. Daneben existiert eine „Stabsstelle Innenrevision“ beim Verfassungsschutz, die nach anerkannten fachlichen Standards die Arbeit auditiert und der Leitung der Behörde berichtet (§ 2 Absatz 2 BbgVerfSchG).

Wie jeder Teil der Exekutive wird auch der Verfassungsschutz durch das Parlament kontrolliert. Neben dem Ausschuss für Inneres und Kommunales übernimmt vor allem die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) im Landtag Brandenburg diese Funktion. Sowohl Abgeordnete der Regierungs- als auch der Oppositionsparteien sind vertreten (§ 24 BbgVerfSchG). Sie wird durch den „Ständigen

¹² „Verdeckt Informationsgebende“ wurden früher einfach nur „V-Mann“ oder „Menschliche Quellen“ genannt.

¹³ IMSI = „International Mobile Subscriber Identity“.

Bevollmächtigten“ (§ 25a BbgVerfSchG) unterstützt, der einzelfallbezogene Untersuchungen durchführen kann. Die Landesregierung unterrichtet die PKK umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde, die Lage und besonders bedeutsame Vorgänge.

Die PKK kann verlangen, über Einzelfälle oder sonstige Vorgänge unterrichtet zu werden. Über bestimmte einzelne Maßnahmen, wie beispielsweise den Einsatz von „Verdeckt Informationsgebenden“, Observationen oder Telekommunikationsüberwachungen, muss die PKK ebenfalls unterrichtet werden (§ 25 BbgVerfSchG). Die PKK tagt mindestens vierteljährlich (§ 26 Absatz 2 BbgVerfSchG).

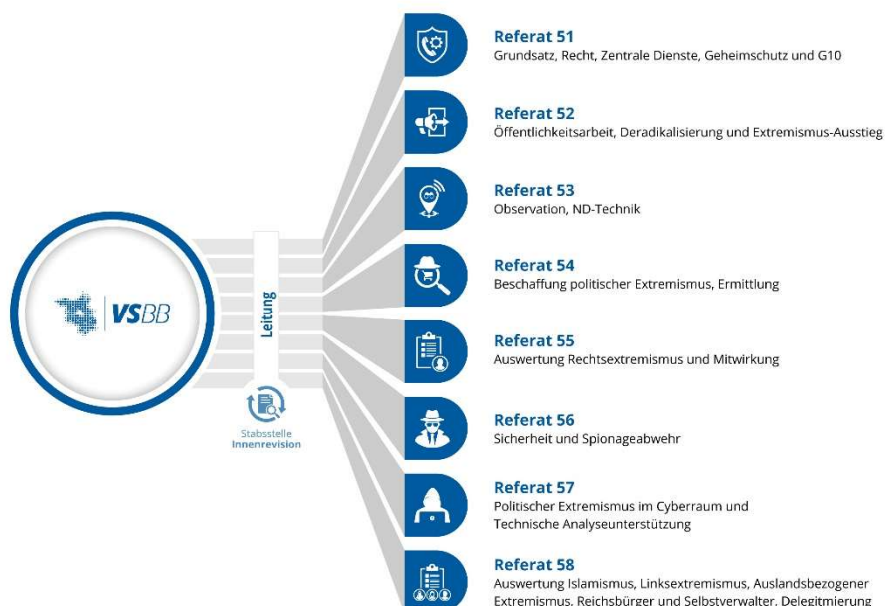
Daneben gibt es die G10-Kommission, die ebenfalls vom Landtag gewählt wird und Beschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses aus Artikel 10 GG vor ihrer Durchführung auf ihre Zulässigkeit und Notwendigkeit überprüft. Sie besteht aus drei weisungsfreien Mitgliedern, wobei das vorsitzende Mitglied die Befähigung zum Richteramt haben muss.

Sämtliche Handlungen des Verfassungsschutzes, die nach Darstellung der Betroffenen in ihre Rechte eingreifen, unterliegen der gerichtlichen Kontrolle. Zudem kontrollieren Medien und Öffentlichkeit den Verfassungsschutz.

Alle Bürger können den Verfassungsschutz kontrollieren, indem sie gemäß § 12 BbgVerfSchG unentgeltlich Auskunft über die zu ihnen beim Verfassungsschutz gespeicherten Daten sowie den Zweck und die Rechtsgrundlage der Speicherung verlangen. Die Auskunft muss erteilt werden, wenn nicht im Ausnahmefall Verweigerungsgründe nach § 12 Absatz 2 BbgVerfSchG vorliegen.

Der Verfassungsschutz Brandenburg in Zahlen

Am 31. Dezember 2025 hatte der brandenburgische Verfassungsschutz im Ministerium des Innern und für Kommunales 149 Beschäftigte (2024: 153). Diese Zahl erfasst auch Teilzeitbeschäftigte. Wie in den vorangegangenen Berichten werden abgeordnete Bedienstete nicht konkret ausgewiesen. Der Verfassungsschutz umfasst acht Referate:



In der Abteilung sind 48 Frauen und 101 Männer beschäftigt. Der größte Anteil arbeitet im gehobenen Dienst.



An Sachmitteln standen der Verfassungsschutzbehörde im Haushaltsjahr 2025 insgesamt zwei Millionen Euro zur Verfügung. Davon wurden zwei Millionen Euro vollständig verausgabt. Im Berichtszeitraum 2025 hat der Verfassungsschutz Brandenburg 51.820 Posteingänge über die zentrale Schriftgutverwaltung abgewickelt. Etwa sechsmal weniger Postausgänge sind im Vergleich versendet worden.



Zur Bekämpfung des politischen Extremismus war der brandenburgische Verfassungsschutz 2025 im Internet aktiv. Insgesamt beobachtet die Behörde 686 (2024: 360) Internetauftritte. Darunter fallen Profile in sozialen Netzwerken, Messenger-Dienste und Webseiten in verschiedenen Phänomenbereichen.

Zum Stichtag Dezember 2025 waren zwölf Verfahren des Verfassungsschutzes bei Gerichten in Brandenburg anhängig.

2. Aktuelle Entwicklungen

2.1 Manipulation – das älteste Handwerk der Welt

Künstliche Intelligenz und Desinformation: Werkzeugkasten für eine manipulierte Öffentlichkeit

Desinformation ist kein neues Phänomen, sondern ein uraltes strategisches Mittel im Ringen um Macht und Einfluss. Im Jahr 2025 haben sich die Bedingungen für die Verbreitung von Desinformationen spürbar verändert. In nur wenigen Sekunden generieren moderne Programme für Künstliche Intelligenz (KI) täuschend echte Texte, Bilder, Tonaufnahmen und Videos. Zunächst folgt daraus weder ein pauschaler Generalverdacht gegenüber digitalen Inhalten noch die Annahme einer allgegenwärtigen Manipulation. Denn nicht alles ist ein Deepfake. Und KI hat natürlich viele nützliche Seiten. Aber gleichzeitig haben sich durch KI die Möglichkeiten für Manipulationen, Fakes und Desinformation dramatisch ausgeweitet. KI ist dabei unfassbar schnell und kostengünstig. Diese veränderten Bedingungen haben massive Auswirkungen auf die Innere Sicherheit und das kommunikative Gefüge unserer Gesellschaft.

Für die Bewertung ist es sinnvoll, drei Schritte zu unterscheiden, die sich jedoch oft überlappen. Erstens die Herstellung: Inhalte werden neu erzeugt oder verändert. Zweitens die Platzierung: Inhalte werden über Profile, Kanäle, Seiten oder Gruppen in Umlauf gebracht. Drittens die Reichweitensteigerung: Die Verbreitung dient dazu, die öffentliche Wahrnehmung zu verzerren. KI kann in allen drei Schritten helfen. Die Wirkung entsteht dabei häufig nicht durch eine einzelne, perfekt gemachte Fälschung, sondern durch Tempo, Menge und der gezielten inhaltlichen Adressierung bestehender gesellschaftlicher Spannungsfelder.

Gleichzeitig ist eine nüchterne Einordnung nötig. Deepfakes stellen keineswegs die mediale Norm dar. Vielmehr handelt es sich um ein punktuelles Phänomen, welches im digitalen Alltag der meisten Nutzer bislang noch eine eher untergeordnete Rolle spielt. Ungeachtet dessen besitzt die Thematik spätestens seit dem Jahr 2025 eine hohe sicherheitspolitische Relevanz. Schon die Erwartung, dass Inhalte gefälscht sein könnten, kann das fundamentale Vertrauen in mediale Berichterstattung, staatliche Institutionen und die Integrität demokratischer Prozesse untergraben. Das betrifft nicht nur einzelne gesellschaftliche Gruppen, sondern entfaltet sich als diffuse kollektive Verunsicherung im gesamten kommunikativen Raum.

Aufgrund seiner eher ländlichen Struktur hat diese Entwicklung für Brandenburg eine besondere Relevanz. Schließlich ist der Informationsraum des Landes geprägt durch starke regionale Identifikationsanker sowie dezentrale digitale Kommunikationswege. Es gibt viele lokale Debatten und verschiedene Online-räume, wie beispielsweise lokale Gruppen und Messenger-Kanäle. In Brandenburg wirken Slogans wie „aus der Region“, „aus der Lausitz“ oder „aus der Uckermark“. KI ist in der Lage, regionale Authentizitäten täuschend echt zu simulieren, um so Nähe vorzutäuschen. Das kann dazu führen, dass entsprechende Inhalte in Brandenburg sich leichter verbreiten – unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt oder einer gezielten Desinformation.

KI-Lügenfabrik: Wie Russland das Netz für massenhafte Desinformation nutzt

Im Bereich ausländischer Einflussnahme lässt sich festhalten, dass mit dem Mittel der Desinformation demokratische Gesellschaften tatsächlich geschwächt werden können. Im Mittelpunkt steht dabei meist nicht ein einzelnes Thema, sondern ein Gesamtziel: Misstrauen zu verstärken, Streit zu fördern und Zweifel an staatlichem Handeln zu säen. Mit Blick auf Europa wird Russland hierbei regelmäßig als wichtiger

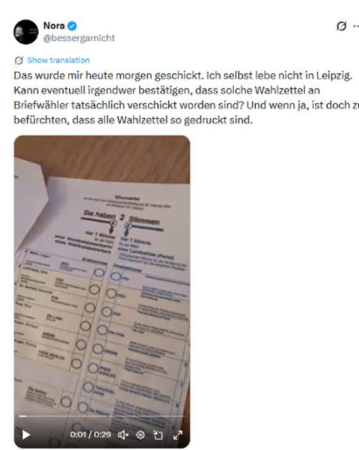
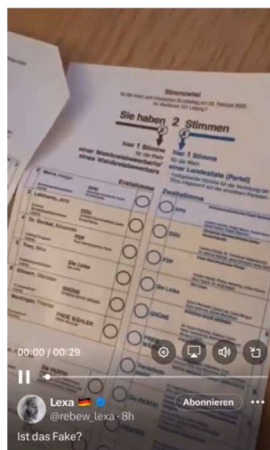
Akteur genannt. Die Vorgehensweisen solcher Akteure entwickeln sich zudem weiter. Statt auf das eine große Schock-Video zu setzen, setzt die Strategie auf die Infiltration breiter Informationsstrukturen: viele Inhalte, viele Kanäle, viele Absender – immer mit dem Ziel, den Eindruck einer breiten, ganz „normalen“ Debatte zu erwecken.

Im Umfeld der Bundestagswahl 2025 war in Deutschland besonders die russische Einflussoperation „Storm-1516“ relevant. Dabei handelt es sich um eine koordinierte Desinformationskampagne, die darauf abzielte, Zweifel an demokratischen Prozessen zu säen und das Vertrauen in staatliche Institutionen zu untergraben. Genutzt wurde eine Kombination aus manipulierten oder inszenierten Videos, eigens vorbereiteten Fake-Profilen in sozialen Netzwerken sowie Internetseiten, die äußerlich wie seriöse Nachrichtenangebote wirken. Die Inhalte waren so gestaltet, dass sie emotionalisieren und gezielt Misstrauen, Empörung oder Verunsicherung hervorrufen sollten.

Die Bundesregierung hat diese Aktivitäten im Dezember 2025 öffentlich Russland zugeordnet. Eine solche Zuschreibung bedeutet, dass staatliche Stellen nach Auswertung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse, technischer Spuren, inhaltlicher Muster und operativer Zusammenhänge zu dem Schluss kommen, dass eine Einflussoperation mit hinreichender Sicherheit einem bestimmten staatlichen Akteur zuzurechnen ist. Mit der öffentlichen Benennung soll Transparenz hergestellt, die Bevölkerung sensibilisiert und zugleich deutlich gemacht werden, dass es sich nicht um vereinzelte Falschinformationen, sondern um eine gezielte ausländische Einflussnahme handelt.



Im Zusammenhang mit der Bundestagswahl tauchten beispielsweise in Hamburg und Leipzig Videos auf, die angebliche Probleme beim Wahlvorgang suggerieren sollten. Gezeigt wurde etwa das vermeintlich systematische Schreddern von Stimmzetteln oder Stimmzettel, auf denen Kandidaten der „AfD“ angeblich fehlten. Zuständige Wahlbehörden stuften die gezeigten Unterlagen als unecht ein. Gleichwohl entfalten solche Inhalte ihre Wirkung oft unabhängig von einer späteren Richtigstellung. Aus Sicht des Verfassungsschutzes sind sie relevant, weil sie geeignet sind, das Vertrauen in die Integrität von Wahlen



nachhaltig zu beschädigen. Häufig genügt der Eindruck: „Da stimmt etwas nicht“, um Zweifel bei Menschen zu verankern.

Neben „Storm-1516“ nimmt vor allem die Kampagne „Doppelgänger“ eine Schlüsselrolle innerhalb der russischen Desinformationsoperationen ein. Im Kern geht es um das systematische Nachahmen bekannter Medienmarken. Es werden Internetseiten erstellt, die in Aufmachung, Logo, Schriftbild und Farbgestaltung stark an etablierte Medien erinnern und häufig nur minimale Abweichungen in der Internetadresse aufweisen. Kopiert oder imitiert werden dabei unter anderem bekannte deutsche Medien wie „Der Spiegel“, „Die Zeit“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Süddeutsche Zeitung“ oder auch „BILD“.

Auf diesen nachgeahmten Seiten werden Inhalte veröffentlicht, die pro-russische Narrative transportieren, westliche Politik diskreditieren oder gesellschaftliche Spaltungen vertiefen sollen. Ziel dieser visuellen Täuschung ist die Ausnutzung des Autoritäts-Reflexes. Die vertraute Ästhetik soll die kritische Prüfung der Inhalte unterlaufen und die Desinformation im Gewand einer legitimen Quelle erscheinen lassen. So halten Leser Fake-Inhalte für echte journalistische Berichterstattung. Mittels KI können Texte, Bilder und Überschriften automatisiert und in großer Zahl erstellt, schnell angepasst und in unterschiedlichen Varianten verbreitet werden. Dadurch lassen sich identische Erzählungen parallel auf vielen scheinbar unterschiedlichen „Medienseiten“ platzieren und zielgerichtet an verschiedene gesellschaftliche Gruppen ausspielen. Und die hierfür genutzte KI-Technik wird immer schneller, effizienter sowie bedienungsfreundlicher.



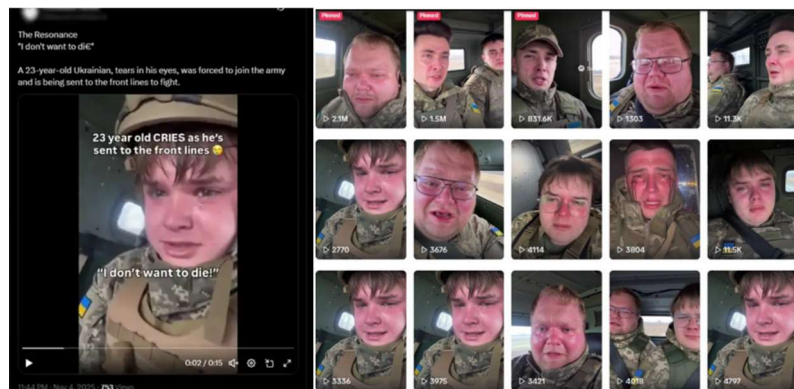
2025 ist außerdem stärker sichtbar geworden, dass Einflussakteure nicht nur Menschen direkt erreichen wollen, sondern auch die Informationsgrundlagen von KI-Systemen selbst gezielt beeinflussen. Studien¹⁴ weisen darauf hin, dass pro-russische Netzwerke große Mengen an Inhalten ins Netz stellen, damit diese Inhalte später in Antworten von KI-Chatbots auftauchen. So kann Propaganda indirekt wirken – nicht als klar erkennbare Botschaft, sondern als scheinbar neutrale Zusammenfassung einer KI. Dies stellt eine sicherheitspolitische Herausforderung dar. Diese subtile Manipulation erhöht die Detektionsschwelle und die eindeutige Zuordnung wird erheblich erschwert.

¹⁴ Vgl. <https://www.newsguardtech.com/de/special-reports/moskau-basiertes-globales-nachrichten-netz-infiziert-westliche-kunstliche-intelligenz-russische-propaganda/> (zuletzt abgerufen am 01.02.2026) und <https://static1.squarespace.com/static/6612cbdf9a9ce56ef931004/t/67bf1de6429a912e3cbe8c83/1740578284208/PK+Report.pdf> (zuletzt abgerufen am 01.02.2026).

Strategische russische Einflussnahme: Desinformationsmechanismen in Brandenburg

Aus Sicht des Verfassungsschutzes Brandenburg gehen russische Akteure immer raffinierter vor, um die öffentliche Meinung in Deutschland zu beeinflussen. Die Kombination aus regional angepassten Inhalten, emotionalisierenden Inhalten und der Imitation seriöser Quellen zielt darauf ab, regionale Debatten zu beeinflussen. Ein Trend ist hierbei die Abkehr von großflächigen Kampagnen hin zur „lokalen Verpackung“. Heutige Einflussoperationen arbeiten gern mit vielen kleinen Quellen, die unabhängig wirken. Da, wo die politische Willensbildung stark durch gewachsene persönliche Netzwerke, geschlossene lokale Social-Media-Gruppen und regionale Messenger-Kanäle geprägt ist, entfaltet diese Methode eine besondere Dynamik. Wenn Inhalte zudem regional gekoppelt werden, steigt aufgrund der Anschlussfähigkeit die Chance ihrer Weiterverbreitung. Zudem werden manipulative Inhalte unbewusst von Bürgern im privaten Umfeld weitergetragen.

Ein weiterer Trend ist eine stärkere Nutzung emotionaler Bilder und Videos. Im Berichtszeitraum betrifft das zum Beispiel KI-generierte Fakes¹⁵, die gezielt emotionale Extremsituationen simulieren. Die Videos zeigen angeblich ukrainische Soldaten, die weinen oder aufgeben. Solche Fake-Produkte sind nicht nur wegen ihres



Inhalts relevant, sondern auch wegen ihrer Funktion: Sie sollen Gefühle auslösen – Mitleid, Empörung, Abscheu oder Resignation – und daraus politische Schlussfolgerungen nahelegen. In Brandenburg können solche Inhalte besonders wirken, wenn sie in Debatten über Krieg, Sanktionen und Energiepreise als „Belege“ genutzt werden. Der strategische Kern dieser Inhalte liegt nicht in ihrem faktischen Wahrheitsgehalt, sondern in ihrer Trigger-Funktion.

Drittens ist die Kombination von scheinbar seriösen Webseiten mit Social-Media-Inhalten sicherheitsrelevant. Hierbei werden komplexe Infrastrukturen geschaffen, die durch das Klonen seriöser Nachrichtenportale beim Nutzer einen unkritischen Autoritäts-Reflex auslösen können, weil dem vermeintlich Bekannten vertraut wird.¹⁶ Erst taucht ein Inhalt auf, dann wird er über eine Seite „bestätigt“, die wie ein Nachrichtenangebot aussieht, und anschließend wird er über Netzwerke als „Quelle“ verbreitet. Für Brandenburg gilt: Je wichtiger Screenshots, Links und kurze „Belege“ in lokalen Debatten werden, desto leichter kann diese Methode greifen. Je stärker sich die politische Auseinandersetzung in Brandenburg auf schnelle digitale „Kurz-Belege“ stützt, desto anfälliger wird das gesellschaftliche Klima für diese hybriden Einflussnahmen.

¹⁵ Linkes Bild: <https://www.dw.com/en/fact-check-viral-videos-of-crying-ukrainian-soldiers-are-fake/a-74659145> und rechtes Bild: <https://factcheck.afp.com/doc.afp.com.84J699E>

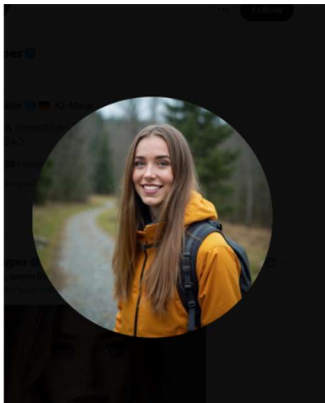
¹⁶ Vgl. https://www.verfassungsschutz.bayern.de/mam/anlagen/bayfv_vollanalyse_doppelpaenger.pdf (zuletzt abgerufen am 01.02.2026) und <https://correctiv.org/en/fact-checking-en/2025/01/24/disinformation-operation-russian-meddling-in-german-election-campaign-exposed/> (zuletzt abgerufen am 01.02.2026).

Sägen am Zusammenhalt: Brandenburgs Extremisten und ihr KI-Werkzeugkasten

Neben ausländischer Einflussnahme nutzen auch politische Extremisten KI-Werkzeuge immer intensiver. Dabei geht es oft nicht um eine einzelne große Fälschung, sondern um dauerhafte Kommunikation im eigenen Milieu. KI-Bilder und kurze KI-Videos können Feindbilder verstärken, Gegner abwerten und bestärken die emotionale Geschlossenheit der eigenen Gruppierung.

KI-Inhalte können in diesen Kontexten häufig als „Gefühlsverstärker“ wirken. Das gilt beispielsweise für Bilder mit nationaler Symbolik, entmenschlichende Darstellungen oder visuelle Geschichten über „Bedrohung“ und „Niedergang“. Diese hochgradig emotionalisierten Inhalte sind auf maximale Interaktion getrimmt. Sie lassen sich mühelos teilen und entfalten ihre Wirkung in Sekundenschnelle, lange bevor faktenbasierte Korrekturen erfolgen können. Diese KI-Narrative wirken wie Keile in lokalen Konflikten. Ob bei Fragen der Unterbringung oder des ökonomischen Umbruchs in der Lausitz – sie instrumentalisieren reale Sorgen von Brandenburgern und treiben so die Polarisierung systematisch voran.

Heimatliebe aus dem Algorithmus: Das „Brandenburg-Mädel“



Im Berichtszeitraum steht das „Brandenburg-Mädel“ exemplarisch für „synthetische Avatare“ in sozialen Netzwerken. Unter dem Namen „Larissa Wagner“ wurde eine Person erschaffen, die sich als Frau aus dem brandenburgischen Senftenberg (OSL) darstellte. „Larissa“ griff im Berichtszeitraum Alltagsthemen auf und verbreitete politische Inhalte, unter anderem Wahlwerbung im Umfeld der „AfD“. Hinter der vermeintlichen Heimatverbundenheit steckt System. Der Bezug zu Senftenberg dient als emotionaler Türöffner. Er instrumentalisiert die Sehnsucht nach Vertrautheit, damit politische Themen im Fahrwasser einer scheinbar privaten Erzählweise organisch mitschwimmen können. Nähe soll Vertrauen schaffen um politische Botschaften fast unmerklich in das kollektive Bewusstsein der Region einsickern zu lassen. Diese virtuelle Strategie der emotionalen Nahbarkeit wird durch die Anbindung an das rechtsextremistische „COMPACT-Magazin“ professionalisiert, wo die Figur unter dem Namen „Larissa Wagner“ als vermeintliche Praktikantin auftrat. Durch die Verknüpfung von lokaler Identität und der Reichweite des Magazins wird die KI-generierte Identität gezielt als Brücke genutzt, um rechtsextremistische Inhalte als harmlose Alltagsbeobachtungen zu tarnen. Damit wird „COMPACT“ zum Multiplikator einer künstlichen Welt, in der die Grenzen zwischen realer Person und politischem Werkzeug bewusst verwischt werden.

KI-gestützte Desinformation muss dabei nicht immer als klare Lüge auftreten. Oft genügt ein künstliches Profil, das Stimmungen transportiert, emotionale Geschichten streut und so Stück für Stück Wahrnehmungen subtil immer weiter verschiebt. Vor allem junge Zielgruppen sind über solche Plattform-Formate (kurze Videos, Lifestyle-Ton, scheinbare Authentizität) schnell zu erreichen. Zudem ist Regionalität in Brandenburg eine Währung des Vertrauens: In kleineren Öffentlichkeiten spielt die Frage „Kennt man das?“ oder „Kommt das



von hier?“ eine entscheidende Rolle. KI ist in der Lage, diese lokale Identität zu imitieren und so die Grenze zwischen echter Nachbarschaft und einer Simulation aufzuheben.

Aus Sicht des Verfassungsschutzes Brandenburg ist hier vor allem die Schnittstelle zu extremistischen Milieus relevant. Solche synthetischen Profile können der Einstieg in den Extremismus sein: zunächst unauffällig, später politisch, bis hin zur vollständigen Einbindung in Echokammern, aus denen kaum noch ein diskursiver Ausweg führt. Diese Strategie wirkt besonders in Brandenburg, da es in Teilen des Landes schon länger stabile rechtsextremistische und entsprechend beeinflusste Kommunikationsräume gibt, die reges Interesse an diesen neuen Formaten haben.

Suche ohne Gewähr: KI-Chatbots als neue Quelle der Verunsicherung in Brandenburg

Im Jahr 2025 wurde außerdem sichtbar, dass KI-Chatbots zunehmend als Informationsquelle genutzt werden. Ein KI-Chatbot ist im Grunde ein Computerprogramm, mit dem man sich wie mit einem echten Menschen unterhalten kann. Er nutzt „Künstliche Intelligenz“, um geschriebene oder gesprochene Sprache nicht nur zu erkennen, sondern auch passend darauf zu reagieren. Viele Menschen verwenden solche Systeme, um sich schnell einen Überblick zu verschaffen – gerade bei komplexen Themen. Das Sicherheitsrisiko ist systemisch: Chatbots sind auf Plausibilität getrimmt, nicht auf Faktentreue. Sie liefern die perfekte Form, aber keine Gewähr für den Inhalt. Das heißt, gefakte Inhalte fließen in die KI ein, werden verarbeitet und weiterverbreitet. Wenn also beispielsweise pro-russische Netzwerke den Online-Raum mit großen Mengen falscher Inhalte füllen, können diese später in KI-Antworten wieder auftauchen. Aus Sicht des Verfassungsschutzes Brandenburg entsteht dadurch ein Sicherheitsvakuum der Wahrheit. Desinformation kann so nicht nur über Posts und Videos wirken, sondern auch über scheinbar neutrale KI-Antworten. Sie werden quasi digitales Allgemeingut. Für Brandenburg ist das relevant, weil entsprechende KI-Inhalte inzwischen in lokalen Diskussionen auftauchen. Bei konfliktbehafteten Themen wie Energiepreisen, Infrastruktur, Migration oder sicherheitsrelevanten Ereignissen wirken KI-Zusammenfassungen dann oft wie unsichtbare Keile: Sie verzerren die Debatte vehement, während die Manipulation selbst im Verborgenen bleibt.

Prognose und Bewertung

Es ist zwingend davon auszugehen, dass KI-gestützte Desinformationen weiter an Bedeutung gewinnen. Gleichzeitig ist nicht davon auszugehen, dass der Informationsraum vollständig „fälschbar“ wird. Im Mittelpunkt stehen eher konkrete, wiederkehrende Risiken. Für Brandenburg sind im weiteren Verlauf insbesondere drei Entwicklungen wahrscheinlich.

Erstens ist mit professionelleren künstlichen Profilen zu rechnen. Hier wird es nicht nur einzelne Fake-Profile geben, sondern ganze Gruppen von Profilen, die regional wirken und miteinander interagieren. Die Gefahr liegt dabei in der kollektiven Simulation. Ganze Netzwerke aus künstlichen Profilen täuschen eine lebendige regionale Gemeinschaft vor. Durch ihre gegenseitige Interaktion erschleichen sie sich Glaubwürdigkeit, die über lange Zeiträume hinweg systematisch aufgebaut wird. In Brandenburg kann das besonders wirksam sein, weil Ortsnähe und regionale Zugehörigkeit eine starke Rolle spielen. Der Fall des „Brandenburg-Mädels“ zeigt, dass diese Grundlogik bereits 2025 erfolgreich war.

Zweitens ist damit zu rechnen, dass manipulative Inhalte schneller in akuten Lagen auftauchen. Je einfacher es wird, Stimmen zu imitieren oder Videos zu erzeugen, desto eher kann in den ersten Stunden eines Ereignisses falsches Material zirkulieren. In Brandenburg betrifft das vor allem Phasen mit hoher Aufmerksamkeit, etwa Wahlkampfzeiten, größere Ereignisse oder sicherheitsrelevante Vorfälle.

Drittens ist die Wirkung von Regeln und Plattformmaßnahmen zeitlich verzögert. Auch wenn auf europäischer Ebene Regeln entwickelt und umgesetzt werden, bleibt in den Jahren 2025/2026 vieles davon abhängig, wie schnell falsche Inhalte erkannt, eingeordnet und korrigiert werden – gerade in lokalen Räumen. Für Brandenburg bedeutet das: Die Widerstandskraft entsteht vor allem dort, wo lokale Öffentlichkeit stattfindet – in Kommunen, in regionalen Medien, in Schulen und Bildung, sowie in der Kommunikation in Krisen und Wahlzeiten.

Rückblickend auf das Jahr 2025 zeigt sich, die KI hat Desinformation nicht erfunden – aber sie ist ihr effizientester Multiplikator: Inhalte können schneller hergestellt, leichter angepasst, regional eingefärbt und über künstliche Profile glaubwürdig verpackt werden. Russische Einflussoperationen wie beispielsweise „Storm-1516“ und die fortlaufende Kampagne „Doppelgänger“ zeigen, dass KI-Methoden Teil eines größeren Werkzeugsatzes sind, um Misstrauen zu fördern und Gesellschaften zu spalten. Zugleich zeigt der Fall des „Brandenburg-Mädels“, das regionale Öffentlichkeiten in Brandenburg Ziel und Resonanzraum solcher Methoden sein können.

Aus Sicht des Verfassungsschutzes Brandenburg bleibt deshalb wesentlich, Entwicklungen im digitalen Informationsraum in Brandenburg fortlaufend zu beobachten: sowohl Aktivitäten ausländischer Einflussakteure – insbesondere aus Russland – als auch die Nutzung neuer technischer Möglichkeiten in extremistischen Milieus. KI ist dabei nicht der einzige Treiber, aber ein wichtiger Verstärker, der Tempo, Reichweite und Anschlussfähigkeit von Desinformation deutlich erhöht. Letztlich bleibt die fortlaufende Analyse dieser hybriden Bedarfe die Grundvoraussetzung, um die Integrität unserer regionalen Debatten zu schützen und den strategischen Bestrebungen extremistischer Akteure mit der gebotenen staatlichen Entschlossenheit zu begegnen.

2.2 Muslimbrüder und ihr demokratie-unterwanderndes Vorgehen

Islamistische Ideologen und ihre Anhänger nehmen für sich in Anspruch, ihre menschen- und demokratiefeindlichen Überzeugungen in gesellschaftliche Zwangsnormen überführen zu dürfen. Daraus leiten sie auch eine Legitimation für die Anwendung von Gewalt ab. Die Verfolgung, Versklavung und massenhafte Tötung von Jesiden durch „IS“-Anhänger ist nur ein furchtbares Beispiel dafür. Doch die Bandbreite islamistischer Aktionen ist viel größer. Terroristische Anschläge in Deutschland mit Verletzten und Toten und aggressive Demonstrationen zugunsten der Errichtung eines Kalifats in Deutschland¹⁷ belegen beispielhaft, dass Islamisten in Deutschland unsere Werte bekämpfen und die freiheitliche demokratische Grundordnung beseitigen wollen.

Zumeist werden dabei Anhänger eines salafistischen Islamverständnisses als problematisch wahrgenommen. Sie sind rigide und wenig kompromissbereit. Aus ihrer Ablehnung unserer Freiheiten und Werte machen sie keinen Hehl. Nicht zuletzt da sie die Mehrheit der jihadistischen Terroristen bilden, die für viele Anschläge verantwortlich sind, stehen sie besonders im Fokus der Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden. Andere islamistische Akteure sowie ihre Strategien werden dagegen seltener als Gefahr wahrgenommen, manchmal sogar ignoriert oder verharmlost.

Zu nennen sind insbesondere Anhänger der „Muslimbruderschaft“ (MB) oder der „HAMAS“. Sie sind teilweise sehr geschickt darin, ihre verfassungsfeindliche Agenda zu verschleiern, während sie ihre angebliche Demokratieverträglichkeit und Gewaltfreiheit beteuern. Tatsächlich aber missbrauchen sie die Grundwerte unserer Gesellschaftsordnung und versuchen, anderen genau die Grundrechte zu verwehren, welche sie so lautstark für sich einfordern. Von dieser perfiden Strategie sind besonders Juden durch zunehmenden Antisemitismus betroffen. „MB“- und „HAMAS“-Anhänger zielen mit ihrer Agitation ebenso auf innermuslimische Diskurse ab. Wer den ideologischen Vorgaben nicht folgt, wird systematisch unter Druck gesetzt, ausgegrenzt oder angefeindet.¹⁸ Diese Agitation richtet sich auch gegen die Rechte von muslimischen wie nicht-muslimischen Frauen, denen eine gleichberechtigte Behandlung und soziale Teilhabe verwehrt werden. Auch Menschen, die sich für demokratische Werte einsetzen, sind Opfer islamistischer Agitation. Sie werden bedroht oder müssen um ihr Leben fürchten. Nicht zuletzt werden auch Kinder und Jugendliche zu Opfern. Obwohl sie Träger von Grundrechten sind und eines besonderen Schutzes bedürfen, sind sie der Agitation von Islamisten zu oft schutzlos ausgesetzt. Sie werden dadurch in ihrer Entwicklung nachhaltig beeinträchtigt.

Die totalitäre Ideologie der Muslimbruderschaft (MB) und ihre perfide Agenda

Die 1928 in Ägypten gegründete „MB“ ist eine Organisation mit sehr komplexer Geschichte. Sie hatte bereits zu Beginn ihres Bestehens großen Zulauf und expandierte organisatorisch wie ideologisch insbesondere in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In verschiedenen Ländern entstanden mehr oder weniger eigenständige Ableger, die sich teilweise als unabhängig betrachten. Die Muslimbrüder waren und sind einer der relevantesten Treiber bei der Entwicklung islamistischer Organisationen weltweit.

Über die hohe Reichweite ihrer ideologischen Vordenker, wie etwa dem Ägypter Yusuf Al-Qaradawi (†2022) oder dem in der Schweiz geborenen Tariq Ramadan, entwickelten Muslimbrüder ihre Ideologie und ihre Strategien in Europa maßgeblich weiter. So kann die „MB“ heutzutage nicht in erster Linie als einheitliche Organisation, sondern vor allem als Bewegung verstanden werden, deren Mitglieder und

¹⁷ WERNICKE, „Gegen Israel und für ein Kalifat in Deutschland“, 04.11.2023, www.sueddeutsche.de/politik/essen-israel-demonstration-kalifat-islamisten-1.6298354, eingesehen am 22.02.2026.

¹⁸ Beispielhaft erklärt in: „Islamistische Grundschüler – die Unterwanderung?“, Podcast ‚Kaffee, extra Schwarz‘, vom 02.07.2025, MANSOUR/MAYER-RÜTH, ab Minute 04:00.

Anhänger weltweit komplexe Geflechte aus Vereinen, Moscheen, vermeintlichen Bildungs- und Integrationsprojekten, Wohlfahrtsorganisationen und Lobbygruppen ausbauen und betreiben.

In Europa dienen die Dachverbände der Koordination und der einheitlichen inhaltlichen Ausrichtung nach der Ideologie der Muslimbrüder. Dort setzen ausgewählte, hochrangige Muslimbrüder die Eckpunkte einer Agenda und reichen sie nach unten durch. In Europa gelingt es so, die Lebensumstände von Muslimen aufzugreifen und bei ihnen anzudocken.¹⁹ Während die Führung der ägyptischen (teilweise im Exil befindlichen) Mutterorganisation im Internet vergleichsweise offen auftritt, legen Organisationen oder Anhänger in Europa selten ihre organisatorische oder ideologische Zugehörigkeit zur „MB“ offen. Teilweise wird sie sogar vehement verleugnet.²⁰ In Deutschland ist die islamistische „Deutsche Muslimische Gemeinschaft“ (DMG) einer der relevantesten Vereine, die durch Muslimbrüder geführt werden oder im Sinne der „MB“ agieren.²¹

Die Strategie der Muslimbrüder ist langfristig und generationenübergreifend ausgerichtet. Sie zielt auf eine schrittweise Veränderung sowohl der politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse als auch der Individuen ab. Insbesondere in den Bereichen Bildung, Soziales, Politik und Religionsausübung agieren die Muslimbrüder mit ihren Sympathisanten und Netzwerken. Sie bilden zahlreiche Kooperationen mit Dritten, die ihre verfassungsfeindliche Agenda nicht erkennen, ignorieren oder gar selbst befürworten.²² So soll nach und nach eine Dominanz der „MB“ aufgebaut werden, um ihr totalitäres Islamverständnis gegenüber allen Muslimen durchzusetzen und zu verankern. Dafür bedient sich die „MB“ identitätspolitischer Methoden, die eine Deutungshoheit über vermeintlich „die“ muslimische Identität erzeugen soll und gleichzeitig die gesellschaftlichen Gegebenheiten vor Ort im Sinne der „MB“-Ideologie verändern. Anders gesagt: Die Muslimbrüder versuchen zu bestimmen welches Islamverständnis für alle Muslime zu gelten hat und wer – und wer nicht – an gesellschaftlichen Prozessen beteiligt werden darf.²³

Akteuren, die im Sinne der „MB“ agieren, behaupten ihre Vorstellungen von Staat und Gesellschaft seien demokratisch. Sie nutzen damit positiv aufgeladene Begriffe. Sie beschränken Demokratie jedoch lediglich auf Prozesse, die damit eigentlich verbundenen Werte lehnen sie jedoch ab. Dass belegen zahlreiche Äußerungen von Akteuren der „MB“ im Ausland wie auch in Deutschland: Für sie stellt ihre Interpretation

¹⁹ WAGEMAKERS, „The Muslim Brotherhood – Ideology, History, Descendants“, Amsterdam, 2022, S. 198 ff, 210 ff.

²⁰ Vgl. BREUER, „Die Muslimbruderschaft in Deutschland“, Bundeszentrale für Politische Bildung, 2019, www.bpb/themen/islamismus/dossier-islamismus/290422/die-muslimbruderschaft-in-deutschland/, zuletzt eingesehen 23.02.2026. Für eine kurze Darstellung der konspirativen Anwerbung und Indoktrination von Muslimbrüdern in Europa siehe: BERGEAUD-BLACKLER, „Kalifat nach Plan“, Tübingen, 2025, S. 59-69. AL-ANANI beschreibt die Anwerbung in Ägypten: „Inside the Muslim Brotherhood – Religion, Identity, and Politics“, New York, 2016, S. 67 ff.

²¹ BERGEAUD-BLACKLER, „Kalifat nach Plan“, Tübingen, 2025, S. 59 f. Für eine Auflistung deutscher und europäischer Organisationen, die der MB zuzuordnen sind, siehe Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg 2024, S. 148-51.

²² Für eine ausführliche Beschreibung der Institutionalisierung der Muslimbrüder in Europa und ihrer Kooperation mit Organisationen in Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik siehe: BERGEAUD-BLACKLER, „Kalifat nach Plan“, Tübingen, 2025, S. 93-135, sowie 135-60 und 181-312.

²³ Vgl.: BERGEAUD-BLACKLER, „Kalifat nach Plan“, Tübingen, 2025, S. 70-2, 332 ff. AL-ANANI, „Inside the Muslim Brotherhood – Religion, Identity, and Politics“, New York, 2016, S. 34-49, 82-98; WAGEMAKERS, „The Muslim Brotherhood – Ideology, History, Descendants“, Amsterdam, 2022, S. 216 f.

des „göttlichen Rechts“, der Scharia, immer die übergeordnete Norm dar.²⁴ So ist mit ihrer Agitation letztendlich untrennbar die Abschaffung demokratischer Prinzipien und Werte verbunden.²⁵

Der Nah-Ost-Konflikt blieb über die Dekaden hinweg ein Schwerpunktthema für alle Muslimbrüder weltweit. Sie nutzten ihn für Propaganda, Rekrutierung und Gewaltlegitimierung. Dies war auch bei dem für die Muslimbrüder so wichtigen²⁶ Yusuf Al-Qaradawi der Fall. Er legitimierte in den 2000er Jahren die Anwendung terroristischer Taten wie Selbstmordanschläge gegen Juden in Israel. Er argumentierte, alle Juden seien legitime Ziele und schloss eine Unterscheidung zwischen Soldaten und Zivilisten explizit aus.²⁷ Das Bestehen Israels verstand er als existenzielle Bedrohung des Islam. Dies setzt sich auch in der Betätigung der heutigen „MB“ und ihrer Anhänger fort: Im Nachgang des terroristischen Überfalls der „HAMAS“ auf Israel am 7. Oktober 2023 veröffentlichte die ägyptische „MB“ diverse Beiträge, in denen sie die „HAMAS“ und ihre Taten befürwortete und zur Fortsetzung und Unterstützung des Kampfes gegen Israel aufrief. Auch unabhängig vom Nah-Ost-Konflikt war die Befürwortung von Gewalt gegen Menschen, etwa auch zur Erlangung politischer Macht, immer eine relevante Konstante im Denken und Handeln von Muslimbrüdern.

Das Wirken der MB in Deutschland und darüber hinaus

Muslimbrüder und die in ihrem Sinne agierenden Akteure sind tief in den Strukturen unserer Gesellschaft aktiv, wie es Bergeaud-Blackler zutreffend beschreibt:

„Die europäischen [Muslim]Brüder verfahren genauso wie in Ägypten und anderen muslimischen Ländern; sie legen tugendhafte Kleidung an, kämpfen gegen Diskriminierung und setzen sich für die Verteidigung von Rechten und Freiheiten ein. Sie organisieren Sozialhilfe, Hausaufgabenhilfe und Sportunterricht, helfen Unternehmern zum Erfolg [...]. Sie schlüpfen in die Lücken einer Wohlfahrtsorganisation, einer politischen Partei, eines Großunternehmens [...]“²⁸

Das Wirken von Muslimbrüdern in Deutschland begann Ende der 50'er Jahre und intensivierte sich in den 60'er und 70'er Jahren mit der Gründung von Vereinen und Moscheen. Die Strukturen, wie sie Muslimbrüder in Europa aufgebaut haben, finden sich gespiegelt in Deutschland wieder.²⁹ Aktuell konzentrieren sie ihre Tätigkeiten auf die Bereiche interreligiöser und interkultureller Dialog, Bildung und Ausbildung, Stellung der Frau in der Gesellschaft, Kampf gegen anti-muslimischen Rassismus/Islamophobie und der Entwicklung muslimischer Medien.³⁰

²⁴ Vgl. die Ausführungen von Ivesa LÜBBEN zur Widersprüchlichkeit der Parteiprogrammatik mit anderen ideologischen Standpunkten der MB in Ägypten Mitte der 2000'er Jahre: LÜBBEN, „Die Muslimbruderschaft und der Widerstand gegen eine dynastische Erbfolge in Ägypten“, in: GIGA Focus Nahost, 2009, German Institute of Global and Area Studies, Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien; Siehe dazu auch: BÜCHS, „Führungswechsel bei Ägyptens Muslimbruderschaft: Demokratieversuch mit unverhofftem Ergebnis“, in: GIGA Focus Nahost, 2010, German Institute of Global and Area Studies, Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien. Siehe auch: VIDINO, „The New Muslim Brotherhood in the West“, New York, 2010, S. 62-5.

²⁵ Vgl.: „Islamistische Grundschüler – die Unterwanderung?“, Podcast ‚Kaffee, extra Schwarz‘ vom 02.07.2025, MANSOUR/MAYER-RÜTH, ab Minute 08:00. Einen kurzen Einblick von in Deutschland entstandenen Strukturen von Paralleljustiz, die nicht mit deutschem Recht vereinbar ist, siehe: SCHIRRMACHER, „Paralleljustiz im deutschen Rechtsstaat“, S. 163 ff, in: „Der politische Islam gehört nicht zu Deutschland“, LINNEMANN/BAUSBACK (Hg.), Freiburg, 2019, S. 159-71.

²⁶ Zur Rolle und Bedeutung AL-QARADAWI allgemein, wie auch für die MB s.: GRÄF, „Medien-Fatwas@Yusuf al-Qaradawi“, Berlin, 2010, S. S. 102 ff, sowie KRÄMER, „Drawing Boundaries. Yūsuf al-Qaradāwī on Apostasy“, in „Speaking for Islam. Religious Authorities in Muslim Societies“, KRÄMER/SCHMIDTKE (Hg.), Leiden, 2006, 194 ff.

²⁷ Vgl.: STEINBERG, „Die Muslimbruderschaft und die Hamas“, S. 4 f. In: SWP Aktuell, NR. 65, 2023, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit und WAGEMAKERS, „The Muslim Brotherhood – Ideology, History, Descendants“, Amsterdam, 2022, S. 214.

²⁸ BERGEAUD-BLACKLER, „Kalifat nach Plan“, Tübingen, 2025, S. 70.

²⁹ WAGEMAKERS, „The Muslim Brotherhood – Ideology, History, Descendants“, Amsterdam, 2022, S. 205-8; S. auch: Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg 2024, S. 148-51.

³⁰ Vgl.: BERGEAUD-BLACKLER, „Kalifat nach Plan“, Tübingen, 2025, S. 107 ff, 136 ff.

Das ist ebenso in Brandenburg festzustellen. Ein Beispiel dafür ist das „Islamische Zentrum Fürstenwalde“ (IZF). Der „MB“ und „HAMAS“ zuzuordnende Moscheeverein sammelte gezielt und über einen langen Zeitraum Geld für eine der „HAMAS“ zuzurechnende Spendenorganisation. Ebenso wurde eine demokratiefeindliche, antisemitische und gewaltbefürwortende Ideologie verbreitet. Langjährige Funktionäre des „IZF“ äußerten öffentlich, wie auch im Rahmen offizieller Veranstaltungen der Moschee, Sympathie für die terroristischen Gewalttaten der „HAMAS“ gegen Juden und den Staat Israel. Sie befürworteten die Anwendung tödlicher Waffengewalt. Entsprechend erfolgte im September 2024 das Verbot durch den Innenminister des Landes Brandenburg, da sich das „IZF“ gegen die verfassungsgemäße Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung richtete.

Weitere Beispiele belegen, dass für die Muslimbrüder in Europa Gewalt ein zentraler Bestandteil ihrer Agenda ist. Es ist erkennbar, dass sich die Anwerbung und Indoktrination von Konvertiten oder in Europa geborenen Rekruten zunächst daran ausrichtet, wie ihr Verständnis wichtiger Institutionen ist und ob sie Zugang zu diesen hätten. Arabischsprachige und in einem muslimischen Land geborene Muslime würden schneller in die eigentliche Zielsetzung der Muslimbrüder eingeführt und eher militärisch indoktriniert, stellt die Anthropologin Bergeaud-Blackler fest. Beispielhaft berichtet sie von einem ehemaligen Muslimbruder, der die Erfahrung seiner Anwerbung und Radikalisierung durch Muslimbrüder in Frankreich so zusammenfasst, dass sie in Wahrheit keine Muslimbrüder rekrutierten, sondern „Mujahiddin-Brüder“,³¹ also Krieger mit der Bereitschaft, im Sinne der „MB“ Waffengewalt anzuwenden.

Dass dies keine Übertreibung ist, zeigt das Verbot der in Paris ansässigen Bildungseinrichtung „*Institut Européen des Sciences Humaines*“³² (IESH) durch das französische Innenministerium im September 2025. In der Verbotsverfügung wird dargestellt, dass das Institut ideologisch, organisatorisch wie auch personell fest in der „MB“ verankert war. Die ideologische Ausbildung am „IESH“ habe einen wesentlichen Schritt in der gewalttätigen Radikalisierung mehrerer ehemaliger Schüler beziehungsweise Studenten dargestellt, bevor diese sich terroristischen Aktivitäten zuwandten oder propagierten. Das Wirken des Instituts sei darauf angelegt gewesen, in Frankreich eine Gesellschaft auf Grundlage des islamischen Rechts zu formen. Die Lehrinhalte haben zu Diskriminierung, Hass und Gewalt gegenüber Menschen angestiftet. Schwerste körperliche Strafen (Amputationen von Gliedmaßen, Auspeitschung, Steinigung im Fall von außerehelichen sexuellen Beziehungen) stellte das „IESH“ als Konsequenz der Nichtbeachtung göttlicher Gesetze dar und propagierte deren Anwendung als Pflicht für Muslime. Auch sei eine Überlegenheit des Mannes über die Frau, wie auch physische Gewalt gegen Frauen gerechtfertigt worden. Zudem seien mehrere Führungs- und Lehrkräfte in Schlüsselpositionen von Vereinigungen tätig gewesen, die der Finanzierung von „HAMAS“ nahen Strukturen gedient haben.³³

Muslimbrüder in Vereinen, Lobbyverbänden, Gremien oder Parteien

Das Bedürfnis nach „einem Ansprechpartner für alle“ nutzen die Muslimbrüder aus. Sie identifizieren relevante politische und gesellschaftliche Debatten und Entwicklungen und sind in der Lage, schnell neue Vereine, Organisationen oder Gremien zu gründen oder bestehende zu besetzen, die als konkrete Ansprechpartner oder Sprachrohr dienen sollen.³⁴ Dies verdeutlicht eine kurze Darstellung des Vereins „*Forum of European Muslim Youth and Student Organisation*“ (FEMYSO). Er wurde in Brüssel von Muslimbrüdern gegründet und wird von ihnen ebenso geführt. Der Verein wirkt auf europäischer Ebene und

³¹ *Mujahiddin*, wörtlich: Dijenigen den Jihad machen, umgangssprachlich zumeist: bewaffnete Kämpfer, Krieger. BERGEAUD-BLACKLER, „Kalifat nach Plan“, Tübingen, 2025, S. 69.

³² Dt.: „Europäische Institut für Humanwissenschaft“. Mehrere gleichnamige Bildungseinrichtungen – ebenfalls der MB zuzuordnen – existieren in weiteren europäischen Ländern. Das deutsche Institut befindet sich in Frankfurt (Main).

³³ „*Décret du 3 septembre 2025 portant dissolution de l'association, Institut Européen des Sciences Humaines (IESH)*“, <https://www.legifrance.gouv.fr/eli/decret/2025/9/3/INTD2524595D/jo/texte>, zuletzt eingesehen am 02.03.2026. Zur Ausrichtung und Verbreitung der Institute s.: BERGEAUD-BLACKLER, „Kalifat nach Plan“, Tübingen, 2025, S. 140 f.

³⁴ Vgl.: BERGEAUD-BLACKLER, „Kalifat nach Plan“, Tübingen, 2025, S. 142 f.

verdeutlicht die Verquickung von zentralen Personen mit religiösen Vereinen, Lobbyverbänden, politischen Gremien und Parteien. In unmittelbarer Nähe zu den Einrichtungen der Europäischen Union soll er die Arbeit von Jugend- und Studentenverbindungen in Europa koordinieren und Entwicklung sowie Vernetzung künftiger Generationen von Muslimbrüdern fördern. Gleichzeitig wirkt die „FEMYSO“ auf die Gremien der Europäischen Union ein und kann von deren erheblichen Subventionen profitieren. Der Verein umfasst mehrere dutzend europäische Mitgliedsverbände, die das politische Engagement junger muslimischer Menschen in Europa stärken wollen – allerdings unter den Prämissen der Ideologie der Muslimbrüder. In diesem Kontext ist auch die Betätigung der „FEMYSO“ in gesellschaftlichen Kampagnen zu sehen. Ziel ist, eine „europäisch-muslimische Identität“ zu entwickeln, was gleichzeitig als Kampf gegen „Islamophobie“ begriffen wird. Bergeaud-Blackler beschreibt, wie offizielle Einrichtungen der EU dies als Engagement für pro-demokratische Prinzipien fehlinterpretieren.³⁵

Ein Beispiel für die demokratie-unterwandernde Strategie der „MB“ zeigt ein Bericht der Zeitung „Die Welt“ aus dem Jahr 2021 auf. Anlass einer öffentlich geführten Debatte waren Pläne, Mohamad H. in die „Expert*innenkommission zu antimuslimischem Rassismus“ des Landes Berlin aufzunehmen. Laut Bericht sei H. langjährig in mehreren Vereinen mit Islamismus-Bezügen tätig gewesen, darunter die „Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland“ (PGD). Der Bericht belegt ebenfalls die Widersprüche in den Versuchen des H., seine Betätigungen für islamistische Organisationen abzustreiten. Die dargestellte gleichzeitige Mitgliedschaft sowohl in der Berliner SPD als auch im Berliner Landesvorstand des „Zentralrats der Muslime“ unterstreicht seine Einbindung in relevante politische Strukturen.³⁶ Während die 2023 aufgelöste „PGD“ als Verein von „HAMAS“-Anhängern galt und in Verfassungsschutzberichten entsprechend aufgeführt wurde, wird auch die Betätigung von Mohamad H. als Vorstand im Moscheeverein „Teiba Kulturzentrum e.V.“ erwähnt. Die Bundeszentrale für Politische Bildung beschreibt die erheblichen inhaltlichen, organisatorischen und personellen Überschneidungen zwischen diesem Verein und der von ihm betriebenen Moschee in Berlin mit der „MB“.³⁷ So überrascht es nicht, dass der Imam der „Teiba-Moschee“ sowohl Absolvent als auch Lehrbeauftragter am „ElHW“ in Frankfurt (Main) ist – also eben der Lehrinrichtung, die als Kaderschmiede der „MB“ in Deutschland agiert und deren Pendant in Frankreich verboten wurde. Auch war der Imam 2021 im „IZF“ tätig.

Dies sind nur zwei Beispiele einer strukturellen und inhaltlichen Zusammenarbeit, die Bergeaud-Blackler als „die Verbündeten der Muslimbrüder“ beschreibt. Sie führt aus, wie es Muslimbrüdern gelang, Teile von politischen Bewegungen, Parteien, zivilgesellschaftlich engagierten Akteuren oder Wissenschaftlern zu beeinflussen und für ihre verfassungsfeindlichen Ziele einzuspannen.³⁸ Das leistet der Finanzierung von Strukturen mit öffentlichen Mitteln Vorschub, obwohl sie verfassungsfeindliche Ziele im Sinne der „MB“ verfolgen, und zeigt sich oft in Beiträgen, welche die Gefahren, die von ihnen ausgehen, verharmlosen.³⁹

³⁵ BERGEAUD-BLACKLER, „Kalifat nach Plan“, Tübingen, 2025, S. 146-55.

³⁶ SCHINDLER, „Berlin beruft Islamisten in Kommission gegen antimuslimischen Rassismus“, vom 25.03.2021, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article229101711/Berlin-beruft-Islamisten-in-Kommission-gegen-antimuslimischen-Rassismus.html>, zuletzt eingesehen 03.03.2026.

³⁷ BREUER, „Die Muslimbruderschaft in Deutschland“, Bundeszentrale für Politische Bildung, 2019, www.bpb/themen/islamismus/dossier-islamismus/290422/die-muslimbruderschaft-in-deutschland/, eingesehen 23.02.2026.

³⁸ BERGEAUD-BLACKLER, „Kalifat nach Plan“, Tübingen, 2025, S. 273 ff. BERGEAUD-BLACKLER beschreibt weiterhin die Beeinflussung von Wahlen durch Muslimbrüder: Ibid. S. 200 ff. Siehe dazu auch: WAGNER, „Politischer Islam von links? – Der Verein Dar al Janub als Bindeglied zwischen Islamismus und der radikalen Linken“, S. 15 f, DPI, Wien, 2023. SCHINDLER, „Auch die Union pflegt einen naiven Umgang mit dem politischen Islam“, [https://www.welt.de/politik/deutschland/article69a957c5c8473971749b2681/gegenrede-auch-die-union-pflegt-einen-naiven-umgang-mit-dem-politischen-islam.html#:~:text=Gesellschaft soll für islamistische Normvorstellungen empfänglich gemacht werden](https://www.welt.de/politik/deutschland/article69a957c5c8473971749b2681/gegenrede-auch-die-union-pflegt-einen-naiven-umgang-mit-dem-politischen-islam.html#:~:text=Gesellschaft%20soll%20f%C3%BCr%20islamistische%20Normvorstellungen%20empf%C3%A4nglich%20gemacht%20werden)“, Die Welt, Kommentar vom 06.03.2026, zuletzt eingesehen am 13.03.2026.

³⁹ S. dazu: „Islamismus in der SPD? – Gespräch mit Martin Hikel, Bezirksbürgermeister Berlin Neukölln“, Podcast ‚Kaffee, extra schwarz‘ vom 01.02.2026, MANSOUR/MAYER-RÜTH, ab Minute 07:50, ab Minute 15:15.

Missbrauch von Diskriminierungserfahrungen

Als „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF) werden abwertende und ausgrenzende Einstellungen gegenüber Menschen aufgrund ihrer zugewiesenen Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe verstanden. Es ist unbenommen, dass Muslime – wie Angehörige anderer Gruppen auch – sowohl subjektiv als auch objektiv Diskriminierungserfahrungen machen. Freiheitliche Gesellschaften setzen sich damit auseinander und suchen nach Wegen, gegen GMF vorzugehen.

Muslimbrüder und andere Islamisten begreifen GMF jedoch als strategisches Betätigungsfeld und weisen ihr eine zentrale Bedeutung für ihre Kommunikation zu. Sie konstruieren aus allen Muslimen eine generell dauerdiskriminierte Gruppe und wollen sie entsprechend vereinnahmen, um sich dann als deren Opferanwalt bei Politik und Zivilgesellschaft zu positionieren. Von dieser Schlüsselstellung aus versuchen „MB“-Akteure schließlich die öffentliche Wahrnehmung ihrer islamistischen Ideologie zu steuern. Sie diskreditieren die notwendige und gerechtfertigte Kritik am Islamismus, an der „MB“, ihren Vertretern, Strukturen und Handlungen als islamfeindlich oder vermeintlichen anti-muslimischen Rassismus.⁴⁰ Gleichzeitig versuchen sie den falschen Eindruck zu erwecken, alle Muslime gehören zu einer homogenen Gruppe und die Betätigung der „MB“-Akteure sei eine demokratische Struktur zur Integration „der“ Muslime. Entgegen ihrer Äußerungen sind ihre Ziele demokratiefeindlich und räumen nur ihren eigenen ideologischen und gesellschaftlichen Standpunkten eine Legitimität ein. Ihre Versuche, Maßnahmen der wehrhaften Demokratie oder einer engagierten, demokratischen Zivilgesellschaft als Bedrohung der „religiösen Einheit“ zu delegitimieren, zielen schlussendlich darauf ab, die Koexistenz religiöser Diversität zu verhindern. Damit schränken sie zunächst andere Muslime in ihrer Religionsfreiheit ein. In einem weiteren Schritt versuchen Akteure der „MB“ mit dieser Methode auch die Rechte von Nicht-Muslimen einzuschränken oder ganz auszusetzen. So finden sich etwa Versuche, bestimmte Themen zu tabuisieren (Meinungsfreiheit) oder die Ausübung der eigenen Ideologie aggressiv und zu Lasten Dritter einzufordern (negative Religionsfreiheit, Gleichberechtigung von Frauen, Recht auf soziale Teilhabe, etc.).

Dafür stellen sich Akteure, die im Sinne der „MB“ agieren, zusätzlich auf den Feldern Bildung, Kinderbetreuung, Integrations- oder soziale Arbeit organisatorisch auf. Sie verfolgen so exakt das Gegenteil dessen, was sie erklären: Ihr Ziel ist vielmehr demokratische Strukturen zu unterwandern, die Menschen zu desintegrieren und in parallelgesellschaftliche islamistische Strukturen zu überführen.

Die Vorgehensweisen der „MB“ zeigten sich zuletzt etwa in öffentlichen Debatten um den Bezirksbürgermeister Berlin-Neuköllns und die dortige Integrationsbeauftragte. Beide hatten in der Vergangenheit prominent auf die Gefahren und spürbar negativen Auswirkungen der Agitation von Akteuren aufmerksam gemacht, die im Sinne der „MB“ agieren.⁴¹

Gesellschaftliche Auswirkungen islamistischer Bestrebungen

Es finden sich konkrete Beispiele des verfassungsfeindlichen und gewaltorientierten Wirkens der Muslimbrüder in Deutschland. Das oben erwähnte „IZF“ ist ein Beispiel. Die Muslimbrüder sind jedoch nur ein islamistischer Akteur unter anderen. Die Auswirkungen ihrer Betätigung sind sowohl messbar als auch beunruhigend: Eine abnehmende Akzeptanz freiheitlicher Werte, steigende Akzeptanz islamistischer und antisemitischer Erzählungen sowie eine Steigerung der Gewaltbereitschaft in Teilen der muslimischen Bevölkerung. Der aktuelle Bericht des am BKA angesiedelten wissenschaftlichen Projekts MOTRA

⁴⁰ Siehe dazu: BERGEAUD-BLACKLER, „Kalifat nach Plan“, Tübingen, 2025, S. 190ff, 202 ff, 344-7.

⁴¹ S. Interview mit Güner BALCI, „Über linke Feministinnen, die Kopftücher befürworten“, 04.08.2025, Neue Züricher Zeitung (NZZ), <https://www.nzz.ch/feuilleton/quener-balci-ueber-geschlechterapartheid-und-den-reaktionaeren-islam-ld.1895693>. „Islamismus in der SPD? – Gespräch mit Martin Hikel, Bezirksbürgermeister Berlin Neukölln“, Podcast ‚Kaffee, extra schwarz‘ vom 01.02.2026, MANSOUR/MAYER-RÜTH.

(Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung) hält fest, dass der Anteil jener Muslime, die offen für islamistisches Gedankengut sind, in den Jahren 2021 bis 2025 von 20 auf 30 Prozent konstant angestiegen ist, wobei diese Gruppe offensichtlich nicht islamistisch ausgerichtet zu sein scheint. Das eine Differenzierung nach islamistischen Akteuren schwierig ist, zeigen die Ergebnisse auf die Frage „Nur der Islam ist in der Lage, die Probleme unserer Zeit zu lösen“. Stimmt dem 2021 noch 32 Prozent zu, stieg dieser Wert 2025 auf 44 Prozent. Hierbei handelt es sich um einen zentralen Slogan, mit dem Muslimbrüder und andere islamistische Akteure arbeiten. Gestiegen sind ebenfalls die Zustimmungswerte für antisemitische Einstellungen. Die Frage, „Juden kann man nicht trauen“ bejahten 2021 rund 13 Prozent, 2025 waren es bereits 29 Prozent. Die Gruppe der muslimischen Befragten, die islamistisch orientierte Einstellungen klar zurückweist, stellt zwar noch die Mehrheit, doch der Trend ist eindeutig rückläufig. 2021 waren es 71 Prozent und 2025 waren es nur noch 60 Prozent.⁴² MOTRA stellt zudem fest, dass die entsprechenden Werte überproportional stark bei Jugendlichen feststellbar sind.⁴³

Diese gefährlichen Entwicklungen sind konkrete Effekte islamistischer Agitation. Sie dokumentieren eine zunehmende Anschlussfähigkeit islamistischer Erzählungen und Einstellungen. Damit einher gehen die Verbreitung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, eine erhöhte Akzeptanz religiös und politisch begründeter Gewalt und eine wachsende Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Die daraus resultierenden Probleme haben konkrete und offenbar zunehmende Auswirkungen auf das Leben der Menschen hier in Deutschland und beeinträchtigen das Sicherheits- sowie Sozialgefüge.

Die demokratie- und menschenfeindlichen Ziele von Islamisten, die sich als Gesprächspartner und vermeintlich legitime Ansprechpartner darstellen, sind nicht immer auf Anhieb zu durchschauen. Nicht zuletzt da sie auch uns vertraute und positiv belegte Begriffe nutzen. Diese sind jedoch in einem ideologischen Verständnis umgedeutet und der Werte entkernt, die wir mit ihnen verbinden. Es liegt daher in der Verantwortung aller, sich kritisch mit der Ideologie und Aktivitäten islamistischer Akteure auseinanderzusetzen. Unsere offene, pluralistische und freie Gesellschaft bedingt den Raum und das Verständnis für Auseinandersetzung. Eine konfrontative Religionsbekundung zu problematisieren, islamistische Akteure und Narrative zu entlarven ist eine Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden. Dies und sie zu sanktionieren ist nicht rassistisch und ebenso wenig islamophob. Es ist vielmehr ein notwendiger Prozess in einer wehrhaften Demokratie. Die Demaskierung von und das Vorgehen gegen jedwede Formen des Extremismus – und der Islamismus zählt dazu – sind keine Verstöße gegen das Grundgesetz mit seiner Garantie der Religionsfreiheit. Ziel ist vielmehr, dass alle Menschen in Deutschland frei sind in der Wahl ihrer religiösen Überzeugungen. Sie müssen frei ihre Meinung äußern und ihre Identität ausleben können, ohne dabei andere in diesen Rechten einzuschränken. Gerade mit Blick auf Jugendliche muss es darum gehen, dass ihnen keine religiös begründete Ideologie aufgezwungen wird, die auf Ungleichheit, Ausgrenzung und Unterdrückung, auf Hass und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit beruht und sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richtet.

⁴² MOTRA-Monitor 2024/25, S. 118 ff, KEMMESIES/WETZELS/AUSTIN/BÜSCHER/GRUBE/HUTTER/RICHTER/RIEGER/SOBOTA (Hg.), <https://www.motra.info/publikationen/motra-monitor/>, zuletzt eingesehen am 05.03.2026.

⁴³ MOTRA-Monitor 2024/25, S. 135 f. Die Erhebungen des privaten „Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen“ (KFN) aus dem Jahr 2022 kamen bereits zu ähnlichen Ergebnissen.

3. Rechtsextremismus

3. Rechtsextremismus

Der herkömmliche Rechtsextremismus richtet seine extremistische Agenda weitgehend am historischen Nationalsozialismus aus. Die verfassungsschutzrelevante „Neue Rechte“ hingegen verzichtet auf offene NS-Rhetorik und versucht, die Grenzen des Sagbaren zu verschieben, um ihre menschenfeindlichen Positionen im gesellschaftlichen Mainstream zu verankern. Jede Ausprägung rechtsextremistischer Ideologie ist jedoch darauf ausgerichtet, bestimmte Menschen oder Gruppen auf Basis ethnischer oder kultureller Zuschreibungen abzuwerten. Damit richten sich derartige Ideologien gegen die im Grundgesetz verankerte Garantie der Menschenwürde.

Im Zentrum rechtsextremistischen Denkens stehen das eigene Kollektiv und die Nation als Bezugsgrößen. Daraus leiten sich – in unterschiedlicher Intensität und Bedeutung – Rassismus, Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus, Demokratiefeindlichkeit sowie Fremden-, Migrations- und Islamfeindlichkeit ab. Für Rechtsextremisten misst sich der Wert eines Menschen an seiner Ethnie, Nationalität, geografischen Herkunft oder seiner „Rasse“. Rechtsextremisten streben einen Staat an, der wesentliche Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wie die Menschenwürde und das Rechtsstaatsprinzip, außer Kraft setzt. Es gibt jedoch keine geschlossene rechtsextreme Szene, viel mehr existieren verschiedene ideologische Strömungen und Erscheinungsformen, die sich nicht selten sogar widersprechen.

Rechtsextremisten eint die zentrale Vorstellung, das Volk müsse vor einer Überfremdung durch Ausländer geschützt werden, auch mit Gewalt. Die „Vermischung“ von Menschen unterschiedlicher Herkunft (Rasse, Ethnie oder Kultur) gilt als schädlich und wird als „Volksaustausch“, „Überfremdung“ oder „Volkstod“ bezeichnet. Rechtsextremisten wollen die Homogenität der von ihnen definierten „Volksgemeinschaft“ bewahren. Diese Auffassungen und vor allem die aus ihnen hergeleiteten diskriminierenden politischen Zielsetzungen sind insbesondere mit der im Grundgesetz verbürgten Unantastbarkeit der Menschenwürde unvereinbar.

Revisionistische Positionen bilden häufig ein Bindeglied zwischen verschiedenen rechtsextremistischen Bestrebungen. Unter rechtsextremistischem Geschichtsrevisionismus versteht man unter anderem die Leugnung⁴⁴ oder Verharmlosung der nationalsozialistischen Diktatur und ihrer Verbrechen. Einige Akteure erkennen die deutschen Gebietsverluste als Folge der Weltkriege nicht an (Gebietsrevisionismus). Der Holocaust und andere NS-Verbrechen werden geleugnet oder durch ihre Gleichsetzung mit Handlungen der Kriegsgegner Deutschlands relativiert.

Das rechtsextremistische Personenpotenzial in Brandenburg ist im Vergleich zum Vorjahr auf 5.890 (2024: 3.650) gestiegen. Maßgeblich verantwortlich hierfür ist die am 14. April 2025 erfolgte Hochstufung des AfD Landesverbandes Brandenburg zur gesichert rechtsextremistischen Bestrebung. Auch wenn nicht alle Mitglieder der brandenburgischen AfD als Rechtsextremisten bewertet werden, führt die Hochstufung zu einer erheblichen Steigerung des rechtsextremistischen Personenpotentials. Auch unabhängig von der Einstufung der AfD ist das rechtsextremistische Personenpotential weiter angestiegen. Der seit 1993 bestehende Trend hat sich damit weiter fortgesetzt. Im Vergleich mit anderen Phänomenbereichen umfasst der Rechtsextremismus in Brandenburg das höchste Personenpotenzial. Damit stellt er die größte Gefahr für unsere Demokratie dar.

⁴⁴ Die Leugnung des an den Juden begangenen Völkermordes erfüllt den Straftatbestand der Volksverhetzung (§ 130 StGB).

Rechtsextremistisches Personen- und Organisationspotenzial in Brandenburg

	2023	2024	2025
in Parteien (gesamt)	1.260	1.600	3.810
Die Heimat (vormals NPD)	140	120	120
DER DRITTE WEG	70	80	90
AfD ⁴⁵	1.050	1.400	3.600
in parteiunabhängigen Strukturen	405	420	450
weitgehend unstrukturiertes Personenpotenzial	1.660	1.900	1.920
gesamt	3.325	3.920	6.180
Mehrfachmitgliedschaften	240	270	290
Personenpotenzial (nach Abzug von Mehrfachzählungen)	3.085	3.650	5.890
davon ⁴⁶ gewaltorientierte Rechtsextremisten	1.300	1.430	1.460

Klassischer Rechtsextremismus

Bereits seit Bestehen der Bundesrepublik werden in der rechtsextremistischen Szene Ideen und Ideologien verbreitet, die heute als Teil des herkömmlichen Rechtsextremismus verstanden werden. Dazu zählen eine ethnisch definierte „Volksgemeinschaft“ mit einer homogenen Kultur, ein vermeintlich einheitlicher „Volkswille“ und eine „Führer-Figur“. All dies soll dann in einen „Völkischen Kollektivismus“ münden. Viele Akteure proklamieren autoritäre Staatsmodelle als Ziel.

Rechtsextremisten sind davon überzeugt, dass Menschen in biologisch definierte Rassen mit genetisch bedingten Merkmalen eingeteilt werden können. Dabei werden Unterschiede zwischen diesen konstruiert, um mit deren Hilfe zwischen höheren und minderwertigen Rassen zu unterscheiden. So werten Rechtsextremisten beispielsweise weiße Ethnien auf und alle anderen Rassen dementsprechend als minderwertig ab. Damit folgen heutige Rechtsextremisten nicht selten der Argumentationslinie des historischen Nationalsozialismus, wenngleich dies nur selten offen proklamiert wird.

Antisemitismus ist ein verbindendes Element klassisch rechtsextremistischer Bestrebungen. Seine Erscheinungsformen können religiöser, kultureller sowie rassistischer Ausprägung sein. Verschwörungstheorien dienen der Szene hier häufig als Legitimation zum Judenhass.

⁴⁵ Der AfD Landesverband Brandenburg ist seit dem 14.04.2025 als gesichert rechtsextremistische Bestrebung eingestuft. Seit Juni 2020 bestand die Einstufung als rechtsextremistischer Verdachtsfall.

⁴⁶ Bezogen auf das „Personenpotenzial“ (nach Abzug von Mehrfachzählungen).

Neue Rechte

Neuere Strömungen im Rechtsextremismus wenden sich zumindest nach außen vom historischen Nationalsozialismus ab. Sie setzen auf die ideologische Vorstellung eines Ethnopluralismus. Begriff und Konzept zielen vordergründig auf eine Völkervielfalt ab, die Ethnopluralisten zu bewahren vorgeben. Tatsächlich zielt das Konzept jedoch auf die Schaffung weitestgehend ethnisch homogener Staaten ab. Zuwanderung aus anderen Kulturräumen gilt als schädlich und wird abgelehnt. Sie soll strikt nach ethnisch-kulturellen Maßstäben geregelt und eng begrenzt werden.

Anhänger der „Neuen Rechten“ wollen nach außen modern oder zumindest zeitgemäß auftreten. Sie beziehen sich positiv auf die Geschichte Deutschlands, vermeiden aber die Glorifizierung der NS-Diktatur oder die Leugnung des Holocaust. Das schließt geschichtsrevisionistische Haltungen und gezielte Provokationen nicht aus. Die Strategie ist, die Räume des Sagbaren allmählich zu erweitern und so verfassungsfeindliche Ziele und Positionen in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Akteure der „Neuen Rechten“ berufen sich auf antidemokratische Vordenker der „Konservativen Revolution“ in der Weimarer Republik oder sie greifen auf Autoren der Nachkriegszeit, manchmal sogar auf Ideen der politischen Linken zurück. Muslimfeindlichkeit überlagert in der Regel den latent vorhandenen Antisemitismus. Auch die Gewalt als Mittel zur Erlangung von Macht wird hier überwiegend abgelehnt. Die Verwendung des Begriffs „Neue Rechte“ ist weder in der Wissenschaft noch in der Öffentlichkeit trennscharf und hat eine längere Wandlungsgeschichte.

3.1 DER DRITTE WEG / National Revolutionäre Jugend (NRJ)

Sitz / Verbreitung

Bundesverband: Weidenthal (Rheinland-Pfalz); Verbreitung hauptsächlich in Süd- und Ostdeutschland

Gründung / Bestehen

28. September 2013 in Heidelberg (Baden-Württemberg), in Brandenburg ist die Kleinstpartei seit dem Jahr 2015 aktiv

Struktur / Repräsentanten

Bundesvorsitzender: Matthias Fischer (seit 13. November 2021)

Landesvorsitzender Brandenburg: Matthias Fischer (seit 1. April 2023)

Die Kleinstpartei „DER DRITTE WEG“ verfügt in Brandenburg über einen Landesverband, der die drei Stützpunkte „Uckermark“, „Potsdam/Mittelmark“ und „Spreewald/Lausitz“ umfasst.

Personenpotenzial: Mitglieder / Anhänger / Unterstützer

In Brandenburg weist „DER DRITTE WEG“ ein Potenzial von rund 90 (2024: 80) Personen auf. Das Personenpotenzial ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen (2021: 45; 2022: 60; 2023: 70). Der Zuwachs resultiert aus einer aktiven Mitgliederwerbung.

Kurzportrait / Ziele

Mit Beteiligung einzelner ehemaliger NPD-Mitglieder und Neonationalsozialisten aus Rheinland-Pfalz sowie Hessen wurde die Kleinstpartei im Jahr 2013 gegründet. Im Jahr darauf zeichnete sich in Bayern ein Verbot des neonationalsozialistischen Netzwerks „Freies Netz Süd“ ab. Daraufhin ist ein Teil der Betroffenen der Kleinstpartei „DER DRITTE WEG“ beigetreten, um so staatlichen Verbotsmaßnahmen zu entgegen. Die Aktivisten nutzen gezielt den Schutz des Parteienprivilegs, um ihre neonationalsozialistischen Aktivitäten fortzusetzen.

Finanzierung

Die Kleinstpartei finanziert sich überwiegend durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Verkäufe.

Veröffentlichungen / Reichweite

Die Kleinstpartei nutzt aktiv das Internet. Dazu zählen unter anderem die eigene Webseite sowie diverse Profile in sozialen Netzwerken, Videoportalen und Messenger-Diensten. Zudem betreibt sie einen eigenen Internetshop. Dort werden Parteikleidung und vielfältige Propagandamaterialien vertrieben.

Grund für die Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

„DER DRITTE WEG“ vertritt ein eindeutiges rechtsextremistisches Staats- und Gesellschaftsbild. Ihr 10-Punkte-Programm ist ideologisch scharf an das völkisch-nationalistische Gedankengut der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ (NSDAP) angelehnt. Gefordert wird ein „Deutscher Sozialismus“, „fernab von ausbeuterischem Kapitalismus wie gleichmacherischen Kommunismus“. ⁴⁷ Die Partei fordert „die Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes“ und die „konsequente Förderung

⁴⁷Vgl. Homepage „DER DRITTE WEG“: „10 Punkte Programm der Partei DER DRITTE WEG“, (letzter Zugriff 02.12.2025).

von kinderreichen Familien zur Abwendung des drohenden Volkstodes“. Damit wird eine ethnisch-homogene Gesellschaft im Sinne des völkischen Nationalismus angestrebt. Ohne Rücksicht auf die Menschenrechte soll dieses Ziel durch die rigide Ausgrenzung und Entfernung aller vermeintlich Fremden verwirklicht werden. Somit handelt es sich bei der Kleinstpartei um eine eindeutig neonationalsozialistische Struktur. „DER DRITTE WEG“ agitiert vor allem gegen Flüchtlinge. Er fordert zudem „die Wiederherstellung Gesamtdeutschlands in seinen völkerrechtlichen Grenzen“ und verfolgt damit offen revisionistische Gebietsansprüche.⁴⁸

Die Kleinstpartei pflegt Kontakte zu verschiedenen rechtsextremistischen Organisationen in Europa. Zahlreiche Mitglieder verfügen über eine rechtsextremistische Biografie. Eine besondere Bedeutung für die Partei hat der Kampfsport. Dieser dient sowohl der körperlichen Ertüchtigung als auch dem rechtsextremistischen Ideal ständiger Kampfbereitschaft. Lediglich aus taktischen Erwägungen lehnt „DER DRITTE WEG“ Gewalt ab. Eine relevante Zielgruppe der Kleinstpartei sind hierbei Jugendliche.

Daraus ergibt sich insgesamt eine Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung nach § 3 Absatz 1 des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes.

Entwicklungen im Berichtszeitraum

Personell blieb der Landesvorstand 2025 unverändert. Er setzt sich aus langjährigen rechtsextremistischen Altkadern zusammen. Die Führungsebene umfasst unter anderem ehemalige Aktivisten der Partei „Die Heimat“ (ehemals NPD) und Personen der 2006 verbotenen Organisation „Schutzbund Deutschland“. Die Mitglieder der Kleinstpartei wurden überwiegend in gefestigten rechtsextremistischen Szene- und Familienstrukturen politisch sozialisiert oder entstammen dem weitgehend unstrukturierten rechtsextremistischen Personenpotenzial.

Durch die Wahlteilnahme 2024 sicherte sich die Kleinstpartei einerseits ihren Parteistatus und steigerte andererseits ihren Bekanntheitsgrad weiter. Im Jahr 2025 konzentrierte sie sich darauf, ihr Mobilisierungspotenzial sowie ihre Strukturen im Land weiter auszubauen. Die parteieigene Berichterstattung über den Landesparteitag vom 10. Januar 2025 in Perleberg verdeutlicht diese Stoßrichtung: *„Die Brandenburger Nationalrevolutionäre werden die kommende Zeit nutzen, um die Partei weiter auszubauen und den Kampf um den deutschen Menschen mit allen Mitteln weiter fortzusetzen.“*⁴⁹

Bis 2024 bildete der Nordwesten Brandenburgs den zentralen Aktivitätsschwerpunkt zur Expansion und Weiterentwicklung der Partei. 2025 verlagerte sich der Fokus in den Süden Brandenburgs, mit deutlichen Schwerpunkten in Cottbus sowie den Landkreisen Dahme-Spreewald und Spree-Neiße. In diesen Gebieten trat die Partei verstärkt in der Öffentlichkeit mit Infoständen sowie Flyerverteilungen auf. Am 29. März 2025 wurde der Stützpunkt „Spreewald/Lausitz“ in einer bekannten Szeneimmobilie in Burg (Spreewald) gegründet. Er umfasst laut Partei die Landkreise „Oberspreewald-Lausitz, Elbe-Elster, Spree-Neiße sowie Teile von Oder-Spree und Dahme-Spreewald“⁵⁰. Damit sind dem Landesverband Brandenburg nunmehr drei Stützpunkte nachgeordnet – „Uckermark“, „Potsdam/Mittelmark“ und „Spreewald/Lausitz“. Zudem treibt die Kleinstpartei den Aufbau ihrer Jugendorganisation „NRJ“ im Land Brandenburg voran. Die „NRJ“ wurde 2025 vor allem zur Unterstützung „des politischen Kampfes“ und für Hilfsarbeiten herangezogen.

Im August des Berichtsjahres erreichten die Aktivitäten in Cottbus und Spremberg ihren Höhepunkt. Am 16. August 2025 präsentierte sich die Partei unter anderem mit Parolen wie „Sturm auf Cottbus“ oder

⁴⁸ Vgl. ebd.

⁴⁹ Vgl. Homepage „DER DRITTE WEG“, Landesparteitag der Brandenburger Nationalrevolutionäre, (letzter Zugriff am 22.12.2025).

⁵⁰ Vgl. Homepage „DER DRITTE WEG“, Stützpunkt Spreewald/Lausitz gegründet, letzter Zugriff am 06.01.2026).

„Spremberg erwache!“⁵¹ Zudem wurden großflächige Sticker-Aktionen und Sporttrainings öffentlich veranstaltet. Bis August waren die Partei und ihre Jugendorganisation „NRJ“ regelmäßig in Spremberg aktiv. Infolge eines öffentlichen Hilferufs rückten die Aktivitäten der rechtsextremistischen Kleinstpartei in den Fokus der bundesweiten Presseberichterstattung. Das versuchte die Partei für sich zu nutzen und der Bundes- und Landesvorsitzende verkündete: „Wir werden Spremberg jetzt im Auge behalten“⁵². In der Folgezeit gab es jedoch keine nennenswerten öffentlichen Aktionen mehr.

Die Ausländer- und Flüchtlingspolitik waren 2025 erneut die dominierenden Themen der Kleinstpartei. So wurden unter anderem die Themen wie illegale Einreisen, Unterbringung, Abschiebung, Versorgung, Kriminalität und Integration aufgegriffen. So wurden Diskussionen um durchgeführte oder verhinderte Abschiebungen, die im öffentlichen Fokus standen, für Propaganda und Hetze missbraucht.

Die Kleinstpartei war im Berichtsjahr bemüht, auch andere gesellschaftlich relevante, ineinandergreifende Themen, wie Wirtschaftskrise, Wohnungsmarkt, Inflation, Energiekrise und Altersarmut, aufzugreifen und einfache Lösungen entsprechend ihrer neonationalsozialistischen Programmatik zu präsentieren. Mit der Kundgebung am 29. März 2025 versuchte die Kleinstpartei, ihren Erfolg aus dem ländlichen Raum nach Berlin zu tragen. Die rund 250 Teilnehmer sollten demonstrieren, dass die Partei auch in der Großstadt Fuß fassen kann.⁵³

Mit Kundgebungen, Flyerverteilungen und Infoständen war und ist die Partei bestrebt, sowohl ihren Bekanntheitsgrad als auch ihre Anschlussfähigkeit zu erhöhen. Gedenktage anlässlich der Bombardierung Dresdens (Sachsen) im Zweiten Weltkrieg und der 1. Mai werden seit Jahren als Aufmarschtermine genutzt. Zur Festigung des inneren Zusammenhaltes veranstaltete die Kleinstpartei unter anderem die als „Adlerwanderung“ deklarierte Wanderveranstaltung mit Sporteinlagen um den Wolletzsee bei Angermünde (UM) und richtete zu den Sonnenwenden (Sommer/Winter) völkische Ritualveranstaltungen aus.⁵⁴

Im Gegensatz zum Vorjahr betrieb „Der DRITTE WEG“ 2025 keine öffentlichkeitswirksame Hetze gegen LGBTQ+-Initiativen. Dieses Feld überließen die Partei und ihre Jugendorganisation „NRJ“ anderen extremistischen Akteuren, wie beispielsweise den Jugendgruppierungen „Jung und Stark“ und „Deutsche Jugend Voran“.

Bewertung / Ausblick

Mit der Gründung des Stützpunktes „Spreewald/Lausitz“ konnte die Kleinstpartei ihre Strukturen ausbauen, weiter festigen und neue Anhänger gewinnen.

Unter der Parole „Wir machen Politik für Deutsche!“⁵⁵ gibt sich die Partei das Bild einer Organisation, die patriotisch, politisch aktivistisch und diszipliniert ist. Der damit einhergehende Selbstanspruch einer „nationalrevolutionären“ Avantgarde soll durch ein uniformähnliches Erscheinungsbild demonstriert werden. „DER DRITTE WEG“ steht für eine rigorose rechtsextremistische Ideologie und verfügt über einen hohen Organisationsgrad, der von einzelnen sehr aktiven Mitgliedern getragen wird. Diese sind wesentlich für die Mobilisierung und Durchführung von Parteiaktivitäten im Land Brandenburg. Die Kleinstpartei stellt zudem eine Auffangstruktur für gefestigte Rechtsextremisten dar und ist insbesondere für solche interessant, die sich am Neonationalsozialismus ausrichten. In den vergangenen Jahren profitierte „DER

⁵¹ Vgl. Homepage „DER DRITTE WEG“ Noten aus Spremberg, (letzter Zugriff am 22.12.2025).

⁵² Vgl. Homepage „DER DRITTE WEG“, Noten aus Spremberg, (letzter Zugriff am 22.12.2025).

⁵³ Vgl. Homepage „DER DRITTE WEG“, Berlin: „Unsere Alternative heißt Revolution!“, (letzter Zugriff am 22.12.2025).

⁵⁴ Vgl. Homepage „DER DRITTE WEG“, Uckermark: 5. Adlerwanderung, (letzter Zugriff am 05.01.2026). Jahresabschlussfeier in Brandenburg (+Video); Vgl. Webseite „DER DRITTE WEG“, (letzter Zugriff am 05.01.2026).

⁵⁵ Vgl. Homepage „DER DRITTE WEG“: „Politik für Deutsche in Templin“, 10.05.2024, (letzter Zugriff am 27.02.2025).

DRITTE WEG“ vom Bedeutungsverlust der Partei „Die Heimat“. Die Kleinstpartei wird weiterhin bestrebt sein, ihre eigene Relevanz und Bekanntheit zu steigern sowie ihr Personenpotenzial zu erhöhen. Aufgrund der sogar für rechtsextremistische Verhältnisse sehr dogmatischen Ideologie in Verbindung mit elitärem Gehabe und dem Anspruch an die Mitglieder, sich voll und ganz in den Dienst der Partei zu stellen, wird ein weiterer Aufwuchs nur auf flachem Niveau möglich sein.

Die proklamierte Führungsrolle der Kleinstpartei blieb auch 2025 reine Rhetorik. Dennoch nutzte „DER DRITTE WEG“ Kundgebungen wie die in Berlin, um eine gewisse Handlungsfähigkeit vorzutäuschen. Ihr Ziel bleibt die ideologische Mobilisierung und der Ausbau ihrer Parteistrukturen.⁵⁶ Die Kleinstpartei wird weiterhin auf die Themen Migration, Asyl, Inflation sowie Versorgungseinschränkungen setzen und ihr Profil weiter schärfen, um sich von anderen rechtspopulistischen und -extremistischen Parteien abzugrenzen.

National Revolutionäre Jugend (NRJ)

Sitz / Verbreitung

Die „NRJ“ hat keinen Bundesverband. Sie ist hauptsächlich in Süd- und Ostdeutschland über regionale Stützpunkte organisiert.

Gründung / Bestehen

Am 19. Juni 2021 wurde der länderübergreifende Stützpunkt Berlin/Brandenburg gegründet.

Struktur / Repräsentanten

Die organisatorischen Strukturen der „NRJ“ orientieren sich an denen der Kleinstpartei „DER DRITTE WEG“ und sind entsprechend angegliedert. Die in Brandenburg agierenden „NRJ“-Akteure zählen somit zum Gebietsverband „Jugend Berlin/Brandenburg“.⁵⁷ Der räumliche Aktivitätsschwerpunkt liegt in Berlin und den angrenzenden brandenburgischen Kommunen und Landkreisen (LOS, MOL, BAR, OHV, HVL, P und LDS). Die Jugendorganisation ist mit anderen rechtsextremistischen Jugendgruppierungen im europäischen Raum vernetzt.

Personenpotenzial: Mitglieder / Anhänger / Unterstützer

In Brandenburg verfügt die „NRJ“ über ein Potenzial von etwa 25 Personen.

Kurzportrait / Ziele

Die „Nationalrevolutionäre Jugend“ ist die Jugendorganisation der Kleinstpartei „DER DRITTE WEG“. Sie will junge Menschen über Gemeinschaftsaktivitäten für nationalsozialistisch orientiertes Gedankengut interessieren, radikalisieren und schließlich an die Partei selbst heranzuführen. Ein zentrales Element ist der Kampf gegen selbst definierte politische Gegner. Vorbild der „NRJ“ ist die Hitlerjugend. Zugleich unterstützt die „NRJ“ die Kleinstpartei bei ihren parteipolitischen Aktivitäten.

⁵⁶ Vgl. Homepage „DER DRITTE WEG“: „Brandenburg: Gestärkt geht der Kampf weiter!“, 30.09.2024, (letzter Zugriff am 17.11.2024).

⁵⁷ Vgl. Homepage Nationalrevolutionäre Jugend: „Aktuelle Jugendgruppen“, (letzter Zugriff am 22.12.2025).

Finanzierung

Hierzu liegen keine Informationen vor.

Veröffentlichungen / Reichweite

Die „NRJ“ setzt das Internet gezielt ein, um ihre politischen Botschaften und Ideologien zu verbreiten. Das geschieht über verschiedene digitale Plattformen. Dazu zählen unter anderem die eigene Webseite sowie verschiedene Profile in sozialen Netzwerken und Messenger-Diensten.

Grund für die Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die „NRJ“ vertritt unmissverständlich das von der Partei propagierte rechtsextremistische Staats- und Gesellschaftsbild. Laut Eigenaussage auf der Webseite „organisieren sich [in der NRJ] eine Reihe junger, national denkender Deutscher, welche sich gegen die katastrophale Entwicklung im Land zur Wehr setzen“.⁵⁸ Die „NRJ“ versteht sich als „Kampfgemeinschaft“ für Deutschlands Zukunft und will ein Gegenpol zu den derzeitig vorherrschenden geläufigen und trendigen Jugendkulturen und den damit vermeintlich verbundenen Lebensvorstellungen, die Konsum, Selbstdarsteller und „politische Schädlinge“⁵⁹ sowie Geschlechteridentitäten generieren, sein. Ideologisch ist sie an die Hitlerjugend angelehnt.

In einem im August auf der Internetseite der Partei unter der Überschrift „Die NRJ aktiv in Berlin Weißensee“ veröffentlichten Artikel hieß es unter anderem: „Wir sind in Anbetracht der Gesamtumstände gut beraten, nicht nachzulassen, linkskriminelle Strukturen aufzudecken, geistige Brandstifter zu benennen und am stetigen Aufbau unseres Selbstschutzes zu arbeiten. Unter dem Trommelfeuer linksradikaler Rhetorik und gewalttätiger Angriffe wird eine national revolutionäre Gemeinschaft heranwachsen, die an Stärke und Besonnenheit seinesgleichen suchen dürfte.“⁶⁰

Einen besonderen Stellenwert nimmt der Kampfsport ein. Er soll der Verbesserung der körperlichen Leistungsfähigkeit und der Förderung des inneren Zusammenhaltes dienen. Unter dem Vorwand der Selbstverteidigung befürwortet die „NRJ“ Gewalt gegen politische Gegner. Einige Akteure sind daher entsprechend gewaltorientiert und suchen den Konflikt.

Relevante Zielgruppe sind Jugendliche, die anfällig für rechtsextremistische Propaganda sind oder bereits einer extremistischen Vorprägung (aus Familie/anderen extremistischen Organisationen) ausgesetzt waren. Als Jugendorganisation der neonationalsozialistisch ausgerichteten Kleinstpartei „DER DRITTE WEG“ weist die „NRJ“ nur wenige Mitglieder auf. Diese sind jedoch außerordentlich aktionsorientiert und ideologisch gleichermaßen gefestigt.

Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die „NRJ“ unterstützte 2025 in Brandenburg die Aktivitäten der Partei „DER DRITTE WEG“. Ihre Anhänger halfen beim Betreiben von Infoständen, der Verteilung von Flyern sowie bei der Umsetzung der in Berlin abgehaltenen Kundgebung. Weiterhin war die „NRJ“ bemüht, ihre Schulhofkampagne fortzuführen. Im räumlichen Umfeld von Schulen verteilten Akteure Flyer und versuchten, sich als Ansprechpartner für

⁵⁸ Vgl. ebd.

⁵⁹ Vgl. Homepage „DER DRITTE WEG“, (letzter Zugriff am 30.06.2025).

⁶⁰ Vgl. ebd.

die „deutsche Jugend“ und deren Zukunft anzubieten. Diese Aktionen fanden unter anderem in Strausberg (MOL), Burg (SPN), Wittstock (OPR) und Fürstenwalde (MOL) statt. Im Sommer 2025 scheiterte die Schulhofkampagne der „NRJ“ am schwindenden Engagement ihrer Mitglieder.

Während die „NRJ“ im Vorjahr noch offen gegen Veranstaltungen der LGBTQ+-Gemeinschaft in Brandenburg agierte, hielt sie sich 2025 in diesem Bereich zurück. Sie überließ das Feld stattdessen anderen extremistischen Akteuren wie „Jung & Stark“, „Deutsche Jugend Voran“ und den „Jungen Nationalisten“ (JN).

Dass Kampfsport im Jahr 2025 für die „NRJ“ mehr als nur Sport war, zeigt die ideologische Aufladung auf der Webseite. Dort heißt es wortwörtlich: *„Allein angesichts der körperlichen und geistigen Verfettung weiter Teile unseres Volkes, dem unser Erhaltungs- und Lebenskampf gilt, ist jede Minute einer uns alles abverlangenden sportlichen Betätigung ein revolutionärer Akt!“*⁶¹ Damit wird körperliche Ertüchtigung direkt mit ihrem politischen Überlebenskampf verknüpft. Die „NRJ“ Berlin/Brandenburg stand 2025 jedoch vor erheblichen Problemen, geeignete Trainingsmöglichkeiten zu finden. Hintergrund ist eine gezielte Verschärfung der Hausordnungen öffentlicher Berliner Sportstätten, welches ein Tragen oder Mitführen von allgemein anerkannten Symbolen und Kleidungsstücken der rechtsextremistischen Szene während der aktiven oder passiven Sportstättennutzung verbietet.⁶² Das führte dazu, dass die „NRJ“ nach Brandenburg auswich, um hier in geeigneten Sportstätten „Körper- und Leibesübungen“ sowie Kampfsporttrainings zu absolvieren. Diese wurden an unterschiedlichen Orten in Südbrandenburg durchgeführt. Dabei verfolgte die Gruppierung eine Doppelstrategie: Neben reinen Trainingseinheiten wurden sportliche Übungen auch gezielt als Propagandainstrument in Parteiveranstaltungen integriert, beispielsweise im April 2025 bei einem Aktionstag in Spremberg.⁶³

Die „NRJ“ setzte 2025 die Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern des linken Spektrums fort, wobei das Gewaltniveau im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringer war. Der „Kampf gegen den politischen Gegner“ verlagerte sich 2025 primär auf die digitale Ebene. Über Webseiten und Social-Media-Kanäle wurde eine gezielte Propaganda-Offensive geführt, um vermeintliche Verfehlungen und den Einfluss politischer Kontrahenten öffentlich anzuprangern. Gegen Ende 2025 instrumentalisierte die Partei und die „NRJ“ den Gerichtsprozess gegen zwei Akteure der linken Szene für ihre Propaganda. Dem Beschuldigten wurde gefährliche Körperverletzung zum Nachteil eines „NRJ“-Mitglieds am 18. April 2025 vorgeworfen. Dagegen berichteten „Antifaschisten“ auf einschlägigen Rechercheportalen über die Aktivitäten der „NRJ“ und ihrer Akteure. Weiterhin bediente sich die „NRJ“ verschiedener Formen der Guerilla-Werbung, in dem sie unter anderem auf öffentlichen Flächen Graffitis oder Sticker anbrachte. Ferner führte die „NRJ“ 2025 verschiedene Gemeinschaftsaktivitäten wie beispielsweise Kampfsporttrainings und Wanderungen durch. Zudem ist die „NRJ“ mit rechtsextremistischen Jugendorganisationen in Europa vernetzt. So reisten beispielsweise einige Akteure im Mai 2025 wieder nach Paris zu einer Gedenkveranstaltung, *„um die europäische Vernetzung voranzutreiben und neue Kontakte zu knüpfen“*.⁶⁴

⁶¹ Vgl. Homepage „DER DRITTE WEG“, Nationalrevolutionäre! Antreten zum Sport!, (letzter Zugriff am 06.01.2025).

⁶² Vgl. Homepage „DER DRITTE WEG“, Kein Sport für Nationalrevolutionäre im Berliner Bezirk Pankow, (letzter Zugriff am 22.12.2025).

⁶³ Vgl. Homepage „DER DRITTE WEG“, Aktionstag in Spremberg durchgeführt (+Video), (letzter Zugriff am 22.12.2025).

⁶⁴ Vgl. Homepage „DER DRITTE WEG“, Paris: Sébastien Deyzieu – Hier!, (letzter Zugriff 22.12.2025). Im Mai 2025 fand in Paris ein Gedenkmarsch für den französischen Rechtsextremisten Sébastien Deyzieu statt. Viele Rechtsextremisten aus ganz Europa, darunter auch einige aus Brandenburg, nahmen daran teil. Deyzieus Tod im Jahr 2020 sorgte für große Proteste, da seine Anhänger ihn als Märtyrer betrachten.

Bewertung / Ausblick

In der ersten Jahreshälfte 2025 blieb die Aktionsdichte der „NRJ“ in Brandenburg stabil auf Vorjahresniveau. Dieser Trend setzte sich jedoch nicht fort und ging ab Spätsommer stetig zurück. Zwei Faktoren waren dafür ausschlaggebend: Einerseits der erhebliche Druck auf Grund laufender polizeilicher und gerichtlicher Verfahren gegen Mitglieder. Und andererseits schwächten personelle Abgänge, darunter der stellvertretende Führungsakteur, die „NRJ“. Infolgedessen verlagerten sich die Aktivitäten im zweiten Halbjahr fast ausschließlich auf den Berliner Raum und das Berliner Umland. Durch gezielte Propaganda und Infostände versuchte die ‚NRJ‘, ihre Bekanntheit zu erweitern und sich gegenüber anderen aktiven rechtsextremistischen Jugendgruppierungen, beispielsweise der „Deutsche Jugend Voran“ zu behaupten. Dass die „NRJ“ trotz dieser Rückschläge weiterhin präsent und aktiv blieb, ist primär ihrem ideologisch gefestigten Kernkader zu verdanken, der diszipliniert und proaktiv die Jugendorganisation im Sinne der Partei führt. Trotz dieser Entwicklung wird die „NRJ“, angelehnt an die Strukturentwicklung der Mutterpartei in Brandenburg, bestrebt sein, ihre Aktivitäten und den Bekanntheitsgrad im Land weiter zu erhöhen. Dabei steht sie in Konkurrenz zu anderen Jugendgruppierungen. Trotz dieser Konkurrenz verfolgen „NRJ“ und „Der DRITTE WEG“ das Ziel, als einzige parteipolitische Kraft innerhalb des neonationalsozialistisch ausgerichteten rechtsextremistischen Spektrums wahrgenommen zu werden.

3.2 Die Heimat / Junge Nationalisten

Sitz / Verbreitung

„Die Heimat“ gliedert sich unterhalb der Bundesebene in Landes- und Kreisverbände. Die Bundespartei hat ihren Sitz in Berlin.

Gründung / Bestehen

„Die Heimat“ wurde unter dem Namen „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) bereits 1964 gegründet. Erst im vergangenen Jahr erfolgte die Umbenennung. Ein eigenständiger brandenburgischer Landesverband besteht seit 2003.

Struktur / Repräsentanten

Bundesvorsitzender: Peter Schreiber (gewählt auf dem 39. Bundesparteitag am 23. November 2024)

Landesvorstand „Die Heimat“ Brandenburg⁶⁵:

Vorsitzender: Klaus Beier (seit 2004)

stellv. Vorsitzender: Thomas Gürtler

Schatzmeister: Thomas Gürtler (seit 2022)

Personenpotenzial: Mitglieder / Anhänger / Unterstützer

Im Land Brandenburg hatte „Die Heimat“ Ende 2025 ein Personenpotenzial von etwa 120 Anhängern, Unterstützern und Mitgliedern. Während die Partei in Brandenburg keine neuen Anhänger gewinnen konnte, deutet bei ihrer Jugendorganisation „Junge Nationalisten“ (JN) vieles auf eine erfolgreichere Mobilisierung hin und damit auch auf leicht steigende Zahlen.

Veröffentlichungen

Die Partei und ihre Regionalverbände betreiben diverse Projekte und Profile in den sozialen Medien, zum Beispiel auf Facebook, Twitter und Telegram. Hierbei wird zuweilen vermieden, einen direkten Zusammenhang mit der Partei erkennen zu lassen.

Kurzportrait / Ziele

„Die Heimat“, ehemals „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD), ist die älteste aktive rechts-extremistische Partei in der Bundesrepublik Deutschland. Sie vertritt rassistische, antisemitische und revisionistische Positionen. Ihr Ziel ist eine am völkischen Sozialismus orientierte Staatsform, die sie als die „wahre Demokratie“ bezeichnet. Damit offenbart „Die Heimat“ ihre Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus und ihre Gegnerschaft zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Finanzierung

Die Partei finanziert sich über Mitgliedsbeiträge und Spenden. Von der staatlichen Parteienfinanzierung ist sie zurzeit ausgeschlossen.⁶⁶

Grund für die Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

⁶⁵ Vgl. Die Bundeswahlleiterin, <https://www.bundeswahlleiterin.de>, (letzter Zugriff am 03.12.2025).

⁶⁶ Vgl. <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/bvg24-009.html>.

„Die Heimat“ lehnt die freiheitliche demokratische Grundordnung ab und strebt ihre Beseitigung an. Das gilt beispielsweise für die Unantastbarkeit der Würde des Menschen. Sie ordnet diese Würde einem nationalistischen Kollektivismus unter und strebt einen autoritären Staat an. Die freiheitliche demokratische Grundordnung will sie auf Grundlage ihrer rechtsextremistischen Ideologie durch eine auf Rassismus beruhende „Volksgemeinschaft“ ersetzen, die auf einer rassistischen Weltanschauung beruht. Hierbei bestehen Parallelen zur nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“. Die Zugehörigkeit beruht ausschließlich auf ethnischen Abstammungskriterien. Wer diese nicht erfüllt, soll ausgegrenzt und entrechtet werden. Demnach lehnt „Die Heimat“ die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz nach Artikel 3 des Grundgesetzes ab. Das Bundesverfassungsgericht entschied am 17. Januar 2017, dass die Partei mangels Potenzialität nicht verboten wird. Das Gericht sah dennoch deutliche verfassungsfeindliche Ziele:

„Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) vertritt ein auf die Beseitigung der bestehenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtetes politisches Konzept. Sie will die bestehende Verfassungsordnung durch einen an der ethnisch definierten ‚Volksgemeinschaft‘ ausgerichteten autoritären Nationalstaat ersetzen. Ihr politisches Konzept missachtet die Menschenwürde und ist mit dem Demokratieprinzip unvereinbar. Die NPD arbeitet auch planvoll und mit hinreichender Intensität auf die Erreichung ihrer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Ziele hin. [...] Das Konzept der ‚Volksgemeinschaft‘, die antisemitische Grundhaltung und die Verächtlichmachung der bestehenden demokratischen Ordnung lassen deutliche Parallelen zum Nationalsozialismus erkennen. Hinzu kommen das Bekenntnis zu Führungspersönlichkeiten der NSDAP, der punktuelle Rückgriff auf Vokabular, Texte, Liedgut und Symbolik des Nationalsozialismus sowie geschichtsrevisionsistische Äußerungen, die eine Verbundenheit zumindest relevanter Teile der NPD mit der Vorstellungswelt des Nationalsozialismus dokumentieren. Die Wesensverwandtschaft der NPD mit dem Nationalsozialismus bestätigt deren Missachtung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.“⁶⁷

Die Partei verfolgt ihre Ziele auf aggressiv-kämpferische Weise. Dies belegt nicht zuletzt ihre Zusammenarbeit mit gewaltbereiten Neonationalsozialisten und Hooligans.

Entwicklungen im Berichtszeitraum

Nachdem das Wahlergebnis der Partei bei den Kommunalwahlen 2024 sich mehr als halbiert hatte, konnte „Die Heimat“ im Jahr 2025 ihren Mitgliederschwund erstmals seit Langem stoppen. Darüber hinaus gelang es den verbliebenen acht kommunalen Mandatsträgern nicht, Impulse zu setzen. Die Region Südbrandenburg ist für die Partei und die „Junge Nationalisten“ als fester Ankerpunkt etabliert. In anderen Gebieten Brandenburgs war die Partei kaum wahrnehmbar.

Die „JN“ versuchten insbesondere über soziale Medien, Jugendliche für ihre Ideologie und Ziele zu begeistern, um sie langfristig anzuwerben. Dabei dienen Aktionismus, jugendgerechte Sprache und Kleidung als Anknüpfungspunkte. Unter dem Label „Märkische Jugend“ versuchen die „Jungen Nationalisten“ junge Menschen realweltlich zu erreichen.

Gut organisierte niederschwellige „Mitmachangebote“, Liederabende, Stammtische tragen dazu in entscheidendem Maße bei. 2025 war zudem eine Verbindung und Kooperation zu den neueren neonazistischen Jugendgruppen festzustellen, vor allem der Gruppierungen „Deutschen Jugend Voran“ (DJV), der „Elblandrevolte“ und „Jung & Stark“. Als gemeinsames Thema standen die Organisation und die Teilnahme an „Anti-CSD-Kundgebungen“ im Fokus. Auf den Veranstaltungen wurden völkisch-

⁶⁷ Bundesverfassungsgericht: „Kein Verbot der NPD wegen fehlender Anhaltspunkte für eine erfolgreiche Durchsetzung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele“, 17n.01.2017, <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/bvg17-004.html>, (letzter Zugriff am 22.02.2021).

nationalistische, biologistisch und rassistische Ideologiefragmente transportiert. So äußerte sich der regionale Führungsakteur im Rahmen der „Anti-CSD-Demonstration“ in Wittenberg am 21. Juni 2025 wie folgt:

„So besitzen auch Völker ihre Identität. Wir als Deutsche unterscheiden uns sowohl mit unseren körperlichen als auch mit unseren seelischen Eigenschaften von anderen Völkern, ja sogar von anderen europäischen Völkern wie Italienern, Griechen, Franzosen und so weiter. Die durch Selektionsvorgänge und Umwelteinflüsse ein gänzlich anderes Gesicht und ein anders geartetes Seelenleben erhalten haben.“⁶⁸

Anlässlich einer Szenegedenkveranstaltung zum „Hitler-Putsch“ vom 9. November 1923 stellte derselbe Redner die Gemeinschaft der „JN“ und der „Märkischen Jugend“ in eine direkte Traditionslinie zur „Hitlerjugend“. Er forderte, nationalsozialistisches Handeln als Vorbild zu nehmen:

„Dem Tod ins Auge blickend fiel er also am 07.03.1937⁶⁹ im Kampf für Familie, Volk und Heimat. Wie auf der Inschrift, der ihm gewidmeten Gedenktafel zu lesen ist ‚Die Fahne ist mehr als der Tod‘, so sollten auch wir uns Gedanken machen, was diese Aussage wirklich bedeutet und genau so im heutigen politischen Kampf handeln wie einst jene, die am 9. November 1923 oder eben jene Hitlerjungen, die den Glauben an den Sieg nie verloren haben, kämpfen.“ (!sic)⁷⁰

Das Zusammenwachsen der „JN“ mit neuen rechtsextremistischen Jugendgruppierungen wird von der Partei logistisch unterstützt. So fand im August 2025 in der Berliner Parteizentrale eine Rechtsschulung für die „DJV“ statt. Im November folgte ein Anwärtertreffen der „DJV“.⁷¹

Am 29. November 2025 fand in Berlin Mitte eine Demonstration der rechtsextremistischen Partei „Die Heimat“ statt. Unter dem Motto „Gegen kriminelle Betrügerbanden“ versuchten Rechtsextremisten erstmals wieder seit einigen Jahren einen eigenen Aufmarsch in der Berliner Innenstadt durchzuführen. Unterstützt wurde die Partei von ihrer Jugendorganisation und der rechtsextremistischen Gruppierung „Deutschen Jugend Voran“ („DJV“). Diese Demonstration war der Versuch, wieder mehr Präsenz im öffentlichen Raum zu erhalten. Das Ereignis verdeutlicht zudem die zunehmende Integration neuer rechtsextremistischer Jugendphänomene wie der „DJV“ oder der „Jägertruppe Berlin-Brandenburg“ in die zentralen Strukturen der Partei.

Bewertung / Ausblick

„Die Heimat“ ist eine verfassungsfeindliche Partei. Über Jahre diente sie in Brandenburg als Schutzschirm für „Kameradschaften“, „Freie Kräfte“ und andere weniger organisierte Rechtsextremisten. Diese nutzten die Möglichkeit, unter dem gesetzlichen Schutzschirm des Parteienprivilegs ihren neonationalsozialistischen Geschäften nachzugehen. Vergleichbare Annäherungen gibt es aktuell zwischen der Partei und den fluktuierenden „subkulturellen rechtsextremistischen Jugendgruppierungen“. Das Interesse, insbesondere junger Menschen für die verfassungsfeindliche Jugendorganisation „JN“ ist besorgniserregend. Die Kooperation und Integration von zum Teil gewaltorientierten rechtsextremistischen Jugendgruppierungen dient der Stabilität und dem Aufbau der Anhängerbasis.

⁶⁸ Vgl. YouTube Endstation Rechts vom 21.06.2025, (letzter Zugriff am 18.12.2025).

⁶⁹ Das im Zitat genannte Datum (07.03.1937) bezieht sich historisch auf den völkerrechtswidrigen Einsatz der deutschen „Legion Condor“ im Spanischen Bürgerkrieg. Der Verfasser verwechselt hier das Todesdatum eines gefallenen Soldaten mit der Einweihung einer Berliner NS-Gedenktafel an exakt diesem Tag. Das zitierte Motto „Die Fahne ist mehr als der Tod“ stammt aus dem verbotenen Marschlied der Hitlerjugend. Der Text dient der rechtsextremen Mythenbildung, indem er den historischen NS-Kult um „Blutzeugen“ (9. November 1923) auf den heutigen politischen Kampf überträgt.

⁷⁰ Vgl. Telegram Niederlausitz Info vom 09.11.2025, (letzter Zugriff am 18.12.2025).

⁷¹ Vgl. <https://www.flickr.com/photos/rechtsimbild/albums/72177720330043442> flickr, Anwärtertreffen der DJV in der "Die Heimat"-Parteizentrale vom 01.11.2025, (letzter Zugriff am 18.12.2025).

Ungeachtet dessen hat „Die Heimat“ in den vergangenen Jahren durch den Konkurrenzdruck der sich neonationalsozialistisch gebenden Kleinstpartei „DER DRITTE WEG“ und der „AfD Brandenburg“ an Attraktivität im Land verloren. Der Landesverband und die Kreisverbände liegen, mit Ausnahme des Kreisverbandes Niederlausitz, weitgehend brach. Nur in Südbrandenburg gelang es der „JN“ sich mit dem Konzept „Netzwerker für die (deutsche) Heimat“ neu aufzustellen.

3.3 Alternative für Deutschland (AfD) - Landesverband Brandenburg / Junge Alternative Brandenburg (JA Brandenburg)

Sitz / Verbreitung

Die „AfD“ gliedert sich unterhalb der Bundesebene in Landes- und Kreisverbände. Die Bundespartei hat ihren Sitz in Berlin, der Landesverband Brandenburg seinen in Werder/Havel (PM).

Gründung / Bestehen

Gründungsdatum des brandenburgischen „AfD“-Landesverbandes ist der 28. April 2013. Seit 2014 ist die Partei im Landtag vertreten. Bei der Landtagswahl 2024 erhielt sie 29,2 Prozent der Zweitstimmen. Sie verfügt über 30 Abgeordnete im Landtag.

Struktur / Repräsentanten

Landesvorstand der „AfD“ in Brandenburg laut Webseite⁷²:

Vorsitzender: René Springer
stellv. Vorsitzende: Daniel Freiherr von Lützow, Hans-Christoph Berndt
Ehrevorsitzender: Alexander Gauland (Landesvorsitzender 2014-2017)

Der Landesverband unterhält in allen 14 Landkreisen und allen vier kreisfreien Städten Kreisverbände.

Personenpotenzial: Mitglieder / Anhänger / Unterstützer

Die „AfD“ verfügt in Brandenburg über insgesamt rund 3.600 Mitglieder (Stand: November 2025).⁷³

Kurzportrait / Ziele

Anfang 2013 hat sich die „AfD“ im Zusammenhang mit der Diskussion um den Euro-Rettungsschirm gegründet. Ihre ursprüngliche Ausrichtung war die einer nationalliberalen Wirtschaftspartei. Von Anfang an traten jedoch Personen aus dem rechtspopulistischen bis rechtsextremistischen Spektrum der Partei bei.⁷⁴ Ab dem Jahr 2017 fingen diese Strömungen an, die „AfD“ in Brandenburg zu prägen. Heute sind völkisch-nationalistische und ethnokulturelle Positionen sowie Fremdenfeindlichkeit im Landesverband verankert.

Finanzierung

Die „AfD Brandenburg“ finanziert sich über staatliche Parteienfinanzierung, Mitgliedsbeiträge sowie Spenden.

Veröffentlichungen / Reichweite

⁷²Vgl. Homepage AfD Brandenburg, (letzter Zugriff am 05.11.2024).

⁷³Vgl. Telegram AfD_Brandenburg Eintrag am 15.10.2024, (letzter Zugriff am 15.10.2024).

⁷⁴Vgl. Lewandowsky, Marcel: „Alternative für Deutschland (AfD)“, in Decker, Frank und Viola Neu (Hrsg.): „Handbuch der deutschen Parteien“, 3. Auflage, Wiesbaden 2017, S. 161-170.

Der Landesverband, seine Untergliederungen sowie relevante Mitglieder der Partei sind online aktiv und präsentieren sich mit eigenen Webseiten, in Internetforen und in den sozialen Medien. Der „AfD“-Landesverband verfügt unter anderem über einen eigenen YouTube-Kanal (8.570 Abonnenten), eine Facebook-Seite mit etwa 39.000 Followern, einen X-Kanal mit etwa 6.000 Followern, eine Instagram-Seite mit 31.300 Followern sowie einen TikTok-Kanal mit rund 72.000 Followern.⁷⁵

Grund für die Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Der Landesverband Brandenburg vertritt einen ethnisch-homogenen und in Teilen biologistischen Volksbegriff. Seine politische Hauptforderung ist die (Wieder-)Herstellung oder Bewahrung eines homogenen Staatsvolkes auf ethnisch-kultureller Grundlage. Darüber hinaus verweisen einzelne Stellungnahmen und Äußerungen auf rassistisch-biologistische Vorstellungen relevanter Akteure. Ausländer, Migranten (insbesondere Muslime) und politisch Andersdenkende werden gezielt verächtlich gemacht. Der Landesverband versteht sich als „Partei der Deutschen“ im ethnischen Sinne. Er behauptet die grundsätzliche Unvereinbarkeit von Menschen unterschiedlicher Herkunft und lehnt ethnische „Vermischung“ ab. Dabei richtet er seine fremdenfeindliche Agitation nicht nur gegen Migranten, sondern auch gegen deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund und insbesondere gegen Muslime. Ihnen wird oft in generalisierender Weise mangelnde Integrationsfähigkeit nachgesagt.

Zahlreiche Äußerungen lassen erkennen, dass der Landesverband das deutsche Staatsvolk in qualitativ höher- und minderwertig einteilt. Um das Ziel eines ethnisch-kulturell homogenen, weißen Volkskörpers zu erreichen, stellen maßgebliche Vertreter nicht nur Massenabschiebungen von Migranten in Aussicht, sondern propagieren darüber hinaus Maßnahmen, die sie beschönigend als „Remigrationsanreize“, „Assimilationsdruck“ oder „Deislamisierung“ bezeichnen. Tatsächlich zielt die „AfD“ Brandenburg auf rechtliche Ungleichbehandlung und Diskriminierung - auch deutscher Staatsbürger - ab. Damit stellt der Landesverband tragende Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zur Disposition.⁷⁶

Charakteristisch für die brandenburgische „AfD“ ist, dass sich führende Mitglieder aktiv um die Vernetzung mit dem rechtsextremistischen Spektrum bemühen und so die Entgrenzung des Rechtsextremismus aktiv vorantreiben. Führende Vertreter sehen sich als Teil einer „Volksbewegung“, die verschiedene rechtsextremistische Organisationen, Strukturen und Personen umfasst. Dazu zählen die Akteure des ehemaligen „Instituts für Staatspolitik“ (IfS), der Verein „Zukunft Heimat e. V.“, das Magazin „COMPACT“, die „Identitäre Bewegung“ (IB) und der Verein „Ein Prozent“.

Der brandenburgische „AfD“-Landesverband wurde seit Juni 2020 als Verdachtsfall für eine Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Brandenburgischen

⁷⁵Die Abonnenten- und Followerzahlen auf YouTube, Facebook, X, Instagram und TikTok beziehen sich auf den Stand vom 05.11.2024.

⁷⁶Diese Einschätzung wird durch eine Entscheidung des Berliner Verwaltungsgerichts vom 28. Mai 2020 zum „Flügel“ innerhalb der „AfD“ bestätigt (vgl. VG Berlin, Beschluss v. 28.05.2020, Az. VG 1 L 97/20, S. 17f.; bestätigt durch OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 19.06.2020_OVG S 56/20.). Das Gericht hält in seiner Begründung fest, dass „tatsächliche Anhaltspunkte von hinreichendem Gewicht dafür [bestehen], dass zentrale politische Vorstellungen des Flügels der Erhalt des deutschen Volkes in seinem ethnischen Bestand ist und ethnisch „Fremde“ nach Möglichkeit ausgeschlossen bleiben sollen“. Die Richter schlussfolgern unmissverständlich: „Ein dergestalt völkisch abstammungsmäßiger Volksbegriff verstößt gegen die Menschenwürde.“ Das Oberverwaltungsgericht NRW stellt im Mai 2024 fest: „Es besteht der begründete Verdacht, dass es den politischen Zielsetzungen jedenfalls eines maßgeblichen Teils der Klägerin entspricht, deutschen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund nur einen rechtlich abgewerteten Status zuzuerkennen, weil zu ihren zentralen politischen Vorstellungen gehört, dass es eine von der Staatsangehörigkeit unabhängige ‚ethnisch-kulturelle‘ Volkszugehörigkeit gibt, die von entscheidender Bedeutung für die Bewahrung der deutschen Kultur und Identität ist und deshalb rechtfertigt, bei rechtlichen Zuordnungen danach zu unterscheiden, ob und gegebenenfalls aus welchem Kulturraum deutsche Staatsangehörige oder deren Eltern zugewandert sind. Das stelle eine nach Art. 3 Abs. 3 GG unzulässige Diskriminierung aufgrund der Abstammung dar, die mit der Menschenwürdegarantie des Art. 1 Abs. 1 GG nicht zu vereinbaren ist.“ (vgl. OVG NRW, Urteil vom 13.05.2024, Az.: 5 A 1218/22, S. 60 f.).

Verfassungsschutzgesetzes beobachtet. Parteien oder ihre Teilorganisationen verfolgen gemäß § 4 Abs. 1 und 2 Brandenburgisches Verfassungsschutzgesetz dann verfassungsfeindliche Bestrebungen, wenn sie darauf ausgerichtet sind, Verfassungsgrundsätze durch politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen. Am 14. April 2025 wurde die „AfD Brandenburg“ zur gesichert extremistischen Bestrebung hochgestuft.

Entwicklungen im Berichtszeitraum

Der Wahlkampf anlässlich der vorgezogenen Bundestagswahl dominierte den Beginn des Jahres 2025. Die „AfD Brandenburg“ profilierte sich – wie zur Landtagswahl im Herbst 2024 – mit scharfen Attacken auf die „Altparteien“. Vertreter der Partei gingen dabei über zulässige Kritik an politischen Entscheidungen oft weit hinaus. Dennis Hohloch, der parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion Brandenburg im Landtag, sagte bei einer Rede Mitte Januar, Politiker müssten *„nicht abgewählt werden, ich sag’s nochmal, solche Leute müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Und das wird die AfD tun, wenn wir die Möglichkeit dazu haben.“*⁷⁷ René Springer, der Landesvorsitzende der „AfD Brandenburg“, meinte, die Bundesregierung gehöre für ihre Politik *„in eine Zelle“*⁷⁸. Hans-Christoph Berndt, Fraktionsvorsitzer der „AfD Brandenburg“, sagte über den damaligen Justizminister Marco Buschmann: *„Wer sowas beschließt, ist geisteskrank oder muss weggesperrt werden ins Gefängnis!“*⁷⁹

Attacken der „AfD Brandenburg“ richteten sich verstärkt auch gegen Kritiker, Gegendemonstranten und zivilgesellschaftliche Gruppen. Eine „AfD“-Regierung, sagte René Springer im Februar 2025 mit Blick auf eine Gegendemonstration, werde *„Konsequenzen haben für diejenigen, die heute da drüben stehen und grölen – ich hab‘ gesehen, einige sind ja auch schon festgenommen worden.“*⁸⁰ Lars Hünich, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der „AfD Brandenburg“ versprach, dass, falls man bei der Bundestagswahl gut abschneide, dafür sorgen werde, *„dass die Handschellen klicken.“*⁸¹ Solche Drohungen gegen politische Gegner – insbesondere der Antifa – nahmen an Schärfe nach der Ermordung des US-amerikanischen Aktivisten Charlie Kirk am 10. September 2025 zu. René Springer stellte in Aussicht, man werde die „Antifa“ verbieten, und jeden Euro für *„dieses linksgrün versiffte Vorfeld“* werde man streichen.⁸² Ein AfD-Landtagsabgeordneter schrieb: *„Der mörderisch-gewaltbereite Linksextremismus findet im Antifaschismus seine höchste Stufe.“*⁸³

Am 14. April 2025 wurde der „AfD“-Landesverband vom Verfassungsschutz Brandenburg als gesichert rechtsextremistisch eingestuft. Dagegen reichte die Partei vor dem Verwaltungsgericht Potsdam Klage und einen Antrag im einstweiligen Rechtsschutz ein. Im Zuge des Eilverfahrens gab der Verfassungsschutz am 4. Juni 2025 eine Stillhalteerklärung ab, wodurch die Einstufung bis zur Entscheidung in eben diesem Eilverfahren ausgesetzt wurde. Die „AfD Brandenburg“ galt somit zunächst wieder als Verdachtsfall. Anfang August 2025 zog sie den Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz zurück. Das Eilverfahren wurde daraufhin eingestellt, womit die Einstufung des „AfD“-Landesverband Brandenburg als gesichert extremistische Bestrebung wieder galt. Der Einstufungsvermerk des Verfassungsschutzes Brandenburg wurde sodann am 14. August offiziell auf einer Pressekonferenz vorgestellt und am selben Tag der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Die Forderung nach Veröffentlichung des Textes begleitete die „AfD Brandenburg“ mit der mehrmonatigen Social-Media-Kampagne *„#extremnormal“*. Sie sollte eigenen Anhängern und Wählern zeigen, dass

⁷⁷ YouTube Björn Banane: „AfD Winterfest in Eberswalde“, 18.01.2025, 18.01.2025 (letzter Zugriff am 20.01.2025).

⁷⁸ YouTube Björn Banane: „AfD Winterfest in Neuruppin“, 24.01.2025 (letzter Zugriff am 27.01.2025).

⁷⁹ YouTube Björn Banane: „AfD Winterfest in Bernau“, 01.02.2025 (letzter Zugriff am 03.02.2025).

⁸⁰ YouTube Björn Banane: „AfD Winterfest in Potsdam“, 07.02.2025 (letzter Zugriff am 10.02.2025).

⁸¹ YouTube Björn Banane: „AfD Winterfest in Potsdam“, 07.02.2025, 07.02.2025 (letzter Zugriff am 10.02.2025).

⁸² YouTube Björn Banane: „AfD Familienfest in Potsdam“, 20.09.2025, (letzter Zugriff am 01.10.2025).

⁸³ X Dr. Dominik Kaufner, Vgf.16.09.2025 (letzter Zugriff am 16.09.2025).

der Verfassungsschutz Brandenburg unbedenkliche, vermeintlich normale Aussagen, als rechtsextremistisch brandmarkte. Viele der während dieser Kampagne auf grafischen Kacheln präsentierten Sätze standen allerdings gar nicht im Einstufungsvermerk.

Teilweise werden erst in der Kombination von Aussagen verfassungsfeindliche Ziele als solche erkennbar. Beispielhaft hierfür steht der Satz „Deutschland ist das Land der Deutschen und Deutschland soll das Land der Deutschen bleiben“, mit dem die AfD Brandenburg während der Wahlkämpfe 2024 und 2025 für sich warb. Weder die Feststellung, dass Deutschland das Land der Deutschen ist, noch die Forderung, dieses Deutschland erhalten zu wollen, sind als solche verfassungsfeindlich. Worum geht es also?

Das entscheidende ist: Die „AfD Brandenburg“ erkennt das Staatsvolk als Gemeinschaft der gleichen Staatsbürger nicht an. Die Partei vertritt einen ethnisch-kulturellen und in Teilen rassistischen Volksbegriff. Davon ausgehend unterscheidet sie zwischen Staatsbürgern, die einer deutschen Abstammungs- und Kulturgemeinschaft angehören, und deutschen Staatsbürgern, die ihr angeblich nicht angehören – weil ihnen ein anderer kultureller oder religiöser Hintergrund zugeschrieben wird. Staatsbürger mit Migrationshintergrund sind demnach Bürger zweiter Klasse – „Passdeutsche“. Ziel der „AfD Brandenburg“ ist es, dass das ethnische Volk und das Staatsvolk im Wesentlichen deckungsgleich werden. Die Konsequenzen, die mit einer solchen Politik einhergehen, widersprechen unserem Grundgesetz.

Im Juni 2025 urteilte das Bundesverwaltungsgericht über das Verbot des „COMPACT-Magazins“ und erklärte, dass „Remigrationskonzept“ des Identitären Martin Sellner verstoße gegen die Verfassung. Sellner unterscheidet zwischen ethnischen Deutschen und „nicht assimilierten“ deutschen Staatsbürgern mit Migrationshintergrund. Letztere will er mit Maßnahmen wie „Deislamisierung“ und „Assimilationsdruck“ zur Auswanderung bewegen.⁸⁴

Auf genau dieses verfassungswidrige Konzept stützen sich maßgebliche Akteure der „AfD Brandenburg“. Lena Kotré, innen- und „remigrationspolitische“ Sprecherin, hielt Ende März 2025 in der „Staatsreparatur“ in Berlin einen Vortrag, in dem sie sagte: *„Und diese Menschen müssen das Land auch verlassen. Hier denke ich eher, dass es `n bisschen länger dauern wird diese Menschen, ja außer Landes zu bringen, weil hier freiwillige Ausreise sicherlich erstmal nicht das Mittel der Wahl ist. Hier muss man tatsächlich gucken, dass man irgendwie auch Druck ausübt. Anders geht es gar nicht. Man muss Druck ausüben, indem man eben sagt: ihr seid hier nicht willkommen, ihr passt euch hier nicht an, ihr wollt eigentlich nicht zu diesem Volk, zu dieser Gesellschaft gehören – also habt ihr hier in diesem Land auch nichts verloren.“*⁸⁵

Lena Kotré sprach offen aus, dass sie ethnische Deutsche bevorzugen wolle, und stellte im Falle einer „AfD“-Regierung repressive Maßnahmen gegen Muslime in Aussicht: *„Wir müssen wieder darüber reden können, dass es eben Völker gibt, unterschiedliche Völker, und das ist völlig klar – und dass wir hier in Deutschland auch das deutsche Volk bevorzugen können. Und nicht nur das eigene Volk bevorzugen, nein, wir müssen auch über die eigene Religion, die eigenen Werte Gedanken machen.“* Dass sich das „Remigrationskonzept“ der „AfD Brandenburg“ nicht nur gegen „Illegale“, Ausreisepflichtige und Straftäter richtet, sondern gegen deutsche Staatsbürger, die vermeintlich nicht assimiliert sind, unterstrich sie mit den Worten: *„Und all jene, die nicht assimiliert sind, die sich hier nicht anpassen wollen, die müssen selbstverständlich Druck erleben. Die müssen einem Assimilationsdruck unterliegen – den wir ausüben, indem wir sagen: [...] dann machen wir es euch hier so richtig unbequem. Das können wir natürlich machen. Und dann können diese Leute entscheiden, ob sie tatsächlich unbequem hier leben wollen oder ob sie nicht doch besser unser Land wieder verlassen.“* Am 27. August bekräftigte sie das Vorhaben,

⁸⁴ Vgl. Urteil vom 24.06.2025 -BVerwG 6 A 4.24; <https://www.bverwg.de/240625U6A4.24.0> (letzter Zugriff am 27.11.2025).

⁸⁵ X Lena Kotré: „Vortrag: Remigration in Theorie und Praxis“, 20.06.2025 (letzter Zugriff am 23.06.2025).

Menschen mit Migrationshintergrund auszubürgern: *„Wer nur durch einen einfachen Verwaltungsakt Deutscher werden kann, kann durch einen einfachen Verwaltungsakt auch wieder keiner mehr sein.“*⁸⁶

Bemerkenswert sind diese Aussagen auch deshalb, weil die Debatte um „Remigration“ zur Mitte des Jahres 2025 eine unvorhergesehene Richtung einschlug. Am 11. Juni diskutierten in einem Podcast der „AfD“-Bundestagsabgeordnete Maximilian Krahl mit dem rechtsextremistischen Verleger Götz Kubitschek. Maximilian Krahl empfahl, den Begriff „Remigration“ fallenzulassen oder zumindest auf die Asylpolitik zu beschränken. Man müsse Deutschland für Zuwanderer unattraktiv machen und Illegale abschieben, gestand Maximilian Krahl zu. Auch halte er weiter an einem ethnokulturellen Volksbegriff fest. „Remigration“, argumentiert Maximilian Krahl, dürfe sich jedoch nicht gegen Staatsbürger wenden. Eine solche Position sei gerichtlich bestätigt verfassungswidrig. Sie liefere den Gegnern der „AfD“ weitere Belege für ein mögliches Verbotverfahren. Außerdem müsse man dem Verfassungsschutz ermöglichen, die Einstufung der „AfD“ zu revidieren. In der „AfD Brandenburg“ fand Maximilian Krahl mit dieser neuen Linie kaum Fürsprecher. Der Landesverband weicht von Martin Sellner bislang nicht ab. Aber die verschiedenen Kräfte ringen miteinander.⁸⁷

Auf einer Pressekonferenz der „AfD“-Landtagsfraktion am 24. Juni 2025 behauptete Hans-Christoph Berndt, dass Martin Sellners „Remigrationskonzept“ lediglich falsch interpretiert werde. Die „AfD“, bekräftigte Hans-Christoph Berndt, wolle Staatsbürger mit Migrationshintergrund keinesfalls anders oder schlechter behandeln als ethnische Deutsche.⁸⁸ Anfang Mai hatte Jean-Pascal Hohm, seit November 2025 Vorsitzender der „Generation Deutschland“ - der offiziell neuen Jugendorganisation der „AfD“ - geschrieben, dass *„ein Mensch nicht automatisch Teil des deutschen Volkes im ethnokulturellen Sinne [wird], nur weil er sich auf deutschen Boden befindet oder einen deutschen Pass besitzt.“*⁸⁹ Mitte Oktober trat Jean-Pascal Hohm bei einer TV-Diskussion auf. Hier bezeichnete er die „AfD“ als Partei der „autochthonen“ Deutschen, aber auch der integrierten Migranten. Diese Aussage galt manchen als Verrat an der ethnokulturellen Programmatik der Partei. Jean-Pascal Hohm antwortete auf die Kritik mit der Feststellung, dass *„es natürlich auch Staatsbürger gibt, die eine andere Abstammung haben und selbstverständlich die gleichen Rechte genießen wie Staatsbürger mit ethnisch deutscher Abstammung.“* Er habe nicht vor, sich *„gegen anständige Menschen mit Migrationshintergrund“* zu stellen.⁹⁰ Jean-Pascal Hohm stammt aus dem Vorfeld der von Martin Sellner geprägten Identitären Bewegung. Ob Hohms tendenziell mäßigenden Einlassungen daher nur taktischer Natur sind oder tatsächlich einen unerwarteten sowie plötzlichen Schwenk hin zu Krahl's Positionen markieren, wird die Zukunft zeigen.

Teile der „AfD Brandenburg“ reagieren auf derart zur Schau gestellte Selbstverharmlosung mit Abwehr. Der „IB“-Rechtsanwalt und „AfD“-Mitarbeiter Gerhard Vierfuß, der bei der Bundestagswahl 2025 für die „AfD“ kandidierte, zeigte sich von Jean-Pascal Hohms Aussagen über gut integrierte Staatsbürger mit Migrationshintergrund enttäuscht: *„Die AfD lebt hier in einem Widerspruch: Will sie eine Partei sein, die die Noch-Mehrheitsbevölkerung vor ihrem Minderheit werden schützt, also den Großen Austausch beendet und Remigration einleitet – oder will sie lediglich Recht und Gesetz durchsetzen?“*⁹¹ Auch führende „AfD“-Landespolitiker stellten sich einer vermeintlich drohenden Verwässerung der ethnokulturellen bis völkischen Programmatik entgegen. In der von Maximilian Krahl angestoßenen Debatte schrieb ein „AfD“-Landtagsabgeordneter aus dem Havelland: *„ich werde mich sicherlich nicht von der Schicksalsfrage unseres Landes und Europas – dem Gelingen der Remigration – distanzieren, nur weil das bestimmte*

⁸⁶ X Lena Kotré, 27.08.2025 (letzter Zugriff 05.09.2025).

⁸⁷ YouTube „Maximilian Krahl vs Götz Kubitschek – Leitliniendebatte“, 11.06.2025 (letzter Zugriff am 12.06.2025).

⁸⁸ YouTube AfD-Fraktion Brandenburg: „Pressekonferenz, 24.06.2025, (letzter Zugriff am 24.06.2025).

⁸⁹ X Jean Pascal Hohm: „Grundsätzliches zum Begriff des ‚deutschen Volkes‘“, 06.05.2025 (letzter Zugriff am 06.05.2025).

⁹⁰ ARD-Mediathek: „Wir wollen reden. Blaues Land – Wie die AfD den Osten verändert“, 14.10.2025, <https://www.ardmediathek.de/film/blau-land-wie-die-afd-den-osten-veraendert/Y3JpZDovL3JiYi1vbmxpbmUuZGUvYmxhdWVzLWxhbmQ> (letzter Zugriff 15.10.2025).

⁹¹ X DerRechteAnwalt, 15.10.2025, (letzter Zugriff am 16.10.2025).

*Juristen anraten. [...] Dass die Gerichte eindeutig in eine antideutsche Richtung neigen, ist ja nicht erst seit gestern so.*⁹² Rund zwei Wochen später ergänzte er: *„Krahs Verhalten ist im besten Fall Ausdruck von bislang gut versteckter Politikunfähigkeit, im schlimmsten Fall ist es aktive Wehrkraftzersetzung der patriotischen, volksverbundenen Opposition.“*⁹³ Weitere „AfD“-Politiker solidarisierten sich mit dem „IB“-Aktivisten Martin Sellner und dem „Remigrationskonzept“.

Erik Lehnert, Mitarbeiter der „AfD“-Landtagsfraktion, Publizist und Weggefährte des Verlegers Götz Kubitschek, sagte auf dem Sommerfest des „Antaios-Verlages“ im Juli 2025: *„Die Auseinandersetzung bleibt zentral. Es dreht sich ja um die Frage, was an erster Stelle steht: die Verfassung oder das Überleben des eigenen Volkes. Wenn die ganzen Institutionen so besetzt sind, dass die Verfassung verhindert, dass wir überleben, dann muss man eben anders vorgehen als wenn es umgekehrt der Fall wäre.“*⁹⁴

Der Personenkreis um Schnellroda, dem Sitz des ehemaligen rechtsextremistischen „Instituts für Staatspolitik“ und des rechtsextremistischen „Antaios-Verlages“, in dem auch Martin Sellner verkehrt, übt in der „AfD Brandenburg“ einen erheblichen Einfluss aus. Dementsprechend haben 2025 erneut „AfD“-Politiker an Veranstaltungen der rechtsextremistischen Kaderschmiede teilgenommen. Auch der neurechte „Jungeuropa-Verlag“, in dem namenhafte Rechtsextremisten veröffentlichten, verbuchte am 13. September anerkennend: *„Zu unserem Verlagstreffen waren gleich sechs Abgeordnete aus Brandenburg zu Gast, um sich vor Ort zu informieren und zu vernetzen.“*⁹⁵ „AfD“-Abgeordnete unterstreichen ihre Nähe zum rechtsextremistischen „Vorfeld“, indem sie beispielsweise einschlägige Bücher und Magazine, Sticker oder Werbematerialien in ihren Bürgerbüros auslegen. Zur Eröffnung seines Büros in Königs Wusterhausen hielt ein Landtagsabgeordneter demonstrativ Bücher des rechtsextremistischen „Antaios-Verlages“ in die Kamera – unter anderem von den Rechtsextremisten Martin Lichtmesz, Benedikt Kaiser und Thor von Waldstein.⁹⁶ Der Abgeordnete nannte sein Büro ein *„Wohnzimmer des Widerstands“*, das sich einreihen solle *„in andere gegenkulturelle Projekte wie die ‚Mühle Cottbus‘“*.⁹⁷ Vereinzelt wurden Filmemacher und rechtsextremistische Autoren auch zu Veranstaltungen und Vorträgen in „AfD“-Wahlkreisbüros eingeladen. Der Fraktionsvorsitzende Hans-Christoph Berndt traf mit dem „IB“-Aktivisten Martin Sellner auf dem „COMPACT“-Sommerfest Mitte Juli zusammen.⁹⁸

Neu ist, dass die „AfD Brandenburg“ nun auch stärker internationale Verbindungen knüpft und aufbaut. Ende April trat Lena Kotré als Rednerin bei der britischen Kleinstpartei „Homeland-Party“ auf.⁹⁹ Mitte Mai eröffnete sie den „Remigration Summit“ – eine Konferenz verschiedener identitärer Gruppen und rechtsextremer Parteien – in Mailand mit einer Rede.¹⁰⁰ Mitte August reiste sie auf Einladung der Norwegen-Demokraten nach Oslo; ein Spaziergang durch einen migrantisch geprägten Stadtteil sorgte für Proteste und einen Eklat.¹⁰¹ Zusammen mit einem weiteren „AfD“-Landtagsabgeordneten empfing Lena Kotré Anfang Juli den irischen Rechtsextremisten Keith Woods, der Kontakte zu Holocaust-Leugnern unterhält und antisemitische Positionen vertritt. Lena Kotré stand Keith Woods für seine Dokumentation über die

⁹² X Dr. Dominik Kaufner, 08.07.2025 (letzter Zugriff am 09.07.2025).

⁹³ X Dr. Dominik Kaufner, 21.07.2025, (letzter Zugriff am 22.07.2025).

⁹⁴ Youtube: „Wozu Partei? Und wie weiter mit Krahs und Sellner? – Auftaktgespräch Sommerfest 2025“, 10.07.2025, (letzter Zugriff am 15.07.2025).

⁹⁵ Instagram Jungeuropa Verlag, 15.09.2025, (letzter Zugriff am 16.09.2025).

⁹⁶ X Ben Filter: „Bücher vom @Verlag Antaios bekommt ihr jetzt direkt im Wahlkreisbüro Königs Wusterhausen!“, 07.03.2025, (letzter Zugriff am 11.03.2025).

⁹⁷ X Fabian Jank: „Willkommen im Heimatrevier Großräschen“, 02.04.2025, (letzter Zugriff am 27.11.2025).

⁹⁸ Telegram COMPACT-Magazin: „COMPACT Sommerfest – Für Frieden und Freiheit“, 23.07.2025, (letzter Zugriff am 23.07.2025).

⁹⁹ Telegram Lena Kotré Infokanal: „The Big Remigration Conference“, 09.03.2025, (letzter Zugriff am 11.03.2025).

¹⁰⁰ Youtube: „Remigrationskonferenz in Mailand: ein europäischer Meilenstein (+ Video)“, 18.05.2025, (letzter Zugriff 19.05.2025, X Lena Kotré, 17.05.2025, (letzter Zugriff 19.05.2025), X Dreis Van Langenhove: „German MP @Kotrelena tells us:“, 17.05.2025, (letzter Zugriff 19.05.2025).

¹⁰¹ X Lena Kotré, 10.08.2025, (letzter Zugriff 14.08.2025), X Lena Kotré, 13.08.2025, (letzter Zugriff 14.08.2025), X Lena Kotré, 14.08.2025, (letzter Zugriff 15.08.2025).

Folgen der Migration in Polen und Deutschland als Interviewpartnerin zur Verfügung. Laut Medienberichten löste das Treffen mit Keith Woods sogar im „AfD“-Bundesvorstand erhebliche Irritationen aus, weshalb der Landesvorsitzende René Springer mit einem ermahnenden Schreiben an die beiden Landtagsabgeordneten reagierte.¹⁰² Auch bei der jährlichen Remigrationsdemo der „IB“ in Wien Ende Juli wurden Personen aus dem Umfeld der „AfD Brandenburg“ gesichtet.¹⁰³

Nicht nur das Thema Migration spielt bei der Frage der internationalen Vernetzung eine Rolle. Das allgemeine ethnopluralistische Volksverständnis der „AfD“, gepaart mit revisionistischen Tönen, zeigte sich ebenfalls. So nahm Jean-Pascal Hohm bereits im Oktober 2024 an der Landesversammlung der „Südtiroler Freiheit“ teil.¹⁰⁴ In einem Interview, befragt zu einem Besuch bei der neofaschistischen CasaPound Italia im Jahr 2018, antwortete er unter anderem: *„Die politische Weltanschauung der Casa-Pound-Bewegung ist aber definitiv nicht meine“*. Als Begründung gab er an: *„Der italienische Neofaschismus richtet sich in der Südtirolfrage auch gegen Angehörige meines Volkes.“* Das Interview entstand im Zusammenhang mit seiner Wahl zum neuen Vorsitzenden der „AfD“-Jugendorganisation¹⁰⁵

Über solche Verbindungen sagte der parlamentarische Geschäftsführer der „AfD“-Landtagsfraktion Dennis Hohloch in einer im Juni auf ARTE ausgestrahlten TV-Dokumentation: *„Das ist ja nicht nur die IB [Identitäre Bewegung], es gibt ja verschiedene, also mittlerweile hat sich das Feld ja sehr groß verbreitert. Da ist die Zusammenarbeit in den letzten Jahren immer breit gefächerter geworden, und das ist natürlich wichtig, weil wir kämpfen ja nun mal nicht nur im politischen Raum. Wir führen einen Kulturkampf. Und diesen Kulturkampf können Parteien nicht alleine führen. Deswegen ist die Zusammenarbeit mit diesen Organisationen auch besonders wichtig. Dass der Verfassungsschutz sie als rechtsextrem einstuft, ist mir ehrlich gesagt egal.“*¹⁰⁶

Diese Haltung spiegelt sich folglich auch auf kommunaler Ebene wider. Im Juli 2025 schlug die Bürgermeisterin von Spremberg (SPN) öffentlich Alarm wegen wachsender neonationalsozialistischer Aktivitäten durch die Kleinstpartei „DER DRITTE WEG“, Schmierereien und sozialer Ausgrenzung in der Stadt. Die „AfD Brandenburg“ warf der Bürgermeisterin vor, ihre Stadt absichtlich in ein negatives Licht rücken zu wollen. Jean-Pascal Hohm bezeichnete ihren Hilferuf als „Lüge“: *„Wer hier von einem rechtsextremen Problem fantasiert, der verkennt die Realität und zieht seine eigene Stadt in den Dreck.“*¹⁰⁷ Nach einem Angriff mutmaßlicher Anhänger von „DER DRITTE WEG“ auf ein Fest in Bad Freienwalde am 15. Juni wiederum sprach der „AfD“-Landtagsabgeordnete Lars Günther von einer „Inszenierung“ und fragte: *„Wer hat das gesteuert? Wer hat diese Hirnis dann losgelassen von allein, um eventuell uns als Partei zu schädigen?“*¹⁰⁸ An einem dritten Ereignis in Fürstenwalde Mitte September zeigte die „AfD Brandenburg“ dann jedoch erheblich mehr Interesse. Ein syrischer Migrant hatte den Sohn eines örtlichen „AfD“-Politikers geschlagen. Die „AfD“ thematisierte den Angriff vielfach und hielt als Reaktion am 26. September eine Demonstration gegen „Migrantengewalt“ ab – mit namhafter Besetzung. Auch ein Bundestagsabgeordneter war angereist. Der Vater des jungen Opfers beendete die Kundgebung mit dem drohenden Satz:

¹⁰² Vgl. WELT: „AfD-Treffen mit Antisemiten – ‚Prüfen Sie im Vorfeld sorgfältig, mit wem ein Gespräch stattfindet‘“, 14.10.2025 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article68ecaaa60bda2290ccea9495/afd-treffen-mit-antisemiten-pruefen-sie-im-vorfeld-sorgfaeltig-mit-wem-ein-gespraech-stattfindet.html> (letzter Zugriff 15.10.2025).

¹⁰³ Vgl. Flickr, 29.07.2025, (letzter Zugriff 24.11.2025), X @DerRechteAnwalt, 27.07.2025, (letzter Zugriff 24.11.2025).

¹⁰⁴ Facebook Jean-Pascal Hohm: „Zu Gast in Süd-Tirol“, 28.10.2024, (letzter Zugriff 08.04.2025).

¹⁰⁵ Sächsische Zeitung: „Extrem und diszipliniert“, 08.10.2025 in pressreader https://www.pressreader.com/germany/sachsische-zeitung-hoyerswerda/20251008/281573771891790?srsId=Afm-BOopqepHS5xZA_TZUAx77Y83VMr9FIhf16d30Y_5ndmMk8MsLgNiv (letzter Zugriff 28.11.2025).

¹⁰⁶ Vgl. ARTE: „Influencer von rechts“, 23.06.2025, <https://www.arte.tv/de/videos/118266-001-A/re-influencer-von-rechts/> (letzter Zugriff 23.06.2025).

¹⁰⁷ Telegram Jean-Pascal Hohm: „Unfassbar: Bürgermeisterin von Spremberg zieht eigene Stadt in den Dreck“, 23.07.2025, (letzter Zugriff 23.07.2025).

¹⁰⁸ Youtube Björn Banane: „Was ist in Bad Freienwalde wirklich passiert?“, 17.06.2025, (letzter Zugriff 18.06.2025).

„Jeder Migrant in dieser Straße, der uns heute hier gesehen hat, hat Gänsehaut bekommen. Ein Blick in die Geschichtsbücher und er sollte Gänsehaut bekommen.“¹⁰⁹

Die „AfD Brandenburg“ führt einen „Kulturkampf“. Dazu gehören vermehrt geschichtspolitische Attacken auf die etablierte Erinnerungskultur der Bundesrepublik. Auf dem Sommerfest des rechtsextremistischen „Antaios-Verlages“ besetzte ein „AfD“-Landtagsabgeordneter aus dem Havelland den Begriff „Geschichtsrevisionismus“ positiv. Es sei in der Wissenschaft selbstverständlich, Geschichte zu überprüfen. Aus seiner Sicht könne eine solche Revision dazu beitragen, die *„linksliberale kulturelle Hegemonie“* zu brechen.¹¹⁰ Über den „historischen Faschismus“ schrieb derselbe „AfD“-Politiker, dieser sei eine *„militant-totalitäre Antwort auf diese zerstörerische Gefahr der extremen Linken“* gewesen. Die heutigen Antifaschisten seien *„die gleichen vernichtungslüsternen Nihilisten, die vor 90 Jahren über verbrannte Nonnen in Spanien frohlockten und in den Berliner Straßen Konservative totprügelten.“¹¹¹* Und in einem weiteren Text auf einer rechtsextremistischen Plattform kritisierte er ein angeblich *„verordnete[s] Geschichtsbild“*, einen *„Kult der Selbsterniedrigung und [die] einseitige Fixierung auf die eigene Schuld.“* Die Vertreibung der Deutschen zum Ende des Zweiten Weltkrieges sieht er als *„größte ethnische Säuberung Europas“*.¹¹²

„AfD“-Politiker verherrlichen den Nationalsozialismus nicht offen. Sie versuchen jedoch, seine Bedeutung zu relativieren oder ihn in revisionistische Kontexte einzubetten. Ein „AfD“-Bundestagsabgeordneter aus Brandenburg berief sich Mitte September auf den Autor Gerd Schulze-Rhonhof und er behauptete, Hitler habe zuerst verhandeln wollen. Polen habe *„durch das konsequente Ablehnen deutscher Angebote zur Eskalation“* beigetragen.¹¹³ Solchen geschichtspolitischen Aussagen folgt eine übergeordnete Strategie. Die Deutschen vor *„Überfremdung“* zu verteidigen, bedeutet für die „AfD Brandenburg“ auch, zu einem veränderten Verhältnis zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert zu gelangen: *„Wir haben eine wunderbare Tradition“*, sagte Dennis Hohloch zum Schluss einer Rede in Potsdam Ende September, *„eine wunderbare Geschichte. Und nur wegen 12 Jahren, auf die man wirklich kritisch blicken muss, lassen wir uns unsere Geschichte nicht kaputt machen, liebe Freunde. Wir sind stolze Deutsche, und wir wollen auch in Zukunft in einem stolzen Deutschland leben.“¹¹⁴*

Ihren Kulturkampf trägt die „AfD“ zunehmend auch in die Schulen. Funktionäre behaupten, Schüler würden gezielt indoktriniert. Die Partei ruft Schüler und Eltern dazu auf, sich gegen Lehrer und Schulleitungen zur Wehr zu setzen beziehungsweise solche Vorfälle der „AfD“ zu melden. In einem Interview mit einem „AfD“-nahen Influencer, führte der Landtagsabgeordnete und das Vorstandsmitglied des „AfD“ Kreisverbandes Märkisch-Oderland, Lars Günther, ein queeres Unterrichtsprojekt einiger Bad Freienwalder Oberschulen als Beispiel für eine vermeintliche Indoktrination an. Lehrer, die dieses Projekt in Unterricht durchführten, wurden von ihm als „schwarze“ Schafe bezeichnet. Der Influencer forderte die Zuschauer auf, solche Vorfälle bei der „AfD“ zur „Anzeige“ zu bringen, um solchen „Sachen Einhalt zu gebieten“. Schulen wird pauschal unterstellt, sie würden jugendgefährdende Inhalte im Unterricht vermitteln. Gegenüber der Lehrerschaft soll offensichtlich eine Drohkulisse aufgebaut werden.

Inzwischen wird vermeintlich unbequemes Lehrpersonal auch öffentlich an den Pranger gestellt. Im Oktober traf es einen Schulleiter aus Teltow, der einem Schüler ein Praktikum bei der „AfD“-Fraktion

¹⁰⁹ Youtube Björn Banane: „Kundgebung und Mahnwache für nationale Sicherheit“, 26.09.2025, <https://www.youtube.com/watch?v=ljvvnvQFLPQ> (letzter Zugriff 01.10.2025).

¹¹⁰ YouTube: „Laßt uns die Geschichte ganz erzählen!“ – Lehnert im Gespräch mit Dominik Kaufner und Stefan Scheil, 06.07.2025, (letzter Zugriff 21.07.2025).

¹¹¹ X Dr. Dominik Kaufner, 16.09.2025, (letzter Zugriff 17.09.2025).

¹¹² Dominik Kaufner in Sezession: „8. Mai – Zeit für eine Revision“, 08.05.2025, (letzter Zugriff 12.05.2025).

¹¹³ Telegram Lars Schieske: „Geschichte wiederholt sich nicht – aber sie reimt sich.“, 10.09.2025, (letzter Zugriff am 11.09.2025).

¹¹⁴ YouTube Björn Banane: „AfD Familienfest in Potsdam“, 20.09.2025, (letzter Zugriff 01.10.2025).

beziehungsweise einer Landtagsabgeordneten verwehrt hatte – unter anderem mit der Begründung, dass die Partei durch den Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuft wurde. Auf einer Pressekonferenz der „AfD“-Fraktion am 7. Oktober 2025 wurde der Name der betreffenden Schule von der Abgeordneten Lena Kotré zweimal ausdrücklich genannt. Der Schulleiter erhielt zahlreiche Hasskommentare im Netz und E-Mails mit Morddrohungen. Auf der gleichen Pressekonferenz spielte die Landtagsabgeordnete Lena Kotré zudem rechtsextremistische Vorfälle an Schulen herunter: *„Lassen sie mich noch einmal kurz auf diese angeblichen rechtsextremen Taten zurückkommen, die ja eben, wie gesagt, nicht nur im jugendlichen Leichtsinn erfolgen, sondern vielleicht auch eine Art Notwehr sind, gegen die Indoktrination an den Schulen, der unsere Schüler ausgesetzt sind.“*¹¹⁵

Die „AfD“ ist in Teilen Brandenburgs strukturell fest verankert. Sie vermittelt nahezu ganzjährig mit Bürgerdialogen, Festen und Info-Ständen bürgernahe Präsenz. Zudem sind zahlreiche Vertreter der Partei in „unpolitischen“ Vereinen engagiert und örtlich aktiv. Bei der Bundestagswahl im Februar holte die „AfD Brandenburg“ 32,5 Prozent der Zweitstimmen und neun von zehn Direktmandaten. Da die Partei mit ihrer fremdenfeindlichen Ausrichtung polarisiert, konnte sie bislang ihre hohen Zustimmungswerte nicht in realpolitische Macht ummünzen. Bei den Bürgermeisterwahlen im Herbst gelangten zwar eine Reihe von „AfD“-Kandidaten – unter anderem in Eisenhüttenstadt und Frankfurt (Oder) – in die Stichwahl, unterlagen dort aber deutlich.

Die „AfD“ setzt weiterhin darauf, dass sich soziale und wirtschaftliche Probleme zuspitzen werden. Von den Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen her sollen die „Brandmauern“ zuerst eingerissen werden. Für die Landesebene gab René Springer das klare Ziel aus: *„die absolute Mehrheit bei der nächsten Landtagswahl.“*¹¹⁶

Bewertung / Ausblick

Weiterhin zeigt sich die Partei unter der Führung von René Springer und Hans-Christoph Berndt personell geschlossen. Jüngste Gerichtsurteile, die Verfassungsschutz-Einstufung und öffentlichen Verbotsdiskussionen haben jedoch Bewegungen ausgelöst. In der zur Jahresmitte 2025 geführten Debatte um „Remigration“ laviert die „AfD Brandenburg“ zwischen ihren ethnisch-fundamentalistischen Positionen und der Zurschaustellung von Harmlosigkeit. Die Tatsache, dass innerparteilich über „Remigration“ und insbesondere über den Umgang mit deutschen Staatsbürgern mit Migrationshintergrund gerungen wird, zeigt immerhin: eine Rückkehr der Partei auf den Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist nicht ausgeschlossen.

Das rechtsextremistische „Vorfeld“ der Partei dringt jedoch auf Einhaltung der „reinen“ Lehre. Gerade in Brandenburg suchen zahlreiche „AfD“-Politiker den Schulterchluss mit Akteuren beispielsweise des ehemaligen „Instituts für Staatspolitik“ oder der „IB“. Deren Einfluss auf den Landesverband ist nach wie vor hoch. Parteivertreter zeigen wenig Scheu, rechtsextremistisches Klientel anzuwerben oder auch mit Rechtsextremisten zu kooperieren.

Derzeit ist nicht erkennbar, dass die „AfD Brandenburg“ Brücken zum extremistischen „Vorfeld“ abbricht oder verfassungsfeindliche Konzepte aus der Parteiprogrammatik tilgt. Der Einfluss der Hardliner zeigte sich 2025 auch in der Kultur- und Geschichtspolitik. Eklatante Verstöße gegen das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip sind weiterhin in hoher Dichte registriert worden.

¹¹⁵ Berliner Morgenpost: „Einschüchterung ist das Ziel“, 25.10.2025, Telegram AfD Fraktion BB: „Rechtsextreme Schulgewalt eine Legende“, 07.10.2025 (letzter Zugriff 09.10.2025) und Youtube Björn Banane: „Schluss mit der Gewalt an unseren Schulen“, 07.10.2025, (letzter Zugriff 07.10.2025),

¹¹⁶ X René_Springer: „AfD stärkste Kraft in Brandenburg!“, vom 25.06.2025 (letzter Zugriff 25.11.2025).

Junge Alternative Brandenburg (JA Brandenburg)

Sitz / Verbreitung

Die „Junge Alternative für Deutschland“ („JA“) gliederte sich unterhalb des Bundesverbands in 16 Landesverbände. Der Bundesverband und der brandenburgische Landesverband hatten ihren Sitz in Werder/Havel (PM). Die „JA Brandenburg“ unterhielt bis zu ihrer Selbstauflösung am 31. März 2025 landesweit Strukturen.

Gründung / Bestehen

Der Landesverband der „JA Brandenburg“ wurde am 12. Juli 2014 gegründet. Seitdem 18. April 2015 war sie die offizielle Jugendorganisation des brandenburgischen Landesverbandes der „Alternative für Deutschland“ (AfD). Sie war als eigenständiger Verein konstituiert und verfügte über Satzungs-, Programm-, Finanz- und Personalautonomie.

Struktur / Repräsentanten

Landesvorstand der „JA Brandenburg“ bis zum 31. März 2025:

Vorsitzende: Anna Leisten, Franz-Sebastian Dusatko

Stellv. Vorsitzender: Stefan Pfau

Laut der „JA Brandenburg“ verfügte die Jugendorganisation über acht „Botschafter“, die organisatorisch für einzelne Landkreise zuständig waren.¹¹⁷

Personenpotenzial: Mitglieder / Anhänger / Unterstützer

Die „JA Brandenburg“ hatte zuletzt rund 190 Mitglieder (2024: 150).

Kurzportrait / Ziele

Die „JA Brandenburg“ war inhaltlich und personell eng mit ihrer Mutterpartei – der „AfD Brandenburg“ – verbunden, agierte jedoch eigenständig. Wie in der Mutterpartei dominierten in der „JA“ völkisch-nationalistische Konzepte, mit denen eine ethnisch-homogene Gemeinschaft angestrebt wurde. Laut „AfD“-Bundessatzung (§ 17a Abs. 2 Satz 1) diente die „JA“ der Partei als „Innovationsmotor“. Gemäß § 1 Absatz 3 ihrer eigenen Satzung hatte die „JA Brandenburg“ das Ziel, die Weltanschauung der „AfD Brandenburg“ in ihrem Wirkungskreis zu vertreten und zu verbreiten.¹¹⁸

Finanzierung

Die „JA Brandenburg“ finanzierte sich über Mitgliedsbeiträge und Spenden.

¹¹⁷ Vgl. Homepage „JA Brandenburg“, ohne Datum, (letzter Zugriff am 17.02.2024).

¹¹⁸ Satzung der „JA Brandenburg“ vom 19. Januar 2020.

Veröffentlichungen / Reichweite:

Die „JA Brandenburg“ war in den sozialen Medien regelmäßig aktiv. Einige Mitglieder verfügten dort zudem über eigene einschlägige Auftritte. Die entsprechenden Onlineauftritte des Landesverbands sind inzwischen nicht mehr erreichbar.

Grund für die Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die „JA Brandenburg“ wurde vom Verfassungsschutz Brandenburg am 15. Januar 2019 zunächst als Verdachtsfall und am 12. Juli 2023 als gesichert extremistische Bestrebung eingestuft. Der Landesverband verletzte zentrale Grundprinzipien der Menschenwürde (Artikel 1 Absatz 1 GG). Er verbreitete gezielt Feindbilder und schürte in der Bevölkerung Ressentiments gegen Migranten. Die „JA Brandenburg“ setzte dabei auf öffentliche Provokation mit dem Ziel, die Grenzen des Sagbaren stetig weiter zu verschieben. Vertreten wurde ebenso das fremdenfeindliche Konzept des Ethnopluralismus. Damit einhergehende Vorstellungen eines ethnisch-abstammungsmäßigen deutschen Volkes wurde in vielen Äußerungen sichtbar und lief auf Diskriminierung von Minderheiten, Migranten und Staatsbürgern mit Migrationshintergrund hinaus.

Entwicklungen im Berichtszeitraum

Der „AfD“-Bundesparteitag beschloss am 12. Januar 2025 in Riesa (Sachsen), dass die „JA“ ihren Status als offizielle AfD-Jugendorganisation zum 1. April 2025 verliert. Zudem sollte bis Ende 2025 eine neue Jugendorganisation gegründet werden.

Die „JA“ galt im Allgemeinen als radikaler als die Mutterpartei. Sie trieb die Vernetzung mit anderen rechtsextremistischen Organisationen voran und ignorierte die Unvereinbarkeitsliste der „AfD“. Einerseits wollte die Partei ihre Jugend disziplinieren und ihre Organisation professionalisieren, andererseits sie vor einem möglichen Verbot bewahren. Eine Neugründung unter dem Dach der „AfD“ sollte die Parteijugend unter den Schutz des Parteienprivilegs stellen und ein Verbot aufwändiger und schwieriger gestalten.

Das Vorgehen der Partei stieß bei vielen „JA“-Mitgliedern zunächst auf Ablehnung. Sie drängten darauf, die Autonomie und den Aktivismus beizubehalten. Letztlich konnten sie sich nicht durchsetzen. Auf dem „JA“-Bundeskongress am 1. Februar 2025 in Apolda beschloss die „JA“ die Selbstauflösung am 31. März 2025. Seit dem Beschluss von Riesa waren die Aktivitäten bereits gänzlich eingestellt worden. Die „JA“ hatte sich schon nicht mehr bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2025 engagiert.

Anna Leisten, die über Brandenburg hinaus als besonders aktivistisches Gesicht der „JA“ galt und den „AfD“-Bundesvorstand scharf kritisierte hatte, verschwand nahezu komplett von der politischen Bildfläche.¹¹⁹ In Apolda stimmte sie zum Abschied noch einmal den innerparteilich durchaus kritisierten „Abschiedesong“ an.¹²⁰ Danach stellte die „JA Brandenburg“ ihre Social-Media-Aktivitäten ein.

In der Zeit zwischen der Auflösung der „JA Brandenburg“ und der Neugründung der „AfD“-Jugendorganisation engagierten sich verschiedene „AfD“-Landespolitiker in der Jugendarbeit, oft im Rahmen von Jugendabenden. Ehemalige „JA“-Mitglieder blieben miteinander in Kontakt und organisierten sich in kleinen Zusammenschlüssen, oft im Rahmen der „AfD“-Kreisverbände.

¹¹⁹ Vgl. YouTube, Compact-TV: Anna Leisten „Die Junge Alternative muss bleiben!“, vom 08.01.2025, (letzter Zugriff am 18.12.2025).

¹²⁰ Videodokumentation aus dem Publikum, vgl. X, Rechercheplattform zur Identitären Bewegung, vom 03.02.2025, (letzter Zugriff am 29.12.2025).

Bewertung / Ausblick

Die „JA Brandenburg“ strebte auf der Grundlage einer gefestigten ethno-kulturellen Weltanschauung eine ethnisch-homogen formierte Gesellschaft an. Aus ihrer Sicht sollte dafür nahezu alles als undeutsch Verstandene ausgegrenzt werden. Damit einher ging die fundamentale Ablehnung jeglicher Formen von Zuwanderung. Die „JA“ richtete sich insbesondere gegen Menschen aus islamischen Ländern. Muslime, darunter auch deutsche Staatsbürger, würdigte sie pauschal herab. In diesem ideologisch-kulturalistischen Kontext ließen sich weitgehende „JA“-Forderungen, wie beispielsweise die nach „millionenfacher Abschiebung“, lesen und bewerten. Die „JA“ stand damit im Widerspruch zu den im Grundgesetz aus der Menschenwürde abgeleiteten Menschenrechten und dem Diskriminierungsverbot.

Generation Deutschland

Am 29. November 2025 fand in Gießen (Hessen) der Gründungskongress der neuen „AfD“-Jugendorganisation statt. Rund 1.000 Mitglieder und zahlreiche „AfD“-Funktionäre sowie -Abgeordnete nahmen teil. Auch rechtsextremistische Akteure des parteinahen „Vorfelds“ wurden eingeladen und waren mit Ständen präsent. Mit Blick auf die brandenburgischen Vertreter handelte es sich im Wesentlichen um bereits bekannte Akteure der ehemaligen „JA“. In Gießen wurden ein Jugendstatut sowie der nunmehr offizielle Name „Generation Deutschland“ (GD) beschlossen. Der brandenburgische Landtagsabgeordnete Jean-Pascal Hohm wurde erwartungsgemäß zum Bundesvorsitzenden gewählt.

Verschiedene Änderungsanträge, die zum Beispiel die Rückkehr zum Namen „Junge Alternative“ oder die Umbenennung in „Generation Germania“ vorsahen, wurden zwar mitunter emotional diskutiert, letztlich jedoch abgelehnt. Auch der Versuch, auf dem Kongress eine Entscheidung über das Logo zu erzwingen, blieben erfolglos. Zudem entschieden die Mitglieder mehrheitlich im Sinne des „AfD“-Bundesvorstandes, indem sie von einem Mitgliederkongress zum Delegiertensystem wechselten.

In einem Interview mit der Deutschen Presseagentur wurde Jean-Pascal Hohm noch im Oktober 2025 mit der Aussage zitiert: *„Die Junge Alternative hat sicher nicht alles richtig gemacht, aber sie war nicht rechtsextrem. Wir werden als neue Jugendorganisation disziplinierter auftreten, jedoch mit aller Entschlossenheit für unsere Überzeugungen einstehen“*¹²¹. Jean-Pascal Hohm war von 2014 bis 2016 Gründungsvorsitzender der „JA Brandenburg“ und bekannt für seine Verbindungen zu rechtsextremistischen Vorfeldorganisationen wie „Ein Prozent“ und der „Identitäre Bewegung“. Seit 2024 ist er Mitglied im Landtag Brandenburg. Noch auf dem Gründungskongress beschrieb Jean-Pascal Hohm in einem Interview mit dem Sender phoenix, dass man sich als ein Teil eines patriotischen Mosaiks verstehe, zu dem auch Vorfeldorganisationen wie die „Identitäre Bewegung“, „Ein Prozent“ und andere Organisationen zählten, von denen er sich nicht abgrenzen wolle. Man verfolge ähnliche Ziele. Auf Nachfrage erklärte Jean-Pascal Hohm, es „störe“ ihn nicht, dass diese Zusammenarbeit dem Unvereinbarkeitsbeschluss der „AfD“ entgegenstehe.¹²²

Mit der „Generation Deutschland“ („GD“) verliert der Parteien Nachwuchs seine vormalige organisatorische Eigenständigkeit. Die Entwicklung der „GD“-Landesverbände bleibt abzuwarten. Sowohl mit Blick auf das Personal als auch auf die Programmatik ist jedoch anzunehmen, dass die neue Jugendorganisation in

¹²¹ Vgl. <https://www.zeit.de/news/2025-10/26/designierter-chef-der-afd-jugend-offen-fuer-alle-stroemungen>, (letzter Zugriff am 29.12.2025).

¹²² Vgl. <https://www.ardmediathek.de/video/phoenix-vor-ort/neugruendung-die-afd-jugendorganisation-generation-deutschland-am-29-11-2025/phoenix/Y3JpZDovL3Bob2VuaXguZGUvNTE1NDczNw>, (letzter Zugriff am 29.12.2025).

sehr hoher Kontinuität zur alten stehen wird. 12 der 15 Mitglieder des neu gewählten Bundesvorstands waren bereits in den Bundes- und Landesvorständen der bisherigen „JA“ aktiv. Die „GD“ ist mit ihrer Konstituierung zu einem integralen Bestandteil der „AfD“ geworden. Der Verfassungsschutz Brandenburg betrachtet sie nunmehr als Teil des „AfD“-Landesverbandes.

3.4 Parteiunabhängige Strukturen: parteinahe Vorfeldorganisationen

Sitz / Verbreitung

Parteinahe Vorfeldorganisationen, die überregional agieren und in anderen Bundesländern ihren Hauptsitz haben, entfalten ihre Aktivitäten auch in Brandenburg. Einige Organisationen besitzen in Brandenburg ihr Hauptbetätigungsfeld oder ihren eingetragenen Sitz. Ein Schwerpunkt liegt in Südbrandenburg, insbesondere im Raum Cottbus.

Gründung / Bestehen

Der rechtsextremistische Publizist Benedikt Kaiser führte um 2017 den Begriff der „Mosaik-Rechten“ in die Diskussionen der Szene ein. Der Begriff hebt auf ein dezentrales, vielfältiges Netzwerk ab, das gemeinsam an dem Ziel arbeitet, die kulturelle und politische Hegemonie zu erlangen. Diese Idee eines arbeitsteiligen rechtsextremistischen Netzwerkes vertiefte Benedikt Kaiser in seinem 2022 veröffentlichten Buch „Die Partei und ihr Vorfeld“, das innerhalb der verfassungsschutzrelevanten „Neuen Rechten“ als strategische Programmschrift weithin anerkannt ist. Das „Vorfeld“ setzt sich demnach aus Organisationen, Medien und Initiativen zusammen, deren Ziel es ist, Diskurse zu verschieben, beispielsweise durch Schulungen, Veranstaltungen, Publizistik oder Aktionen. Geprägt wird dieses Netzwerk durch zentrale Protagonisten wie dem ehemaligen „Institut für Staatspolitik“, „Verlag Antaios“, „Identitäre Bewegung“ und „Ein Prozent“. Dieses parteinahe Vorfeld wirkt in erster Linie außerhalb von Parteien und Parlamenten, versucht jedoch auf Parteien – insbesondere auf die „Alternative für Deutschland“ – unmittelbar Einfluss zu nehmen.

Struktur / Repräsentanten

Vorfeldorganisationen zielen darauf ab, durch strategische Arbeitsteilung und Vernetzung Einfluss zu nehmen und die Schlagkraft der rechtsextremistischen Szene zu erhöhen. Die Akteure sehen sich als Bestandteil einer vorwiegend außerparlamentarisch agierenden Bewegung, zu der Think Tanks, Verlage, Zeitschriften, Schulungsplattformen oder aktionsorientierte Gruppen zählen, die miteinander in Kontakt stehen, sich gegenseitig ergänzen, vorantreiben und kritisieren, ohne in einer zentralisierten Hierarchie aufzugehen. Das „Vorfeld“ setzt sich zum Ziel, auf die „Alternative für Deutschland“ Einfluss zu nehmen, sie als ihren „parlamentarischen Arm“ zu formen und so Zugriff auf den Staat zu erlangen.

Die als erwiesen extremistisch eingestuft Vorfeldorganisationen in Brandenburg sind:

- „Zukunft Heimat e.V.“
- „Bürgertreffpunkt Cottbus e.V.“
- „Mühle Cottbus“
- „COMPACT-Magazin GmbH“ (kurz: COMPACT)

Daneben gibt es in Brandenburg weitere Netzwerkplattformen und Unternehmen, die aufgrund ihrer verfassungsfeindlichen Positionen und ihrer Szene-Kontakte sowie -Aktivitäten vom Verfassungsschutz Brandenburg als Verdachtsfälle bearbeitet werden.

Personenpotenzial: Mitglieder / Anhänger / Unterstützer

Je nach Art der Vorfeldorganisation unterscheidet sich die Zahl der an ihnen Beteiligten erheblich. Medien wie „COMPACT“ werden von wenigen Einzelpersonen und Redakteuren geprägt, fungieren jedoch als

Sprachrohr für Protagonisten im gesamten Bundesgebiet. Hinter den zahlenmäßig eher kleinen Vorständen von Vereinen wie „Zukunft Heimat“ steht oft ein breiteres lokales Unterstützerfeld.

Kurzportrait / Ziele

In Brandenburg sind diverse Akteure dem parteinahen Vorfeld zuzurechnen. Der 2015 gegründete Verein „Zukunft Heimat e.V.“ hat in der Vergangenheit fremden- und islamfeindliche Kundgebungen im Raum Cottbus angemeldet. Der Verein hat das Ziel, rechtsextremistische Positionen anschlussfähig zu machen und Proteste zu organisieren. Er leistete in der Vergangenheit einen Beitrag zur „Entgrenzung des Rechtsextremismus“ in Südbrandenburg. Geprägt und repräsentiert wurde und wird der Verein durch den jetzigen AfD-Fraktionsvorsitzenden Dr. Hans-Christoph Berndt.

Im unmittelbaren Zusammenhang zum Aktivismus von „Zukunft Heimat“ steht der 2018 gegründete „Bürgertreffpunkt Cottbus e.V.“, welcher als Trägerverein der rechtsextremistischen Szeneimmobilie „Mühle Cottbus“ fungiert. Hier sollen die auf der Straße propagierten Positionen durch Vorträge, Diskussionen und Lesungen ideologisch geschärft und vor allem auch in die „AfD“ hineingetragen werden.¹²³ Neben „AfD“-Politikern, die als Referenten auftreten, waren in der Vergangenheit vor allem Akteure der verfassungsschutzrelevanten „Neuen Rechten“ zu Gast, insbesondere aus dem Umfeld der „Identitären Bewegung“, des ehemaligen „Institut für Staatspolitik“ und angeschlossener neurechter Strukturen.¹²⁴

In die „Mosaikrechte“ gehört auch „COMPACT“. Das rechtsextremistische Unternehmen um Jürgen und Stephanie Elsässer sowie Paul Klemm bezeichnet sich selbst als „oppositionelles“ Medium mit dem erklärten Ziel: *„Wir wollen das Regime stürzen“*.¹²⁵ „COMPACT“ war von 2022 bis Herbst 2024 in Falkensee (HVL) ansässig und verlegte den Firmensitz anschließend nach Stößen (ST). Herausgeber, Chefredakteur und Geschäftsführer ist Jürgen Elsässer. Für den YouTube-Kanal „COMPACT-TV“ ist Paul Klemm verantwortlich. „COMPACT“ sieht sich als selbstbewusster Teil eines größeren Netzwerks.¹²⁶ Bereits 2018 formulierte „COMPACT“: *„Alle zusammen in großer Einheit: Pegida, IB, AfD, Ein Prozent, Compact! Fünf Finger, alle kann man einzeln brechen, aber alle zusammen sind eine Faust!“*¹²⁷ Das Medium bietet dementsprechend immer wieder rechtsextremistischen Akteuren eine Plattform. Im Zentrum von „COMPACT“ stehen Fremdenfeindlichkeit, Verschwörungserzählungen, Desinformation und Bedrohungsszenarien. Zu den regelmäßigen Autoren gehörte in der Vergangenheit unter anderem der österreichische Rechtsextremist Martin Sellner von der „Identitären Bewegung“.

Finanzierung

Vorfeldorganisationen können sich auf sehr unterschiedlichen Wegen finanzieren. Dazu zählen: Verkauf von Magazinen, Büchern und sonstigen Produkten, Werbung auf Internet-Plattformen, Spenden, Mitgliedsbeiträge und Fördermitgliedschaften.

Veröffentlichungen / Reichweite

Vorfeldorganisationen organisieren Demonstrationen und Kundgebungen, versuchen jedoch auch, Anhänger über digitale Kanäle zu gewinnen und durch den Verkauf von Magazinen und sonstigen Publikationen zu binden. „Zukunft Heimat“ beispielsweise hat rund 17.650 Follower bei Facebook, rund 4.050 bei X, rund 2.400 auf Instagram und 1.200 auf Telegram. Der „Bürgertreffpunkt Cottbus e.V.“ bespielt die

¹²³ Vgl. Homepage Mühle Cottbus, (letzter Zugriff 25.11.2025).

¹²⁴ Vgl. Facebook Mühle Cottbus, 04.04.2019 (letzter Zugriff 25.11.2025), Facebook Mühle Cottbus, 09.05.2019 (letzter Zugriff 25.11.2025), Facebook, 02.05.2024 (letzter Zugriff 25.11.2025).

¹²⁵ Vgl. YouTube Video, 13.06.2023 (letzter Zugriff 25.11.2025).

¹²⁶ Jürgen Elsässer: „Allianz der Patrioten“, COMPACT, 01/2018.

¹²⁷ Jürgen Elsässer: „Allianz der Patrioten“, COMPACT, 01/2018.

sozialen Netzwerke über das Label „Mühle Cottbus“, allerdings sind die jeweiligen Reichweiten vergleichsweise gering. Die Auflage des „COMPACT-Magazins“ beträgt eigenen Angaben zufolge rund 40.000 Exemplare, den YouTube-Kanal haben derzeit rund 552.000 Menschen abonniert. Dazu folgen dem Medium rund 81.250 Menschen auf X und rund 80.520 auf Telegram.

Grund für die Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Akteure des rechtsextremistischen Vorfeldes vertreten eine ethnokulturelle bis völkisch-nationalistische Abstammungsideologie, welche Menschen mit Migrationshintergrund als Bürger zweiter Klasse begreift und herabwürdigt. Gelegentlich kommt es zu offen rassistischen, teils auch antisemitischen Äußerungen. Teile dieser rechtsextremistischen Szene nutzen und verbreiten Verschwörungsnarrative. Mitunter werden Menschen zum Widerstand gegen den Staat aufgerufen.

Charakteristisch für diese Vorfeldorganisationen ist das Ziel, das Vertrauen in die Funktionsweise der Bundesrepublik Deutschland erschüttern, beispielsweise indem sie Wahlen anzweifeln, Repräsentanten und Institutionen verächtlich machen, die Bundesrepublik Deutschland als Diktatur diffamieren oder das Engagement zivilgesellschaftlicher Gruppen attackieren. Viele Akteure verstehen und präsentieren sich als Anwalt eines vermeintlich homogenen Volkswillens. Hierbei wird oft auf antiliberalen und antidemokratischen Traditionslinien zurückgegriffen. Das Ziel der Akteure ist ein autoritärer Staat oder eine illiberale Demokratie, in dem Pluralismus, Minderheitenschutz und Gewaltenteilung ausgehebelt sind.

Entwicklungen im Berichtszeitraum

Wie bereits in den Vorjahren hat „Zukunft Heimat“ eigene Aktivitäten erkennbar reduziert. Eine Auflösung des Vereins ist jedoch nicht absehbar. Präsenz zeigt man nach wie vor im Internet. Die Social-Media-Kanäle verbreiten rechtsextremistische Inhalte. Im Laufe des Jahres wurden zahlreiche Beiträge von Akteuren und Organisationen wie „Ein Prozent“¹²⁸, Martin Sellner¹²⁹ und aus der AfD¹³⁰ geteilt. Zudem warb der Verein wiederholt für Veranstaltungen im Szeneobjekt „Mühle Cottbus“.¹³¹ Zur Bundestagswahl 2025 rief der Verein aktiv zur Wahl der „AfD“ in einem X-Beitrag auf: *„[...] Und jeden Monat die gleichen Phrasen der Blockparteien-Politiker, denen ‚Brandmauern‘ wichtiger sind als nunmehr Tausende Deutsche, die ermordet, vergewaltigt und erniedrigt wurden. Diese Politiker haben nichts mehr in der Seele. [...] Stoppen wir sie am 23. Februar. Es gibt nur eine Alternative zu weiteren Jahren Mord, Raub und Vergewaltigung.“*¹³²

Das jährlich stattfindende „Mühlenfest“ in Sagritz (LDS) fand auch 2025 statt.¹³³ Mit der bewusst unpolitisch wirkenden Ausrichtung des Festes soll die Akzeptanz in der lokalen Bevölkerung gestärkt und ein volksnahes Image gepflegt werden. Während der von „Zukunft Heimat“ in Südbrandenburg früher stark forcierte fremdenfeindliche Straßenprotest zurückgegangen ist, setzt der „Bürgertreffpunkt Cottbus e.V.“ seine Arbeit als integraler Bestandteil des Vorfelds fort. Die „Mühle Cottbus“ fungiert als Raum, in dem

¹²⁸ Vgl. Telegram Zukunft Heimat, 26.10.2025 (letzter Zugriff 25.11.2025), Telegram Zukunft Heimat, 02.07.2025 (letzter Zugriff 25.11.2025), Telegram Zukunft Heimat, 18.02.2025 (letzter Zugriff 25.11.2025).

¹²⁹ Vgl. Telegram Zukunft Heimat, 15.08.2025 (letzter Zugriff 25.11.2025).

¹³⁰ Vgl. Telegram Zukunft Heimat 22.10.2025 (letzter Zugriff 25.11.2025), Telegram Zukunft Heimat, 12.07.2025 (letzter Zugriff 25.11.2025), Telegram Zukunft Heimat, 30.07.2025 (letzter Zugriff 25.11.2025), Telegram Zukunft Heimat, 07.08.2025 (letzter Zugriff 25.11.2025).

¹³¹ Vgl. Telegram Zukunft Heimat, 11.01.2025 (letzter Zugriff 25.11.2025), Telegram Zukunft Heimat, 15.09.2025 (letzter Zugriff 25.11.2025).

¹³² Vgl. X Zukunft Heimat, 13.02.2025 (letzter Zugriff 25.11.2025).

¹³³ Vgl. Telegram Zukunft Heimat, 10.06.2025 (letzter Zugriff 25.11.2025).

sich „AfD“-Vertreter und rechtsextremistische Akteure vernetzen und austauschen. Die Relevanz der „Mühle Cottbus“ bleibt hoch:

Am 26. Februar 2025 nutzte der rechtsextremistische Aktivist Martin Sellner die „Mühle Cottbus“ als Station seiner „Remigrations- und Siegesreise“. In seinem Vortrag forderte er die Überwindung des „Schuld-kults“, um dem „Bevölkerungsaustausch“ entgegenzutreten und eine Politik der Remigration einleiten zu können.¹³⁴ Hier thematisierte er auch seine Idee von „wehrhaften Städten“, in denen sich die Deutschen organisieren und sammeln sollen, falls der demografische Kippunkt überschritten und die „Überfremdung“ nicht mehr aufgehalten werden könne. Martin Sellner forderte, private oder halbstaatliche Strukturen aufzubauen, um die eigene kulturelle Identität sowie ethnische Substanz zu schützen. Von solchen Territorien aus könnte dann eine „Reconquista“ – die Rückeroberung des Landes – erfolgen.¹³⁵

Am 17. Dezember 2025 stellte auch der rechtsextremistische Publizist Benedikt Kaiser sein Buch „Der Hegemonie entgegen“ in der „Mühle Cottbus“ vor.¹³⁶ Kaiser hatte dort bereits am 13. Mai 2025 im Rahmen der „AfD“-Cottbus-Veranstaltungsreihe „Cottbuser Jugendabend“ zum Thema „Partei & Vorfeld“ referiert.¹³⁷

Bedeutend für das gesamte rechtsextremistische Vorfeld war 2025 insbesondere die Gerichtsentscheidung über das Verbot von „COMPACT“, welches das Bundesministerium des Innern am 5. Juni 2024 ausgesprochen hatte. Am 24. Juni 2025 hob das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig dieses Verbot auf. Zwar stellte der Senat eine gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Agitation fest, bewertete die Gesamtheit der strafbaren und gesetzeswidrigen Äußerungen und Aktivitäten aber als nicht ausreichend vereinsprägend.¹³⁸

Das Gericht bestätigte jedoch im gleichen Zuge, dass das „Remigrationskonzept“ des Identitären Martin Sellner gegen die Menschenwürde und das egalitäre Verständnis der Staatsangehörigkeit gegen die Verfassung verstoße. Dies löste sowohl innerhalb des Vorfelds als auch in den Reihen der „AfD“ scharfe Debatten aus. Da „COMPACT“ diesem Konzept wiederholt eine Bühne geboten hatte, musste es sich dieses zurechnen lassen. Martin Sellner und somit auch „COMPACT“ verstießen nach Auffassung des Senats gegen Diskriminierungsverbote (Art. 3 Abs. 3 GG), indem es deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund aufgrund zugeschriebener ethnischer Andersartigkeit als Bürger zweiter Klasse behandeln wolle und eine ethnokulturell homogene Volksgemeinschaft anstrebe.¹³⁹

Vor der Urteilsverkündung bekräftigte Jürgen Elsässer die Bedeutung der „Remigration“ für die angestrebte „politische Wende“.¹⁴⁰ Das Remigrationsverständnis bei „COMPACT“ wird weiterhin maßgeblich von Martin Sellner geprägt, dessen Positionen auch im Berichtsjahr breiten Raum erhielten. Nach dem Urteil distanzierte sich „COMPACT“ allerdings teilweise von Positionen der „Identitären Bewegung“. Kurz nach der Entscheidung bot Elsässer bei der Ausrichtung des „COMPACT“-Sommerfestes am 9. August 2025 in Stößen (Sachsen-Anhalt) Martin Sellner und seinem Konzept erneut eine Bühne. Martin Sellner habe einen festen Platz im Meinungsspektrum des Magazins. Zudem forderte er die „AfD“ auf, an ihm festzuhalten.¹⁴¹ Allerdings, so Jürgen Elsässer, dürfe man sich auch den „deutschfreundlichen Migranten“ nicht dauerhaft verschließen.¹⁴²

¹³⁴ Vgl. YouTube Video, 26.02.2025, (letzter Zugriff 25.11.2025).

¹³⁵ Vgl. YouTube Video, 26.02.2025, (letzter Zugriff 25.11.2025).

¹³⁶ Vgl. Homepage Mühle Cottbus, (letzter Zugriff 25.11.2025).

¹³⁷ Vgl. Telegram Zukunft Heimat, 02.05.2025, (letzter Zugriff 25.11.2025).

¹³⁸ Vgl. <https://ssl.bverwg.de/pm/2025/48> 24.06.2025, (letzter Zugriff 25.11.2025).

¹³⁹ Vgl. <https://ssl.bverwg.de/pm/2025/48> 24.06.2025, (letzter Zugriff 25.11.2025).

¹⁴⁰ Vgl. Homepage COMPACT, 28.02.2025, (letzter Zugriff 25.11.2025).

¹⁴¹ Vgl. YouTube Video, 09.08.2025, (letzter Zugriff 25.11.2025).

¹⁴² Vgl. Homepage COMPACT, 23.08.2025, (letzter Zugriff 01.12.2025).

Martin Sellner zog am 11. November 2025 Konsequenzen aus dem Urteil und schrieb: „Das dreigliedrige Remigrationskonzept wird nicht mehr gefordert. Aber wir fordern, daß man es fordern dürfe.“¹⁴³

Das besagte „COMPACT“-Sommerfest veranschaulicht gut das Zusammenspiel unterschiedlicher Kräfte des Vorfelds. So repräsentierte Hans-Christoph Berndt nach außen sichtbar den Verein „Zukunft Heimat“¹⁴⁴, zugleich sprach er aber auch als Vertreter der „AfD Brandenburg“.



Hans-Christoph Berndt mit Zukunft-Heimat-Shirt auf dem Weg zur Bühne auf dem COMPACT-Sommerfest am 9. August 2025 in Stößen (Sachsen-Anhalt).

In seiner Rede bekräftigte er, dass „COMPACT“ selbstverständlich zum Umfeld der Partei gehöre.¹⁴⁵ Er selbst betitelte sich in seiner Rede als „Ethnopluralist“.¹⁴⁶ Außerdem forderte er, den „krankhaften Selbsthass“ – gemeint ist ein angeblicher erinnerungspolitischer „Schuldskult“ – zu überwinden. Nur so könne Deutschland gesunden und eine Zukunft haben.¹⁴⁷

Bewertung / Ausblick

Das neurechte Vorfeld ist dynamisch und komplex. Das „COMPACT“-Verbotsverfahren hat den Akteuren um Jürgen Elsässer 2025 viel Aufmerksamkeit gegeben, seine Reichweite erheblich erhöht und das Unternehmen zumindest kurzfristig gestärkt. Die „Identitäre Bewegung“ wiederum wurde durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts Leipzig schwer getroffen, zumal Teile der „AfD“ nun einen selbstkritischen Umgang mit dem Konzept anmahnen. Ob und wie sich die „Identitäre Bewegung“ vor diesem Hintergrund in Zukunft präsentieren wird, bleibt abzuwarten. Gleichzeitig werden, auch in Brandenburg, neue und vielfach junge Akteure sichtbar, die sich im Vorfeld der „AfD“ positionieren und die Partei zu noch mehr Radikalität antreiben wollen. Im Gespräch mit einem in Brandenburg ansässigen Szene-Influencer

¹⁴³ Vgl. Homepage Sezession, 11.11.2025, (letzter Zugriff 01.12.2025).

¹⁴⁴ Vgl. YouTube Video, 09.08.2025, (letzter Zugriff 02.12.2025).

¹⁴⁵ Vgl. YouTube Video, 09.08.2025, (letzter Zugriff 02.12.2025).

¹⁴⁶ Vgl. YouTube Video, 09.08.2025, (letzter Zugriff 02.12.2025).

¹⁴⁷ Vgl. YouTube Video, 09.08.2025, (letzter Zugriff 02.12.2025).

warnte der identitäre Aktivist Martin Sellner Ende November 2025: „Ohne die Impulse der Bewegung verliert die Partei ihre metapolitische Stoßkraft und passt sich dem System an, das sie bekämpfen soll.“¹⁴⁸

¹⁴⁸ Vgl. X, Account Martin Sellner, 30.11.2025 (letzter Zugriff 01.12.2025).

3.5 Parteiunabhängige Strukturen: subkulturelle und aktionsorientierte Gruppierungen

Sitz / Verbreitung

Innerhalb der parteiunabhängigen Strukturen bilden „Freie Kräfte“ und Bruderschaften als subkulturelle Gruppierungen lokale Szene-Fundamente in Brandenburg. Während die „Freien Kräfte“ ausschließlich im Nordwesten des Landes aktiv sind, sind Bruderschaften landesweit verteilt. Bisweilen verfügen Bruderschaften über Immobilien für interne Treffen und Feierlichkeiten. Im Gegensatz zu dieser regionalen Bindung agieren die seit 2024 verstärkt in Erscheinung tretenden „gewaltorientierten subkulturellen Neonationalsozialisten“ in einem deutlich größeren, länderübergreifenden Radius.

Gründung / Bestehen

Als Reaktion auf Vereinsverbote gegen rechtsextremistische Kameradschaften entwickelten Neonationalsozialisten Mitte der 1990er Jahre das Konzept der „Freien Kräfte“. Das Phänomen der Bruderschaften ist hingegen nicht neu. Bereits 1982 gründete sich in Ostberlin die rockerrähnliche Gruppierung ‚Vandalen – Ariogermanische Kampfgemeinschaft‘, die bis heute fest in der rechtsextremistischen Musikszene verankert ist. Bruderschaften orientieren sich in Struktur und Auftreten – etwa durch das Tragen von Kutteln – an „Outlaw Motorcycle Gang“ (OMCG)¹⁴⁹. In den vergangenen Jahren traten sie verstärkt in Erscheinung und lösten damit die rückläufigen Modelle der „Freien Kräfte“ und „Kameradschaften“ nach und nach ab. In Brandenburg lässt sich eine deutliche Zuspitzung der Lage seit dem Aufkommen der „gewaltorientierten subkulturellen Neonationalsozialisten“ im Jahr 2024 beobachten. Die aktionistischen Gruppen mit ihren auffällig jungen Anhängern traten verstärkt im Umfeld der „Christopher Street Day“-Gegenproteste in Erscheinung.

Struktur / Repräsentanten

Angehörige der „Freie Kräfte“ nutzen die Organisationsform insbesondere, um sich von rechtsextremistischen Parteistrukturen oder eher hierarchisch organisierten Kameradschaften abzugrenzen. Eine Organisationshierarchie mit zentraler Führungsebene wird bewusst abgelehnt. Untereinander sind „Freie Kräfte“ gut vernetzt. Der Begriff kommt bei Neonationalsozialisten zunehmend nur noch unverbindlich zur Anwendung, um das eigene parteiungebundene Konzept zu verdeutlichen. Als Organisationsmodell ist das Konzept „Freie Kräfte“ nur noch eine Randerscheinung in der Szene.

In Bruderschaften ahmen Rechtsextremisten den klassischen Rocker-Lifestyle nach. Mitglieder tragen bei Szeneveranstaltungen Lederkutteln mit entsprechenden Symbolen und Schriftzügen. Ebenso werden Rituale sowie Sprachcodes und die hierarchischen Strukturen der Rocker-Clubs kopiert. So haben beispielsweise einige rechtsextremistische Bruderschaften wie die „Barnimer Freundschaft“ die rockertypische Unterscheidung in „Prospects“ (Anwärter) und „Fullmember“ (Vollmitglieder) übernommen.

Das neue Spektrum der „gewaltorientierten subkulturellen Neonationalsozialisten“ ist leicht heterogen, jung und aktionsorientiert. Neben aktuell sechs Hauptgruppierungen existieren in Brandenburg kleinere Personenzusammenschlüsse, regionale Netzwerke und Einzelpersonen. Die Szene ist im ständigen Wandel und organisiert sich immer wieder neu. Sie war anfänglich durch hohe virtuelle Aktivitätsentfaltung im Internet sowie durch Teilnahmen am Demonstrationsgeschehen mit persönlichen Kennverhältnissen gekennzeichnet. Bei den die Szene prägenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen kommt es regelmäßig zu internen Streitigkeiten und Zerwürfnissen. Zusätzlich üben die Strafverfolgungsbehörden erheblichen Druck auf die Szene aus. Daher lösen sich Gruppierungen immer wieder auf und neue, zum

¹⁴⁹ Als „Outlaw Motorcycle Gang“ (OMCG) werden in erster Linie polizeilich relevante Rockergruppierungen bezeichnet. Vgl. auch: Homepage Bundeskriminalamt: „Unsere Aufgaben, Deliktsbereiche, Rockerkriminalität“, (letzter Zugriff am 24.02.2022).

Teil Splittergruppen, entstehen. Somit unterliegt die Szene einer hohen Fluktuation. Eine kameradschaftliche Organisationshierarchie mit zentraler Führungsebene wird von ihnen dennoch angestrebt.

Personenpotenzial: Mitglieder / Anhänger / Unterstützer

Rechtsextremistische „Freie Kräfte“ haben etwa 15 Mitglieder im Land Brandenburg:

- „Freie Kräfte Neuruppin/Osthavelland“ (FKN/O)

„Bruderschaften“ verfügen über etwa 85 Mitglieder in Brandenburg:

- „AO Strausberg“ (AO SRB)
- „Barnimer Freundschaft“ (BF25)
- „Bruderschaft H8“ (H8)
- „Brigade 8 – Chapter Spreewald“ (B8)
- „Kameradschaft Kommando Werwolf“ (KSKW)
- „Märkische Skinheads 88“ (MS88)
- „Wolfsschar Brandenburg“

„Gewaltorientierter subkultureller Neonationalsozialismus“ in Brandenburg:

- „Deutsche Jugend Voran“ (DJV) – mittlerer zweistelliger Bereich
- „Jung und Stark“ (JS) – unterer zweistelliger Bereich
- „Deutschnationale Front“ (DNF) – unterer zweistelliger Bereich
- „Deutsche Patrioten Voran“ (DPV) - unterer zweistelliger Bereich
- „Berliner Jugend Aktion“ (BJA) – unterer zweistelliger Bereich
- „Letzte Verteidigungs Welle“ (L.V.W.) – unterer zweistelliger Bereich bis Mai 2025
(Seit den durch die Bundesanwaltschaft veranlassten Durchsuchungen und Festnahmen im Mai 2025 wurden keine weiteren Aktivitäten mehr festgestellt.)

Kurzportrait / Ziele

„Freie Kräfte“ bezeichnen sich als Neonationalsozialisten, die sich bewusst außerhalb von rechtsextremistischen Parteien, Vereinen und anderen festen Strukturen wie Kameradschaften verorten. Sie sind in der Regel lokal organisiert und rekrutieren neue Mitglieder über lokale Themen, die sie aktions- und erlebnisorientiert vermarkten. Rechtsbrüche werden billigend in Kauf genommen beziehungsweise bewusst angestrebt.

„Bruderschaften“ werden oft von älteren Szeneangehörigen gebildet, die früher in „Kameradschaften“ oder „Freien Kräften“ organisiert waren. Durch die Bildung rockerähnlicher Clans wollen sie einen vermeintlich elitären Zirkel schaffen. Die Aufnahme als Mitglied auf Probe und der Aufstieg zum Vollmitglied sind häufig mit festen Ritualen verbunden. Auf diese Weise soll eine verschworene Gemeinschaft von „Brüdern“ geschaffen werden, die sich auch rein äußerlich durch das Tragen einer Art Vereinsuniform abgrenzt. Die strengen Hierarchien und klaren Regeln der „Outlaw Motorcycle Gangs“ (OMCG) korrespondieren dabei mit den autoritären Führerfantasien vieler Akteure. Das martialische Auftreten und die brüderliche Verbundenheit fügen sich nahtlos in das Weltbild der Neonationalsozialisten ein. In der Regel meiden Bruderschaften öffentliche Auftritte. Somit werden Kutten und Erkennungsmerkmale meist nur bei internen Veranstaltungen und Konzerten getragen. Im Gegensatz zu „OMCG“ verzichten Bruderschaften daher auf öffentliche Machtdemonstrationen. Dies liegt zum einen an der teils geringen Mitgliederzahl, zum anderen an der Sorge, durch die Uniformierung als „Verein“ identifiziert zu werden, was vereinsrechtliche Verbotsmaßnahmen nach sich ziehen könnte. Daher setzen Bruderschaften kaum öffentliche politische Aktionen um. Vielmehr steht die interne Gemeinschaft im Zentrum. Eine gefestigte Ideologie

oder gezielte Meinungsäußerungen zu Sachthemen sind gegenüber dem gemeinschaftlichen Erleben nachrangig.

Die Akteure des seit Sommer 2024 bundesweit anwachsenden „gewaltorientierten subkulturellen Neonationalsozialismus“ sind meist zwischen 14 und 25 Jahre alt. Einige haben Eltern, die in den 1990er Jahren bereits Rechtsextremisten waren. Es handelt sich um eine Art Lifestyle-Phänomen, das durch „Turboradikalisierung“, hohe Gewalaffinität, Kampfsporterfahrung und extreme Aktionsorientierung geprägt ist. Diese Gewaltbereitschaft äußert sich unter anderem in Sachbeschädigungen, körperlichen Angriffen und Brandstiftungen. Insbesondere im Zeitraum zwischen 2024 und 2025 traten immer mehr Anhänger dieser Strukturen im öffentlichen Raum auf, etwa bei Gegenprotesten zu „CSD“-Veranstaltungen. Ebenso wurden Themenfelder wie „Anti-Antifa“ und Migration durch Kundgebungen erschlossen. Zudem beteiligten sich Mitglieder vereinzelt an „Pedo-Hunting“¹⁵⁰. Die Szene erinnert optisch an die Mitte der 1990er Jahre entstandene Kameradschaftsszene. Ebenso ist vereinzelt der Skinhead-Look (Glatze, Bomberjacke, Springerstiefel) vertreten. Zu den Traditionslinien gehören Verherrlichung der NS-Ideologie, Körperkult sowie völkisch-nationalistische Rollenbilder. Dabei entsteht ein gefährliches Wechselspiel aus digitaler Vernetzung und Straßengewalt. Diese Gruppen sind meist lokal verankert, aber überregional organisiert. Ihre Inhalte vermarkten sie erlebnisorientiert über Social-Media. Rechtsbrüche werden billigend in Kauf genommen beziehungsweise bewusst angestrebt. Es existieren Überschneidungen mit den Jugendorganisationen der rechtsextremistischen Parteien „Die Heimat“ und „DER DRITTE WEG“: „Junge Nationalisten“ und „Nationalrevolutionäre Jugend“.

Finanzierung

„Freie Kräfte“ und Strukturen des „gewaltorientierten subkulturellen Neonationalsozialismus“ finanzieren sich teilweise durch Mitgliedsbeiträge. Bruderschaften decken ihre Kosten hingegen hauptsächlich über monatlich zu entrichtende Mitgliedsbeiträge sowie Erlöse aus Szeneveranstaltungen. Diese können beispielsweise Aktivitäten im Security-Bereich oder selbst organisierte Veranstaltungen sein.

Veröffentlichungen / Reichweite

Während die „Freien Kräfte“ nur noch sporadisch im Internet aktiv sind und Bruderschaften keinerlei öffentliche Aktivitäten anstreben, hat sich die virtuelle Vernetzung im Rechtsextremismus trotz allem massiv verstärkt. Denn die aktionistischen Akteure aus dem Bereich des „gewaltorientierten subkulturellen Neonationalsozialismus“ nutzen das Internet und seine Möglichkeiten wie beispielsweise TikTok und Instagram massiv. Das gilt für Rekrutierung, Ideologieverbreitung, Organisation und Mobilisierung. Sie sind so in der Lage, kurzfristig für realweltliche Aktionen 10, 20 oder sogar 30 Teilnehmer zu mobilisieren.

Grund für die Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

„Freie Kräfte“ sind neonationalsozialistisch orientiert und gewaltbereit. Vermeintlich Fremde und politische Gegner gelten als Feinde, denen das Existenzrecht abgesprochen wird. Damit wird Gewalt gegen Personen legitimiert. Die ideologische Grundlage ist ein rassenbiologisch geprägtes, völkisches Menschenbild und die Vorstellung einer antipluralistischen Gesellschaft sowie eines autoritären Staates. Darüber hinaus glorifizieren sie nationalsozialistische Verbrecher.

Mitglieder rechtsextremistischer „Bruderschaften“ vertreten vorrangig nationalsozialistische Positionen. Die Szene-Musik ist bei ihnen von besonderer Bedeutung. Sie dient der Rekrutierung und dem Ideologietransfer. Besonders bei rechtsextremistischen Musikveranstaltungen werden menschenverachtende Liedtexte gesungen, die bei öffentlichen Veranstaltungen gelegentlich und bei geheim stattfindenden Konzerten nahezu immer mit offenen Bekundungen zum Nationalsozialismus wie „Sieg Heil“- oder „Heil

¹⁵⁰ Hierbei versuchen Szene-Angehörige beispielsweise über Fake-Profile in den Sozialen Medien, welche vermeintlich Minderjährige auf Kontaktseiten darstellen, Interessenten anzulocken. Ziel ist die Herbeiführung eines Treffens, um dann Gewalt gegen die Interessenten auszuüben.

Hitler“-Rufen einhergehen. Die Mitglieder von Bruderschaften nehmen insbesondere an rechtsextremistischen Veranstaltungen mit Erlebnischarakter (beispielsweise Konzerte, Liederabende oder Clubabende) teil.

„Gewaltorientierte subkulturelle Neonationalsozialisten“ teilen die ideologische Ausrichtung, Feindbilder und Gewaltlegitimation der „Freien Kräfte“. Als spezifisches Merkmal kommt bei ihnen jedoch die fundamentale Ablehnung identitärer Selbstbestimmung hinzu.

Entwicklungen im Berichtszeitraum

Freie Kräfte

„Freie Kräfte Neuruppin/Osthavelland“ (FKN/O)

Die 2009 gegründete Struktur ist mit einer konstanten Stärke von rund 15 Mitgliedern weiterhin im Nordwesten Brandenburgs aktiv und seit über 14 Jahren fest in der neonationalsozialistischen Szene der Landkreise Ostprignitz-Ruppin und Havelland verankert. Ihre virtuellen Aktivitäten beschränken sich mittlerweile auf sporadische Internetbeiträge, die jedoch kein nennenswertes Kommentaraufkommen mehr generieren. Eigene öffentliche Aktionen organisiert die Gruppierung nicht mehr; stattdessen beschränkt sich das Aktivitätsprofil auf gelegentliche Teilnahmen an überregionalen rechtsextremistischen Veranstaltungen. So dokumentierte die „FKN/O“ beispielsweise am 13. Februar 2024 via Internet ihre Teilnahme an dem jährlich von Rechtsextremisten organisierten Aufmarsch anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens.¹⁵¹ Die „FKN/O“ sind mit dem weitgehend unstrukturierten Personenpotenzial der regionalen rechtsextremistischen Szene eng verzahnt.¹⁵²

Bruderschaften

„AO Strausberg“ (AO SRB)

Die „AO Strausberg“ umfasst etwa fünfzehn Rechtsextremisten aus der Region Strausberg (MOL). Die Gruppierung wurde von einigen ehemaligen Mitgliedern gegründet, die bereits der 2005 verbotenen „ANSDAPO“ („Alternative Nationale Strausberger Dart-, Piercing- und Tattoo-Offensive“) angehörten. Das Clubhaus befindet sich in Strausberg. Unter anderem führt die Gruppe hier Szeneveranstaltungen wie Feiern und Liederabende durch. Gute Kontakte unterhält die „AO Strausberg“ zu rechtsextremistischen Gruppierungen wie der „Barnimer Freundschaft“, der „Bruderschaft H8“ und den „Vandalen“ (Berlin). Die Aktivitäten beschränken sich in der Regel auf den regionalen Raum sowie auf Szene- und Privatveranstaltungen. Im Jahr 2025 sind keine öffentlich wahrnehmbaren Aktivitäten bekannt geworden.

„Barnimer Freundschaft“ (BF25)

Die „Barnimer Freundschaft“ (BF25) ist ein Personenzusammenschluss von etwa zehn Rechtsextremisten aus der Region Barnau (BAR). Das Clubhaus befindet sich in Wandlitz (OT Klosterfelde, BAR). Die Gruppierung pflegt gute Kontakte zu den rechtsextremistischen Gruppierungen „Northsidecrew“, „AO Strausberg“, „Bruderschaft H8“, „Turonen“/„Garde 20“ (Thüringen), „Vandalen“ (Berlin) sowie zu den regionalen Strukturen der Partei „Die Heimat“ (ehemals NPD) im Raum Barnim und Berlin. Die „BF25“ besteht seit etwa 2006. Die Finanzierung wird vermutlich durch Mitgliedsbeiträge und Erlöse aus Szeneveranstaltungen (zum Beispiel für Aktivitäten im Security-Bereich) sichergestellt. An

¹⁵¹ Vgl. Facebookseite Freie Kräfte Neuruppin, (letzter Zugriff am 02.12.2024).

¹⁵² Für weiterführende Informationen zum „weitgehend unstrukturierten Personenpotenzial“ siehe Kapitel 3.11.

rechtsextremistisch geprägten Veranstaltungen nehmen Mitglieder als Gruppe erkennbar teil. Sie setzen sich durch ihre Lederkuppen mit aufgenähten Logos, die uniformähnlich sind, in Szene. Einzelne Mitglieder der „BF25“ zeigen zudem Interesse an Kampfsport. Öffentlich wahrnehmbare Aktivitäten wurden 2025 nicht festgestellt.

„Bruderschaft H8“ (H8)

Die „Bruderschaft H8“ ist eine Gruppierung von etwa zehn Rechtsextremisten aus der Region Strausberg (MOL), die nach dem Verbot der „ANSDAPO“ (2005) von einigen ehemaligen Mitgliedern gegründet wurde. Zu rechtsextremistischen Gruppierungen wie der „Barnimer Freundschaft“, den „Vandalen“ (Berlin), der „AO Straußberg“ und den „Turonen“/ „Garde 20“ (Thüringen) bestehen gute Kontakte. Die „H8“ finanziert sich vermutlich aus Mitgliedsbeiträgen. Sie verfügt über kein bekanntes Clubhaus. Die Aktivitäten beschränken sich in der Regel auf den regionalen Raum und auf Szeneveranstaltungen. Politische Aktivitäten oder öffentliche Auftritte der Mitglieder waren 2025 nicht feststellbar.

„Brigade 8 – Chapter Spreewald“ (B8)

Die ursprünglich in Schleswig-Holstein gegründete „Brigade 8“ verfügt bundesweit über regionale „Chapter“. Seit 2017 existiert das „Chapter Spreewald“ in Brandenburg. Es besteht aus mehr als 15 Mitgliedern, welche hauptsächlich aus der Region Cottbus und Frankfurt (Oder) stammen. Aufgrund polizeilicher Maßnahmen im Jahr 2021 gingen die öffentlichen Aktivitäten in den vergangenen Jahren deutlich zurück. 2025 fanden interne Veranstaltungen der „B8“ statt. Öffentliche Auftritte der Mitglieder waren 2025 nicht feststellbar.

„Kameradschaft Kommando Werwolf“ (KSKW)

Die „Kameradschaft Kommando Werwolf“ (KSKW) existiert etwa seit dem Jahr 2010. Sie rekrutiert sich schwerpunktmäßig aus dem rechtsextremistischen Milieu in Frankfurt (Oder) und Beeskow (LOS) und umfasst rund zehn Personen. Ihre Aktivitäten gehen über den regionalen Raum und Szeneveranstaltungen hinaus. Sie sind gut vernetzt mit Mitgliedern der „KSKW“ aus Sachsen-Anhalt. Ebenso bestehen enge Kontakte und Kennverhältnisse zur „Barnimer Freundschaft“, „Brigade 8“, „Bruderschaft H8“ sowie „AO Strausberg“. Ein wesentlicher Fokus der Gruppe liegt auf der Organisation rechtsextremistischer Musikveranstaltungen. Daher unterhält die „KSKW“ auch Beziehungen zu rechtsextremistischen Bands wie „Feuer Frei“, „Frontfeuer“ und „Projekt 8.8“. Die „KSKW“ gehört trotz des Namens „Kameradschaft“ zu den rechtsextremistischen Bruderschaften. Über ein eigenes Szeneobjekt verfügt die Gruppierung seit 2020 nicht mehr. Politische Aktivitäten oder öffentliche Auftritte waren 2025 nicht feststellbar.

„Märkische Skinheads 88“ (MS88)

Die „Märkischen Skinheads 88“ (MS88) sind seit 2011 bekannt. Sie stammen aus der Region Oberhavel. Die etwa zehn Mitglieder umfassende Gruppierung ist an der Organisation und Durchführung von szenetypischen Musikveranstaltungen beteiligt. Am 1. November 2025 haben die „MS 88“ das größte rechtsextremistische Konzert der letzten rund zehn Jahre in Brandenburg organisiert. Etwa 700 bis 800 Personen nahmen daran in Lübbenau teil. Die „MS88“ unterhalten und pflegen unter anderem Kontakte zu rechtsextremistischen Organisationen, Bands und Szene-Vertrieben. Hierzu zählen beispielsweise die „Barnimer Freundschaft“, „Confident of Victory“, „Hausmannskost und „Rebel Records“. Die „MS88“ finanzieren sich vermutlich durch die Organisation rechtsextremistischer Veranstaltungen und Konzerte wie dem Event in Lübbenau.

„Wolfsschar Brandenburg“

Die Bruderschaft „Wolfsschar“ wurde nach eigenen Angaben im Juni 2021 gegründet. Erstmals gab sie sich durch das Tragen ihrer Gemeinschaftsshirts öffentlich während eines Aufmarsches am 12. Juni 2021 in Dessau-Roßlau zu erkennen. Sie ist in die Chapter „Magdeburg“, „Berlin“ und „Brandenburg“ unterteilt. Dem Chapter „Brandenburg“ mit Sitz in Frankfurt (Oder) gehören etwa zehn Personen an. Verbunden ist die „Wolfsschar Brandenburg“ mit der „Brigade 8“. Im Gegensatz zu anderen Bruderschaften versucht sie seit ihrer Gründung, rechtsextremistisches und rassistisches Gedankengut in Form von öffentlichen Aufmärschen einzubringen. Im Jahr 2025 waren solche Aktivitäten jedoch nicht feststellbar. Die Ideologie ist maßgeblich von der rechtsextremistischen Partei „Die Heimat“ (ehemals NPD) geprägt. Nach wie vor existieren enge personelle Überschneidungen zwischen aktiven und ehemaligen Akteuren der Partei und der „Wolfsschar“. Ihre Selbstinszenierung als parteiunabhängige Gemeinschaft schafft ihr zusätzliche Anschlussfähigkeit an weitere rechtsextremistische Strukturen. Es ist davon auszugehen, dass das Modell „Wolfsschar“ auch zukünftig fortbesteht und in Regionen Aktivitäten entfaltet, in denen in der Vergangenheit starke NPD-Strukturen vorgeherrscht haben.

Gewaltorientierte subkulturelle Neonationalsozialisten

„Deutsche Jugend Voran“ (DJV)



Die „DJV Berlin Brandenburg“ weist aktuell das höchste Personenpotenzial unter den entsprechenden Gruppierungen auf. Ihr sind etwa 30 bis 40 hauptsächlich Jugendliche und junge Erwachsene zuzurechnen, die sich in den „DJV“-Chatgruppen aktiv beteiligen. Hierfür spricht insbesondere, dass sich die Gruppierung mit einem eigenen Namen sowie eigenem Logo in sozialen Medien wie Instagram und TikTok darstellt und eine Aufnahme-prozedur für neue Mitglieder vorsieht. „DJV“-Mitglieder nahmen bereits mehrfach gemeinsam an rechtsextremistischen Störaktionen gegen „CSD“-Veranstaltungen, an Demonstrationen sowie an Konfrontationen mit Angehörigen der linksextremistischen Szene teil. Dabei kam es zu diversen Gewaltdelikten. Ein markantes Merkmal der „DJV“ ist ihre wirkungsstarke Mitgliederwerbung. Sie spricht Personen innerhalb wie auch außerhalb der rechtsextremistischen Szene an, um sie im virtuellen Raum zu vernetzen, zu radikalisieren und schließlich für realweltliche Aktionen zu mobilisieren. Als zentraler Führungsakteur gilt Julian Milz aus Berlin, der am 1. September 2025 eine Haftstrafe antreten musste.

„Jung und Stark“ (JS)



Die „JS Berlin Brandenburg“ ist ein Personenzusammenschluss von etwa zehn Personen, die sich ebenfalls an den Chatgruppen der Gruppierung aktiv beteiligen. Hierfür spricht insbesondere, dass sich die Gruppierung mit einem eigenen Namen und mit eigenem Logo in sozialen Medien darstellt und dort mit dem Slogan: *„Werde aktiv für dein Land! Du hast Lust auf Gruppenaktivitäten, willst dich vernetzen und ein Teil der Bewegung sein? Dann melde dich und schreib uns eine Nachricht! @js-berlin.brandenburg“* neue junge Mitglieder werben will. Realwelttreffen der Gruppierung sind kaum feststellbar.

„Deutschnationale Front“ (DNF)



Der „DNF“ sind schätzungsweise zehn Personen zuzuordnen, welche ebenfalls über die sozialen Medien wie Instagram für Aktionen, Demonstrationen und „offene Treffen“ im Raum Berlin/Brandenburg wirbt.

„Deutsche Patrioten Voran“ (DPV)



Die „DPV“ verzeichnet ein Personenpotenzial von etwa zehn Personen, die sich ebenfalls in den sozialen Medien aktiv beteiligen. Die Gruppierung ist mit eigenem Namen und Logo unter anderem auf Instagram aktiv. Dort will sie junge Mitglieder gewinnen, die bereit sind, sich „für Deutschland einzusetzen“.

„Berliner Jugend Aktion“



Die „Berliner Jugend Aktion“ umfasst weniger als zehn Personen. Ihre Mitglieder wurden bereits mehrfach bei rechtsextremistischen Störaktionen gegen „CSD“-Veranstaltungen festgestellt, an denen auch „JS“ und „DJV“ beteiligt waren. Hinzu kommen weitere realweltliche Aktivitäten.

„Letzte Verteidigungs Welle“ (L.V.W.)



Die „L.V.W.“ hat ihren Ursprung in Mecklenburg-Vorpommern und agiert überregional mit Schwerpunkt Ostdeutschland. Die meist männlichen Mitglieder sind überwiegend zwischen 14 und 20 Jahre alt und gelten als extrem gewaltbereit. Die Agitation der „L.V.W.“ richtet sich verstärkt gegen Menschen mit Migrationshintergrund. Zielrichtung der Gruppierung sind die aktive Bekämpfung ihrer Feindbilder und die gewaltsame Herbeiführung eines politischen Umsturzes samt „Remigration“. Zur Durchsetzung der Ziele wurden bereits verschiedene Gewalttaten durch die Mitglieder verübt. Die „L.V.W.“ hebt sich durch ihre extreme Gewaltbereitschaft und die Verübung schwerer Straftaten

von den anderen Jugendgruppierungen ab. Dazu zählen mehrere schwere Brandanstiftungen, bei denen auch der Tod von Menschen billigend in Kauf genommen wurde. Weitere Anschläge gegen Asyl-Unterkünfte waren in Planung, als mehrere „L.V.W.“-Führungspersonen im Mai 2025 inhaftiert wurden. Ihnen wird im Rahmen eines Verfahrens durch den Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof vorgeworfen, Mitglieder beziehungsweise Unterstützer einer terroristischen Vereinigung zu sein.

Gruppen wie „DJV“, „JS“ und „DPV“ zeigen, wie fließend die Grenzen zwischen Online-Community und realem Aktivismus verlaufen. Da die Szene sehr stark im virtuellen Raum aktiv ist und teils als nur lose strukturierte Personenzusammenschlüsse im physischen Umfeld auftreten, sind die Gruppen als hybride Mischszene einzuordnen, in der hohe digitale Vernetzungen und reale Aktivitäten ineinandergreifen.

Diese flexible Organisationsform erschwert eine klare eindeutige Eingrenzung einzelner Akteure, begünstigt jedoch Attraktivität, Reichweite sowie Anschlussfähigkeit und eine schnelle Mobilisierung insbesondere für Jugendliche. Damit geht von ihnen ein dynamisches und schwer berechenbares Gefährdungspotenzial für unsere Demokratie aus.

Bewertung / Ausblick

Der Verfassungsschutz Brandenburg verzeichnete im Jahr 2025 einen spürbaren Anstieg des rechtsextremistischen Personenpotenzials. Ein gewichtiger Anteil dieser Szene ist der sehr junge sowie aktionsbezogene „gewaltorientierte subkulturelle Neonationalsozialismus“. Hier gelang es zahlreichen Gruppierungen, ihre Strukturen sowie Online-Präsenzen auf Plattformen wie Instagram und TikTok auszubauen und zu festigen. Sie haben sich als primäre Anlaufpunkte für eine neue, ideologisch weniger gefestigte Zielgruppe etabliert. Die breite organisatorische Aufstellung begünstigt durch die hohe virtuelle Reichweite den weiteren Mitgliederzulauf und bietet zudem Anknüpfungspunkte für die Vernetzung mit anderen rechtsextremistischen Akteuren. Ein dauerhaftes Fortbestehen dieser Subkultur ist daher sehr wahrscheinlich. Aus dem alarmierend geringen Alter der Mitglieder und der digitalen Reichweite ergibt sich zudem ein spezifischer Gefährdungsaspekt im Sinne einer frühen und oft sehr schnellen Radikalisierung Minderjähriger sowie junger Erwachsener.

Mithin demonstriert die Szene durch Anti-„CSD“-Proteste, die Teilnahme an Demonstrationen und gezielte Vernetzungstreffen eine personelle Kontinuität sowie eine spürbare Diversität in ihren Aktionsformen. Grundsätzlich bleibt festzuhalten, dass die Mobilisierungsfähigkeit der verschiedenen Gruppierungen in den meisten Fällen kaum über den harten Kern der Mitglieder hinausreicht. Gleichwohl weisen die Akteure ein unverändert hohes Potenzial für Gewalttaten gegenüber den definierten Feindbildern auf. Es gilt daher weiterhin intensiv zu beobachten, ob und in welchem Maße die Gruppierungen des „gewaltorientierten subkulturellen Neonationalsozialismus“ ihre extremistischen Aktivitäten verstärken oder in andere Strukturen verlagern.

„Freie Kräfte“ und „Kameradschaften“ sind in Brandenburg ein Szene-Auslaufmodell im Rechtsextremismus. Seit Jahren gab es diesem Bereich keinen Neuzugang mehr. Vielmehr sind die strategisch und organisatorisch anders ausgerichteten Bruderschaften jetzt dafür da, ältere Neonationalsozialisten einzubinden. Um die jungen Menschen bemühen sich derweil die Gruppierungen des „gewaltorientierten subkulturellen Neonationalsozialismus“ sowie die Jugendorganisationen der Parteien „Die Heimat“ und „DER DRITTE WEG“. Bei den verbliebenen „Freien Kräften Neuruppin/Osthavelland“ steht womöglich die Umwandlung zu einer Bruderschaft im Raum.

„Bruderschaften“ werden weiterhin ihren festen Platz in der rechtsextremistischen Szene des Landes Brandenburg einnehmen, da sich diese Organisationsstruktur etabliert und für die Szene bewährt hat. Scheinbar haben klassische Rocker-Clubs wie „Hells Angels“ oder „Gremium MC“ kein Problem mit dem Auftreten der Neonationalsozialisten in Kutten. Zukünftig werden Bruderschaften in der rechtsextremistischen Szene weiter und verstärkt auftreten, insbesondere bei der Organisation von rechtsextremistischen Rockkonzerten sowie als Personal in Security-Firmen bei Veranstaltungen. Insbesondere in Regionen, in denen in der Vergangenheit bereits größere rechtsextremistische Strukturen existiert haben, werden die Bruderschaften fortbestehen oder gegebenenfalls Zuwachs erhalten.

3.6 Parteiunabhängige Strukturen: Kampfsportgruppen

Sitz / Verbreitung

Rechtsextremistische Kampfsportgruppen sind in Brandenburg überwiegend im Süden vertreten.

Gründung / Bestehen

Rechtsextremistische Kampfsportgruppierungen sind in Brandenburg seit 2008 bekannt.

Struktur / Repräsentanten

Anhänger rechtsextremistischer Kampfsportgruppierungen sind häufig der Fußballhooliganszene und dem Kampfsport-, Security- und Türstehermilieu zuzuordnen. Zudem gibt es Überschneidungen mit Rockergruppen.

Personenpotenzial: Mitglieder / Anhänger / Unterstützer

Etwa 120 Mitglieder beziehungsweise Anhänger werden der Szene in Brandenburg zugerechnet.

Folgende Gruppierungen entfalten regelmäßige Aktivitäten:

- „Black Legion“
- „Northsidecrew“

Kurzportrait / Ziele

Im rechtsextremistischen Weltbild hat die Vorbereitung auf einen „Endkampf“ und den „Tag X“ eine besondere Bedeutung. Die Ausübung von Kampfsport entspricht der Überzeugung, sich für den angestrebten Zusammenbruch der staatlichen Ordnung zu wappnen und ist somit Ausdruck einer aggressiv-kämpferischen Haltung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Rechtsextremisten beschwören dabei vermeintliche soldatische Tugenden wie „Härte“, „Unerbittlichkeit“, „Selbstüberwindung“ und „Wehrhaftigkeit“. Sie erheben sich über alle Menschen, die sie als minderwertige Volksfeinde ausmachen und denen sie Angst einflößen wollen. Die vermeintlich rassistische Überlegenheit spiegelt sich im nationalsozialistischen Zerrbild des Übermenschen wider. Ein vermeintlicher „Volksgesundungsgedanke“ spielt in der Ideenwelt der Rechtsextremisten eine besondere Rolle. Dies äußert sich unter anderem in einer zunehmenden Orientierung an gesunder Ernährung, Bioprodukten bis hin zu einer „Straight Edge“-Lebensweise¹⁵³; was wiederum Anschluss an bestimmte gesellschaftliche Lebensstile und Gruppen sowie Jugendkulturen ermöglichen kann.

Kampfsport verbindet innerhalb der rechtsextremistischen Szene Personen des neonationalsozialistischen Spektrums, Mitglieder rechtsextremistischer Parteien, subkulturell geprägte Rechtsextremisten, rechtsextremistische Vorfeldorganisationen aber auch Hooligans und Rocker, die rechtsextremistische Einstellungsmuster teilen.¹⁵⁴ Nicht selten dient der Kampfsport als Rekrutierungsmöglichkeit für junge Akteure, die über Selbstverteidigung an die Szene herangeführt werden. Insbesondere Jugendorganisationen der klassischen rechtsextremistischen Parteien haben diese Anschlussfähigkeit erkannt und 2025

¹⁵³ „Straight Edge“ ist ein Lebensstil ohne Alkohol, Zigaretten und sonstige Drogen bis hin zu einer veganen/vegetarischen Ernährung.

¹⁵⁴ Vgl. <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/hintergruende/DE/rechtsextremismus/rechtsextremistische-erlebniswelt-musik-und-kampfsport.html>, (letzter Zugriff am 16.04.2025).

deutlich ausgeweitet. Mit dem Slogan „Werde wehrhaft“ versuchen sie vor allem junge Menschen in den sozialen Netzwerken anzusprechen.

Finanzierung

Rechtsextremistische Kampfsportgruppierungen finanzieren sich durch Mitgliedsbeiträge, Sponsoring und die Organisation von Szeneveranstaltungen. Zusätzliche Einnahmen werden mit Security-Einsätzen und Tätigkeiten im Türsteher-Milieu erworben.

Veröffentlichungen / Reichweite

Akteure der rechtsextremistischen Kampfsportszene bewerben ihre Veranstaltungen nicht öffentlich. Sie bevorzugen es, in geheimen oder geschlossenen Kreisen zu agieren. Veranstaltungen werden über verschlüsselte Kanäle, private Gruppen oder geheime Netzwerke beworben, um ihre Aktivitäten vor der breiten Öffentlichkeit, politischen Gegnern und insbesondere vor den Sicherheitsbehörden zu verbergen. So sollen staatliche Repressionen vermieden werden.

Grund für die Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Neben körperlicher Fitness verbinden Rechtsextremisten den Kampfsport ideologisch mit neonationalsozialistischen, rassistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Positionen. Hinzu kommt ein hohes Gewaltpotenzial. Um das rechtsextremistische Verständnis von „Männlichkeit“ in diesem Kontext zu vermitteln, werden Selbstüberwindung, Härte, Disziplin und Kampfbereitschaft als identitätsstiftende Tugenden des „politischen Soldaten“ propagiert. Der „Kampf“ wird als ständige Lebensart einer „deutschen Rasse“ betrachtet, über den die Zukunftsfähigkeit des deutschen Volkes gesichert werden soll.

Entwicklungen im Berichtszeitraum

Im Jahr 2024 versammelten sich etwa 300 Rechtsextremisten im französischen Département Meuse zur rechtsextremistischen Kampfsportveranstaltung „Day of Glory“. In einer umgebauten Scheune, die von einem französischen Ableger der rechtsextremistischen „Hammerskin Nation“ zur Verfügung gestellt wurde, trafen sich Rechtsextremisten unter anderem aus Frankreich, Bulgarien, Schweden, der Schweiz und Deutschland. Darunter waren bekannte Akteure der rechtsextremistischen Kampfsportszene auch aus Südbrandenburg.¹⁵⁵ Solche Veranstaltungen sind in Deutschland und im europäischen Ausland eher die Ausnahme geworden. 2025 wurde die Kampfsportveranstaltung „Day of Glory“ nicht ausgetragen. Andere rechtsextremistische Großveranstaltungen aus dem Kampfsportmilieu, wie der „Kampf der Nibelungen“ oder der „Tiwaz“, fanden 2025 ebenfalls nicht statt. Gezielte behördliche Maßnahmen und das damit verbundene wirtschaftliche Risiko für die Veranstalter wirken als ausreichende Hemmnisse gegen die Umsetzung solcher Veranstaltungen.

„Black Legion“ / „Kampfgemeinschaft Cottbus“

Die „Kampfgemeinschaft Cottbus“ ist eine lose Gruppierung von Rechtsextremisten aus dem gewaltbereiten Hooligan-, Kampfsport-, Security- und Türstehermilieu. Die Mitglieder stammen überwiegend aus Cottbus und dem Landkreis Spree-Neiße. Die Gruppierung besteht aus mehr als 100 Personen. Nach der Auflösung von „Inferno Cottbus“ Mitte 2017 suchten deren führende Akteure neue Betätigungsfelder und vertieften ihre schon bestehende Allianz mit den teilweise aus dem Türsteher- und Securitymilieu stammenden Protagonisten des rechtsextremistischen Labels „Black Legion“. Bilder und Texte der

¹⁵⁵ Vgl. Homepage exif-recherche (letzter Zugriff am 16.04.2025).

„Kampfgemeinschaft Cottbus“ werden über dieses Bekleidungslabel veröffentlicht. Die Gruppierung konzentriert sich im Hintergrund auf die Ausdehnung der Szene sowie auf die Verfestigung wirtschaftlicher Aktivitäten in der Region. Szenemitglieder betreiben beispielsweise gastronomische Betriebe und sind außerdem im Sicherheitsgewerbe aktiv.

„Northsidecrew“ (NSC)

Die „Northsidecrew“ (NSC) ist ein rechtsextremistischer Kampfsportverein mit knapp 20 Mitgliedern. Neben der bekannten ehemaligen Diskothek „Players“ in Lübben (LDS) betreibt die „NSC“ in Gröden (EE) ebenfalls eigene Trainings- und Clubräume und verfügt somit über zwei Stützpunkte.



Die „NSC“ ist in der regionalen rechtsextremistischen Szene Südbrandenburgs besonders mit der rechtsextremistischen Fußballhooligan-Szene vernetzt. Zudem hält sie Kontakte zu den Bruderschaften „Barnimer Freundschaft“ und „Märkische Skinheads 88“. Weiterhin verfügt sie über gute Kontakte in die europäische rechtsextremistische Kampfsportszene. Der Verein führt in unterschiedlichen Abständen Szene-Veranstaltungen mit mehreren Dutzend Teilnehmern in seinen Trainingsräumen durch. Durch die Gründung des „NSC“-Ablegers in Gröden (EE) und der damit einhergehenden Etablierung einer weiteren Szene-Immobilie rücken die rechtsextremistischen Szenen Südbrandenburgs und Nordsachsens noch enger zusammen. Mitglieder der „NSC“ nehmen mitunter am „Tag der Ehre“ in Budapest teil. Die jährlich stattfindende Veranstaltung wird maßgeblich von Angehörigen des ungarischen „Blood & Honour“-Netzwerkes organisiert. Beim Aufmarsch wird ungarischen und deutschen Soldaten gedacht, die bei der Befreiung von Budapest 1945 gefallen sind. Insbesondere der positive Bezug auf die Waffen-SS und deren Glorifizierung nimmt eine bedeutende Rolle ein. Bei der „European Fight Night“ in Budapest sind regelmäßig Mitglieder der „NSC“ als Kämpfer aktiv.

Bewertung / Ausblick

Führende Protagonisten der rechtsextremistischen Kampfsportszene fordern Wehrhaftigkeit, die Notwendigkeit des "Schutzes von Familie und Heimat" und die Vorbereitung auf einen nicht näher konkretisierten "Tag X". So konnten vermehrt rechtsextremistische Hooligans, Rocker und junge sportaffine Rechtsextremisten für Kampfsporttrainings und rechtsextremistische Kampfsportveranstaltungen gewonnen werden. Zudem wird der Kampfsport für rechtsextremistische Parteien immer wichtiger, auch als Mittel der Rekrutierung. Die rechtsextremistische Szene macht sich neben dem Wunsch nach persönlicher Wehrhaftigkeit auch den allgemeinen Trend der körperlichen Ertüchtigung zu eigen und kann somit tiefer in die Mitte der Gesellschaft eindringen und neues Personenpotenzial heben. Eine zunehmende Popularität des „NS-Straight-Edge-Lifestyles“ lässt sich beobachten. Befürworter des rechtsextremistischen "Straight Edge" verzichten bewusst auf Drogen und Alkohol jedweder Art, ernähren sich zeitweise vegan und legen einen großen Fokus auf körperliches Training. Hier verbinden sich der ideologische Gedanke der Wehrhaftigkeit und eine rechtsextremistische Erlebniswelt.¹⁵⁶ Somit ist und bleibt Kampfsport ein verbindendes Element der rechtsextremistischen Szene.

3.7 Weitgehend unstrukturiertes Personenpotenzial

¹⁵⁶ Vgl. <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/hintergruende/DE/rechtsextremismus/rechtsextremistische-erlebniswelt-musik-und-kampfsport.html>, (letzter Zugriff am 16.04.2025).

Sitz / Verbreitung

Das weitgehend unstrukturierte Personenpotenzial ist im gesamten Land Brandenburg verbreitet.

Personenpotenzial: Mitglieder / Anhänger / Unterstützer

Zum Personenpotenzial werden insgesamt 1920 Personen (2024:1.900) in Brandenburg gezählt.

Kurzportrait / Ziele

Das weitgehend unstrukturierte rechtsextremistische Personenpotenzial ist in der Zusammensetzung heterogen und bildet keine geschlossene Szene. Hierunter fallen alle organisationsungebundenen Rechtsextremisten, wie zum Beispiel subkulturell geprägte Rechtsextremisten, Gewalttäter, Internetaktivisten, rechtsextremistische Skinheads, regelmäßige Besucher von rechtsextremistischen Demonstrationen oder Konzerten sowie Personen in informellen Kleinstgruppen, die bislang keine Außenwirkung entfalten konnten. Hinzu kommen Personen, die nicht mehr für eine rechtsextremistische Gruppierung aktiv sind, die sich zugleich aber nicht von ihrer Gesinnung gelöst haben.

Grund für die Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Personen, die dem weitgehend unstrukturierten Personenpotenzial zugeordnet werden, sind zumeist wiederholt durch rechtsextremistische (Gewalt-)Straftaten oder durch die Teilnahme an rechtsextremistischen Veranstaltungen, wie Szenekonzerten und Demonstrationen, in Erscheinung getreten. Personen, die im Internet durch fremdenfeindliche, menschenverachtende und rassistische Äußerungen auffallen oder sich offen zum Nationalsozialismus bekennen, werden ebenfalls erfasst. Aus Sicht der Sicherheitsbehörden geht vom weitgehend unstrukturierten Personenpotenzial eine besondere Bedrohung aus, da Personen aus diesem Spektrum überproportional häufig (Gewalt-)Straftaten begehen. Die fehlende Anbindung an feste Strukturen erschwert die Beobachtung. Eine hohe anlassbezogene Handlungsdynamik ist kennzeichnend. Das weitgehend unstrukturierte Personenpotenzial ist ein Nährboden für allein handelnde Täter („lone-actor terrorist“).

Entwicklungen im Berichtszeitraum

Der Anstieg politisch motivierter (Gewalt-)Straftaten, rechtsextremistisch beeinflusster Demonstrationen und gezielter rechtsextremistischer Propaganda in sozialen Netzwerken erhöhen kontinuierlich das Personenpotenzial im weitgehend unstrukturierten Rechtsextremismus, so auch in diesem Jahr. Die Auflösung kleiner rechtsextremistischer Strukturen sorgte in den vergangenen Jahren zudem für einen kontinuierlichen Zuwachs.

Soziale Netzwerke (wie Instagram, TikTok und Co.) sind heute das zentrale Rekrutierungsfeld von (Rechts-)Extremisten. Einerseits können sie einen Großteil realweltlicher Agitation ersetzen. Andererseits können Gruppierungen in sozialen Medien zunehmend reale Strukturen ablösen. Ideologische Bezugspunkte bleiben bestehen und Akteure, die sich als Netzwerker verstehen, helfen anlassbezogen bei der Mobilisierung der Szene und deren Überführung in die Realwelt. So dienen rechtsextremistische Verschwörungsfantasien und Bedrohungsszenarien von Krisen als bekannte Narrative, um vor allem junge Menschen zu gewinnen. Thematisch stehen Veranstaltungen gegen den „Christopher Street Day“ (CSD), bei denen Rechtsextremisten gegen die LGBTQ-Community protestieren sowie Kundgebungen gegen den politischen Gegner – insbesondere Mitglieder der „Antifa“ und sonstige Personen und Organisationen aus der linken Szene – sowie Migrationszuzug im Vordergrund.

So marschierten am 5. Juli 2025 rund 60 junge Rechtsextremisten der Gruppierungen „Chemnitz Revolte“, „Jung und Stark“ und „Deutsche Jugend Voran“ durch Falkensee. Sie liefen in zwei getrennten Gruppen – und demonstrierten nicht nur gegen Toleranz und Vielfalt, sondern auch gegeneinander. Die Gruppen „Jung & Stark“ und „Chemnitz Revolte“ aus Sachsen hatten mobilisiert, ebenfalls die „Deutsche

Jugend Voran“, deren teils minderjährige Anhänger in einheitlichen T-Shirts mit großem Adleremblem und den Slogans „Aktivistisch – Heimmattreu – Kampfbereit“ angereist waren und während ihres Marsches Parolen gegen den CSD skandierten.

Der letzte CSD in diesem Jahr fand am 25. Oktober 2025 in Cottbus auch nicht ohne Neonazi-Gegendemo statt. Dem Aufruf der „Die Heimat“ und „JN“ folgten etwa 100 Personen zu der queerfeindlichen Demonstration, von denen ein Großteil aus anderen Orten in Brandenburg, Sachsen oder Berlin anreiste, darunter auch viele junge Heranwachsende. Die Demonstration war sinnbildlich für die aktuelle Spaltung der rechtsextremen Jugend - die Demonstration lief in drei separaten Grüppchen aus „Jungen Nationalisten“, „Deutsche Jugend Voran“ sowie der neu gegründeten „Jägertruppe Berlin-Brandenburg“ und einem zusammengewürfelten Haufen selbsternannter "politischer Gruppen" als Schlusslicht. Grund für die ständige Gründung neuer Gruppen sind nicht etwa individuelle Inhalte oder Ziele, sondern meist Streitigkeiten zwischen Mitgliedern bestehender Gruppen, gepaart mit dem Geltungsbedürfnis der neuen Anführer. Leitsprüche werden einfach von bestehenden Gruppen übernommen, ebenso wie die Beschreibungen, mit denen sie auf Social-Media nach Neumitgliedern suchen.

Bei dem Aufmarsch am 29.11.2025 in Berlin-Mitte liefen Brandenburger Rechtsextremisten der „Deutschen Jugend Voran“, deren Umfeld mit zahlreichen Gewalttaten in Verbindung steht, zusammen mit „Die Heimat“, welche sich gegen „Betrüger & Kriminelle, Ausländer raus!“ und „Überfremdung“ richtete. Solche Veranstaltungen boten zugleich Anknüpfungspunkte zum parteigebundenen Rechtsextremismus.

Bewertung / Ausblick

Das Internet bietet Rechtsextremisten, die dem weitgehend unstrukturierten Personenpotenzial zugeordnet werden, eine offene und kaum zu kontrollierende Bühne für menschenverachtende, antisemitische und rassistische Hass-Kommentare. Diese Formen der Onlineradikalisierung bergen die große Gefahr, rechtsextremistische Gewaltfantasien real werden zu lassen. Es ist zu erwarten, dass das weitgehend unstrukturierte Personenpotenzial in den kommenden Jahren kontinuierlich steigen wird. Angesichts aktueller Entwicklungen wie Migrationsbewegungen, der anhaltenden militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine, dem Gaza-Konflikt und einer zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung ergibt sich die Wahrscheinlichkeit, dass dieses Potenzial vielfältige Themen zur Radikalisierung findet. Ein weiterer Trend ist die Begeisterungsfähigkeit der Akteure für Aktionismus. Dadurch kommen verschiedene lose vernetzte rechtsextremistische Akteure in Kontakt und vernetzen sich stärker. Ungeachtet dessen werden Teile des unstrukturierten Personenpotenzials in Brandenburg, wie in der Vergangenheit, durch rechtsextremistische Musikveranstaltungen, Kampfsportveranstaltungen und Großevents lose in der Szene gehalten.

3.8 Hassmusik

Sitz / Verbreitung

Rechtsextremistische Hassmusiker sind vor allem im Süden und im Osten des Landes Brandenburg vertreten.

Gründung / Bestehen

Eine entsprechende Musikszene besteht seit den 1990er-Jahren.

Personenpotenzial: Mitglieder / Anhänger / Unterstützer

- 28 Bands (2025: 27)
- 11 Liedermacher (2025: 14)

Kurzportrait / Ziele

Rechtsextremistische Musik ist das verbindende und identitätsstiftende Element der Szene und dient als Vehikel zum Transport des Gedankenguts. Sie ist somit Teil einer rechtsextremistischen Erlebniswelt und prägt die ideologische Orientierung ihrer meist jungen Hörer. Häufig ist diese Musik der erste Berührungspunkt Jugendlicher mit dem Rechtsextremismus. Die verschiedenen Ideologie-Versatzstücke werden in griffige Parolen und Slogans verpackt. Die Bandbreite der Liedtexte ist entsprechend groß. Sie reicht von antisemitischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Inhalten über germanische Mythologie bis hin zu antidemokratischer und systemfeindlicher Agitation sowie der Verherrlichung des NS-Regimes. Von Liedermachern und Rap-Versuchen abgesehen, wird überwiegend Skinheadmusik und Rechtsrock gespielt. Insbesondere die zumeist konspirativ vorbereiteten und durchgeführten Konzerte haben eine immense Bedeutung für den inneren Zusammenhalt der Szene. Der Musik fällt damit eine gemeinschaftsstiftende Funktion zu. Sie hat sich als probates Lockmittel erwiesen, um neue Anhänger an das rechtsextremistische Weltbild heranzuführen. Zudem sind rechtsextremistische Musikveranstaltungen und der Handel mit Tonträgern sowie Devotionalien eine gute Möglichkeit, Geldquellen für den politischen Kampf zu erschließen.

Grund für die Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Musik von Rechtsextremisten dient der Verherrlichung von Gewalt sowie des Nationalsozialismus. Bands sowie Liedermacher verbreiten – teils offen, teils verdeckt – rechtsextremistische, antisemitische sowie fremdenfeindliche Propaganda. Die Musiker hetzen zudem gegen politische Gegner und stacheln zu Gewalt an. Auf Konzerten kommt es immer wieder zu strafbaren Handlungen. Oft werden verbotene nationalsozialistische Parolen gerufen oder der verbotene Hitler-Gruß gezeigt. Rechtsextremistische Musik ist somit gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet.

Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die Anzahl rechtsextremistischer Bands und Liedermacher blieb nahezu unverändert. Im Jahr 2025 wurden in Brandenburg 28 Bands (2024: 27) und 11 Liedermacher (2024: 14;) gezählt. Hierbei handelt es sich um folgende Akteure:

Rechtsextremistische Bands:

1. **Aryan Brotherhood (A.B.)**; Potsdam
2. **Barbaren**; LOS
3. **Burn Down**; Potsdam
4. **Confident of Victory (C.O.V.)** und **S.U.D. (Sturm und Drang)** sowie das Projekt **UNSAID**; OSL
5. **Exzess**; MOL
6. **Frontalkraft (FK)**; Cottbus
7. **Frontfeuer**; LOS
8. **Feuer Frei**; ohne regionale Zuordnung (einige Bandmitglieder kommen aus LOS)
9. **Handstreich** inklusive Bandprojekte **Natürlich** und **Motivation**; Potsdam
10. **Hausmannskost (HMK)**; Cottbus
11. **Lost Souls**; Potsdam
12. **Macht und Ehre**; HVL (Wiederaufnahme für 2025)
13. **Old School Rockerz (Old School Rockers)**; BAR
14. **Projekt 8.8**; LOS
15. **Raritäten**; BAR, vormals **Exempel**
16. **Resolut**; LOS
17. **Skrew You**; LOS
18. **SPN-S**; SPN (kurzzeitig nannte sich die Band **Unbeugsam**)
19. **Spreeweher**; Südbrandenburg
20. **Stahlhelm**; TF
21. **Stonehammer**; LOS
22. **Sons of Odin**; LOS
23. **Sturm & Stille**; OHV
24. **Skindogs**; LOS
25. **Uwocaust und Helfershelfer** beziehungsweise **Uwocaust und RAConquista** inklusive Bandprojekt **Blutrein**; Potsdam (vormals **Uwocaust und alte Freunde**)
26. **Wehrmut**; LOS
27. **Wutbürger**; BAR
28. **Volkstroi**; LOS

Rechtsextremistische Liedermacher:

1. **Anna**; Südbrandenburg
2. **Andy Habermann**; BAR (Frontmann der Band **Wutbürger**)
3. **Bloody 32**; Cottbus
4. **Brenner** oder auch **SPN-S Solo bzw. SPN-S Akustic**; SPN
5. **Fylgien**; UM
6. **Griffin**; LOS
7. **Martin**; Potsdam
8. **Der M.**; Frankfurt (Oder)
9. **Sten**; Cottbus
10. **Thype** andere Schreibweise **TyPe**; EE
11. **Varghona**; OHV

Von den Liedermachern **AK – Solingen 47**; Cottbus, **Paladin (Exzess Solo)**; MOL und dem **Liedermacher**; Bereich Cottbus wurden im Jahr 2025 keine Aktivitäten festgestellt.

Szenekonzerte 2025 im Land Brandenburg

2025 fanden in Brandenburg acht Konzerte (2024: 3) statt. Wie im Vorjahr konnte kein Konzert im Vorfeld verhindert werden. Herausragendes Ereignis war das Konzert am 1. November in Lübbenau (OSL), organisiert durch die Gruppierung „Märkische Skinheads 88“ (MS 88). Die rechtsextremistischen Bands „Sleipnir“, „Confident of Victory“ und „Kommando Skin“ traten vor 700 bis 800 Teilnehmern auf. Dieses Konzert war 2025 eines der bundesweit größten. In Brandenburg gab es einen vergleichbaren Mobilisierungserfolg zuletzt im Juli 2013 in Finowfurt (BAR) mit damals über 700 Teilnehmern.¹⁵⁷ Es ist davon auszugehen, dass dieses Ereignis als Initialzündung für weitere Großkonzerte in der Region dienen wird.

Szenetypische Liederabende 2025 im Land Brandenburg

Ein Anstieg ist ebenfalls bei den Liederabenden festzustellen. Insgesamt fanden acht statt (2024: 5), zu fünf davon liegen folgende Informationen vor:

- 15. Februar 2025, Brandenburg, unter anderem FreilichFrei
- 05. April 2025, Brandenburg, unter anderem FreilichFrei
- 14. Juni 2025, Brandenburg, unter anderem FreilichFrei
- 13. September 2025, Brandenburg, unter anderem FreilichFrei, Barny, Hoffnungsträger
- 17. Oktober 2025, Klettwitz / Schipkau; Die Heimat, FreilichFrei, Hoffnungsträger, Benjamin Gruhn

Es konnte lediglich ein Liederabend im Vorfeld verhindert werden (2024: 0). Zwei weitere wurden durch die rechtsextremistischen Organisatoren im Vorfeld abgesagt. Die Stadt Eisenhüttenstadt hat mit Verfügung vom 29. Oktober 2025 einen Liederabend erfolgreich untersagt. Der Sänger der Band KATEGORIE C wollte ursprünglich am 1. November 2025 in Eisenhüttenstadt auftreten.

Szenetypische Feiern 2025 im Land Brandenburg

Der Verfassungsschutz Brandenburg dokumentierte in den vergangenen Jahren die Entwicklung, dass die Szene auf Konzerte und Liederabende im privaten Kreis, wie beispielsweise Geburtstagsfeiern, ausweicht. In der Regel sind die Teilnehmerzahlen bei solchen Szene-Events geringer als bei herkömmlichen Konzerten. Sie sind ebenso einfacher zu planen und durch die Sicherheitsbehörden schwieriger zu unterbinden. Es treten eher weniger Bands beziehungsweise Liedermacher auf und die Einnahmen der Akteure fallen deutlich geringer aus, weil der kommerzielle Charakter in den Hintergrund tritt. 2025 wurden insgesamt 19 (2024: 21) entsprechende Ereignisse festgestellt, zu denen folgende Angaben gemacht werden können:

- 11. Januar 2025, Eisenhüttenstadt ca. 60 Teilnehmer
- 05. April 2025, Südbrandenburg
- 21. Mai 2025, Eichwalde (LDS)
- 30. Mai 2025, Eisenhüttenstadt
- 20. Juni 2025, Burg (SPN)
- 21. Juni 2025, Südbrandenburg, Die Heimat, Liedermacher aus Sachsen und Sachsen-Anhalt

¹⁵⁷ Vgl. Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2014, S. 100.

Musikveranstaltungen außerhalb Brandenburgs mit Beteiligung brandenburgischer Bands, Liedermacher und Rechtsextremisten im Jahr 2025

Anfang November wurde in Portugal eine rechtsextremistische Konzertveranstaltung durchgeführt. Vor den mehreren hundert Teilnehmern, darunter zahlreiche deutsche Rechtsextremisten, trat unter anderem die aus Cottbus stammende Band Frontalkraft auf. Im November 2025 fand das Hammerskin-Fest in Italien mit bis zu 500 Teilnehmern statt. Der Liedermacher Griffin (LOS) trat dort auf.

Tonträger

Die Produktion neuer Tonträger (einschließlich der Beteiligung an Tonträgern anderer Bands und an Samplern) fiel im Jahr 2025 mit sechs Veröffentlichungen (2024: 9) wiederholt unter das Niveau der Vorjahre.

Nr.	Bandname/ Liedermacher	Titel	Art	Hersteller
1	Sturm und Drang	Verlies	CD	Rebel Records (Cottbus)
2	Uwocaust and the Angry Bois	Vom alten Schlag	CD	PC Records (Chemnitz, Sachsen)
3	Macht & Ehre	Kampfmusik aus Großberlin	CD	Das Zeughaus (Apolda, Thüringen)
4	CD-Sampler u.a. mit Confident of Victory	OPOS RECORDS BEST OF 2023 / 2024	CD	OPOS Records (Lindenau, OSL)
5	K.T.E (Kameradschaft, Treue Ehre) (u.a. mit Unterstützung von Uwocaust und dem Sänger von Hausmannskost)	Funke zur Flamme	CD	Rebel Records (Cottbus)
6	Agnar (Agnar war ein Projekt der Band Hassgesang ¹⁵⁸)	Toalitas Operis (Neuaufgabe/Zusammenstellung aus verschiedenen Veröffentlichungen der vergangenen Jahre)	CD	PC Records (Chemnitz, Sachsen)

„Rechtsrock“-Käufer und -Hörer hatten auf dem Telegram-Kanal von „Rock Hate“ die Wahl, aus 78 Produktionen die „beste CD“ des Jahres 2025 zu küren. Auf den dritten Platz wurde die CD von „Uwocaust and the Angry Bois“ mit dem Titel „Vom alten Schlag“ (PC Records, Chemnitz, Sachsen) gewählt. Die CD von „Macht & Ehre“ mit dem Titel „Kampfmusik aus Großberlin“ (Das Zeughaus, Apolda, Thüringen) war unter den nominierten Tonträgern.

Produktion und Vertrieb von Tonträgern erfolgen meist über rechtsextremistische Musiklabels. Sie stellen Aufnahmetechnik zur Verfügung und verkaufen Tonträger über das Internet sowie in Ladengeschäften. Wie in den vergangenen Jahren waren „One People One Struggle Records“ (OPOS Records) in Lindenau

¹⁵⁸ Vgl. Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2014, S. 100.

(OSL), „Rebel Records“ mit dem Ladengeschäft „The Devils Right Hand Store“ in Cottbus sowie das ebenfalls in Cottbus ansässige Label „Sub Version Production“ für die brandenburgische Szene 2025 wichtige Anlaufpunkte.

Sonstige Musikproduktionen / -veröffentlichungen

Wie bereits vor zehn Jahren beteiligen sich Musiker und Bands aus Brandenburg am musikalischen Geburtstagsgruß für einen bekannten rechtsextremistische Sänger aus Berlin. Zu dessen 60. Geburtstag erschien erneut ein Sampler über das Label "PC Records" (Chemnitz). Unter den Gratulanten befanden sich Musiker aus Cottbus und Gruppen wie „Confident of Victory“, „Blutrein“, „Uwoocaust“, „Volkstroj“ und „Frontfeuer“¹⁵⁹.

Folgende rechtsextremistische Vertriebs- und Tonträgerproduktionsstrukturen waren 2025 im Land Brandenburg aktiv:

- **Boxing Connection – Label 23** (Cottbus): Textillabel und Vertrieb
- **Erik & Sons** bzw. **EAS Versand** (Königs Wusterhausen, LDS): Textillabel
- **K.S. Versand** bzw. **Knochensack Mailorder** (Steinhöfel, LOS): Vertrieb
- **OPOS Records** mit dem Textillabel „Greifvogel Wear“ Label und Vertrieb (Ellerstadt, Rheinland-Pfalz, Hauptniederlassung), in Lindenau (OSL) befindet sich eine Betriebstätte
- **Heimdall Versand** vormals mit Sitz in Sachsen-Anhalt wird von dem Betreiber des OPOS Records geführt
- **Rebel Records, 18Vinyl** und **Black Legion Wear** (Cottbus): Musiklabel, Textillabel und Vertrieb, darüber hinaus können Produkte von **Exzess Records** über **Rebel Records** bezogen werden (**Exzess Records** vgl. Verfassungsschutzbericht Brandenburg Pressefassung 2022, Seite 68)
- **Sub Version Production** (Cottbus): Label, Vertrieb

Der Online-Versandhandel **Aktivkleber / aktivede.com** (Eberswalde, BAR) hat laut Impressum seinen offiziellen Firmensitz nach Bayern verlegt.

Bewertung / Ausblick

Mit Blick auf die Einwohnerzahl kommt aus Brandenburg die wohl umtriebige rechtsextremistische Hassmusikszene Deutschlands. Die Zahl der Bands bewegt sich seit Jahren auf konstant hohem Niveau. Rechtsextremistische Musik war, ist und bleibt ein starkes Szene-Bindemittel. Musikveranstaltungen stärken das „Gemeinschaftsgefühl“ und erwirtschaften benötigte Einnahmen. Daher ist davon auszugehen, dass rechtsextremistische Tonträger weiter produziert werden. Zudem wird derzeit der Trend beobachtet, dass die Szenemusik über das klassisch neonationalsozialistisch geprägte Milieu hinaus immer anschlussfähiger wird. Rechtsextremistische Konzerte, Liederabende sowie alternative Musikveranstaltungsformate bewegen sich nach wie vor auf einem hohen Niveau.

Die Gefahr von Konzertverboten beziehungsweise -auflösungen durch die Polizei und anderen Behörden im Land Brandenburg ist hoch. Die Organisatoren müssen in solchen Fällen mit enormen Verlusten rechnen. Daher war in den vergangenen Jahren grundsätzlich ein Ausweichen auf andere Bundesländer sowie eine Zunahme von Musikveranstaltungsformaten im eher privaten nicht-kommerziellen Rahmen feststellbar. Sie sind mit weniger Aufwand vorzubereiten und durchzuführen. Die Gefahr finanzieller und materieller Verluste durch Verbote oder Veranstaltungsaufhebungen ist so deutlich geringer. Diese „szenetypischen Feiern“ lassen sich unkomplizierter als Konzerte und Liederabende durchführen und dürften deshalb zukünftig für die Szene von Bedeutung sein.

¹⁵⁹ Vgl. Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2015, S. 104.

Der rechtsextremistischen Szene ist es im Jahr 2025 gelungen, rechtsextremistische Konzerte, darunter Konzerte mit sehr hohen Besucherzahlen im Land Brandenburg, durchzuführen. Sollte dieser Trend anhalten, wird Brandenburg – wie bereits vor über einem Jahrzehnt – erneut in den Fokus rechtsextremistischer Konzertorganisatoren rücken.

Eine weitere besorgniserregende Entwicklung ist die Strategie rechtsextremistischer Veranstalter, verstärkt unpolitische Künstler zu buchen. Durch die Mischung mit klassischen rechtsextremistischen Musikern versuchen sie, den politischen Charakter der Events zu verschleiern. Diese Tarnung soll den Behörden die rechtliche Handhabe für Verbote erschweren. Zudem treten rechtsextremistische Musiker und Bands mit neuen Namen und unpolitischen Texten auf. Sehr beliebt sind unter anderem Stücke der Band „Böhse Onkelz“. Diese Auftritte finden zudem nicht mehr ausschließlich vor rechtsextremistischem Publikum statt.

Hinzu kommt im Land Brandenburg eine breit aufgestellte Label-Struktur, die beständig für Tonträger-Nachschub und entsprechende Bekleidung sorgt. Hier nimmt Brandenburg eine wichtige Rolle ein und bleibt mit seinen Bands, Liedermachern und Labels zentraler Taktgeber für das bundesweite Hassmusikgeschehen.

3.9 Szene-Immobilien

Extremistische Aktivitäten, wie Feiern, Konzerte und Schulungen, erfordern Strukturen, Organisation und Räumlichkeiten. Begehrte sind vor allem gastronomische Einrichtungen, die für einen begrenzten Zeitraum ungestört genutzt werden können. Diese werden jedoch nur in Ausnahmefällen für explizit rechtsextremistische Szenetreffen angemietet. Meist erfolgt die Anmietung unter Vorspiegelung falscher Tatsachen oder durch Personen, die aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes nicht als Szeneangehörige erkennbar sind. Vermeintlich „unpolitische“ Veranstaltungen oder Geburtstagsfeiern entpuppen sich so erst später als Szene-Event. Im Zusammenhang mit solchen Veranstaltungen kommt es immer wieder zu Straftaten, wie dem Verbreiten und Verwenden von Kennzeichen verbotener oder verfassungswidriger Organisationen. Für Vermieter solcher Räumlichkeiten kann das einen erheblichen Imageschaden nach sich ziehen.

Extremistische Aktivitäten lassen sich in szeneeigenen Immobilien deutlich leichter durchführen. Entsprechende Parteien und Gruppierungen sind daher immer auf der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten oder Grundstücken. Liegenschaften im Szene-Besitz werden dann oft für Wohnzwecke sowie als politischer Anlaufpunkt genutzt.

Immobilien der rechtsextremistischen Szene werden hier nur dann berücksichtigt, wenn Rechtsextremisten über eine uneingeschränkte Zugriffsmöglichkeit verfügen, etwa in Form von Eigentum, Miete, Pacht oder durch ein Kenn- und Vertrauensverhältnis zum Objektverantwortlichen. Ebenso müssen die Immobilien wiederkehrend politisch ziel- und zweckgerichtet genutzt werden. Diese Kriterien sind bundesweit abgestimmt.¹⁶⁰

Beim Erwerb von Immobilien verfolgen Extremisten oft das Ziel, ein „regionales Zentrum“ bilden zu wollen. So können Veranstaltungen wie Konzerte, Parteitage und Ähnliches ohne größere Einschränkungen durchgeführt werden. Das gilt ebenso für die Herstellung und Verbreitung von Propagandamaterialien wie szenetypische Tonträger und Bekleidung. Im Land Brandenburg wurden im Jahr 2025 folgende Immobilien von Rechtsextremisten im Sinne der vorangestellten Kriterien genutzt:

Szeneobjekte

Landkreis/ Kreisfreie Stadt	Anzahl Szene- objekte ¹⁶¹	Öffentlich nennbare Szenobjekte	Häufigkeit der Nutzung
Barnim	1	Wandlitz, Clubhaus (OT Klosterfelde): Die rechtsextremistische Gruppierung „Barnimer Freundschaft“ nutzt ihr Clubhaus auf einem ehemaligen Industriegelände für Szenefeiern und Clubabende.	unregelmäßig/ anlassbezogen

¹⁶⁰ Vgl. Deutscher Bundestag: Drucksache 19/10043 vom 09.05.2019, S. 2.

¹⁶¹ Aus Gründen des Geheimschutzes können nicht alle bekannt gewordenen, rechtsextremistisch genutzten Immobilien öffentlich benannt werden. Aufgrund dessen kann die tatsächliche Gesamtzahl von den hier angeführten abweichen.

Landkreis/ Kreisfreie Stadt	Anzahl Szene- objekte ¹⁶¹	Öffentlich nennbare Szenobjekte	Häufigkeit der Nutzung
Brandenburg an der Havel	1	Szenetreff (OT Kirchmöser): Der völkisch-rechtsextremistische „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V.“ besitzt einen Vierseitenhof, der als Liegenschaft für Szenetreffen genutzt wird und inzwischen als "Seminar- und Ferienhof" über bekannte Internetportale gebucht werden kann.	unregelmäßig/ anlassbezogen
Cottbus	3	„Mühle Cottbus“: Die „Mühle Cottbus“ dient als Treff-, Vernetzungs- und Veranstaltungsort. Musiklabel und Szeneladen: Sitz des rechtsextremistischen Musiklabels „Rebel Records“ und des Szenelabels „Sub Version Production“. Der Betreiber unterhält an derselben Adresse zudem den Szeneladen „The Devils Right Hand Store“, in dem unter anderem die szenetypische Bekleidung der rechtsextremistischen Marke „Black Legion“ verkauft wird. Szenelabel: Sitz des rechtsextremistischen Ladengeschäfts Label-23, in dem unter anderem szenetypische Bekleidung verkauft wird.	regelmäßig regelmäßig regelmäßig
Dahme- Spreewald	2	Königs Wusterhausen, Szenelabel: Sitz des rechtsextremistischen Bekleidungslabels „Erik & Sons“. Lübben, Sportverein: Die rechtsextremistische Kampfsportgruppierung „Northsidecrew“ unterhält in der ehemaligen Diskothek „Players“ Trainings- und Clubräume.	regelmäßig unregelmäßig/ anlassbezogen
Elbe-Elster	1	Gröden, Sportverein: Die rechtsextremistische Kampfsportgruppierung „Northsidecrew“ unterhält hier Club/-Trainingsräume.	unregelmäßig/ anlassbezogen

Landkreis/ Kreisfreie Stadt	Anzahl Szene- objekte ¹⁶¹	Öffentlich nennbare Szenobjekte	Häufigkeit der Nutzung
Märkisch- Oderland	1	Strausberg, Clubraum: Die rechtsextremistische Gruppierung „AO Strausberg“ veranstaltet Szene- feiern und Clubabende in einem Clubraum, der in einem Garagen- komplex liegt.	unregelmäßig/anlass- bezogen
Oberspreewald- Lausitz	2	Lindenau, Betriebsstätte in Gaststättengebäude: Das rechtsextremistische Szenelabel „OPOS-Records“ hat hier seine Be- triebsstätte. Schippkau, ehemalige Gaststätte: Unter anderem die rechtsextremisti- sche Gruppierung „Junge Nationalis- ten“ nutzt die Räumlichkeiten für Ver- anstaltungen.	regelmäßig unregelmäßig/anlass- bezogen
Oder-Spree	1	Steinhöfel, Geschäftssitz: Der rechtsextremistische „Knochen- sack Versand“ hat hier seinen Ge- schäftssitz.	regelmäßig
Potsdam- Mittelmark	1	Werder (Havel), Sitz: Die rechtsextremistische „Junge Al- ternative Deutschland“, die Jugendor- ganisation der „Alternative für Deutschland“ ¹⁶² hatte hier ihren Sitz bis zur Auflösung im Jahr 2025.	regelmäßig
Spree-Neiße	1	Burg (Spreewald), Gaststätte: Die im Eigentum eines bekannten Rechtsextremisten befindliche Gast- stätte wurde aufgrund von Umbau- maßnahmen seit 2023 nicht genutzt. Eine Neunutzung ab 2025 ist wahr- scheinlich.	derzeit unbenutzt

¹⁶² Vgl. FN 2.

4. Reichsbürger und Selbstverwalter

4. Reichsbürger und Selbstverwalter

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sind Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen – unter anderem unter Berufung auf das historische Deutsche Reich, verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder ein selbst definiertes Naturrecht – die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen. Sie sprechen den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation ab oder definieren sich gar in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend.

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ unterscheiden sich hinsichtlich ihrer unterschiedlichen Handlungsweisen sowie ihrer vielfältigen Auslegungen. Obwohl eine trennscharfe Differenzierung zwischen den beiden Erscheinungsformen nicht immer möglich ist, beziehen sich „Reichsbürger“ in der Regel auf unterschiedliche Ausprägungen eines historischen Deutschen Reichs in seinen unterschiedlichen Grenzen (zum Beispiel von 1871 oder 1918). „Reichsbürger“ behaupten, das Deutsche Reich bestände weiter fort. Daher seien sie nicht an die Gesetze und Rechte der Bundesrepublik gebunden. Oftmals erachten sie die Bundesrepublik nicht als souveränen Staat, sondern als ein Geschäftsmodell namens „BRD GmbH“, das zur Ausplünderung des Volkes existiere.

Demgegenüber nehmen „Selbstverwalter“ für sich in Anspruch – zum Teil unter Bezugnahme auf ihre Auslegung universell geltender Menschenrechte –, aus der Bundesrepublik austreten zu können und reklamieren eine rechtliche Autonomie für sich. Diese äußert sich zumeist darin, dass „Selbstverwalter“ ihre eigenen Wohnungen, Häuser oder Grundstücke zu angeblich souveränen Gebieten oder Staaten erklären. Diese vermeintlichen „Hoheitsgebiete“ markieren „Selbstverwalter“ mitunter durch Grenzlinien und erfinden eigene „Staatswappen“. Diese alternativen Staatsideen sind von naturrechtlichen Vorstellungen geprägt, die mit einem demokratischen Rechtsstaat nicht kompatibel sind.

Personenpotenzial der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ in Brandenburg

	2022	2023	2024	2025
„Reichsbürger und Selbstverwalter“	650	1.000	1.000	650



Der Traum vieler „Reichsbürger“: eine „Wiederherstellung“ des Deutschen Reiches am „Neuen Palais“¹⁶³

¹⁶³ Vgl. Homepage Das Große Treffen der Bundesstaaten: „Was ist unser Ziel?“, 18.06.2024, (letzter Zugriff am 12.12.2025).



Ein Beispiel für die Instrumentalisierung von Gerechtigkeitssymbolen und zugleich für die Selbstermächtigung vieler „Selbstverwalter“¹⁶⁴

Sitz / Verbreitung

Reichsbürger und Selbstverwalter sind bundesweit aktiv.

Gründung / Bestehen

1985 wurde die erste „Kommissarische Reichsregierung“ (KRR) in Berlin gegründet. In Brandenburg wurden seit dem Jahr 2000 immer wieder Gruppierungen aktiv.

¹⁶⁴ Vgl. Homepage IOV: „Startseite“, ohne Datum, (letzter Zugriff am 12.12.2025).

Struktur / Repräsentanten

Das Spektrum ist strukturarm und heterogen. Neben aktuell sechs Hauptgruppierungen existieren in Brandenburg kleinere Personenzusammenschlüsse, regionale Netzwerke und Einzelpersonen. Einzelakteure stellen den größten Teil der Szene. Diese ist im ständigen Wandel und organisiert sich immer wieder neu. Sie ist durch persönliche Kennverhältnisse mit zum Teil hoher Aktivitätsentfaltung im Internet gekennzeichnet. Es kommt regelmäßig zu Streitigkeiten und Zerwürfnissen, sodass sich Gruppierungen auflösen und neue, zum Teil Splittergruppen, entstehen. Zudem zeigen staatliche Maßnahmen, wie das Verbot des selbsternannten „Königreich Deutschland“ vom 13. Mai 2025, Wirkung. Die Szene unterliegt somit einer hohen Fluktuation. Eine übergeordnete, einheitliche Struktur, welcher eine größere Bedeutung zugemessen werden kann, ist nicht vorhanden.

Die nachfolgenden Gruppierungen entfaltet regelmäßige – auch überregionale – Aktivitäten:

- Königreich Deutschland (seit 13. Mai 2025 verboten)
- Vaterländischer Hilfsdienst („Preußisches Institut“, „Bismarcks Erben“ und „Ewiger Bund“)
- Indigenes Volk Germaniten
- Anhänger der Reichsverfassung von 1871 – Das Große Treffen der 25+1 Bundesstaaten – Wahlkommissionen
- Internationales Zentrum für Menschenrecht – Förderorganisation zwingendes Völkerrecht – Internationale Organisation Völkerrecht
- Präsidentialstaat Königreich Preußen

Personenpotenzial: Mitglieder / Anhänger / Unterstützer

In Brandenburg gibt es rund 650 Anhänger (2024: 1.000). Damit ist die Anzahl bekannter „Reichsbürger“ zwar rückläufig. Zugleich ist aber zu betonen, dass diese Reduktion in erster Linie den Teil des Personenpotenzials betrifft, der ohnehin wenig aktiv war. Konkret handelt es sich hierbei um Reichsbürger, die in der Vergangenheit vereinzelte szenetypische Schreiben an Behörden richteten, danach aber nicht mehr in Erscheinung traten. Insgesamt liegt das Personenpotenzial nunmehr wieder auf dem Niveau des Jahres 2022.

Kurzportrait / Ziele

Reichsbürger berufen sich irrigerweise auf den Fortbestand eines Deutschen Reiches in unterschiedlichen Formen und schließen daraus die angeblich fehlende Legitimation der Bundesrepublik Deutschland. Sie behaupten, Deutschland habe keine gültige Verfassung und sei als Staat nicht existent, wobei sie gleichzeitig dessen sozialstaatliche Angebote umfassend in Anspruch nehmen. Oder sie glauben, das Grundgesetz habe mit der Wiedervereinigung 1990 seine Gültigkeit verloren. Daraus wird gefolgert, alle Deutschen seien staatenlos. Daher fühlen sie sich nicht verpflichtet, den bundesrepublikanischen Gesetzen Folge zu leisten. Außerdem verneinen sie die Rechtmäßigkeit von Gerichten und Verwaltungen. Die Bundesrepublik sei nur ein Unternehmen („GmbH“), eine Scheinbehörde oder eine übergangsweise von den Alliierten eingesetzte Verwaltung.

Selbstverwalter definieren beispielsweise ihre Wohnung, ihr Haus oder ihr Grundstück als souveränes Staatsgebiet, auf dem ihre eigene „Staatsordnung“ gelte. Ihr Grundstück markieren sie mitunter durch eine (Grenz-)Linie und erfinden eigene „Staatswappen“. Daher berufen sich Selbstverwalter in der Regel auf ein selbst definiertes Naturrecht, geben „Lebenderklärungen“ ab und fühlen sich wie Reichsbürger nicht an Gesetze gebunden. Vorbild für diesen Teil der Szene sind die „Souveränen Bürger“ (Sovereign

Citizens) oder „Freemen“ aus den USA. Ähnlich wie diese gründen „Selbstverwalter“ seit einigen Jahren „Gemeinden“, „Staaten“ und andere Fantasiegebilde.

„Reichsbürger und Selbstverwalter“ begründen mit ihren Fantasien immer wieder Versuche, sich Steuern, Bußgeldern oder sonstiger finanzieller Verpflichtungen zu entledigen. Zudem sind sie stark von Verschwörungsideologien beeinflusst. Das kann die Grundlage für weitergehende Radikalisierungsprozesse sein. Gerichte, Finanzämter, Polizei sowie andere Behörden werden seit Jahren in ihrer Arbeitsweise behindert. „Reichsbürger und Selbstverwalter“ schrecken dabei nicht vor Einschüchterungsversuchen, Bedrohungen und Gewalt zurück. Seit Dezember 2016 wird das Milieu auf waffenrechtliche Erlaubnisse hin überprüft, um diese – wo immer möglich – zu entziehen und so den legalen Waffenbesitz in der Szene zu unterbinden. „Reichsbürger und Selbstverwalter“ sind eine Bestrebung mit erheblichem Gewaltpotential und werden daher seitens des brandenburgischen Verfassungsschutzes mit besonderer Intensivität beobachtet. Ein Anteil von etwa zehn Prozent der Szeneangehörigen vertritt revisionistische, antisemitische sowie ausländerfeindliche Ansichten und ist damit dem Rechtsextremismus zuzurechnen.

Finanzierung

In der Szene sind „Milieumanager“¹⁶⁵ aktiv. Sie bieten sowohl Seminare als auch Vorträge an und finanzieren sich insbesondere durch den Verkauf von Büchern, Autokennzeichen und Fantasiepapieren. Dagegen gehen die Sicherheitsbehörden konsequent vor. So kam es am 18. November 2025 in fünf Bundesländern zu Exekutivmaßnahmen gegen eine Gruppe, die beispielsweise „Reichs-Personenausweise“ und „Reichs-Fahrerlaubnisse“ vertrieb. Insgesamt wurden acht Objekte, unter anderem in Potsdam und Brandenburg an der Havel, durchsucht.¹⁶⁶

Veröffentlichungen / Reichweite

Die Gruppierungen verfügen in der Regel über eigene Internetauftritte, verkaufen darüber unter anderem Fantasiepapiere und bieten teilweise Schriftsätze zum Download an. Daneben existieren im Internet Vernetzungsplattformen und ein vielfältiges Angebot an zumeist geschlossenen Foren in den sozialen Netzwerken. Einzelne Autoren und Autorenzusammenschlüsse veröffentlichen gezielt Monografien für Szene-Angehörige und Sympathisanten. Eine der Hauptveröffentlichungen ist „Die ‚BRD-GmbH‘ oder zur völkerrechtlichen Situation in Deutschland und den sich daraus ergebenden Chancen für ein neues Deutschland“. Verfasser ist ein Aktivist der verbotenen Gruppierung „Geeinte deutsche Völker und Stämme“, der sein Buch in den zurückliegenden Jahren auch auf Reichsbürger-Veranstaltungen im Land Brandenburg vermarktet hat.

Grund für die Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Ideologie und Aktivitäten von „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ richten sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sowie den Bestand der Bundesrepublik Deutschland und sind somit verfassungsfeindlich. Zudem sind etwa zehn Prozent der Szeneangehörigen zusätzlich rechtsextremistisch motiviert. Die bestehende politische sowie soziale Ordnung stellt für sie etwas fundamental Schlechtes dar und soll durch eine grundlegende Umwälzung zugunsten eines anderen Systems überwunden

¹⁶⁵ Milieumanager sind Personen, die aus eigennützigen Zwecken ein Interesse daran haben, dass die Unterstützung für das politische System der Bundesrepublik nachlässt. Politische Krisensituationen sind ihre Geschäftsgrundlage. Sie suchen die Öffentlichkeit, halten Vorträge und schüren Ängste. Damit verdienen sie ihr Geld, denn sie verkaufen „Rechts- und Steuerberatung“, Seminarplätze, Geldanlagen, Bücher, Zeitschriften und andere Medien. Zudem nutzen sie das Internet, um ihren Umsatz zu erhöhen.

¹⁶⁶ Vgl. Polizei Hessen: „Ermittlungen in der 'Reichsbürger-Szene' - Durchsuchungen in mehreren Bundesländern“, vom 18.11.2025, aufrufbar unter: <https://www.polizei.hessen.de/meldungen/ermittlungen-in-der-reichsbuerger-szene-durchsuchungen-in-mehreren-bundeslaendern>, (letzter Zugriff am 12.12.2025).

werden. „Reichsbürger und Selbstverwalter“ sehen sich als Gefangene oder Unterdrückte in einem ihnen fremden Feindstaat und verfolgen eine darauf ausgerichtete Widerstandsstrategie. Dazu gehört beispielsweise die Gründung von „Staatenbünden“. Deren Fantasie-Verfassungen dokumentieren deutlich, wie fundamental dieses Milieu die freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnt. Der extremistische Charakter von „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ zeigt sich zudem in der Einstellung zur Gewalt. Die Androhung „reaktiver“ Gewalt ist im Milieu weit verbreitet. Ebenso zeigt sich eine große Affinität zu den verschiedensten Verschwörungsfantasien, zum Beispiel in Bezug auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine oder auf „Globalisten“ und den „Tiefen Staat“, welche das Ziel verfolgen würden, Deutschland zu vernichten.

Entwicklungen im Berichtszeitraum

Strukturierte Organisationsformen: „Königreich Deutschland“

Aufgrund seiner in den zurückliegenden Jahren starken Expansion hatte sich das „Königreich Deutschland“ (KRD) zu einer der größten und zugleich zu einer der bekanntesten Gruppierungen innerhalb des Milieus der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ entwickelt. Das „KRD“ und seine zahlreichen Teilorganisationen wurden am 13. Mai 2025 vom Bundesinnenministerium verboten, da Zweck und Tätigkeit des „KRD“ den Strafgesetzen zuwiderliefen und sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung sowie den Gedanken der Völkerverständigung richteten.

An den Durchsuchungsmaßnahmen in sieben Bundesländern waren etwa 800 Einsatzkräfte beteiligt, um unter anderem Vereinsimmobilien, Fantasiedokumente und Datenträger zu beschlagnahmen sowie weitere Beweismittel für die verfassungsfeindlichen Ziele und Aktivitäten des Vereins sicherzustellen.¹⁶⁷ Parallel hierzu fanden am 13. Mai 2025 Exekutivmaßnahmen des Generalbundesanwalts gegen mehrere Personen des „KRD“ statt. Grundlage war ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen „KRD“-„König“, Peter Fitzek, sowie vier weitere Beschuldigte, die dringend verdächtig sind, sich als Rädelsführer in einer kriminellen Vereinigung mitgliedschaftlich betätigt zu haben.¹⁶⁸ Vier der Beschuldigten, darunter Peter Fitzek sowie ein in Grünheide (LOS) gemeldetes „KRD“-Gründungsmitglied, wurden in Untersuchungshaft genommen.

Obwohl die Anhänger des „KRD“ sämtliche staatliche Strukturen der Bundesrepublik ablehnen, hat die Gruppierung gegen das Verbot vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig Klage eingereicht. Vertreten wird das „KRD“ dabei vom Gründer und Vorsitzenden der rechtsextremistischen Kleinstpartei „Freie Sachsen“. Dieser bezeichnete die Exekutivmaßnahmen gegen das „KRD“ noch am 13. Mai 2025 in den sozialen Medien als *„Blitzkrieg gegen das Königreich!“*. Zudem huldigte er Peter Fitzek, der sich als *„Hauptorganisator [...] nicht etwa üppige Diäten zahlen [lässt], sondern [darauf besteht], von seinen Projekten nicht mehr als ein Bürgergeldempfänger zu haben“*.¹⁶⁹ Diese Aussage steht im krassen Widerspruch zur langjährigen Selbstdarstellung des „Obersten Souveräns“.

In der Vergangenheit gab es bereits eine Vielzahl anderer Ermittlungsverfahren gegen das „KRD“, seine Einrichtungen und Mitglieder. So ging die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mehrfach gegen die unerlaubten Banken- und Versicherungsgeschäfte des „KRD“ vor. In den Jahren 2023 und 2024 ließ die BaFin bundesweit „KRD“-Immobilien sowie Wohnungen von Anhängern – unter

¹⁶⁷ Vgl. Bundesministerium des Innern: „Bundesinnenminister Dobrindt verbietet den Verein `Königreich Deutschland`, vom 13.05.2025, aufrufbar unter: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2025/05/verbot-koenigreich-deutschland.html>, (letzter Zugriff am 12.12.2025).

¹⁶⁸ Vgl. Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof: „Festnahme von vier mutmaßlichen Mitgliedern einer kriminellen Vereinigung“, vom 13.05.2025, aufrufbar unter: <https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2025/Pressemitteilung-vom-13-05-2025.html>, (letzter Zugriff am 12.12.2025).

¹⁶⁹ Vgl. Facebook Martin Kohlmann, gepostet am 13.05.2025, (letzter Zugriff am 12.12.2025).

anderem auch in Brandenburg – durchsuchen und teilweise beschlagnahmen.¹⁷⁰ Im März 2025 wurde zudem ein im Juli 2023 wegen vorsätzlicher Körperverletzung und Beleidigung ergangenes Gerichtsurteil von acht Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung gegen Peter Fitzek rechtskräftig.¹⁷¹

Eigenen Angaben zufolge zählte das „KRD“ im Mai 2025, kurz vor dem Verbot, etwas mehr als 6.000 „Staatszugehörige und Staatsangehörige“. Die tatsächliche Zahl dürfte indes geringer gewesen sein. Die Gruppierung gab in reichsbürgertypischer Manier vor, außerhalb der Rechts- und Verfassungsordnung der Bundesrepublik zu stehen. Die sich aus der eigenen Verfassung des „KRD“ ergebenden gesellschaftspolitischen Vorstellungen standen den Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung klar entgegen. So gab es in der absoluten Monarchie des „KRD“ keine Gewaltenteilung. Unmissverständlich hieß es in Artikel 10 der „KRD-Verfassung“: *Der auf Lebenszeit gewählte „König untersteht während seiner Amtszeit nicht der Gerichtsbarkeit.*¹⁷² Ebenso waren im „KRD“ beispielsweise weder die Unabhängigkeit der Gerichte noch die Rechtsbindung der Verwaltung aufgrund der Machtfülle des Königs vorgesehen.

Konkret zielte das Handeln des „KRD“ auf die Schaffung eigener pseudostaatlicher Parallelstrukturen ab, um für seine Anhänger eine Alternative zum Gesellschaftssystem der Bundesrepublik zu etablieren. Hierfür propagierte das „KRD“ unter anderem ein eigenes Staatsgebiet, eine eigene Verfassung, eine eigene Gesetzgebung, ein separates Banken- und Zahlungssystem mit der Pseudo-Währung „E-Mark“ sowie ein „KRD“-spezifisches Einzelhandelsnetzwerk mit dem Online-Marktplatz „KadaRi“ („Kauf das Richtige“). Bei „KadaRi“ hatten nach eigenen Angaben zuletzt etwa 700 „KRD“-Betriebe ihre Dienstleistungen und Produkte angeboten und damit dem Fantasiestaat und dessen „Obersten Souverän“ weitere Einnahmen erwirtschaftet. Die Betriebe waren ein wichtiger Bestandteil bei der Generierung der Organisationseinnahmen und daher von erheblicher Bedeutung für Existenz sowie Fortbestand des „KRD“.

Neben der politischen Ideologisierung seiner Anhänger stand für Peter Fitzek vor allem die profitorientierte Ausrichtung des „KRD“ im Mittelpunkt. Neben den Betrieben trugen vor allem immense „Gebühren“, die „Staatsangehörige und Staatszugehörige“ für eine Vielzahl vermeintlicher Leistungen zu zahlen hatten, zur Finanzierung bei. Auf einem Flyer mit dem Titel „Systemausstieg mithilfe des „KRD“ wurden diverse „Servicepakete“ angeboten, deren Spannweite von 50 bis 500.000 Euro reichten. Zudem blieben diese letztlich ohne nennenswerte Gegenleistung. So kostete beispielsweise die Beantragung einer Staatsangehörigkeit samt ID-Karte als Personalausweisersatz 440 Euro, die Neugründung eines einzelnen Betriebes 1.500 Euro und die „Umstellung“ einer bestehenden Firma mit bis zu 100 Angestellten 24.000 Euro. Besonders kaufkräftigen Anhängern wurde für 150.000 – 500.000 Euro zudem ein „lebenslanges arbeitsfreies Wohnrecht im freien Dorf in sozialer Sicherheit“ verkauft.¹⁷³ Erhebliche Spenden der Mitglieder und hohe Gebühren für die Teilnahme an Seminaren sowie kostenpflichtigen Vorträgen ergänzten die Einnahmen zur Finanzierung der Strukturen und Aktivitäten des „KRD“.

Bis zum Verbot hatte das „KRD“ in Brandenburg mindestens 100 Anhänger. Die Gruppierung ist damit die zahlenmäßig stärkste Reichsbürgerstruktur im Land Brandenburg gewesen. Organisiert haben sich

¹⁷⁰ Vgl. Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht: „Unerlaubte Bank- und Versicherungsgeschäfte: BaFin durchsucht Objekte der Vereinigung 'Königreich Deutschland'“, vom 29.11.2023, aufrufbar unter: https://www.bafin.de/Shared-Docs/Veroeffentlichungen/DE/Pressemitteilung/2023/pm_2023_11_29_Vereinigtes_Koenigreich.html, (letzter Zugriff am 12.12.2025).

¹⁷¹ Vgl. Justizpressestelle Sachsen-Anhalt: „Urteil gegen sog. "König von Deutschland" sowie gegen vielfache Ladendiebin rechtskräftig“, vom 12.03.2025, aufrufbar unter: https://justizpressestelle.sachsen-anhalt.de/?tx_tsarssin-clude_pi1%5Baction%5D=single&tx_tsarssin-clude_pi1%5Bcontroller%5D=Base&tx_tsarssin-clude_pi1%5Buid%5D=555143&cHash=fcabfc4e16d93fe715254f3c74a848b7, (letzter Zugriff am 12.12.2025).

¹⁷² Vgl. Homepage Königreich Deutschland: Verfassung / Version 2021, ohne Datum, (letzter Zugriff am 25.11.2024 / seit dem Verbot nicht mehr aufrufbar).

¹⁷³ Vgl. Homepage Königreich Deutschland: „Systemausstieg mithilfe des KRD“, ohne Datum, (letzter Zugriff 2024 / seit dem Verbot nicht mehr aufrufbar).

die Personen vor allem in den sozialen Netzwerken, insbesondere bei Telegram. Neben einigen öffentlich zugänglichen Kanälen, die der ersten Informationsvermittlung dienten, erfolgte die klassische Rekrutierung zumeist über geschlossene regionale Telegram-Gruppen. In den vergangenen Jahren nahmen die virtuellen Aktivitäten der „KRD“-Anhänger in Brandenburg jedoch zunehmend ab. Auch die in Brandenburg seit Ende 2022 bekannten realweltlichen „KRD“-Umtriebe, insbesondere in Lychen (OT Rutenberg, UM), waren rückläufig. Seit dem Verbot im Mai 2025 konnten keine unmittelbaren Aktivitäten des „KRD“ mehr festgestellt werden.

Bis zuletzt verfügte das „KRD“ in Brandenburg über etwa 25 Betriebe. Bei diesen handelte es sich vorwiegend um betriebsinhabergeführte Unternehmen, die in der Regel keine oder nur wenige Angestellte beschäftigten. Regionale Schwerpunkte zeigten sich in den Landkreisen Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming, Havelland und Barnim. Aber auch in der Landeshauptstadt Potsdam konnten Firmen identifiziert werden. Diese waren vor allem im Gesundheitswesen (Hebammen-, Heilpraktiker- und Zahnarztpraxen), im Handwerk (Garten-/Baubetriebe, Malergewerbe) sowie im Dienstleistungssektor angesiedelt. Zu diesen Unternehmen gehörten zum Beispiel eine Tierheilpraxis aus Trebbin (TF), ein Bauunternehmen aus Märkisch Linden (OPR), Heilpraktiker aus Reichenwalde (LOS) und Golzow (PM) sowie Dienstleister aus Potsdam. Teilweise hatten die Betriebe auf ihre Zugehörigkeit zum „KRD“ im Internet offen hingewiesen.

Die umfangreichen Exekutivmaßnahmen samt der Beschlagnahme des Vereinsvermögens sowie die Inhaftierung der mutmaßlichen Rädelsführer – allen voran des „Königs“ Peter Fitzek – führten zur Einstellung der langjährigen Aktivitäten des „KRD“ sowohl in Brandenburg als auch bundesweit. Nachfolgebestrebungen konnten bislang nicht verzeichnet werden.

Strukturierte Organisationsformen: „Vaterländischer Hilfsdienst“ (auch: „Preußisches Institut“, „Bismarcks Erben“ und „Ewiger Bund“)

Wie alle Reichsbürgergruppierungen erkennt der „Vaterländische Hilfsdienst“ (VHD) die Bundesrepublik nicht an. Die Gruppierung tritt zusätzlich unter den Bezeichnungen „Preußisches Institut“, „Bismarcks Erben“ und „Ewiger Bund“ auf. Ziel ist die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Kaiserreiches im Zustand vom 27. Oktober 1918. Die Gruppierung beabsichtigt die Errichtung eines monarchistischen Systems in Anlehnung an die Reichsverfassung. Ein solches System ist – insbesondere aufgrund der Stellung des Kaisers – nicht mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar. Somit stellt der „VHD“ eine extremistische Reichsbürgergruppierung dar, die zudem revisionistische Gebietsansprüche gegenüber benachbarten Staaten erhebt.

Gegründet wurde zunächst die Gruppierung „Bismarcks Erben“ im Sommer 2018 von Sascha Hagemann aus Mecklenburg-Vorpommern. Er hat die Funktion des „Generaldirektors“ inne. Das wichtigste Element von „Bismarcks Erben“ ist aktuell der 2019 gegründete „VHD“. Dieser stellt im engeren Sinne die aktive Gruppierung dar. Der „VHD“ soll perspektivisch zur „Ausübung von Staatsgewalt“, also als „Ordnungsmacht“ eingesetzt werden.¹⁷⁴ Dazu soll eine eigene „Verwaltung“ des Deutschen Reiches errichtet werden, auf die sich ein in sein Amt zurückkehrender Kaiser stützen könnte. Zu diesem Zweck baut der „VHD“ zunächst ein „Meldestellennetz“ in Deutschland auf, durch welches sich deutsche Staatsangehörige vernetzen und ihre jeweiligen Gemeinden reorganisieren können.

Um das politische System nach Vorbild des Kaiserreichs wiedererlangen zu können, strebt der „VHD“ eine Reorganisation der Bundesstaaten an. Der „VHD“ gebärdet sich pseudomilitärisch, da sich seine insgesamt 24 „Armeekorpsbezirke“ (AKB) geographisch an den historischen „AKB“ von 1914 orientieren. Eine vom „VHD“ im Internet veröffentlichte Karte zeigt diese Aufteilung und die jeweiligen Bezeichnungen

¹⁷⁴ Vgl. Homepage Vaterländischer Hilfsdienst: „Broschüre – Vaterländischer Hilfsdienst / Leitfaden. Informationen. Gesetze.“, S. 8, ohne Datum, (letzter Zugriff am 07.11.2025).

mit römischen Ziffern. Der „III. AKB“ betrifft dabei das Gebiet Berlin/Brandenburg.¹⁷⁵ Die Mitgliederzahl des „VHD“ lag im Jahre 2025 in Brandenburg im unteren zweistelligen Bereich. Während der „VHD“ in seinen Anfangsjahren in Brandenburg zumeist nur durch das Verteilen von Broschüren und Flugblättern aufgefallen ist, konnte für die zurückliegenden Jahre ein stetiger Zuwachs des Aktivitätsniveaus festgestellt werden. So gibt es regelmäßig realweltliche Treffen der „VHD“-Anhänger auch in Brandenburg. Der „III. AKB“ zählte im bundesweiten Vergleich bislang zu einem der aktivsten.

Obwohl auch im Jahr 2025 wieder regelmäßige Hilfsdiensttreffen durchgeführt wurden, sind seit Jahresbeginn 2025 dennoch deutliche Veränderungen innerhalb des „III. AKB“ wahrnehmbar. Zurückzuführen sind diese unter anderem auf einen Personalwechsel in der Führungsebene des „III. AKB“. Der zumindest noch bis Ende 2024 amtierende AKB-Leiter war bei öffentlich beworbenen Veranstaltungen 2025 nicht mehr feststellbar. Der Posten wurde 2025 kommissarisch vertreten.¹⁷⁶ Auch Teilnahmen von Führungspersonen des „III. AKB“ an Aktivitäten anderer Armeekorpsbezirke entfielen 2025 weitgehend. Ausnahmen bildeten jedoch Teilnahmen an Treffen des „IX. Armeekorpsbezirkes“.¹⁷⁷

„VHD-Generaldirektor“ Sascha Hagemann wurde 2025 nicht mehr in den Berichten der „Hilfsdiensttreffen“ des „III. AKB“ erwähnt. Darüber hinaus wurden die Beiträge zu den Hilfsdiensttreffen deutlich später veröffentlicht. Zudem fanden die Veranstaltungen des „III. AKB“ nur noch im Berliner Stadtgebiet beziehungsweise im unmittelbaren Berliner Umland statt.

Der offensichtliche Bedeutungsverlust des „III. AKB“ wird ebenso an der stark rückläufigen Beteiligung der viermal im Jahr stattfindenden „Fanalaktionen“ deutlich. Noch 2024 wurden zahlreiche Treffen an diversen historischen Objekten im Land Brandenburg zu – für die Reichsbürgerszene – relevanten Zeitpunkten durchgeführt und unter Zuhilfenahme von Fackeln und Reichsflaggen entsprechend dokumentiert. 2025 konnte nur eine entsprechende Aktion am Bismarckturm in Burg (Spreewald, SPN) festgestellt werden.¹⁷⁸ Eine deutliche Veränderung innerhalb des „III. AKB“ ist zudem in der Anhängerschaft festzustellen. Diverse – seit mehreren Jahren aktive – Mitglieder haben sich von den Hilfsdiensttreffen zurückgezogen. Die verlautbarten Teilnehmerzahlen bewegten sich 2025 nur noch im mittleren einstelligen Bereich. Zudem wurden 2025 nur sehr wenige neue Mitglieder im „III. Armeekorpsbezirk“ vorgestellt. Der Anteil weiblicher Mitglieder ist somit durch diese personellen Veränderungen im Verhältnis zum Vorjahr sowie zu anderen Armeekorpsbezirken im Verhältnis deutlich gestiegen. Wie dem untenstehenden Bild entnommen werden kann, ist der „VHD“ bestrebt, reale Treffen durch Online-Veranstaltungen zu ergänzen.

¹⁷⁵ Vgl. Homepage Vaterländischer Hilfsdienst: „Die Armeekorpsbezirke“, ohne Datum, (letzter Zugriff am 07.11.2025).

¹⁷⁶ Vgl. Homepage Vaterländischer Hilfsdienst: „Virtuelle Echtzeitschulung.“, vom 15.09.2025, (letzter Zugriff am 10.11.2025).

¹⁷⁷ Vgl. beispielhaft Homepage Vaterländischer Hilfsdienst: „Hilfsdiensttreffen im IX. Ak.-Bezirk.“, vom 28.09.2025 (letzter Zugriff am 10.11.2025).

¹⁷⁸ Und zwar am 9. November 2025 anlässlich des 107-jährigen Jubiläums der Novemberrevolution von 1918 und dem damit verbundenen Ende der Monarchie im damaligen Deutschen Reich. Vgl. Telegram Ewig Bund, Beitrag zur Fanalaktion, vom 09.11.2025, (letzter Zugriff am 10.11.2025).

Virtuelle Echtzeitschulung.

15. September 2025



„Virtuelle Echtzeitschulung.“¹⁷⁹

Der „III. AKB“ konnte seine über die vergangenen Jahre erworbene Führungsrolle innerhalb des „VHD“ 2025 – trotz regelmäßig stattfindender Treffen – nicht aufrechterhalten und büßte an Bedeutung und vor allem an Personal ein. Nach der Aufteilung des „VHD“ gehören Teile des südlichen Brandenburgs zum „IV. AKB“. Hier fanden 2025 im Gegensatz zum Vorjahr keine Hilfsdiensttreffen statt.

Strukturierte Organisationsformen: „Indigenes Volk Germaniten“

Die Gruppierung „Indigenes Volk Germaniten“ (IVG) oder auch „Germaniten“ wird aufgrund ihrer Ideologie dem Milieu der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ zugerechnet. Die „Germaniten“ übernehmen zum Teil dessen Argumentation, insbesondere zur vermeintlichen Illegitimität der Bundesrepublik. Sie gehen aber nicht vom Fortbestehen des Deutschen Reiches aus. Vielmehr betrachten sie sich als indigenes Volk, weshalb sie ihren eigenen Staat gründen wollen. „Germaniten“ sind bisher deutschlandweit vornehmlich dadurch auffällig geworden, dass sie die Arbeit von Gerichtsvollziehern behindern und Gerichtsverhandlungen gestört haben. In Brandenburg fiel die Gruppierung, die ihre Ursprünge in der Nähe von Stuttgart (Baden-Württemberg) hat, im Jahre 2025 erneut durch den Versand umfangreicher pseudojuristischer Schreiben an Behörden auf. Diese sind inhaltlich von Verschwörungsideologien rund um eine ethnokulturelle Identität der selbsternannten „[autochthonen] Nachfahren der germanischen Vorfahren“ gekennzeichnet.¹⁸⁰

Auch wenn das Bundesverwaltungsgericht bereits im Mai 2017 eindeutig urteilte, dass es das vermeintliche „Indigene Volk Germaniten“ nicht anerkennt und somit „die Inanspruchnahme von Sonderrechten für die Gruppierung und ihre Angehörigen nach internationalem oder nationalem Recht“ ausgeschlossen

¹⁷⁹ Vgl. Homepage Vaterländischer Hilfsdienst: „Virtuelle Echtzeitschulung.“, vom 15.09.2025, (letzter Zugriff am 10.11.2025).

¹⁸⁰ Vgl. Homepage Germaniten: „Geschichtlicher Hintergrund – Wo kommen wir her?“, ohne Datum, (letzter Zugriff am 15.12.2025).

ist¹⁸¹, agiert die Gruppierung weiterhin unter Bezugnahme auf genau diese vermeintlichen Rechte. Die „Germaniten“ organisieren sich in „Missionen“, wobei für Brandenburg die „Mission Potsdam“ mit mindestens zehn aktiven Mitgliedern als der regional zuständige Zusammenschluss angesehen werden kann. Die weiteren brandenburgischen „Germaniten“ sind demgegenüber lose organisiert.

Im Berichtsjahr 2025 fanden erneut bundesweit diverse für Teilnehmer kostenpflichtige Vorträge der „Germaniten“ statt. Auffällig ist, dass die „Germaniten“ sowohl in den oben genannten Schreiben als auch auf ihren Veranstaltungen nahezu permanent um die Anerkennung ihrer vermeintlich indigenen Rechte buhlen. Dafür lässt sich die Gruppierung beispielsweise vereinzelt von namhaften Szeneanwälten vertreten und nimmt vertraglich festgehaltene „Beziehungen“ zu anderen vermeintlichen oder tatsächlichen indigenen Völkern weltweit auf. Diese „Treaties“¹⁸² werden anschließend als angebliche Legitimationsbelege vielen Schreiben beigefügt. Regelmäßig weisen die „Germaniten“ auch auf ihre Mitgliedschaft in der „Alliance of Indigenous Nations“ (AIN) hin.



In dem Bestreben ihre angebliche internationale Legitimation zu belegen, gingen die „Germaniten“ im Mai 2025 noch einen Schritt weiter. So ließen sich führende Akteure der Gruppierung – ironischerweise beim Deutschen Patent- und Markenamt – die Wort-/Bildmarke „United Indigenous Nations (U.I.N.)“ schützen.¹⁸³ Die Organisation „U.I.N.“ soll seitens der Germaniten ein gegründeter Zusammenschluss indigener Völker sein. Der Registerauszug des Deutschen Patent- und Markenamts zeigt, dass „U.I.N.“ im Bereich Waren/Dienstleistung folgenden Klassen zugerechnet wird:

- Hilfe in Geschäftsangelegenheiten, Geschäftsführung und administrative Dienstleistungen; Werbung, Marketing und Verkaufsförderung
- Bildung, Erziehung, Unterhaltung und sportliche Aktivitäten; Verlagsdienstleistungen und Berichterstattung sowie Verfassen von Texten; Übersetzung und Dolmetschen
- Gesundheitspflege für Tiere; Land-, gewässer-, garten- und forstwirtschaftliche Dienstleistungen; Tierpflegedienste; Gesundheitspflege für den Menschen
- Juristische Dienstleistungen



Die benannten Arbeitsbereiche spiegeln weitgehend die tatsächlichen Aktivitäten der Gruppierung in den zurückliegenden Jahren wider. Mit der nun eingereichten Marke sind die „Germaniten“ offensichtlich

¹⁸¹ Vgl. Homepage: „bverwg.de“ – Pressemitteilung Nr. 36/2017 vom 19.05.2017 – Keine Anerkennung eines „Indigenen Volkes Germaniten“, (letzter Zugriff am 15.12.2025).

¹⁸² „Treaties“ sind formelle, rechtlich bindende Vereinbarungen zwischen zwei oder mehr Staaten oder internationalen Organisationen.

¹⁸³ Vgl. Deutsches Patent- und Markenamt: Registernummer 302024227175 vom 09.05.2025, (letzter Zugriff am 12.12.2025).

bestrebt, Aufträge zur Finanzierung ihrer Strukturen generieren zu wollen. So verfügt die Gruppierung über eine Immobilie in Seiffen (Sachsen), die als vermeintliches „Botschaftsgelände“ dient. Auf dem Anwesen kam es in der Vergangenheit zu Polizeieinsätzen, da auf dem Gebäude unter anderem ein vermisstes Schulkind aus Niedersachsen gesucht und gefunden wurde. Schulrechtsverletzungen durch „Germaniten“ sind auch in Brandenburg bekannt und dürften zukünftig noch häufiger werden. Es ist anzunehmen, dass die „Germaniten“ unter verstärkter Bezugnahme auf die angebliche „United Indigenous Nations (U.I.N.)“ versuchen werden, diese Schulpflichtverletzungen zu legitimieren. Die Wort-/Bildmarke wurde bereits auf diversen der 2025 in Brandenburg bekannt gewordenen Schreiben der Gruppierung verwendet.

Strukturierte Organisationsformen: „Anhänger der Reichsverfassung von 1871“, „Das Große Treffen der 25+1 Bundesstaaten“, „Wahlkommissionen“

Auch wenn die Szene der Reichsbürger mehrheitlich unstrukturiert ist, zeichnen sich unter den verschiedenen Theorien und Handlungsmotivationen gemeinsame ideologische Kontexte ab. Hierzu zählt die verbreitete Annahme, dass die Verfassung von 1871 entweder noch Bestand habe oder wieder in Kraft gesetzt werden müsse, um so die Handlungsfähigkeit des Deutschen Kaiserreiches wiederherzustellen. Uneinigkeit besteht indes darüber, ob sich das Reich in einem Kriegs- beziehungsweise Belagerungszustand oder in einem „Verfassungsnotstand“ befände. Hintergrund sind unterschiedliche Ansichten innerhalb der Szene in Bezug auf die Abdankung des Kaisers 1918 sowie die damit zusammenhängenden Machtbefugnisse und vermeintlichen Rechtsfolgen.¹⁸⁴

Eines der bedeutsamsten Ereignisse in dem Milieu, welches sich ideologisch auf die Reichsverfassung von 1871 bezieht, ist das „Große Treffen der 25+1 Bundesstaaten“. Hierbei handelt es sich um eine wiederkehrende öffentliche Veranstaltung, die erstmalig im Jahr 2023 in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) durchgeführt wurde. Im Berichtszeitraum kam es am 15. März 2025 in Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern), am 26. Juli 2025 in Karlsruhe (Baden-Württemberg) und am 4. Oktober 2025 in Weimar (Thüringen) zu weiteren vermeintlichen „Bundesstaaten-Treffen“, an denen sich jeweils mehrere hundert Personen beteiligten. Aufmerksamkeit erfahren die Veranstaltungen, auf denen die 25 Bundesstaaten des Deutschen Kaiserreiches sowie das ehemalige „Reichsland Elsaß-Lothringen“¹⁸⁵ repräsentiert werden sollen, vor allem durch die historische Kleidung der Teilnehmer sowie die Zurschaustellung entsprechender Reichsfahnen. Eine ähnlich konzipierte Veranstaltung stellt der Geburtstag des vermeintlichen kaiserlichen Thronfolgers dar¹⁸⁶, welchen seine Anhänger jährlich in Potsdam begehen. An der Veranstaltung am 10. Juni 2025 auf dem Luisenplatz beteiligten sich circa 70 Personen. Damit hat sich die Teilnehmerzahl im Vergleich zum Vorjahr fast halbiert.

Neben der Organisation öffentlicher Veranstaltungen zur Rekrutierung neuer Anhänger haben sich Teile der Szene in „Wahlkommissionen“ (WK) zusammengeschlossen, um auf diesem Wege die Wiederherstellung der genannten Bundesstaaten zu erreichen. Durch die gegründeten „Wahlkommissionen“ soll zunächst auf Gemeindeebene eine parallele Verwaltungsstruktur aufgebaut werden. Szene-Aktivisten behaupten, dass bereits mehrere dieser „Wahlkommissionen“ im gesamten Bundesgebiet existieren würden. Im südlichen Teil Brandenburgs, welcher der „Wahlkommission Preußische Provinz Sachsen“ zugeordnet wird, wurden in der Vergangenheit vermeintliche „Öffentliche Bekanntmachungen“ an allgemeinen Plätzen und teils offiziellen Informationstafeln angeschlagen. Hier wird in der Regel die „Eröffnung

¹⁸⁴ Vgl. Telegram-Kanal VDWK – Rechtliche Grundlagen zur Wahlkommission und der Gemeindereaktivierung: Konversation ab 02.10.2023, (letzter Zugriff am 15.12.2025).

¹⁸⁵ Das ehemalige „Reichsland Elsaß-Lothringen“ unterstand seiner Zeit direkt dem Deutschen Kaiser und war somit kein eigener Bundesstaat.

¹⁸⁶ Vgl. Homepage Das Große Treffen der Bundesstaaten: „S.M. Georg Friedrich Prinz von Preußen“, vom 18.06.2024, (letzter Zugriff am 15.12.2025).

der Wahllisten“ bekanntgegeben und zur „Wahl aufgerufen“. Vergleichbare Aktivitäten konnten in anderen Teilen des Landes durch die angebliche „Staatliche Wahlkommission der Provinz Brandenburg“ mit Postanschrift in Wandlitz (BAR) festgestellt werden.¹⁸⁷ Organisatorisch sind die regionalen „Wahlkommissionen“ in einem angeblichen „Verband Deutscher Wahlkommissionen“ (VDWK) zusammengeschlossen.



Eine vermeintliche „Öffentliche Bekanntmachung“ der Wahlkommission Preußische Provinz Sachsen¹⁸⁸

Strukturierte Organisationsformen: „Internationales Zentrum für Menschenrecht“, „Förderorganisation zwingendes Völkerrecht“, „Internationale Organisation Völkerrecht“

Das „Internationale Zentrum für Menschenrecht“ (IZMR) mit Hauptsitz in Stade (Niedersachsen) wird von einem bundesweit bekannten, seit vielen Jahren aktiven Reichsbürger geführt. Das „IZMR“ tritt auch unter Bezeichnungen, wie „Amt für Menschenrechte“, „Gerichtshof der Menschen“ oder „Zentralrat Europäischer Bürger“ auf. Die Organisation spricht in reichsbürgertypischer Manier der Bundesrepublik Deutschland staatliche Hoheitsrechte ab und diskreditiert geltendes Recht als Unrecht. Die Anhänger des „IZMR“ verstehen die Organisation als staatlichen Akteur und berufen sich dabei auf ein vermeintlich universales Naturrecht. In Brandenburg gibt es nur wenige Anhänger der Organisation, weshalb in den zurückliegenden Jahren vereinzelte Rekrutierungsveranstaltungen durchgeführt wurden.



Im Jahr 2023 setzte ein Aufsplittungsprozess ein. Aufgrund von Veruntreuungsvorwürfen wurden mehrere Personen aus dem „IZMR“ und seinen Unterorganisationen ausgeschlossen. Bereits im März 2023 hatten einige dieser Personen die Parallelorganisation „Förderorganisation zwingendes Völkerrecht“ (FzV) gegründet. Nach dem Erkenntnisstand sind die Gründungsmitglieder nicht die derzeitigen Führungsakteure der „FzV“. Die Kleinstorganisation sieht ihre Zuständigkeit in der „Opferhilfe“ und dem „Zivilschutz“. Auf der Grundlage einer pseudo-juristischen Auslegung des Völkerrechts soll Betroffenen von rechtsstaatlichen Maßnahmen durch die „FzV“ Hilfsleistungen geboten werden, um die staatlichen Maßnahmen zu blockieren.¹⁸⁹ Im Land Brandenburg waren im Berichtszeitraum keine Aktivitäten der „FzV“ wahrnehmbar. Trotzdem sind weiterhin bundesweite beziehungsweise internationale Aktivitäten anzunehmen, da unter anderem die Webseite neu aufgesetzt¹⁹⁰ und ein zweiter Standort in Österreich bekannt wurde.¹⁹¹

¹⁸⁷ Vgl. Homepage Staatliche Wahlkommission der Provinz Brandenburg: Formulare, ohne Datum, (letzter Zugriff am 15.12.2025).

¹⁸⁸ Vgl. Homepage Wahlkommission Preußische Provinz Sachsen: „Wahlhelfer“, ohne Datum, (letzter Zugriff am 15.12.2025).

¹⁸⁹ Vgl. Homepage FzV: „Statut“, erneute Version vom 16.03.2025, (letzter Zugriff am 12.12.2025).

¹⁹⁰ Vgl. Homepage FzV: „Startseite“, ohne Datum, (letzter Zugriff am 10.11.2025).

¹⁹¹ Vgl. Homepage FzV: „Wer oder was ist die Förderorganisation zwingendes Völkerrecht (FzV)“, ohne Datum, (letzter Zugriff am 15.08.2025).

Aus dem Aufsplitterungsprozess ging neben der „FzV“ auch die „Internationale Organisation Völkerrecht“ (IOV) hervor. Diese trat 2025 stärker in der Öffentlichkeit in Erscheinung als die „FzV“. Die „IOV“ sieht sich dazu berufen, zur Aufklärung und Weiterbildung ihrer Rechtsauffassung aktiv beizutragen, indem sie milieutypische Inhalte verbreitet.¹⁹² Im Jahr 2025 wurde eine Vielzahl öffentlicher Aktivitäten der „IOV“ wahrgenommen. So wurden eigene Inhalte in sozialen Netzwerken veröffentlicht und vor allem Briefsendungen an Behörden verschickt. Seit 2025 ist zudem bekannt, dass die „IOV“ einerseits als Vereinigung auftritt und andererseits als ein in den USA registriertes Unternehmen.¹⁹³ Diese Unternehmensstruktur dient in erster Linie zum Betreiben des Online-Shops, in dem diverse Publikationen der „IOV“ angeboten werden.¹⁹⁴ Der Online-Shop soll demnach hauptsächlich zur Finanzierung der Struktur beitragen.

Die maßgebliche Kommunikation der „IOV“ findet weiterhin online statt. Ihr Internetauftritt sticht im Vergleich zu anderen Webseiten von „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ durch eine moderne und professionelle Aufmachung hervor. Es werden darüber hinaus alle gängigen Plattformen in den sozialen Medien bedient. Die Auftritte sind der jeweiligen Plattform entsprechend aufbereitet. Inhaltlich variieren die Beiträge zwar, grundsätzlich zielen sie jedoch darauf ab, die „IOV“ als international anerkannte Organisation darzustellen.¹⁹⁵ Das Ziel ist, sich im Spektrum der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ zu profilieren. Die vermeintliche Anerkennung der eigenen Organisationsstruktur durch deutsche und internationale Behörden soll die Legitimation der „IOV“ in der Szene stärken. Darüber hinaus gab es 2025 virtuelle Gesprächsrunden und reale Vortragsveranstaltungen, die bundesweit koordiniert und an mehreren Standorten gleichzeitig abgehalten wurden.¹⁹⁶ Dabei ist vor allem die Vernetzung der zahlreichen Akteure und Anhänger das Ziel. Dieses breite Aktivitätsspektrum verdeutlicht eine zunehmende Professionalisierung der Organisationsstruktur sowie eine vorhandene bundesweite Organisationsstrategie mit dem Ziel, Anhänger zu rekrutieren und langfristig zu binden.



Aufkleber der FzV



Wappen und Siegel der IOV



Strukturierte Organisationsformen: „Präsidialstaat Königreich Preußen“

Die Reichsbürgerorganisation „Präsidialstaat Königreich Preußen“ wurde am 5. Juni 2025 durch die Ausstellung einer schriftlichen Proklamation in Klocksinn (Mecklenburg-Vorpommern) gegründet. Es handelt sich um eine bundesweite Gruppierung mit einem Schwerpunkt in Ostdeutschland. Der „Präsidialstaat

¹⁹² Vgl. Homepage IOV: „Startseite“, ohne Datum, (letzter Zugriff am 12.12.2025).

¹⁹³ Vgl. Homepage IOV: „Kontakt“, ohne Datum, (letzter Zugriff am 10.11.2025).

¹⁹⁴ Vgl. Homepage IOV: „Shop“, ohne Datum, (letzter Zugriff am 10.11.2025).

¹⁹⁵ Vgl. Telegram IOV, diverse Beiträge ab Mai 2025, (letzter Zugriff am 10.11.2025).

¹⁹⁶ Vgl. Telegram IOV, diverse Beiträge ab Mai 2025, (letzter Zugriff am 10.11.2025).

Königreich Preußen“ verfolgt das Ziel, Preußen in den Grenzen von 1929 zu reaktivieren.¹⁹⁷ Die politische und territoriale Wiederherstellung Preußens, einschließlich der ehemaligen Ostgebiete, soll einerseits durch die Delegitimierung der bestehenden politischen Ordnung erreicht werden und andererseits durch den Aufbau von staatsähnlichen Parallelstrukturen. Dazu wird unter anderem auf antisemitische und reichsbürgertypische Verschwörungserzählungen Bezug genommen. In der Proklamation wird zum Beispiel festgestellt: „*Ein Deutschland hat es nie gegeben, ein Deutschland wurde nie als völkerrechtlicher Staat gegründet. Deutschland ist eine private Firma, die der Vatikan und die jüdisch zionistischen Okkupanten im Vatikanstaat Washington DC gegründet haben, niemand hat irgendetwas mit der Firma Deutschland zu tun.*“¹⁹⁸ Der Aufbau von Parallelstrukturen hingegen wird pseudojuristisch begründet und zielt darauf ab, bestehende politische Institutionen zu ersetzen, in dem auf allen staatlichen Ebenen Wahlen abgehalten werden sollen. Dadurch soll die Loslösung parallelstaatlicher Strukturen aus der Hoheitsgewalt der Bundesrepublik Deutschland erreicht werden. Solange keine Verfassung auf diese Weise verabschiedet worden ist, sollen ein eigens eingesetzter „Staatssekretär der Justiz“ und seine Stellvertreter als führende Akteure im „Präsidialstaat Königreich Preußen“ fungieren.¹⁹⁹ Die Selbstbezeichnung als „Präsidialstaat“ wurde gewählt, weil eine vermeintliche Handlungsunfähigkeit Preußens aufgrund der Abwesenheit des Königs bestehen soll.²⁰⁰ Dadurch soll auch ohne den Monarchen die institutionelle Handlungsfähigkeit Preußens sichergestellt werden.



Siegel des Präsidentialstaats Königreich Preußen²⁰¹

Die Organisation tritt sowohl virtuell als auch realweltlich in Erscheinung. Die Telegram-Kanäle weisen mehrere tausend Abonnenten auf und wurden teilweise aufgrund gesetzeswidriger Beiträge in Deutschland gesperrt. Ein Zugriff aus dem Ausland ist jedoch weiterhin möglich. Realweltlich ist die Organisation bei Diskussionsveranstaltungen präsent. In der zweiten Jahreshälfte 2025 konnten Beziehungen zu Vertretern der „1871er-Bewegung“ aufgebaut werden. Obwohl die ideologischen Unterschiede weiterhin bestehen und ein Kompromiss nicht gefunden werden konnte, erscheint der Minimalkonsens im Umsturz der Bundesrepublik Deutschland zu liegen.²⁰²

Die größte Aufmerksamkeit erhielt die Gruppierung durch einen inszenierten Besuch an der russischen Botschaft am 25. Juli 2025 in Prag. Ziel war die Überreichung der Proklamation des „Präsidialstaats Königreich Preußen“ an den russischen Botschafter. Der Besuch entwickelte sich jedoch schwieriger als von den Akteuren gedacht. Während die Botschaftsmitarbeitenden die Angehörigen des „Präsidialstaats Königreich Preußen“ mehrmals aufforderten, die Proklamation in den Briefkasten einzuwerfen, forderten die

¹⁹⁷ Vgl. Homepage Volltext: „Kommissarisch Preußische Notstandsregierung des Präsidentialstaat Königreich Preußen Proklamation Nr. 1 vom 05.06.2025“, S. 1, (letzter Zugriff am 12.12.2025).

¹⁹⁸ Vgl. Homepage Volltext: „Kommissarisch Preußische Notstandsregierung des Präsidentialstaat Königreich Preußen Proklamation Nr. 1 vom 05.06.2025“, S. 20, (letzter Zugriff am 12.12.2025).

¹⁹⁹ Vgl. Homepage Volltext: „Kommissarisch Preußische Notstandsregierung des Präsidentialstaat Königreich Preußen Proklamation Nr. 1 vom 05.06.2025“, S. 7, (letzter Zugriff am 12.12.2025).

²⁰⁰ Vgl. Telegram „Nur mit Preußen“: „Warum wurde Preußen proklamiert“, vom 19.05.2025, (letzter Zugriff am 11.11.2025).

²⁰¹ Entnommen aus: Homepage Volltext: „Kommissarisch Preußische Notstandsregierung des Präsidentialstaat Königreich Preußen Proklamation Nr. 1 vom 05.06.2025“, S. 4, (letzter Zugriff am 12.12.2025).

²⁰² Vgl. YouTube: „Stammtisch 1871 vom 28.09.2025“, (letzter Zugriff am 30.09.2025).

Reichsbürger eine Audienz beim Botschafter, um das Dokument persönlich zu überreichen. Schlussendlich blieb ihnen dieser Empfang verwehrt und sie mussten sich mit dem Einwurf in den Briefkasten zufriedengeben. Sie werteten diese Zustellung zwar als erfolgreiche Proklamation des „Präsidialstaats Königreich Preußen“, trotzdem war die Enttäuschung bei den Führungsakteuren prägend. Bis dato wurde das russische Regime als Verbündeter erachtet. Nunmehr erscheint ihnen auch Russland Teil der weltweiten Verschwörung gegen Preußen zu sein.²⁰³ In der Szene der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ wurde die Aktion geteilt aufgenommen. Während einige den Aktivismus lobten, kritisierten andere das aus ihrer Sicht unwürdige Auftreten.



Keine Audienz beim Botschafter: Die „Proklamation“ musste letztlich in den Briefkasten geworfen werden.

Einige Anhänger der Organisation gelten als äußerst gewalt- und waffenaffin. So erfolgte beispielsweise in Templin (UM) im Oktober 2025 bei einem der Anhänger eine Hausdurchsuchung aufgrund eines möglichen Verstoßes gegen das Waffengesetz. Weiterhin konnte bei der Maßnahme ein per Haftbefehl gesuchter bundesweit bekannter Reichsbürger, welcher als „kommissarischer Staatssekretär der Justiz“ den „Präsidialstaat Königreich Preußen“ leitete, kurzfristig festgesetzt werden. Eine dauerhafte Festnahme unterblieb, da die Person den offenen Betrag, der zur Ersatzfreiheitsstrafe führte, beglich. Im Nachgang der polizeilichen Durchsuchung behauptete der vermeintliche „kommissarische Staatssekretär der Justiz“, dass er und sein Freund, den er als „stellvertretenden Staatssekretär der Preußischen Justiz im Notstand“ bezeichnete, von „privaten Söldner [...] der Firma POLIZEI“ überfallen worden seien und dass diese „privaten Sicherheitsdienst-Mitarbeiter“ kinderpornographisches Material auf den Computer des Stellvertreters übertragen hätten.²⁰⁴

Auch nach dem der selbsternannte „kommissarische Staatssekretär der Justiz“ im Oktober 2025 verstarb, wurden die Aktivitäten des „Präsidialstaats Königreich Preußen“ fortgesetzt. Das verdeutlicht, dass die Organisation, obwohl sie noch verhältnismäßig neu ist, bereits auf gefestigte Strukturen zurückgreifen kann. Vor dem Hintergrund der Verbindungen zur „1871er-Bewegung“ ist das Rekrutierungspotenzial als hoch anzusehen. Inwiefern sich der „Präsidialstaat Königreich Preußen“ nach dem Ableben seiner Führungsfigur tatsächlich langfristig im Milieu der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ etablieren kann, bleibt abzuwarten.

²⁰³ Vgl. Telegram „Nur mit Preußen“: „Unser Besuch in Prag“, vom 29.07.2025, (letzter Zugriff am 11.11.2025).

²⁰⁴ Vgl. Telegram „Nur mit Preußen“: „Präsidialstaat Preußen Raubüberfall – Protokoll 1“ vom 12.10.2025 und „Präsidialstaat Preußen Raubüberfall – Protokoll 2“ vom 13.10.2025, (letzter Zugriff am 04.11.2025).

Lose Organisationsformen der „Reichsbürger und Selbstverwalter“

Neben den aufgeführten Zusammenschlüssen haben sich in vielen Teilen Brandenburgs kleinere, unstrukturierte regionale Reichsbürger-Milieus herausgebildet. Die Mehrheit dieses unstrukturierten Milieus eint die Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland. Immer wieder lässt sich in diesen unstrukturierten Milieus die Bildung loser Netzwerke beobachten, die über die Grenzen der Bundesländer hinweg miteinander kooperieren. Sie halten teilweise in sozialen Netzwerken, mit eigenen Videokanälen oder Internetpräsenzen zueinander Kontakt.

In Brandenburg ist das Personenpotenzial insbesondere in den losen Organisationsformen 2025 zwar erstmals seit dem Jahre 2020 wieder rückläufig. Dennoch bewegt es sich im Bundestrend weiterhin auf einem erhöhten Niveau. So war auch im Berichtszeitraum ein weiterhin starkes Aufkommen an reichsbürgertypischen Schreiben an kommunale Behörden, insbesondere im östlichen und südlichen Brandenburg, festzustellen. Die Akteure der Szene haben ein sehr hohes Mobilisierungspotenzial und eine hohe Bereitschaft, sich innerhalb des Milieus zu unterstützen. Dies zeigte sich bei Gerichtsverhandlungen gegen Anhänger der Szene, die zum Teil nur mit erheblichem Einsatz von Sicherheitspersonal durchgeführt werden konnten. Insbesondere werden Reichsbürger und Selbstverwalter durch Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte auffällig. So verweigern sie sich zum Beispiel bei polizeilichen (Verkehrs-)Kontrollen.

Bewertung / Ausblick

Die Reichsbürgerideologie ist insgesamt dazu geeignet, dass sich Personen in einem geschlossenen verschwörungstheoretischen Weltbild verlieren. Im Zuge dessen wird nicht selten aus Staatsverdrossenheit Staatshass. 2025 ist der deutsche Rechtsstaat konsequent gegen Akteure dieses Spektrums vorgegangen. So war das Verbot des selbsternannten „Königreichs Deutschland“ ein äußerst wirksamer Schlag gegen die größte Gruppierung des Milieus. Auch die langjährigen Haftstrafen gegen die „Vereinten Patrioten“ haben deutlich gemacht, dass Planungen von Sprengstoffanschlägen, von flächendeckenden Stromausfällen und gezielten Politikerentführungen zur Realisierung eines Systemumsturzes im Sinne der Reichsbürgerbewegung nicht ungeahndet bleiben. In diesem Verfahren wurde im März 2025 ein aus Brandenburg stammender Haupttäter, unter anderem wegen Gründung einer terroristischen Vereinigung in Tateinheit mit mitgliedschaftlicher Beteiligung, zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren und neun Monaten verurteilt.²⁰⁵

Die Verbreitung der Reichsbürger-Fantasien im Online-Bereich wird sich jedoch weiterhin fortsetzen und Sympathisanten für Aktivitäten mobilisieren. „Steckbrieflich“ gesuchte Staatsanwälte und Vorsteher von Finanzämtern in Brandenburg sind erschreckende Beispiele für diese Tendenzen. Vor diesem Hintergrund bewertet der Verfassungsschutz Brandenburg die „Reichsbürger und Selbstverwalter“ weiterhin als Bestrebung mit teilweise erheblichem Gefahrenpotenzial.

²⁰⁵ Vgl. Oberlandesgericht Koblenz: „Urteilsverkündung im Verfahren gegen fünf mutmaßliche Mitglieder einer terroristischen Vereinigung „Vereinte Patrioten“ (Prozessbeginn am 17. Mai 2023; Aktenzeichen 1 StE 2 BJs 141/22)“, vom 06.03.2025, aufrufbar unter: <https://olgko.justiz.rlp.de/presse-aktuelles/detail/urteilsverkuendung-im-verfahren-gegen-fuenf-mutmassliche-mitglieder-einer-terroristischen-vereinigung-vereinte-patrioten-prozessbeginn-am-17-mai-2023-aktenzeichen-1-ste-2-bjs-141-22>, (letzter Zugriff am 12.12.2025).

5. „Anastasia“-Bewegung

5. „Anastasia-Bewegung“

Der Verfassungsschutz Brandenburg führt die „Anastasia-Bewegung“ seit dem Jahr 2025 als gesichert extremistische Bestrebung. Denn seit der Verdachtsfalleinstufung im Juni 2023 konnten noch weiter reichende Erkenntnisse über die extremistischen Betätigungen gewonnen werden. So wurde in den zurückliegenden Jahren deutlich, dass die antisemitischen, fremden- und vor allem demokratiefeindlichen Ideologeelemente in der Bewegung real gelebt werden und für die Anhänger sowie ihr individuelles Handeln prägend sind.

Die verfassungsfeindlichen Ziele der Gruppierung werden in erster Linie in der gleichnamigen Buchreihe „Anastasia“ des russischen Autors Wladimir Nikolaewich Megre deutlich. Die zehn Bände umfassende Schrift legt mit antisemitischen, demokratiefeindlichen und verschwörungsideologischen Vorstellungen die ideologische Grundlage, die für „Anastasia“-Anhänger prägend ist. Hierbei ist festzuhalten, dass die extremistischen Inhalte kein Beiwerk, sondern vielmehr zentraler Bestandteil der Erzählung sind. Den Büchern liegt eine dualistische Weltanschauung zu Grunde, die dazu aufruft, die Demokratie und ihre Institutionen als solche abzulehnen. Damit wird ein breites demokratiefeindliches Publikum angesprochen, welches beispielsweise auch Rechtsextremisten, Reichsbürger und Selbstverwalter umfasst.

„Anastasia-Bewegung“ in Brandenburg

	2024	2025
Anzahl aktiver Landsitze	3	3
Personenpotenzial (geschätzt)	30-50	30-50

Sitz / Verbreitung



Gesicherte Erkenntnisse über die weltweite Zahl der Landsitze der „Anastasia-Bewegung“ liegen nicht vor. Vor allem in Russland und Belarus, wo die „Anastasia-Bewegung“ bereits seit den 1990er Jahren über Anhänger verfügt, befinden sich die meisten Landsitze. In Brandenburg sind derzeit etwa drei Familienlandsitze aktiv: in Grabow (OPR), in Liepe (BAR) und in Werder/Havel (PM). Zudem prägen zahlreiche Einzelaktivisten die Szene.

Gründung / Bestehen

Der „Anastasia-Bewegung“ liegt ideologisch die zehn Bände umfassende Buchreihe „Die klingenden Zedern Russlands“ des russischen Autors Wladimir Nikolaewich Megre zugrunde. Sie wurde zwischen 1996 und 2010 in russischer Sprache veröffentlicht. Seitdem sind erste Anhänger der „Anastasia-Bewegung“ in Russland und Belarus aktiv. Zwischen 1999 und 2011 wurde die Buchreihe in deutscher Sprache veröffentlicht. Dementsprechend setzten die Siedlungsprojekte in Deutschland sowie in Brandenburg etwas später als in Osteuropa ein. Das „Urahnererbe Germania“ aus Liepe (BAR) ist vermutlich die älteste und zugleich die öffentlich aktivste „Anastasia-Bestrebung“ in Brandenburg. Das „Urahnererbe Germania“ tritt nicht nur als Multiplikator der Inhalte der Buchreihe auf, vielmehr fügt es eigene rechtsextremistische und verschwörungsideologische Vorstellungen hinzu, sodass hier letztlich eine ideologische Weiterentwicklung praktiziert wird.

Struktur / Repräsentanten

Der wohl bekannteste Vertreter der „Anastasia-Bewegung“ ist der russische Autor der Buchreihe selbst: Wladimir Nikolaewich Megre. Er idealisiert ein möglichst autarkes Leben auf Familienlandsitzen mit jeweils etwa einem Hektar Fläche pro Familie. Da sich eine Vielzahl seiner Anhänger der konkreten Umsetzung der „Anastasia“-Bücher verschrieben hat, besteht die Hauptstruktur der „Anastasia-Bewegung“ aus vernetzten Familienlandsitzen. Eine bundesweite Dachorganisation ist nicht bekannt. Neben den Familienlandsitzen sind Einzelpersonen mit teils überregionaler Reichweite an der Verbreitung der Ideologie beteiligt.

Personenpotenzial: Mitglieder / Anhänger / Unterstützer

Dem Verfassungsschutz sind etwa fünf Familienlandsitze und -siedlungen in Brandenburg bekannt, von denen jedoch nur drei Aktivitäten entfalten. Das Personenpotenzial liegt im unteren bis mittleren zweistelligen Bereich.

Kurzportrait / Ziele

Die Anhänger der „Anastasia-Bewegung“ streben eine nahezu vollständige Umsetzung der von Wladimir Nikolaewich Megre in seinen Büchern dargelegten Ideologie an. Diese zielt auf sämtliche Lebensbereiche ab. So wird vorgegeben, in welcher Form die Menschen zusammenzuleben haben. Zum Beispiel sollen Kinder von „Anastasia“-Anhängern nicht mehr öffentliche Schulen besuchen. Hingearbeitet wird unter anderem auf eine tribalistische Parallelwelt, also auf eine jenseits unserer demokratischen Gesellschaft

²⁰⁶ Entnommen aus: Homepage „Urahnererbe Germania“: Sinnbild, ohne Datum, (letzter Zugriff am 10.11.2025).

autark agierende Stammes-Gemeinschaft, die ausschließlich ihren eigenen von Extremisten durchgezogenen Vorstellungen folgt.

Finanzierung

Die Finanzierung der Familienlandsitze und ihrer Aktivitäten ist individuell. Einige erzielen Einnahmen beispielsweise durch das Ausrichten zahlungspflichtiger Vortragsveranstaltungen und den Verkauf eigener Publikationen. Andere generieren Gelder aus der Verpachtung beziehungsweise Vermietung von „Probefamilien“, mit denen sie gleichzeitig versuchen, neue Anhänger zu rekrutieren. Besonders erfolgreich sind Anknüpfungspunkte im esoterisch-spirituellen Bereich.

Veröffentlichungen / Reichweite

Den Angaben seiner eigenen Webseite nach hat Wladimir Nikolaewich Megre weltweit insgesamt etwa elf Millionen Exemplare seiner Bücher verkauft. Diese sollen in 23 Sprachen übersetzt worden sein.²⁰⁷ Parallel dazu sind die zehn Bände international als Hörbücher verfügbar. Darüber hinaus gibt es sowohl in russischer als auch in deutscher Sprache eine Vielzahl von Kanälen in den sozialen Netzwerken, die die Inhalte der „Anastasia-Bewegung“ verbreiten. In Anbetracht dessen, dass auch deutschsprachige Kanäle und Gruppen auf Telegram über hunderte oder gar tausende Mitglieder und Abonnenten verfügen²⁰⁸, muss eine durchaus hohe Reichweite in Deutschland angenommen werden.

Grund für die Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die „Anastasia-Bewegung“ vertritt als dezentral organisierte Gruppierung sektenähnliche, verschwörungstheoretische, neuheidnische und rechtsextremistische Glaubenssätze. Die ideologische Grundlage stellt das zehnbändige Werk „Anastasia“ des russischen Autors Wladimir Nikolaewich Megre, der eigentlich Wladimir Pusakow heißt, dar.²⁰⁹ In diesem Roman schildert der Autor seine Begegnung mit Anastasia, der Hauptfigur des Werkes. Diese tritt in den Büchern als Vertreterin des fiktiven Volkes der „Weden“ auf und lebt als Einsiedlerin in der russischen Taiga. Die Darstellung wirkt wie ein Erfahrungsbericht und suggeriert dem Leser eine reale Begegnung. Dabei gewinnt die Geschichtserzählung durch zwei Aspekte an Dynamik. Einerseits vertieft der Autor im Verlauf der Erzählung seine persönliche Beziehung mit der fiktiven Anastasia, so wird sogar ein gemeinsames Kind gezeugt.²¹⁰ Andererseits wird er von Anastasia überzeugt, sein Leben zu wandeln. Während er zu Beginn des Werkes als erfolgreicher Unternehmer ein liberales Leben mit Konsum und Freizügigkeiten führte, bringt ihm Anastasia ein idealisiertes Leben in der Tradition des wedrussischen Volkes nah.

Dieses Volk soll vor rund einer Million Jahren großflächig in Asien und Europa traditionell im Einklang mit der Natur auf Familienlandsitzen gelebt haben. Die Vertreter dieser Volksgruppe sowie Anastasia selbst sollen dabei über metaphysische Fähigkeiten verfügt haben. Dazu zählen zum Beispiel die Telepathie und ein Heilstrahl zur Behandlung von Krankheiten.²¹¹ Die Erzählung transportiert einen Konflikt zweier konträrer Gesellschaftsmodelle. Während das eine Modell, welches in den Büchern klar abgelehnt wird, für ein modernes Leben nach westlichem Vorbild steht, symbolisiert das von Anastasia propagierte Modell

²⁰⁷ Vgl. Homepage von Wladimir Nikolaewich Megre: „Biography of Vladimir Megre“, ohne Datum, (letzter Zugriff am 21.11.2025).

²⁰⁸ Vgl. beispielhaft: Telegram-Kanal: „Familienlandsitz & Siedlungsforum“ oder Telegram-Kanal: „Urahnenerbe“, (letzter Zugriff am 25.11.2025).

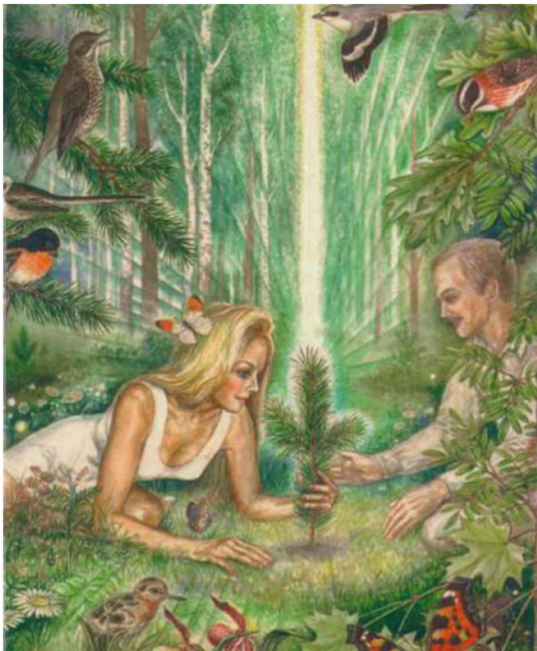
²⁰⁹ Vgl. Roepke, Andrea/Speit, Andreas: Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos, Ch. Links Verlag Berlin 2019, S. 143.

²¹⁰ Vgl. Schenderlein, Laura: Demokratiefeindliche Fabelwelten. Die Anastasia-Bewegung im Land Brandenburg zwischen Esoterik und Rechtsextremismus, in: Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle, Ausgabe 8 (2020). S. 5.

²¹¹ Vgl. Pöhlmann, Matthias: Rechte Esoterik. Wenn sich alternatives Denken und Extremismus gefährlich vermischen, Verlag Herder GmbH Freiburg im Breisgau 2021, S. 205.

ein angeblich naturverbundenes, antimodernes und zugleich technologiefeindliches Leben, das von vermeintlich traditionell-heidnischen Riten und Symbolen getragen wird. Hierbei werden zudem rassistische Lehren verbreitet, um den angeblichen Einfluss der „Telegonie“ zu überwinden. Nach dieser pseudowissenschaftlichen Vererbungslehre würde einer Frau durch den ersten sexuellen Kontakt mit einem Mann dessen Bluts- und Geistesstempel aufgedrückt. Gebäre sie später ein Kind, dessen Vater ein anderer Mann sei, würde dieses Kind sowohl den Genotyp als auch den Phänotyp des ersten Mannes aufweisen.²¹²

Megre und Anastasia in der Taiga ²¹³



Ideologie: Wahrheit versus Täuschung

Mit der Einführung des wedrussischen Volkes verbindet der Autor eine geschichtsrevisionistische und verschwörungstheoretische Ideologie, die mit dem Demokratie-, Rechtsstaats- und Menschenwürdeprinzip unvereinbar ist. In Band 8.1 hat Wladimir Nikolaewich Megre einen Gesetzentwurf veröffentlicht, in dem eine zeitgenössische Umsetzung jener Gesellschaft im Sinne dieser fiktiven Geschichtserzählung skizziert wird. Dabei sollen Siedlungen mit mehr als 150 einheitlich ausgestalteten Familienlandsitzen entstehen. Ziel soll ein naturverbundenes und autarkes Leben sein, sodass zeitgenössische Themen wie Ökologie und Nachhaltigkeit die Anschlussfähigkeit bis in die Mitte der Gesellschaft ebnen. Der Autor hält dazu aber fest: „Es ist nicht gestattet, ein Grundstück zur Errichtung eines Familienlandsitzes Ausländern und Staatenlosen zu übertragen.“²¹⁴ Hieran wird der extremistische Charakter des Familienlandsitzprinzips letztlich deutlich, da der Gesetzentwurf den

Grundstückserwerb von der nationalen Zugehörigkeit abhängig macht. Dieses kommt einer systematischen Diskriminierung gleich. Darüber hinaus ist das Thema Bildung und Schule zentraler Bestandteil der Familienlandsitzsiedlung. Dazu wird in der Buchreihe das Schulkonzept nach der Schetinin-Pädagogik befürwortet und herkömmliche Erziehungs- und Beschulungsmethoden als Entfremdung vom Natürlichen und als Realitätsverzerrung angesehen.²¹⁵ Michail Petrowitsch Schetinin war ein russischer Pädagoge und Begründer des Lyzeums, einer Waldschule im südrussischen Tekos. Seine Pädagogik fußt auf militärischem Drill und esoterisch-spirituellen Inhalten.²¹⁶

An das von Wladimir Nikolaewich Megre idealisierte „wedische Zeitalter“, das seinen Angaben nach 990.000 Jahre umfasst haben soll, schließt sich in den „Anastasia“-Büchern die „bildhafte Epoche“ mit einer Dauer von 9.000 Jahren an. Hier sei die Menschheitsgeschichte an einem Wendepunkt gewesen, denn sechs Menschen – die im weiteren Verlauf als Priester bezeichnet werden – setzten sich zum Ziel, die Menschheit zu beherrschen. Einer der sechs Priester, der Oberpriester, hält sich dabei für den „[...] obersten Führer der menschlichen Gesellschaft [...]“²¹⁷. Diese Priester unter Führung des Oberpriesters fungieren als Gegner der Wedrussen und ihr Herrschaftsmodell wird von Wladimir Nikolaewich Megre äquivalent zu modernen Gesellschaften nach westlichem Vorbild dargestellt. Aktuell soll laut dem Autor

²¹² Megre, V.: Anastasia, Die Bräuche der Liebe (Band 8.2), S. 38.

²¹³ Entnommen aus: Megre, V.: Anastasia, Schöpfung (Band 4).

²¹⁴ Megre, V.: Anastasia, Neue Zivilisation (Band 8.1), S. 176.

²¹⁵ Megre, V.: Anastasia, Tochter der Taiga (Band 1), S. 88 und 92; Megre, V.: Anastasia, Raum der Liebe (Band 3), S. 134-137.

²¹⁶ Vgl. Broschüre: Lyzeum / Integrierte Persönlichkeitsbildung von Kindern und Jugendlichen. Pilotentwicklung des Bildungsmodells „Schule des 21. Jahrhunderts“ von 2019.

²¹⁷ Megre, V.: Anastasia, Das Wissen der Ahnen (Band 6), S. 165.

die Epoche des Okkultismus²¹⁸ vorherrschen. Mit einer Dauer von 1.000 Jahren stellt sie die dritte und kürzeste dar. Sie beschreibt die Herrschaft des Oberpriesters über die Menschen mit diversen Herrschafts- und Manipulationsinstrumenten, sodass Wladimir Nikolaevich Megre von „Sklaven“ spricht.²¹⁹ Die Demokratie wird als ein solches Täuschungsinstrument der Priester verächtlich gemacht: „Und die Menschen in den hochentwickelten demokratischen Ländern wählen Parlamente und Präsidenten mit der Mehrheit der Stimmen. Wählen?! Völliger Unsinn! Völlige Illusion! Es gibt keine Wahlen! Kein einziges Mal, in keinem Staat, der als demokratisch gilt und zivilisiert gilt, war je das Volk an der Macht. Und die Wahlen? Sie sind völlig illusorisch! [...] Somit ist die moderne Demokratie eine Illusion der Menschenmassen. Ihr Glaube an einen unrealen Aufbau der Gemeinschaft, eine nicht reale, illusorische Welt. [...] Die Demokratie ist die gefährlichste Illusion, der eine große Zahl von Menschen unterliegen.“²²⁰

Dem Judentum und Personen jüdischen Glaubens kommt dabei eine besondere Rolle als Instrument und Träger der Manipulation zu. Die biblische Erzählung, wonach Moses die Israeliten aus der ägyptischen Sklaverei befreite, wird dahingehend umgedeutet, als dass das Judentum von Wladimir Nikolaevich Megre nicht als Religion, sondern als verfälschte Weltanschauung beschrieben wird. Moses wird als Opfer und Träger der Manipulation des Oberpriesters dargestellt. „[Der] größte Teil des jüdischen Volkes [...] und Moses selbst wurden zum Werkzeug in den Händen des Oberpriesters. Sie sind seine Soldaten, die er verpflichtete, seiner Eigenliebe zu gefallen, die Macht über die Menschen der ganzen Erde zu ergreifen.“²²¹

Besonders offensichtlich wird der Antisemitismus im sechsten Band der „Anastasia“-Buchreihe. Mit einer vor allem im Rechtsextremismus verbreiteten Schuldumkehr deutet Wladimir Nikolaevich Megre die menschenverachtenden Verbrechen des Nationalsozialismus im Rahmen des Holocausts als gerechtfertigte Bestrafungsmaßnahme am jüdischen Volk: „Es sind sogar Dokumente erhalten geblieben, wie man in den Jahren jenes Krieges Juden [...] in Öfen verbrannt, mit Gas vergiftet und in Gemeinschaftsgräbern lebendig begraben hat. Nicht einer, nicht Hunderte, nicht Tausende [...] kamen um, es waren Millionen, die in diesem kurzen Zeitraum brutal ermordet wurden. Historiker halten Hitler für schuldig. Aber wer war zu einer anderen Zeit Schuld: im Jahr 1113, Kiewer Rus. [...] Da das schon mehr als ein Jahrtausend geschieht, kann man den Schluss ziehen, dass das jüdische Volk vor den Menschen Schuld hat.“²²²

Hieran wird deutlich, dass Wladimir Nikolaevich Megre gezielt unterschiedliche Formen des Antisemitismus vermischt und so ein umfassendes, gegen Juden gerichtetes Feindbild zeichnet. Diese Vorgehensweise wird von vielen Anhängern der „Anastasia-Bewegung“ übernommen. So verbreitet beispielsweise das selbsternannte „Urahnererbe Germania“ im Internet regelmäßig antijüdische Inhalte. Auf dessen Telegram-Kanal „Urahnererbe“ heißt es unter anderem: „Wenn ich mich recht erinnere steht da, dass sie die Soldaten der Priester sind und die Leviten die Generäle. So wurden sie konditioniert in der Wüste.“²²³ Weiterhin erfolgt durch die gezielte Abwandlung von Begriffen wie „westliche ZivilsatiZion“, „RevolutZion“ oder „Migratzion“ eine der antisemitischen Ideologie strikt folgende Einordnung gesellschaftlicher Phänomene.²²⁴ Wie bei Wladimir Nikolaevich Megre soll hiermit das Handeln von Juden und gar deren Existenz generell diskreditiert werden. Ebenso soll der Westen in seiner Gesamtheit als von Juden gelenkt erscheinen.

²¹⁸ Okkultismus ist eine Wortbildung vom lateinischen „oc cultus“, und bedeutet verborgen oder versteckt. Der Begriff dient seit dem 19. Jahrhundert als Sammelbegriff für Praktiken, die sich mit scheinbar unnormalen Erscheinungen befassen.

²¹⁹ Megre, V.: Anastasia, Das Wissen der Ahnen (Band 6), S. 205-208.

²²⁰ Megre, V.: Anastasia, Das Wissen der Ahnen (Band 6), S. 268 ff.

²²¹ Megre, V.: Anastasia, Das Wissen der Ahnen (Band 6), S. 174.

²²² Megre, V.: Anastasia, Das Wissen der Ahnen (Band 6), S. 172-174.

²²³ Vgl. Telegram-Kanal „Urahnererbe Germania“: Kommentar vom 30.01.2024, (letzter Zugriff am 25.11.2025).

²²⁴ Telegram-Kanal „Urahnererbe Germania“: Beiträge aus 2024, (letzter Zugriff am 25.11.2025).

Entwicklungen im Berichtszeitraum

Dem brandenburgischen Verfassungsschutz sind derzeit drei aktive Familienlandsitze und -siedlungen bekannt. Das Personenpotenzial lag 2025 im unteren bis mittleren zweistelligen Bereich. Auf eine Berichterstattung zu zwei weiteren brandenburgischen Familienlandsitzen wird hier verzichtet, da von diesen seit einigen Jahren keine merklichen Aktivitäten mehr ausgehen.

Goldenes Grabow



Die größte Bestrebung und eines der bekanntesten Siedlungsprojekte, das „Goldene Grabow“, befindet sich in der Ortschaft Grabow bei Blumenthal in Heiligengrabe (OPR). Derzeit wird davon ausgegangen, dass die Siedlung aus einzelnen größeren Familien besteht.²²⁵ Als Anführer des Siedlungsvorhabens gelten die Bewohner des Familienlandsitzes „Landolfswiese“, die zugleich Geschäftsführer des Unternehmens „Goldenes Grabow Dorferneuerungen EWIV“²²⁶ sind. Das Unternehmen wurde 2014 im Handelsregister aufgenommen und dient als Organisationsgrundlage für den Landerwerb. Anhänger und Sympathisanten der Buchreihe können sich für einen Probelandsitz bewerben, um so die Lebensvorstellung der Bücher zu verwirklichen.²²⁷

Das Wappen des Goldenen Grabow ²²⁸

Die Gewaltorientierung der Gruppierung wird als niedrig eingeschätzt. Dennoch ist die persönliche Vernetzung der Anhänger des „Goldenen Grabows“ mit anderen extremistischen Gruppierungen, insbesondere mit anderen „Anastasia“-Siedlungen, bekannt. Erste Aktivitäten der Gruppierung in Grabow gehen auf den Zeitraum 2010 bis 2012 zurück. Dabei sollen erste Lesetreffen im Ort abgehalten und Siedlungsvorhaben besprochen worden sein.²²⁹ Nach der Gründung der „Goldenes Grabow Dorferneuerungen EWIV“ setzte eine Expansionsphase ein. Diese drückte sich durch eine aktive Internetpräsenz, die Ausrichtung öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen wie den „Anastasia-Festspielen“ sowie zunehmende Landkäufe und eine geplante Schulgründung aus.²³⁰

Neben der extremistischen Ideologie der „Anastasia-Bewegung“ finden sich beim „Goldenen Grabow“ weitere verfassungsfeindliche Anhaltspunkte. So riefen Anhänger der Gruppe im Jahr 2015 im Zusammenhang mit der Flüchtlingsdebatte unter Verwendung verschwörungstheoretischer Argumentationen zur Gründung einer „Dorfwehr“ auf.²³¹ Hierbei stellten sie das Gewaltmonopol des Staates und somit auch das Rechtsstaatsprinzip offen infrage. Der öffentliche Druck führte in den zurückliegenden Jahren zur zunehmenden Abschottung der Gruppe und eine Schulgründung konnte nicht realisiert werden. Öffentliche Veranstaltungen wurden seit 2019, ebenso wie die zuvor aktiv gepflegten Internetauftritte, eingestellt. 2021 wurde das Ende des Siedlungsprojektes bekanntgegeben. Allerdings äußerte im Juni 2023 ein führender Anhänger des „Goldenen Grabow“, dass das Ziel weiterhin die Erneuerung des Dorfes sei und „[e]in Teil dieser Idee ist der Aufbau von Familienlandsitzen.“²³² Dementsprechend kann davon

²²⁵ Vgl. Homepage „Garten WEden“: „Landfreikauf Goldenes Grabow“, v. 10.12.2014, (letzter Zugriff am 21.11.2025).

²²⁶ EWIV steht dabei für eine „Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung“.

²²⁷ Vgl. Homepage „Garten WEden“: „Landfreikauf Goldenes Grabow“, v. 10.12.2014, (letzter Zugriff am 21.11.2025).

²²⁸ Entnommen der ehemaligen Homepage „Landolfswiese“ (nicht mehr online verfügbar).

²²⁹ Schenderlein, Laura: Demokratiefeindliche Fabelwelten. Die Anastasia-Bewegung im Land Brandenburg zwischen Esoterik und Rechtsextremismus, in: Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle, Ausgabe 8 (2020). S. 11.

²³⁰ Vgl. u.a. Homepage „Garten WEden“: „Landfreikauf Goldenes Grabow“, v. 10.12.2014, (letzter Zugriff am 21.11.2025).

²³¹ Schenderlein, Laura: Demokratiefeindliche Fabelwelten. Die Anastasia-Bewegung im Land Brandenburg zwischen Esoterik und Rechtsextremismus, in: Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle, Ausgabe 8 (2020). S. 11.

²³² Köpsell, Lena: Mein Nachbar, der Reichsbürger, in: Märkische Allgemeine Zeitung vom 24.06.2023, S. 5.

ausgegangen werden, dass die Gruppierung weiterhin aktiv ist. Auffällig ist hierbei, dass im Juni 2025 unweit von Grabow eine Musikveranstaltung stattgefunden haben soll, bei der eine Anhängerin der Familienlandsitzsiedlung „Weda Elysia“ Musikstücke aus dem völkisch-nationalen und rechtsextremistischen Spektrum aufführte. Aufgrund der räumlichen Nähe und der Zugehörigkeit der Organisatoren zur „Anastasia-Bewegung“ ist davon auszugehen, dass die Veranstaltung auch in Beziehung zum „Goldenen Grabow“ stand.²³³

Urahnererbe Germania

Das „Urahnererbe Germania“ ist vermutlich die älteste und zugleich die öffentlich aktivste „Anastasia-Bestrebungsgruppe“ in Brandenburg. Trotz der Ähnlichkeit des Namens sieht sich die Organisation nicht in der Nachfolge der nationalsozialistischen Forschungsgemeinschaft „Deutsches Ahnenerbe e. V.“. Allerdings wird die Ura-Linda-Chronik, eine literarische Fälschung, die von Herman Wirth 1933 ins Deutsche übersetzt und propagiert wurde, als reale historische Quelle behandelt, sodass zumindest eine inhaltliche Nähe zum nationalsozialistischen Ahnenerbe besteht.²³⁴ Daran wird deutlich, dass das „Urahnererbe Germania“ nicht nur als Multiplikator der Ideen der „Anastasia-Bewegung“ agiert, sondern als eine zentrale Ideologie im deutschsprachigen Raum anzusehen ist. Allem voran die offen kommunizierte Verbindung slawisch-arischer Vorstellungen des russischen Esoterikers Alexander Hinewitsch mit der „Anastasia“-Buchreihe sind hier hervorzuheben, da auf diese Weise nationalsozialistische Symbole verbreitet werden.²³⁵

Der Familienlandsitz des „Urahnerbes Germania“ liegt zwar im brandenburgischen Liepe (BAR), jedoch kommuniziert die Gruppierung über den gesamten deutschsprachigen Raum. In Brandenburg selbst liegt das Personenpotenzial im einstelligen Bereich. Vortragsveranstaltungen, der Vertrieb von Publikationen sowie der Verkauf alternativmedizinischer Apparaturen sind die hauptsächlichen Finanzierungsquellen der Organisation. Die Artikel werden über eigene Webseiten, Social-Media-Plattformen und auf Veranstaltungen beworben. Inhaltlich behandeln die Veranstaltungen esoterisch-spirituelle, verschwörungstheoretische und geschichtsrevisionsistische Inhalte. Ebenso werden neue beziehungsweise alternative Gesellschaftsmodelle und ein Leben nach Vorbild der „Anastasia“-Ideologie propagiert. Für das Jahr 2025 wurden entsprechende Vortragsveranstaltungen – insbesondere im nord- und ostdeutschen Raum – verzeichnet. Die Verbreitung verfassungsschutzrelevanter Inhalte findet jedoch nicht nur gemäß der Vorstellung der „Anastasia“-Anhänger „Aug in Aug“, sondern auch online statt.²³⁶

Die Ideologie der „Anastasia-Bewegung“ ist in Bezug auf die Ausrichtung nach Osteuropa handlungsleitend für die Anhänger des „Urahnererbe Germania“. Diese vertreten die Behauptung, dass der Westen – einschließlich Westdeutschlands – dem Osten gesellschaftlich unterlegen sei. Die schlichte Begründung dafür lautet: Der Westen ist verflucht²³⁷, was aus Sicht der Anastasia-Anhänger daran läge, dass er angeblich von Juden gelenkt werde. Bereits im Laufe des Jahres 2024 zeichnete sich folglich durch Akteure des „Urahnererbe Germania“ eine individuelle Orientierung nach Osteuropa ab. Ein Nachrichtenbeitrag des belarussischen Staatssenders zeigt den neuen Siedlungsort in Belarus. Dabei wird deutlich, dass die Lebensverhältnisse einfach ausgestaltet sind. In der kurzen Reportage werden einfache Blockhütten mit Wellblechdächern gezeigt. Die Umgebung ist vor allem landwirtschaftlich mit geringem Industrialisierungs- und Technisierungsgrad geprägt. Allerdings wird durch die „Anastasia“-Anhänger und den

²³³ Duwe, Silvio / Lenze, Dominik: Völkische Lieder zwischen Klangschalen: Wie Rechtsextreme Yoga-Räume erobern, in: Tagesspiegel Online vom 05.09.2025, aufrufbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/volkische-lieder-zwischen-klangschalen-wie-rechtsextreme-yoga-raume-erobern-14197505.html> (letzter Zugriff am 05.09.2025).

²³⁴ Vgl. Homepage „Urahnererbe Germania“: Sinnbild, ohne Datum, (letzter Zugriff am 21.11.2025).

²³⁵ Leber, Sebastian: Gesellschaft Außen Öko, innen Hass, in: Tagesspiegel Online vom 3.12.2020, aufrufbar unter: [tagesspiegel.de/gesellschaft/aussen-oko-innen-hass-4214677.html](https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/aussen-oko-innen-hass-4214677.html), (letzter Zugriff am 26.11.2024).

²³⁶ Vgl. Telegram-Kanal „Urahnererbe Germania“, (letzter Zugriff am 21.11.2025).

²³⁷ Telegram-Kanal „Urahnererbe Germania“: Beiträge aus Februar 2024, (letzter Zugriff am 25.11.2025).

belarussischen Staatssender vor allem das Bild einer freiheitlichen, offenen und vor allem gastfreundlichen Gesellschaft in Belarus gezeichnet. Dazu wird auch auf eine vermeintliche gemeinsame Identitätsgrundlage durch die biografische Verbundenheit zur DDR referenziert. Die Bundesrepublik Deutschland hingegen wird als repressive Gesellschaft skizziert, in der diese positive Erzählung über Osteuropa keinen Platz findet.²³⁸



Die Verwendung nationalsozialistischer Symbolik, wie hier auf dem Telegram-Kanal des „Urahnererbe Germania“, erfolgt im Kontext vermeintlich mythologisch-esoterischer Darstellungen.²³⁹



Die thematische Breite veranschaulicht die Vernetzungsmöglichkeiten des „Urahnererbe Germania“ – vor allem mit esoterischen und alternativmedizinischen Milieus. Dadurch können die vom „Urahnererbe Germania“ verbreiteten rassistischen, völkischen und nationalsozialistischen Vorstellungen in ein ursprünglich unpolitisches beziehungsweise nicht-extremistisches Milieu getragen werden. Seit 2017 zeigen sich zudem Bezüge zum Milieu der „Reichsbürger und Selbstverwalter“. Die Vernetzung des „Urahnererbe Germania“ wurde Ende 2022 durch die Verbindung zum selbsternannten und inzwischen verbotenen „Königreich Deutschland“ (KRD)²⁴⁰ deutlich. Laut der Webseite versteht sich das Unternehmen weiterhin als „Betrieb im KRD“.²⁴¹ In einer Ankündigung vom 4. Juni 2025 wurde bekanntgegeben, dass nach dem Verbot des „KRD“ eine Gewerbeanmeldung vorgenommen worden sei. Zudem wurde bekräftigt, dass das „KRD“ als Plattform zur Steuervermeidung genutzt wurde.²⁴² Eine inhaltliche Distanzierung vom „KRD“ ist nicht zu erkennen.

Oase Goldammer

Die „Oase Goldammer“ wird als Naturprojekt seit 2013 von einer einzelnen Person in Werder/Havel (PM) betrieben. Die rund 8.000 m² große Fläche wird eigenen Angaben zufolge teilweise bewirtschaftet und in Teilen der Natur belassen. Als prägendes Leitbild wird unter anderem die Idee der Familienlandsitze aus der „Anastasia“-Buchreihe angegeben.²⁴³

²³⁸ Vgl. Homepage TV Belarus 1: „Kakie goroda uspel posetit „poezd pamyati“, v. 23.06.2024, (letzter Zugriff am 21.11.2025).

²³⁹ Telegram-Kanal „Urahnererbe Germania“: Beiträge aus August 2024, (letzter Zugriff am 25.11.2025).

²⁴⁰ Für weiterführende Informationen zum „Königreich Deutschland“ siehe Kapitel 4 „Reichsbürger und Selbstverwalter“.

²⁴¹ Vgl. Homepage „Urahnererbe Germania“: Treffen, ohne Datum, (letzter Zugriff am 11.11.2025).

²⁴² Vgl. Telegram-Kanal „Urahnererbe Germania“: Beitrag vom 04.06.2025, (letzter Zugriff am 11.11.2025).

²⁴³ Vgl. Homepage „Oase Goldammer“: Naturprojekt Oase Goldammer, ohne Datum, (letzter Zugriff am 21.11.2025).

Im weiteren Internetauftritt werden Verbindungen zu Ideen anderer verfassungsschutzrelevanter Bereiche deutlich. Mit Blick auf die Corona-Pandemie finden sich auf der Internetseite beispielsweise Texte, die Bezüge zur „Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ aufweisen. Dabei heißt es unter anderem: „Gerade hier in Mitteldeutschland sind Feigheit und Anschwärzen teils brutal anerzogen worden. In der DDR aufgewachsen, ist mir das vollkommen klar. Mit Blick auf den Westen kann ich aber sagen: Da hat man seit 2020 doch sehr gut aufgeholt, teils sogar überholt. So viel Lust auf den ‚Erlebnispark Diktatur‘ hatte ich dort nicht erwartet.“²⁴⁴ Darüber hinaus konnten dem Impressum auch im Jahr 2025 Inhalte entnommen werden, die dem Spektrum der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ zuzurechnen sind. So wird die Bundesrepublik Deutschland als „Bundessozialistische Irrenanstalt DEUTSCHLAND („Vereinigtes Wirtschaftsgebiet“, siehe GG für die verfassungslose BRD)“ und das Finanzamt Brandenburg als „FinanzVERWALTUNG (kein Amt) Brandenburg“ bezeichnet. Die EU wird als „handelsrechtlicher Verein“ betitelt.²⁴⁵

Bewertung / Ausblick

Die Entwicklungen des Jahres 2025 zeigen insgesamt eine Fortsetzung der Anastasia-Aktivitäten. Die verstärkte Sensibilisierung der Bevölkerung und das zunehmend konspirative Verhalten der Anhänger sprechen weiterhin gegen ein nachhaltiges Mitgliederwachstum, insbesondere gegen ein Eindringen in die gesellschaftliche Mitte. Allerdings darf die ideologische Anschlussfähigkeit der Bewegung nicht unterschätzt werden. Das gilt insbesondere für die rechtsextremistische Szene sowie das Milieu der „Reichsbürger und Selbstverwalter“. Aus bestimmten alternativen Spektren, in denen bereits verschwörungstheoretische und demokratiefeindliche Ideen zirkulieren, hat sich die „Anastasia-Bewegung“ weitere Anhänger rekrutieren können. Vor allem vielfältigen Themen wie Pädagogik, Esoterik und Spiritualität sowie Fragen nach Identität, Heimat und Migration, die in der „Anastasia“-Buchreihe und unter ihrer Anhängerschaft breit diskutiert werden, berühren zentrale Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Es besteht die Gefahr, dass besonders Akteure aus dem Umfeld des „KRD“ zunehmend im Lager der „Anastasia-Bewegung“ in Erscheinung treten könnten. Dies ist vor dem Hintergrund des erfolgten Verbots sowie der personellen und ideologischen Überschneidungen zu erwarten.

²⁴⁴ Homepage „Oase Goldammer“: Alternativen zur Systemkrise: Konzepte für ein nachhaltiges Leben, ohne Datum, (letzter Zugriff am 25.11.2025).

²⁴⁵ Homepage „Oase Goldammer“: Impressum & Nutzungsbestimmungen, ohne Datum, (letzter Zugriff am 25.11.2025).

6. Linksextremismus

6. Linksextremismus

Für den Verfassungsschutz ist Linksextremismus ein Oberbegriff für alle gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Bestrebungen. Ziel dieser Bestrebungen ist es, die als imperialistisch sowie menschenfeindlich diffamierte demokratische Gesellschafts- und Staatsordnung durch einen revolutionären Akt zugunsten eines kommunistischen Systems beziehungsweise einer herrschaftsfreien, anarchistischen Gesellschaft zu beseitigen. Der Demokratie wird unterstellt, sie diene ausschließlich der Unterdrückung der Massen bei gleichzeitiger Maskierung der Herrschaftssicherung der gesellschaftlichen Elite. Die Ansätze zur Umsetzung dieses Ziels variieren jedoch stark.

Anarchisten lehnen jede Form der Herrschaft von Menschen über Menschen ab, also auch jede Form staatlicher Hoheitsgewalt. Dabei setzen sie demokratische Gesellschaften mit autoritären Regimen gleich. Im Anarchismus gibt es verschiedene Strömungen, die sich ideologisch oder durch ihren Organisationsgrad unterscheiden. Eher organisationsfeindliche, stark gewaltorientierte Anarchisten wollen den demokratischen Rechtsstaat unmittelbar angreifen und gewaltsam zerschlagen. Bei dieser Strömung sind die Übergänge ins gewaltbereite autonome Spektrum fließend.

Autonome bilden die mit Abstand größte Gruppe im gewaltorientierten Linksextremismus. Trotz ihrer ideologischen, strategischen und organisatorischen Verschiedenheiten teilen sie eine inhaltliche Grundannahme: Das Individuum und seine Selbstverwirklichung stehen im Mittelpunkt des politischen Handelns. Jede Form der Fremdbestimmung wird abgelehnt. Alle Staats- und Herrschaftsformen werden als autoritär erachtet und sollen zugunsten einer herrschaftsfreien Ordnung abgeschafft werden. Hierbei schrecken sie zunehmend vor dem Einsatz von Gewalt gegen Menschen und Sachen nicht zurück und wenden sich vor allem aktionsorientiert gegen einen behaupteten staatlichen „Repressionsapparat“. Autonome Szenen bilden sich insbesondere in Groß- und Universitätsstädten.

Dogmatische Linksextremisten führen ihre Ideologie im Wesentlichen auf die Theorien kommunistischer Vordenker wie Marx, Engels oder Lenin zurück. Verbindendes Element ist das gemeinsame Ziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, die langfristig durch einen allumfassenden Umbau von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in eine „klassenlose“ kommunistische Gesellschaft überführt werden soll. Dabei wird teilweise der Einsatz von Gewalt befürwortet. Zu den dogmatischen Linksextremisten zählen unter anderem Parteien wie die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) und die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) sowie Organisationen wie die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ), Jugendorganisation der „DKP“.

Das linksextremistische Personenpotenzial in Brandenburg lässt sich im Wesentlichen in drei Kategorien einteilen: Erstens in autonome Gruppierungen, welche den größten Teil der gewaltbereiten Szene ausmachen. Zweitens in gewaltbefürwortende bzw. gewaltunterstützende Gruppierungen wie die Rote Hilfe e.V. Und drittens in dogmatische Parteien und Gruppierungen.

Linksextremistisches Personen- und Organisationspotenzial in Brandenburg (zum Teil geschätzt)

	2023	2024	2025
Autonome	200	200	220
Rote Hilfe e.V.	400 (EA ²⁴⁶)	400 (EA)	460 (EA)
Parteien ²⁴⁷ (einschl. Umfeldorganisationen ab 2025 ²⁴⁸)	25	25	40
Sonstige Bestrebungen ²⁴⁹	20	20	40
Mehrfachmitgliedschaften	100	100	100
Personenpotenzial (gerundet und nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften)	550	550	660

Die kommunistischen Parteien haben nur wenige (aktive) Mitglieder. Bei Wahlen in Brandenburg spielen sie hinsichtlich der Ergebnisse keine Rolle²⁵⁰. Anhaltende ideologische Klüfte, dogmatische Alleinvertretungsansprüche sowie der hohe Altersdurchschnitt der Mitglieder verhindern eine politische Wahrnehmbarkeit. Dennoch hat die Bedeutung von dogmatischen Parteien und Gruppierungen im Linksextremismus im Zuge des russischen Angriffskrieges in der Ukraine deutlich zugenommen. Entsprechende Aktivitäten können – aus alter Verbundenheit – das Nacherzählen russischer Narrative oder die Verbreitung von Desinformationen, aber auch realweltliche Aktivitäten umfassen. Hierbei bedarf es keiner gezielten Steuerung aus Russland. Die Akteure handeln aus einer eigenen ideologischen Motivation für einen revolutionären Marxismus-Leninismus. In diesem Zusammenhang ist die dynamische Entwicklung bei kommunistischen Jugendorganisationen wie der „SDAJ“ sowie parteiunabhängigen kommunistischen Jugendgruppen hervorzuheben.

Von zentraler Bedeutung bleibt für Brandenburg weiterhin die autonome Szene. Hier konnten 2025 ebenfalls zahlreiche Entwicklungen beobachtet werden. Hervorzuheben ist die sich verschärfende Konfrontation zwischen Links und Rechts. Aufgrund des von Linksextremisten vielfach konstatierten „Rechtsrucks“ sowie einer vermeintlich fortschreitenden „Faschisierung“ der Gesellschaft wähnt sich die Szene in einer sich zuspitzenden Krisensituation. Eine solche als bedrohlich wahrgenommene gesellschaftliche Entwicklung trägt zu einer zunehmenden Bereitschaft zur Gewaltanwendung im Wege der Selbstermächtigung

²⁴⁶ EA = Eigenangabe des Beobachtungsobjektes.

²⁴⁷ Hierzu zählen: „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD), „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) und „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD).

²⁴⁸ Für 2023 und 2024 umfasst die Personenzahl lediglich die Parteien selbst, ohne Umfeldorganisationen. Ab 2025 werden hingegen auch Umfeldorganisationen wie die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ; Jugendorganisation der DKP) hinzugezählt. Der Anstieg in dieser Kategorie ist somit teilweise auf eine geänderte Berechnung und Darstellung zurückzuführen.

²⁴⁹ Hierzu zählen u.a. die „Internationale Sozialistische Organisation (ISO), „Gruppe ArbeiterInnenmacht“ (GAM) sowie weitere kommunistische Jugendgruppen.

²⁵⁰ Die MLPD war als einzige linksextremistische Partei mit einer Landesliste in Brandenburg zur Bundestagswahl 2025 angetreten. Sie hat 1.118 bzw. 0,07% der Zweitstimmen erhalten (+0,01%) – vgl. [Internetauftritt des Landeswahlleiters Brandenburg](#), abgerufen am 06.01.2025). Die DKP war zu dieser Wahl in Brandenburg nicht angetreten, eigenen Angaben zufolge aufgrund von mangelnden Kapazitäten.

bei, insbesondere im Bereich des militanten Antifaschismus. Hierbei gilt die „AfD“ unverändert als wichtigster Gegner, den es mit allen Mitteln zu bekämpfen gilt. Der „antifaschistische Kampf“ stellt eine verbindende Klammer für alle Strömungen im Linksextremismus dar, die ansonsten insgesamt heterogen ausgeprägt sind und häufig unterschiedliche Ideologien sowie Zielvorstellungen verfolgen. Beispielsweise sind Autonome und Anarchisten wesentlich kritischer gegenüber Russland eingestellt als Dogmatiker und Traditionskommunisten.

Zu den sonstigen Bestrebungen zählen unter anderem Kleingruppen aus dem Anarchosyndikalismus wie die „Freie Arbeiter*innen-Union“ (FAU) oder die trotzkistische „Gruppe ArbeiterInnenmacht“ (GAM), die in Brandenburg nur begrenzt öffentlich wahrnehmbar sind. Das angestiegene Personenpotenzial in dieser Kategorie ist in erster Linie auf die Zunahme bei den dogmatischen Gruppierungen zurückzuführen.

Im Jahr 2025 konzentrierten sich linksextremistische Bestrebungen in Brandenburg auf traditionelle linksextremistische Themenfelder wie den (militanten) „Antifaschismus“ oder „Antirepression“. Zugleich haben Linksextremisten wiederholt aktuelle Themen aufgegriffen und versucht, diese für sich zu vereinnahmen (z.B. „Schulstreik gegen die Wehrpflicht“). Dahinter steht die bekannte Strategie, gesellschaftspolitisch relevante Strukturen wie Bündnisse, Projekte und Initiativen zu unterwandern. Linksextremisten versuchen mittelfristig die Deutungshoheit zu gewinnen und langfristig Gruppierungen aus dem demokratischen Spektrum zu radikalisieren.

Seit dem Angriff der islamistischen Terrororganisation „HAMAS“ auf Israel am 7. Oktober 2023 haben sich die ideologischen Differenzen zwischen und innerhalb einzelner linksextremistischen Bestrebungen vertieft. Im autonomen Linksextremismus dominiert eine pro-israelische Position. Im dogmatischen Linksextremismus hat sich hingegen die Sichtweise verfestigt, Partei für die palästinensische Seite zu ergreifen. Dabei werden Positionen und Narrative der islamistischen „HAMAS“ zunehmend unkritisch übernommen. So werden zum Beispiel frauenfeindliche Positionen schlicht ignoriert.

6.1 Autonome

Sitz / Verbreitung

Autonome Szenen sind bundesweit vertreten. In Brandenburg befinden sie sich in größeren Städten wie Potsdam und Cottbus, aber auch in Teltow / Kleinmachnow / Stahnsdorf (PM), Falkensee (HVL) oder Königs Wusterhausen (LDS).

Gründung / Bestehen

Seit dem Ende der 1970er-Jahre entwickelten sich in der Bundesrepublik nach der Studentenbewegung von 1968 sowie den Aktivitäten der „Sponti-Szene“²⁵¹ lokale autonome Szenen. Nach der Wiedervereinigung schlossen sich ebenso in Brandenburg Personen zu derartigen Gruppierungen zusammen.

Struktur / Repräsentanten

Der autonome Linksextremismus stellt weder in der Organisationsstruktur noch hinsichtlich Ideologie und Strategie eine homogene Struktur dar. Politische Weltanschauungen und Methoden unterscheiden sich zwischen regionalen Szenen ebenso wie innerhalb lokaler Bündnisse und Gruppen. Autonome haben ein ambivalentes, eher pragmatisches Verhältnis zu festen Gruppenstrukturen. Die brandenburgischen Szenestrukturen sind somit zumeist nur lokal verankert und nicht dauerhaft in überregionale Bündnisse eingebunden. Im Zusammenhang mit szenetypischen Großveranstaltungen und aus der Notwendigkeit heraus, als geschlossene Einheit zu wirken, kommt es jedoch zu zeitlich befristeten Kooperationen mit anderen linksextremistischen Gruppierungen.

Personenpotenziale: Mitglieder / Anhänger / Unterstützer

Dem aktiven Personenpotenzial der autonomen Szene im Land Brandenburg können etwa 220 Personen zugerechnet werden.

Kurzportrait / Ziele

Die autonome Szene besteht aus lokalen Personenzusammenschlüssen, deren Ziel die Beseitigung des politischen Systems in Deutschland ist. Obwohl die autonome Szene zumeist kein in sich geschlossenes Weltbild vertritt, orientiert sie sich klar an anarchistischen Ideologien. So lehnen Autonome sowohl Staaten als auch die parlamentarische Demokratie als illegitime Herrschaftsformen grundlegend ab. Die prinzipielle Ablehnung von jeder Form der selbstdefinierten „Fremdbestimmung“ ist zugleich ursächlich dafür, dass Autonome grundsätzlich unverbindliche Strukturen bevorzugen und primär auf persönlichen Beziehungen beruhende Kleingruppen bilden. Bei genauerer Betrachtung fällt zudem auf, dass eine „Anti-Haltung“ vorherrschend ist. Autonome wissen zwar sehr genau, was sie politisch ablehnen und bekämpfen; eine konkrete Ausgestaltung der von ihnen angestrebten „herrschaftsfreien Gesellschaft“ bleiben sie jedoch schuldig.

Die autonome Szene organisiert ihren politischen Kampf mit unterschiedlichen, zum Teil bis weit in die politische Mitte anschlussfähigen Themen. Im Zentrum stehen Aktionsfelder wie „Antifaschismus“, „Anti-repression“, „Antikapitalismus“, „Antimilitarismus“, „Antigentrifizierung“, „Kurdistanolidarität“, sowie der angebliche Kampf für „Klima und Umwelt“. Letztendlich sind die Aktionsfelder aber austauschbar, da sie lediglich Mittel zum Zweck sind.

²⁵¹ Als „Spontis“ wurden in den 1970er- und 1980er-Jahren politisch linksorientierte Gruppen bezeichnet, deren Grundidee es war, mit einer „Spontaneität der Massen“ für eine revolutionäre „Überwindung“ des bestehenden Systems zu kämpfen. Hierfür besetzte die „Sponti-Szene“ zum Beispiel Häuser oder rief zu wilden Streiks in Betrieben auf.

Unter dem Begriff des „Antifaschismus“ verstehen Linksextremisten etwas grundlegend Anderes als Demokraten. Einerseits wollen sie den Kampf – teils wörtlich – gegen Personen und Gruppen führen, die sie nach eigener Festlegung als „Faschisten“ definieren. Zugleich bekämpfen Linksextremisten auch stets das „kapitalistische System“ und seine Repräsentanten. Sie begreifen es als ein allumfassendes autoritäres Herrschaftssystem, welchem nach ihrer Denkweise der Faschismus innewohne. Das letztendliche Ziel des „antifaschistischen Kampfes“ ist somit die „Überwindung“ des „kapitalistischen Systems“ und damit ebenso die gewaltsame Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.



Das abgebildete Symbol der „Antifa“ steht somit nicht für eine einzelne Organisation, sondern vielmehr für die Botschaft, dass es bei der „Antifaschistischen Aktion“ nicht um zivildemokratisches Handeln gegen Rechtsextremismus geht, sondern gerade um die Abgrenzung davon. Als Handlungsgrundlage dient nicht Recht und Gesetz, sondern die Selbstermächtigung, nach eigenmächtigen Kriterien gegen selbst definierte politische Gegner vorzugehen. Die autonome Szene nimmt ihren „Kampf gegen den Faschismus“ sowie das „Zerschlagen des Systems“ durchaus wörtlich. Gewalt wird als legitimes politisches Mittel angesehen und gezielt eingesetzt. Hauptziele autonomer Gewaltstraftaten sind einerseits Vertreter staatlicher Behörden, allen voran Polizeibeamte. Andererseits richtet sich die Gewalt gegen Rechtsextremisten oder gegen Personen, die so klassifiziert werden.

Mithilfe von Aktionsbündnissen und Kampagnen versuchen Autonome, tagespolitische Themen aufzugreifen und für sich zu vereinnahmen. Diese sollen perspektivisch in der linksextremistischen Szene verankert werden, um ihre Anschlussfähigkeit an das demokratische Spektrum voranzutreiben. Das dahinterstehende Ziel ist, Deutungshoheit zu gewinnen und beispielsweise die demokratische Klimabewegung zu radikalieren sowie einen allumfassenden Systemwandel linksextremistischer Prägung durchzusetzen. Des Weiteren bildet das Themenfeld „Antifaschismus“ eine inhaltliche Klammer für weite Teile des linksextremistischen Spektrums – auch über Differenzen der sehr heterogenen und oft zerstrittenen Akteure hinweg.

Das Aktionsfeld „Antirepression“ richtet sich gegen den staatlichen „Repressionsapparat“, der nach linksextremistischer Weltsicht lediglich dem Machterhalt der herrschenden Klasse diene. Der Staat und seine Organe werden als bloße Erfüllungsgehilfen des „Kapitalismus“ betrachtet, wobei staatliches Handeln systematisch diskreditiert wird. Um sich gegen die unterstellte staatliche „Repression“ zu wehren, führen Linksextremisten zum Beispiel Solidaritätsaktionen durch, die häufig Sachbeschädigungen und Körperverletzungen umfassen. Autonome Linksextremisten betrachten ihre Gewaltanwendung als „Notwehr“ gegen die angebliche Unterdrückung des „Repressionsstaats“.

Unter Gentrifizierung wird allgemein die soziale Verdrängung ansässiger Menschen durch wohlhabendere Bevölkerungsschichten verstanden. Diesem vor allem in städtischen Ballungszentren anzutreffenden Prozess kann nach Auffassung der autonomen Szene ebenfalls nur durch die „Überwindung“ des Kapitalismus wirksam begegnet werden. Dabei erhalten Hausbesetzungen mit dem Ziel der Eroberung und Aneignung „herrschaftsfreier Rückzugsräume“ eine symbolische Wirkung. Diese sollen bis weit in die gesellschaftliche Mitte reichende Sympathien erzeugen. Hieran wird deutlich, dass Autonome oftmals nur einfache, monokausale Erklärungsansätze für komplexere Themen liefern. Zudem sind klare Feindbilder bei Extremisten typisch anzutreffende Denkmuster.

Im Zuge der weltweiten militärischen Auseinandersetzungen, wie dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine oder dem Überfall der terroristischen „HAMAS“ auf Israel, gewinnt das Aktionsfeld

„Antimilitarismus“ wieder zunehmend an Bedeutung. Ziele von Aktionen gewaltorientierter Linksextremisten sind dabei insbesondere Rüstungsunternehmen und ihre Zulieferbetriebe, die Bundeswehr, militärisch relevante Infrastruktur, politische Parteien und Entscheidungsträger.

Die „Kurdistan-solidarität“ ist ein weiteres althergebrachtes Agitationsfeld brandenburgischer Linksextremisten. Dabei versuchen sie, durch die Teilnahme an Demonstrationen Bündnisse mit kurdischen Aktivist*innen und Anhängern der „PKK“ zu schmieden.²⁵² Das im nördlichen Syrien gelegene kurdische Gebiet „Rojava“ ist ein verklärter Sehnsuchtsort für Linksextremisten, die dort auf kurdischer Seite vereinzelt in den bewaffneten Kampf ziehen. Den dort Getöteten wird ein Märtyrerstatus zugeschrieben.

Finanzierung

Die autonome Szene finanziert sich maßgeblich durch Spenden und Einnahmen aus der Organisation von Aktivitäten. Mitgliedsbeiträge gibt es nicht.

Veröffentlichungen / Reichweite

Die autonome Szene in Brandenburg berichtet über ihre Aktivitäten zumeist im Internet. Hierfür werden einschlägige Portale ebenso wie Blogs und soziale Netzwerke genutzt.

Grund für die Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Das politische Fernziel der Autonomen ist die Beseitigung der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung zugunsten einer „herrschaftsfreien Gesellschaft“. Von zentraler Bedeutung ist die ideologische Ablehnung parlamentarischer und rechtsstaatlicher Strukturen sowie die Negierung des staatlichen Gewaltmonopols. Dafür befürwortet der Großteil der Szene den gezielten Einsatz von Gewalt. Sie ist für Autonome Ausdruck der Unversöhnlichkeit mit den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen oder der „Preis“, den die in ihren Augen Verantwortlichen für die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Ordnung zahlen müssen. Die politische Fassade des „kapitalistischen Systems“ sei der liberal-demokratische Verfassungsstaat der Bundesrepublik Deutschland, welchen es zu Gunsten eines kommunistischen oder anarchistischen Systems abzuschaffen gelte.

Die jeweiligen Einzeltaten haben für sich genommen oftmals nur begrenzten revolutionären oder staatsgefährdenden Charakter. Vielmehr sollen vor allem Gewalttaten als revolutionärer Beitrag der Autonomen in der Summe politische Symbolkraft entfalten. In separaten Bekenner-schreiben werden oft lediglich konstruierte Begründungszusammenhänge formuliert, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen und Gewalt zu legitimieren. Aus diesen Gründen richten sich Autonome klar gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Folglich ergibt sich die Zuständigkeit nach § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes.

Entwicklungen im Berichtszeitraum

Derzeit wird das aktive und relevante Personenpotenzial auf rund 220 Personen geschätzt, was einen moderaten Anstieg (+20) bedeutet. Feste und hierarchische Organisationsstrukturen existieren weiterhin nicht. Die Szene wird seit vielen Jahren durch lokale, heterogene, autonome Gruppierungen mit unstetigen Aktionsniveaus geprägt. Der Versuch postautonomer Akteure, hier vor allem die Berliner „Interventionistische Linke“ (IL), in Brandenburg langfristige, größere Bündnisse aufzubauen, hatte bislang keinen nachhaltigen Erfolg. Gleichwohl sind länderübergreifende Vernetzungen zu beobachten, die im aktuellen Berichtszeitraum zugenommen haben. Aufgrund ihrer örtlichen Schwerpunkte lassen sich Autonome vorwiegend als Großstadt-Phänomen beschreiben. Demnach sind sie im Land Brandenburg vornehmlich in Potsdam und Cottbus aktiv. Jedoch weisen weitere Orte und Landkreise wie Teltow / Kleinmachnow /

²⁵² Für weitere Informationen zur „PKK“ siehe das Kapitel 8 „Auslandsbezogener Extremismus“.

Stahnsdorf (PM), Falkensee (HVL), Königs Wusterhausen (LDS) oder Märkisch-Oderland ebenfalls aktive autonome Szenen auf. Viele junge Aktivisten kommen zunächst nicht wegen einer geschlossenen links-extremistischen Weltanschauung oder gar fundamentaler gesellschaftlicher Umwälzungspläne mit Autonomen in Kontakt. Vielmehr haben sie den Wunsch, nach einer gerechten und weltoffenen Gesellschaft. Die Anziehungskraft des linksextremistischen Milieus resultiert nicht zuletzt aus einem Gruppen- und Identifikationsgefühl. Des Weiteren bietet die Ideologie vermeintlich einfache und eindeutige Antworten auf komplexe gesellschaftliche Herausforderungen.

Bei ihren Aktionen verlassen Autonome oft den demokratischen und rechtsstaatlichen Rahmen. Die direkte körperliche Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner oder der Polizei erleben vor allem junge Aktivisten als sinnstiftende Erfahrung.²⁵³ Junge Szeneangehörige werden durch die langjährige Anhängerschaft in autonomen Gruppen sowie durch den Verein „Rote Hilfe e.V.“²⁵⁴, der politisch motivierten Straftätern Rechtsbeistand gewährt, radikalisiert und instrumentalisiert.

Die autonome Szene professionalisierte sich in den vergangenen Jahren mit internen Demonstrations-, Blockade- und Kampfsporttrainings. Entsprechende Verhaltensweisen (Durchbruch von Polizeiketten, Verhalten nach Festnahmen, Maßnahmen zur Identitätsverschleierung) werden trainiert, um diese in der „Antirepressionsarbeit“, im Kampf gegen (vermeintliche und selbst definierte) Rechtsextremisten sowie bei aktionsorientierten Protesten und Blockaden einzusetzen, aktuell beispielsweise anlässlich von „AfD“-Veranstaltungen.

Militanter Antifaschismus

Das Aktionsfeld „Antifaschismus“ bildet seit Jahren den Schwerpunkt linksextremistischer Agitation in Brandenburg. Anlassbezogen schließen sich immer wieder Teile des linksextremistischen Spektrums zu regionalen und überregionalen Bündnissen zusammen. Wichtigster Gegner ist die „AfD“. Hier zeigte sich 2025 ein weiterhin erhöhtes Aktionsniveau, das nicht zuletzt auf die Bundestagswahl sowie zahlreiche Veranstaltungen, bundesweit ebenso wie in Brandenburg, zurückzuführen sein dürfte. Im Wahlkampf konnten vermehrt Straftaten gegen die „AfD“ festgestellt werden. Allerdings rückte auch die CDU im Zuge der Debatte um die Asyl- und Migrationspolitik sowie den behaupteten Fall der „Brandmauer“ zur „AfD“ vermehrt in den Fokus gewaltorientierter Linksextremisten.

Die aktuell gesteigerte Fokussierung der linksextremistischen Szene auf die „AfD“ zeigt sich neben Demonstrationen sowie Straf- und Gewalttaten ebenso in einer verstärkten Thematisierung im Internet, beispielsweise in Form von Aufrufen, Statements und Debatten. So wurde bereits 2024 eine bundesweite Kampagne gegen die „AfD“ initiiert. Unter dem Titel „13 ♦ 12 Dinge – Antifaschistischer Werkzeugkasten“ rufen die Verfasser dazu auf, *„etwas gegen die AfD und andere Nazis zu unternehmen“*. Zur Unterstützung habe man einen *„Werkzeugkasten zusammengestellt“*. Darin fänden sich *„13 Dinge, die du gegen die AfD tun kannst [...] und 12 Dinge, die du dabei vielleicht beachten solltest“*.²⁵⁵ Dabei steht die Zahlenkombination „1312“ als Code für das in der Szene bekannte Akronym ACAB („All Cops Are Bastards“). Unter den 13 Vorschlägen finden sich Handlungsanweisungen und Tipps wie *„Greife AfD-Immobilien & Veranstaltungsorte an“* und *„Lege Autos lahm“*. Dazu passend führt eine Vielzahl von Internetlinks zu weiteren Informationen, unter anderem zu ausführlichen Anleitungen zur Vermeidung von DNA-Spuren an Tatorten. Aus Sicht der Initiatoren ist es legitim, mit Gewalt gegen die „AfD“ vorzugehen: *„Du wirst in dieser Liste einige Dinge finden, die illegalisiert sind. Wir glauben, dass die antifaschistische Bewegung auch solche Dinge tun muss [...]. Abwehr gegen Faschist*innen ist immer legitim. Ihren Wahlkampf, ihre Immobilien und ihre Strukturen anzugreifen ist antifaschistische Notwehr, Punkt.“*

²⁵³ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz: „Linksextremismus – Erscheinungsformen und Gefährdungspotenziale“, Köln 2016, S. 21.

²⁵⁴ Für weitere Informationen zu dem linksextremistischen Verein „Rote Hilfe e.V.“ siehe Kapitel 6.2.

²⁵⁵ Vgl. Homepage „Antifaschistischer Werkzeugkasten – 13 ♦ 12 Dinge“, (zuletzt abgerufen am 02.12.2024).

Veranstaltungen der „AfD“ in Brandenburg werden regelmäßig von Gegenversammlungen begleitet, an denen sich auch Linksextremisten beteiligen. Dies gilt gleichermaßen für Großveranstaltungen wie Parteitage oder kleinere Veranstaltungen wie Bürgerdialoge. Hervorzuheben ist ein Vorfall bei den Protesten gegen den Landesparteitag der „AfD“-Brandenburg am 8. November 2025 in Brandenburg an der Havel. Während eines Aufzuges durch das Stadtgebiet wurde folgender Sprechchor skandiert: *„Nazis jagen ist nicht schwer. Mit Hammer und Sichel und Gewehr. Kein Vergeben, kein Vergessen. Nazis haben Namen und Adressen.“* Wenngleich der Ausruf selbst mutmaßlich einer kommunistischen Gruppierung²⁵⁶ zuzuordnen ist, so verdeutlicht dieser doch beispielhaft die inhaltliche Klammer, die der „antifaschistische Kampf“ über ideologische Grenzen hinweg darstellt. Mit diesem Ausruf ist ein klares Bekenntnis zur Anwendung von Gewalt gegen den politischen Gegner sowie ein Aufruf zur Selbstjustiz verbunden. Insbesondere in Kombination mit dem ideologischen Hintergrund – Hammer und Sichel als Zeichen für die totalitäre Ideologie des Kommunismus – wurde damit eine neue Qualität linksextremistischer Agitation in Brandenburg erreicht. Die Selbstermächtigung von Linksextremisten zur Gewalthandlungen gegen selbst definierte politische Gegner ist nicht neu, wird aber mit dem vorliegenden Ausruf (zunächst sprachlich) auf ein neues Niveau gehoben. Zugleich verdeutlichen derartige Ausrufe, dass Linksextremisten unter „Antifaschismus“ etwas grundlegendes Anderes verstehen als Demokraten. Eine derartige Agitation richtet sich zugleich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Auch an bundesweiten Veranstaltungen beteiligte sich die linksextremistische Szene aus Brandenburg. Exemplarisch kann an dieser Stelle auf die Proteste gegen die Neugründung einer Jugendorganisation der „AfD“ am 29. November 2025 im hessischen Gießen verwiesen werden. Bei solchen Anlässen kommt es regelmäßig vor, dass Linksextremisten gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen protestieren und diese als „Deckungsmasse“ benutzen. Welchen Einfluss Linksextremisten innerhalb von entsprechenden (Kampagnen-)Bündnissen ausüben, gilt es weiter zu prüfen. Bemerkenswert ist, dass in diesem Zusammenhang verstärkt Aktionstrainings durchgeführt wurden.

Als Teil des „antifaschistischen Kampfes“ wurde im Jahr 2025 vielfach dazu aufgerufen und mobilisiert, CSD-Veranstaltungen (Christopher Street Day) in Brandenburg und darüber hinaus (vor allem in Ostdeutschland) gegen rechtsextremistische Angriffe zu „schützen“. Problematisch ist das daraus ersichtlich werdende Verständnis, welches das Gewaltmonopol des Staates offen infrage stellt. Dank entsprechender Polizeipräsenz sind die CSD-Veranstaltungen aber weitestgehend friedlich verlaufen, Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten konnten verhindert werden.

Insgesamt ist festzustellen, dass die linksextremistische Szene zunehmend die Konfrontation mit tatsächlichen oder vermeintlichen Rechtsextremisten sucht. Aufgrund des von Linksextremisten vielfach konstatierten „Rechtsrucks“ sowie einer vermeintlich fortschreitenden „Faschisierung“ der Gesellschaft wähnt sich die Szene in einer sich zuspitzenden Krisensituation. Eine solche als bedrohlich wahrgenommene gesellschaftliche Entwicklung trägt zu einer zunehmenden Bereitschaft zur Gewaltanwendung im Wege der Selbstermächtigung bei, insbesondere im Bereich des militanten Antifaschismus. Umgekehrt ist ebenso eine Zunahme von mutmaßlich rechtsextremistisch motivierten Provokationen und Übergriffen festzustellen. Diese richteten sich beispielsweise gegen linksalternative Jugendclubs im südlichen Brandenburg oder das Hausprojekt „Zelle79“ in Cottbus. Derartige Vorfälle sind geeignet, die Wahrnehmung einer Krisensituation noch zu verstärken, auf die es mit verstärkter Militanz zu antworten gilt. Die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung gegenüber dem politischen Gegner ist in den vergangenen Jahren gesunken.

Im Berichtszeitraum konnte eine Fortsetzung der Militanz-Debatte beobachtet werden. In Publikationen und Postings wurde immer wieder die Frage nach der Anwendung von Gewalt als Mittel der politischen

²⁵⁶ Für weitere Informationen siehe das Kapitel 6.3 „Dogmatische Parteien und Gruppierungen“.

Auseinandersetzung insbesondere gegenüber vermeintlichen Rechtsextremisten aufgegriffen. Kritische Stimmen sind sceneintern kaum noch feststellbar. So heißt es zum Beispiel in einem Aufruf der „Antifajugend Potsdam“: *„Trotz Repression durch den imperialistischen BRD-Polizeistaat und der wachsenden Bedrohung durch Faschos in unserer Stadt zeigen wir: Wir sind bereit, zu tun, was nötig ist. [...] Wenn das bedeutet, auch Konsequenzen – bis hin zur Gewaltspirale – in Kauf zu nehmen, dann ist das Teil unseres entschlossenen Widerstandes.“*²⁵⁷ Ein Einzelposting, das von der „Antifa Teltow / Kleinmachnow / Stahnsdorf“ („Antifa TKS“) geteilt worden ist, enthält wiederum den unmissverständlichen Aufruf: *„radikalisiert euch! Lasst euren Hass auf Friedrich Merz und die AfD zu einem Hass auf das System werden [...]. Diese Zeit, in der wir Leben und Kämpfen verlangt nach dem unversöhnlichen Bruch mit einem System, dass sich nicht durch ein paar Reformen reparieren lässt.“*²⁵⁸ Und in einem Strategiepapier²⁵⁹, das den „Vulkangruppen“²⁶⁰ zuzurechnen ist, wird eine „militante Neubestimmung“ der eigenen Situation durchgeführt. Diese beruht auf der in der Szene verbreiteten Überzeugung, dass der demokratische Rechtsstaat Teil des Problems sei, dem eine faschistische Ausrichtung unterstellt wird: *„Eine militante und notwendige Praxis, [welche] die Bewegungsspielräume des organisierten Faschismus in dem wiedervereinten Deutschland klein zu halten versucht, ist unerwünscht, weil der Staat und seine Institutionen, ein taktisches Interesse an der Kontrolle und Steuerung faschistischer Kräfte hat.“* Daraus folgern die Autoren: *„Wir müssen die gesellschaftlichen Institutionen und Infrastrukturen in den Fokus nehmen, die den Faschismus ermöglichen.“* Dabei wird ein *„Zusammenwirken öffentlicher und klandestiner Aktionen“* gefordert.

Feindbild Tesla

Im Jahr 2024 gehörten die Proteste gegen die Tesla Gigafactory in Grünheide zu den bestimmenden Themen im Bereich des Linksextremismus in Brandenburg. Die Rodung mehrerer Hektar Wald sowie die befürchtete Beeinträchtigung der Trinkwasserversorgung standen im Mittelpunkt der Agitation, um über diese Themen an zivilgesellschaftlichen Protest anknüpfen zu können. In der Nacht auf den 28. Februar 2024 wurde durch Aktivisten der Initiative „Tesla stoppen!“ sogar ein angrenzendes Waldstück besetzt und ein Waldprotestcamp mit diversen Baumhäusern und Zelten errichtet. Als Begründung führten die Aktivisten an: *„Hier in Grünheide wird deutlich, wie im Kapitalismus die Profitinteressen eines Konzerns über die Bedürfnisse von uns allen gestellt werden.“*²⁶¹ Auch wenn das Camp nicht insgesamt als linksextremistische Versammlung zu bewerten war, wurden doch wiederholt Bezüge zu extremistischen Gruppierungen festgestellt. Dies trifft ebenso auf die „Aktionstage gegen Tesla“ im Mai 2024 zu.²⁶² Das Camp wurde am 19. November 2024 wegen Verstößen gegen die Versammlungsaufgaben durch die Polizei aufgelöst und geräumt.

Im Jahr 2025 hat das Aktionsniveau der linksextremistischen Szene in Bezug auf Tesla nachgelassen, da andere Themen im Vordergrund standen (vor allem Proteste und Aktionen gegen die „AfD“). Dieser Umstand kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Tesla als ein Symbol für „kapitalistische / faschistische“ Machtstrukturen betrachtet wird, welches weiterhin ein Feindbild für Linksextremisten über Brandenburg hinaus darstellt. Damit werden sowohl das Unternehmen und seine Liegenschaften als auch Fahrzeuge und Ladestationen der Marke Tesla als legitime Ziele für politische Aktionen oder Sabotage angesehen. Außerdem wird der „Kampf gegen Tesla“ immer wieder als Referenzpunkt in

²⁵⁷ Vgl. Instagram Antifajugend Potsdam, (letzter Zugriff am 10.07.2025).

²⁵⁸ Vgl. Instagram Antifa TKS, (letzter Zugriff am 03.02.2025).

²⁵⁹ Vgl. Homepage Indymedia, „Dem Leben eine Bresche – für eine militante Neubestimmung“ vom 27.09.2025, (letzter Zugriff am 09.01.2026).

²⁶⁰ Vgl. Abschnitt „Angriffe auf Infrastruktur und Unternehmen“ in diesem Kapitel.

²⁶¹ Vgl. Homepage Wald statt Asphalt, „Die Wasserwaldbesetzung: Der Wald am Tesla-Werk ist besetzt“ vom 29.02.2024, (letzter Zugriff am 28.11.2024).

²⁶² Hierzu ausführlich vgl. Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2024, S. 140-142.

Bekennerschreiben²⁶³ nach Angriffen auf Infrastruktureinrichtungen sowie in sonstigen Texten zur Rechtfertigung des eigenen Handelns herangezogen. Mit einer weiteren Agitation aus dem autonomen Spektrum gegen Tesla ist zu rechnen.

Hervorzuheben ist die Kampagne „Tesla Takedown“, die ihren Schwerpunkt im März 2025 hatte. Die von den USA ausgehende Kampagne richtete sich namentlich gegen das Unternehmen Tesla, zielte aber faktisch auf die Ablehnung des politischen Engagements von Tesla-Gründer Elon Musk. Als Leiter der umstrittenen Behörde „Department of Government Efficiency“ (DOGE) sowie seiner damaligen Nähe zu US-Präsident Donald Trump wurde Musk zu einer zentralen Reizfigur. Die Kampagne verfolgte das Ziel, Tesla zu „stürzen“ beziehungsweise wirtschaftlich zu schwächen, um dadurch Elon Musk die Grundlage für seinen finanziellen und politischen Einfluss zu entziehen. Die Aktionen hierzulande waren, ähnlich wie das Waldprotestcamp im Jahr 2024, zumindest linksextremistisch beeinflusst. Dabei wurden dezidiert antikapitalistische Narrative formuliert, die auf einen Systemwechsel linksextremistischer Ausrichtung zielten. Im Zusammenhang mit der Kampagne kam es auch in Brandenburg unter anderem zu Sachbeschädigungen zum Nachteil von Tesla.

Angriffe auf Infrastruktur und Unternehmen

Linksextremistisch motivierte Angriffe auf Kritische Infrastrukturen (KRITIS), insbesondere in Form von Brandanschlägen, sind bundesweit seit Jahren ein konstantes Phänomen. Die Qualität der Angriffe hat in den vergangenen Jahren aber deutlich zugenommen. Sie werden dabei überwiegend mit technisch einfachen Mitteln ausgeführt. Die Durchführung der Taten erfolgt jedoch professionell und die Zielauswahl ist keineswegs zufällig, vielmehr werden regelmäßig besonders neuralgische und „lohnenswerte“ Ziele angegriffen. Dies spricht für einen ausgeprägten Sachverstand der Täter, mit einfachen Mitteln einen möglichst großen Schaden anzurichten.

Von herausgehobener Bedeutung in Brandenburg war in den vergangenen Jahren der Brandanschlag am 5. März 2024 auf einen Hochspannungsmast auf einem Feld in Gosen-Neu Zittau (LOS). Unbekannte Täter hatten dazu vom Strommast abgehende Erdkabel und zusätzlich am Mast aufgestapelte Autoreifen in Brand gesetzt. Der Mast stand schließlich mehrere Meter hoch in Flammen. In der Folge kam es zu einem großflächigen Stromausfall, der neben dem Tesla-Werk in Grünheide (LOS) weitere Unternehmen im Umfeld, die Stadt Erkner (LOS) und auch Teile Berlins betraf. Großräumig beeinträchtigt wurde außerdem die Lebensmittelversorgung, da Logistikstandorte ebenfalls betroffen waren. Der Tesla-Konzern sprach von einem Schaden im „hohen neunstelligen Bereich“²⁶⁴ in der Gigafactory in Grünheide, welche das erklärte Ziel des Anschlags war.



Noch am Tag des Brandanschlags veröffentlichte die „Vulkangruppe Tesla abschalten!“ ein Selbstbeichtungsschreiben.²⁶⁵ Demnach habe die Gruppe mit der

²⁶³ Vgl. Homepage Indymedia, „Berlin – Grünheide: Bahnstrecke und Funkmast sabotiert“ vom 12.02.2025, (letzter Zugriff 08.01.2026), sowie „Autonomes Blättchen #61 Jun – Aug 25“, S. 1, 5-19, 27-35, (letzter Zugriff 08.01.2026).

²⁶⁴ Vgl. „Tesla rechnet mit Hunderten Millionen Euro Schaden durch Produktionsstopp“ vom 06.03.2024, in www.spiegel.de, (letzter Zugriff am 28.11.2024).

²⁶⁵ Vgl. Homepage Kontrapolis, „Vulkangruppe Tesla abschalten!: Anschlag auf Stromversorgung“ vom 05.03.2024, (letzter Zugriff am 28.11.2024).

„Sabotage“ einen „größtmöglichen Blackout der Gigafactory“ verursachen wollen. Die exakte Beschreibung von Tatbegehung und Tatmitteln spricht für exklusives Täterwissen und damit für die Authentizität der Bekennung. Das Unternehmen versuche das Grundwasser in Grünheide und verbrauche „riesige Mengen der ohnehin knappen Trinkwasserressource“. Tesla sei ein Symbol für „grünen Kapitalismus“, der auch in Bezug auf den Abbau seltener Erden für „Kolonialismus, Landraub und eine Verschärfung der Klimakrise“ stehe. Die Botschaft der linksextremistischen Täter ist deutlich: „[D]ie komplette Zerstörung der Gigafactory und mit ihr das Absägen von Technofaschisten wie Elend Musk [sic!] sind ein Schritt auf dem Weg der Befreiung vom Patriarchat.“

Im aktuellen Berichtszeitraum kam es in Brandenburg zu keinen größeren Anschlägen auf KRITIS. Allerdings hatten zwei Ereignisse in Berlin bundesweite Bedeutung: Jeweils durch Brandstiftung an Stromleitungen kam es am 9. September 2025 im Südosten sowie am 3. Januar 2026 beziehungsweise Südwesten von Berlin zu mehrtägigen, großflächigen Stromausfällen. Wenngleich Brandenburg nicht direkt betroffen war, verdeutlichte der längste Stromausfall in der Hauptstadt seit 1945 das Schadenspotenzial. Derartige Taten sind geeignet, die Versorgungssicherheit zumindest regional massiv zu beeinträchtigen.

Die veröffentlichten Selbstbeziehungsschreiben, die auch vom Verfassungsschutz Brandenburg als authentisch bewertet werden, legen in beiden Fällen eine linksextremistische Motivation nahe. Beim Anschlag im Januar 2026 bezeichnete sich eine „Vulkangruppe: Den Herrschenden den Saft abdrehen“²⁶⁶ als verantwortlich. Hierbei handelt es sich möglicherweise um denselben Personenkreis, der auch den Brandanschlag auf den Strommast im Jahr 2024 nahe Grünheide (LOS) verübt hatte. Die Bezeichnung „Vulkangruppen“ wurde seit 2011 im Zusammenhang mit zahlreichen Tathandlungen beziehungsweise Tatbekennungen in der Hauptstadtregion verwendet. Es ist davon auszugehen, dass die Personen dem autonomen-anarchistischen Spektrum angehören.

Angriffe von Linksextremisten zielen typischerweise nicht auf KRITIS allein, sondern auf die öffentlichkeitswirksame Schädigung ausgewählter Unternehmen. Weit darüberhinausgehende Auswirkungen auf die Bevölkerung werden dabei billigend in Kauf genommen. Die Verantwortung dafür wird dem „System“ zugewiesen. In dieses Muster passt auch der Brandanschlag vom 3. Januar 2026. Im Selbstbeziehungsschreiben²⁶⁷ wird ausgeführt, dass sich der Angriff gegen das Gaskraftwerk Berlin-Lichterfelde und die Stromnetz Berlin GmbH als Betreiber beziehungsweise die „fossile Energiewirtschaft“ gerichtet habe. Der Angriff habe demnach – so die Rechtfertigung der Täter – nicht der Stromversorgung an sich gegolten. Stattdessen sei es darum gegangen, in einem „Akt der Notwehr und der internationalen Solidarität“ das Gaskraftwerk vom Netz zu nehmen. Diese Handlung wird eingeordnet als ein Beitrag zum größeren Kampf, „die Zerstörung der Erde“ mittels Energiegewinnung aus fossilen Energieträgern zu stoppen. So gesehen erscheint der Stromausfall lediglich als eine Art Nebenwirkung einer ansonsten „gemeinwohlorientierte[n] Aktion“, wobei diese Nebenwirkung billigend in Kauf genommen wird.

Der Kampf gegen das „kapitalistische System“ (Themenfeld „Antikapitalismus“) bietet weitere Anknüpfungspunkte für die linksextremistische Szene. Der „Kapitalismus“ wird als alleinige Ursache multipler vermeintlicher oder tatsächlicher „Missstände“ angesehen. Bei der Bekämpfung stehen schwerpunktmäßig Personen und Institutionen im Zielspektrum, die subjektiv als repräsentatives oder unterstützendes Element des „kapitalistischen Systems“ definiert werden. Als bevorzugte Angriffsziele kristallisieren sich unter anderem Wirtschaftskonzerne heraus, denen aufgrund ihrer Politik oder ihrer (geschäftlichen) Aktivitäten eine Mitverantwortung für vermeintliche soziale und politische Problemfelder zugeschrieben werden. Grundsätzlich ist jedes größere Unternehmen zumindest abstrakt gefährdet.

²⁶⁶ Vgl. Homepage Indymedia, „Fossile Kraftwerke abschalten ist Handarbeit. Nur Mut. Militante Neujahrsgriße 2026. Erklärung und Ergänzung. 4.1.2026“ vom 04.01.2026, (zuletzt abgerufen 08.01.2026)

²⁶⁷ Vgl. ebd.

Die Straftaten gegen diese Feindbilder werden sich voraussichtlich weiterhin überwiegend im Bereich objektbezogener Sachbeschädigungen und Brandstiftungen bewegen, wobei sich Art und Qualität teilweise deutlich unterscheiden können. Linksextremistische und gegebenenfalls sogar linksterroristische Sabotageakte werden sich dabei weiterhin gegen Unternehmen und Infrastruktureinrichtungen richten, um so den „kapitalistischen Alltag“ zu beeinträchtigen. Besonders im Fokus stehen unverändert die Sektoren Energie, Transport, Telekommunikation sowie der Staat. Der Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg hat sich in den vergangenen Jahren zu einer bundesweiten Schwerpunktregion entwickelt. Die abstrakte Gefährdung für Brandenburg ist als hoch einzuschätzen. Die kontinuierliche Verbreitung von Anleitungen für den Bau von Zündern für Brandstiftungen oder die Vermeidung von Spuren trägt zu einem Wissenstransfer innerhalb der linksextremistischen Szene bei.

Aktionsfeld „Antirepression“

Die aggressive Grundhaltung autonomer Gruppen richtet sich nicht nur gegen den politischen Gegner, sondern auch gegen staatliche Organe wie Polizei, Behörden oder Abgeordnete des Landtags. Ihnen wird vorgeworfen, im Rahmen ihrer staatlichen Funktion Repression bis hin zu „Staatsterrorismus“ auszuüben und einen Überwachungsstaat zu schaffen. Insbesondere in der Debatte um vermeintliche „Polizeigewalt“ im Zusammenhang mit Versammlungslagen und Exekutivmaßnahmen gegen die linksextremistische Szene gelingt es Autonomen, Anschluss an das bürgerliche Spektrum zu finden. Mit dem diskreditierenden Narrativ, dass staatliche Repression willkürlich stattfindet und es einen einseitigen „Verfolgungseifer“ gegen links gebe, versuchen Linksextremisten mit ihren Protesten gegen die als faschistisch verstandene staatliche Organe neue Anhänger zu gewinnen und die Szene nach innen zusammenzuhalten. Der Verein „Rote Hilfe e.V.“²⁶⁸ spielt für das Aktionsfeld „Antirepression“ eine zentrale Rolle.

Hervorzuheben sind die Solidaritätsaktionen in Bezug auf die Strafprozesse gegen Mitglieder der „Antifa Ost“. Die „Antifa Ost“ war ein Personenzusammenschluss, der im Zeitraum 2018 bis 2023 gezielte und geplante Angriffe beziehungsweise Überfälle auf (vermeintliche) Rechtsextremisten durchführte und diese schwer verletzte. Als Tatwerkzeuge wurden dabei unter anderem Hammer, Schlagring, Totschläger und Pfefferspray eingesetzt, was in Medienberichten zur Bezeichnung „Hammerbande“ führte. Im Zuge der gerichtlichen Aufarbeitung wurden seit 2023 bereits mehrere Angeklagte zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt, weitere Verfahren dauern noch an. Begleitet wurden die Verfahren bundesweit durch eine Vielzahl von Solidaritätsbekundungen der linksextremistischen Szene. In Brandenburg ist in diesem Kontext auf die zahlreichen Beiträge in sozialen Medien hinzuweisen, beispielsweise von der Gruppierung „Antifa TKS“. Außerdem haben im Jahr 2025 mehrere Versammlungen vor der Justizvollzugsanstalt Duben-Luckau (LDS) stattgefunden, wo Emilie D., eine der Hauptbeschuldigten, zeitweise untergebracht war. In entsprechenden Solidaritätsbekundungen wurden sie auf Augenhöhe mit Personen wie Daniela Klette („Rote Armee Fraktion“) oder griechischen Linksterroristen genannt.²⁶⁹ Versammlungen und Aufrufe wurden stets mit dem Slogan „Free all Antifas“ begleitet, womit die Freilassung aller Personen gefordert wird, die sich aufgrund ihres „antifaschistischen Kampfes“ – ausdrücklich auch mittels Gewaltanwendung – im Gefängnis befinden.

Für eine hohe Emotionalisierung in der Szene sorgt der bis nach Jahresende 2025 andauernde Prozess gegen Simeon T. („Maja“). Diese Person steht im Zusammenhang mit einer Serie von Angriffen der „Antifa Ost“ auf Personen im Umfeld der von Rechtsextremisten organisierten Gedenkveranstaltung „Tag der Ehre“ in Budapest (Ungarn) im Jahr 2023 vor Gericht. Im Frühjahr 2026 wurde sie in Ungarn in erster Instanz zu acht Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Die Kritik an der 2024 erfolgten Auslieferung von Simeon T. nach Ungarn ist bis in die politische Mitte anschlussfähig. Die linksextremistische Agitation geht aber weit darüber hinaus: Letztendlich steht auch hier die Forderung von Straffreiheit („Free Maja!“) auf

²⁶⁸ Für weitere Informationen zu dem linksextremistischen Verein „Rote Hilfe e.V.“ siehe Kapitel 6.2.

²⁶⁹ Vgl. Homepage Indymedia, „Solidarität mit Emmi – Feuerwerk an der JVA Luckau-Duben“ vom 22.03.2025, (zuletzt abgerufen am 13.01.2026).

Grundlage einer ideologischen anstelle einer rechtsstaatlichen Argumentation im Mittelpunkt. Da überall „faschistische Kräfte“ auf dem Vormarsch seien, müsse man sich dagegen – selbst mit massiver Gewalt – zur Wehr setzen, so die Erzählung. Das war im Kontext einer „Free Maja“-Kundgebung am 4. Juli 2025 in Potsdam ebenfalls zu beobachten. Darüber hinaus bot ein Hungerstreik von Simeon T. im Juni und Juli 2025 der Szene ein besonders emotionalisierendes propagandistisches Mittel, um neben dem politischen Bereich zusätzlich in die Gesellschaft hineinzuwirken.

Die Bedeutung des Aktionsfeldes „Antipression“ hat im aktuellen Berichtszeitraum zugenommen. Das Organisations- und Mobilisierungsniveau der linksextremistischen Szene in Brandenburg ist vergleichsweise niedriger, jedoch ist der „Speckgürtel“ ein Aktionsraum für linksextremistische Akteure aus Berlin. Es konnten wiederholt länderübergreifende Mobilisierungen beobachtet werden.

Aktionsfeld „Antimilitarismus“

Im Jahr 2025 hat es bundesweit erneut Angriffe auf Unternehmen der Rüstungsindustrie sowie verschiedene Aktivitäten gegen die Bundeswehr gegeben. Die aktuellen Krisenherde auf der Welt, wie der Krieg in der Ukraine sowie die Situation im Nahen Osten und in den kurdischen Siedlungsgebieten, verschafften dem Aktionsfeld „Antimilitarismus“ einen Aufschwung. Insbesondere Unternehmen, die mit Waffenexporten in Verbindung stehen, stellen für Linksextremisten potenzielle Angriffsziele dar.

Der wiederaufgebaute und im Jahr 2024 eröffnete Turm der Garnisonkirche in Potsdam, der als Versöhnungsort und Wahrzeichen für Frieden und Demokratie konzipiert ist, befindet sich weiterhin im Blick von Linksextremisten. Die Szene sieht in der Garnisonkirche einen vermeintlichen „Wallfahrtsort“ für Rechtsextremisten und Militaristen. Seit der Eröffnung kam es zu mehreren Sachbeschädigungen, die einen linksextremistischen Hintergrund nahelegen.

In anderen Bundesländern werden antimilitaristische Begründungszusammenhänge von autonomen und anarchistischen Gruppierungen häufig genutzt, zum Beispiel bei Angriffen auf Unternehmen und KRITIS. So enthielt auch das Selbstbeichtigungsschreiben²⁷⁰ nach dem Brandanschlag vom 9. September 2025 auf die Stromversorgung in Berlin-Adlershof eine dezidiert antimilitaristische Ausrichtung. Außerdem besitzen Bündnisse wie „Rheinmetall entwaffnen“ (RME) ein bundesweites Mobilisierungspotenzial. In Brandenburg wird das Aktionsfeld „Antimilitarismus“ hingegen stärker von dogmatischen Linksextremisten dominiert, aktuell etwa bei der Beeinflussung des „Schulstreiks gegen Wehrpflicht“.²⁷¹

Aktionsfeld „Antigentrifizierung“

Autonome versuchen in Potsdam im Aktionsfeld „Antigentrifizierung“ das Thema des angespannten Wohnungsmarktes und der steigenden Mietpreise zu besetzen. Das Ziel ist, die Thematik mit der Systemfrage zu verknüpfen und damit Sympathien innerhalb der Bevölkerung zu erzielen. 2025 gehörte das Aktionsfeld nicht zu den Schwerpunkten der linksextremistischen Szene. Diese lagen im Bereich des „Antifaschismus“.

Aktionsfeld „Kurdistanolidarität“

Solidaritätsbekundungen und Spendenaktionen im Zusammenhang mit Kurdistan und der extremistischen, mit einem bundesweiten Betätigungsverbot belegten „PKK“ sind ein seit langem bestehendes

²⁷⁰ Vgl. Homepage Indymedia, „Angriff auf militärisch-industriellen Komplex – Blackout in Europas größtem Technologiepark“ vom 09.09.2025, (zuletzt abgerufen am 14.01.2026).

²⁷¹ Für weitere Informationen siehe das Kapitel 6.3 „Dogmatische Parteien und Gruppierungen“.

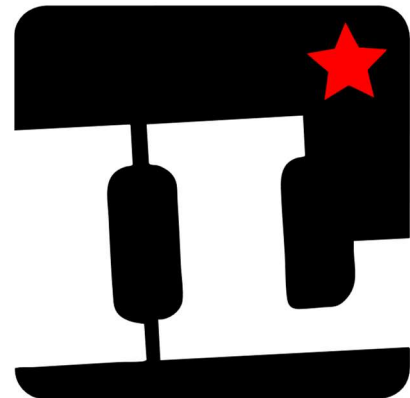
Aktionsfeld. Das Ziel der linksextremistischen Akteure ist hierbei, Bündnisse mit kurdischen Aktivisten und Anhängern der „PKK“ zu schmieden. Auch im Jahr 2025 ließen sich entsprechende Aktivitäten feststellen. Dabei kann nicht ausgeschlossen werden, dass die gesammelten Gelder in den bewaffneten Kampf fließen. Das im nördlichen Syrien gelegene kurdische Gebiet „Rojava“ ist ein verklärter Sehnsuchtsort für Linksextremisten, die dort auf kurdischer Seite vereinzelt in den bewaffneten Kampf ziehen.

Um die dort getöteten ausländischen „PKK“-Kämpfer entfaltet sich mittlerweile ein gewisser Märtyrerkult. Das betrifft auch einen Linksextremisten aus Brandenburg, der im Dezember 2018 vermutlich bei einem türkischen Luftangriff im Nordirak ums Leben gekommen war. Der Verstorbene wird innerhalb der Szene mit Terroristen wie Ulrike Meinhoff gleichgesetzt.²⁷² Insgesamt hat das Aktionsfeld „Kurdistan-solidarität“ für den Linksextremismus in Brandenburg allerdings nur begrenzte Bedeutung.

Postautonome und Einflussnahme auf die Klimaprotestbewegung

Linksextremisten waren in den vergangenen Jahren bundesweit bestrebt, ihren Einfluss in Klima-Aktionsbündnissen auszubauen. Das gilt ebenso für Bündnisse, die sich gegen große Infrastrukturprojekte richten. Die Protestaktionen gegen die Tesla Gigafactory in Grünheide, die ihren Schwerpunkt im Jahr 2024 hatten, boten den Akteuren eine Gelegenheit, sich weiter zu vernetzen und an Bündnissen zu beteiligen. Derartige Themen üben gerade auf junge Menschen eine große Anziehungskraft aus. Vor allem postautonome Gruppierungen forcieren seit Jahren die Öffnung der klassischen linksextremistischen Themenfelder für Argumente des Klimaschutzes. Bei der Organisation von Aktionen nehmen Postautonome weiterhin eine dominierende Stellung ein.

Im Gegensatz zu Autonomen versuchen Postautonome durch langfristig angelegte Kampagnen die gesellschaftliche Isolation von Linksextremisten zu durchbrechen und breit angelegte gesellschaftliche Protestbewegungen von innen heraus zu radikalisieren. Sie sehen sich als Scharnier zwischen militanten Autonomen und gemäßigten Linken. Daher wird von Postautonomen die Gewaltfrage nach rein taktischen Erwägungen beantwortet. Neben anderen Themenfeldern eignen sich aus ihrer Sicht besonders Umweltkampagnen aufgrund der hohen gesellschaftlichen Bedeutung und Aktualität dazu, die Grenzen zwischen extremistischem und demokratischem Protest zu verwischen und demokratische Aktivisten zu radikalisieren. Das letztendliche Ziel postautonomer Gruppierungen wie der „Interventionistischen Linken“ (IL) deckt sich mit dem anderer Linksextremisten: Die gegenwärtige Staats- und Gesellschaftsordnung einschließlich des demokratischen Rechtsstaates soll revolutionär „überwunden“ werden.



Die „IL“ ist ein linksextremistischer Hauptakteur in der Klimabewegung. Für sie ist die Kampagne „Ende Gelände“ (EG)²⁷³ aufgrund ihres Bekanntheitsgrades und der Verortung im zivilgesellschaftlichen Spektrum von entscheidender Bedeutung. Anhaltspunkte für eine Beeinflussung durch Linksextremisten existieren im Bundesgebiet für verschiedene Ortsgruppen von „Ende Gelände“.²⁷⁴ Grundsätzlich zeigen sich in den aktuellen Entwicklungen und im gesellschaftlichen Diskurs mit Blick auf den Linksextremismus Entgrenzungstendenzen in der Klimaschutzbewegung. Teile der Bewegung öffnen sich zusehends und akzeptieren extremistische Positionen sowie Mittel. Die Mobilisierung zu den „Aktionstagen gegen Tesla“

²⁷² Vgl. Kap. 8 Auslandsbezogener Extremismus.

²⁷³ Wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz als Verdachtsfall bearbeitet, vgl. „Verfassungsschutzbericht 2024“ vom Bundesministerium des Innern, S. 155.

²⁷⁴ Der Berliner Verfassungsschutz stufte die Berliner Ortsgruppe 2020 als linksextremistisch ein.

im Mai 2024 in Grünheide (LOS) war maßgeblich von linksextremistischen Gruppierungen wie der „IL“ sowie von linksextremistisch beeinflussten Bündnissen wie „EG“ ausgegangen.

Entwicklungen in den heterogenen Klimaschutzbewegungen und deren Aktionsformen werden durch die Verfassungsschutzbehörden anhand der öffentlichen Berichterstattung mit Blick auf mögliche Einflussnahmen extremistischer Gruppierungen aufmerksam zur Kenntnis genommen und einer fortlaufenden Bewertung unterzogen. Das Aktionsniveau in Brandenburg war im Jahr 2025 rückläufig, da andere Aktionsfelder in den Fokus rückten.

Auswirkungen des Nahostkonflikts

Die anhaltende Konfliktlage im Nahen Osten spaltet zunehmend die linksextremistische Szene. Während sich dogmatische Gruppierungen traditionell klar pro-palästinensisch positionieren, stellt sich die autonome Szene größtenteils auf die Seite Israels. Kurz nach dem Überfall der islamistischen „HAMAS“ auf Israel am 7. Oktober 2023 hatte sich noch eine Vielzahl von Gruppierungen solidarisch mit Israel erklärt. Mit zunehmender Dauer des Konflikts ist hingegen ein stärker werdender Antisemitismus mit linksextremistischen Bezügen zu beobachten. Entsprechend ausgerichtete Gruppen zeigen oftmals eine kompromisslose Pro-Palästina-Positionierung, die sich in vehement aggressiver Kritik an Israel äußert. Eine solche Ablehnung des Staates Israel beruht regelmäßig auf einer antiimperialistischen Denkweise. Im aktuellen Berichtszeitraum kam es auch in Brandenburg zu szeneeinternen Auseinandersetzungen bis hin zu Anfeindungen bezüglich der Positionierung im Nahostkonflikt.

Im Zusammenhang mit dem pro-palästinensischen Protestgeschehen werden bundesweit vielfältige extremistische Einflüsse beobachtet. Dabei stehen neben dem auslandsbezogenen Extremismus vor allem Überschneidungen und Einflüsse von linksextremistischen (dogmatischen) Akteuren im Fokus. Diese fungieren regelmäßig als Scharfmacher und Mobilisierungstreiber. Aufgrund der Entwicklungen in Nahost gegen Ende 2025 war das bundesweite Protestgeschehen zuletzt rückläufig. Abhängig von der weiteren Entwicklung besitzt der Konflikt aber weiterhin ein hohes Emotionalisierungspotenzial, insbesondere aufseiten des pro-palästinensischen Spektrums. Dies begünstigt die Verbreitung extremistischer und antisemitischer Narrative. Antisemitismus und Israelfeindlichkeit erfüllen dabei eine Scharnierfunktion, da sie eine ideologische Schnittmenge zwischen ansonsten gegensätzlichen extremistischen Milieus bilden. Insgesamt konzentriert sich das extremistische Protestgeschehen auf die Ballungsräume.

Bewertung / Ausblick

Autonome in Brandenburg werden sich weiterhin in den gesellschaftlichen und politischen Aktionsfeldern betätigen, von denen sie sich Anschlussfähigkeit und politische Wirksamkeit im Sinne ihres Fernziels, der Errichtung einer „herrschaftsfreien Gesellschaft“, erhoffen. Den Anhängern geht es um die Behebung echter oder vermeintlicher Missstände sowie um umwälzende Veränderungen der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse durch einen revolutionären Akt.

Neben den Hauptaktionsfeldern „Antifaschismus“, „Antirepression“ und „Antikapitalismus“ rücken Themen wie „Antimilitarismus“ derzeit wieder verstärkt ins Zentrum linksextremistischer Debatten. Dabei dienen Linksextremisten die aktuellen Krisen als weitere vorgeschobene Belege für die Fehlentwicklungen des „kapitalistischen Systems“ und zur Propagierung eines allumfassenden „Systemwechsels“. Die Versuche autonomer und postautonomer Akteure, mit ihren Themen in die Mitte der Gesellschaft vorzudringen und dort Bündnisse zu schließen, haben bislang jedoch nur begrenzten Erfolg. Gleichwohl kann in einzelnen Fällen eine Vereinnahmung von (Aktions-) Bündnissen durch Linksextremisten beobachtet werden.

Wahlerfolge der „AfD sieht die linksextremistische Szene als existenzielle Bedrohung und wähnt sich schon Weimarer Verhältnissen ausgesetzt, die es mit allen Mitteln zu bekämpfen gelte. Dies geht mit der Selbstermächtigung einher, gegen selbst definierte politische Gegner vorzugehen, wobei Gewalt zunehmend als legitimes Mittel betrachtet wird. Der „Antifaschismus“ stellt aktuell das bedeutendste Aktionsfeld von Linksextremisten in Brandenburg dar. Von wechselseitigen Konfrontationen zwischen Links- und Rechtsextremisten geht hierbei ein erhebliches Eskalationspotenzial aus.

Die Bundeslage zeigt eine Verstärkung der Gewaltbereitschaft einzelner linksextremistischer militanter Kleingruppen. Diese Strukturen richten sich mit schwersten Gewalttaten gegen politische Gegner, gegen Unternehmen einschließlich KRITIS und gegen Repräsentanten des als „faschistisch“ verunglimpften Staates, hier vor allem Polizeibeamte (vornehmlich im Rahmen von Versammlungslagen).

Im Bereich Klimaschutz wird die linksextremistische Szene besonders den angeblichen „Tech-Faschismus“, also Wirtschaftskonzerne wie Tesla, zunehmend ins Visier nehmen, wobei häufig weitere Begründungszusammenhänge hinzutreten. Straftaten werden sich voraussichtlich weiterhin im Bereich objektbezogener Sachbeschädigungen und Brandstiftungen bewegen, wobei Art und Qualität teilweise deutlich variieren können. Linksextremistische und gegebenenfalls sogar linksterroristische Sabotageakte werden sich dabei weiterhin gegen Unternehmen und Infrastruktureinrichtungen richten, um so den „kapitalistischen Alltag“ zu stören. Besonders im Fokus stehen unverändert die Sektoren Energie, Transport, Telekommunikation sowie der Staat. Der Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg hat sich in den vergangenen Jahren zu einer bundesweiten Schwerpunktregion entwickelt. Die abstrakte Gefährdung für Brandenburg ist als hoch einzuschätzen.

Die Unterwanderung bereits bestehender und die Initiierung neuer Bündnisse durch lokale Linksextremisten ist weiterhin wahrscheinlich. Linksextremisten werden versuchen, mit Angehörigen oder Gruppierungen aus dem demokratischen Spektrum zu kooperieren und so ihren Einfluss auszuweiten. Das Mitwirken in zivilgesellschaftlichen Bündnissen hat zum Ziel, eigene extremistische (Um-) Deutungen einzubringen, mittelfristig die Deutungshoheit zu gewinnen und somit langfristig demokratische Bewegungen zu radikalisieren. All dies dient dem übergeordneten Ziel, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu „überwinden“.

Größtes Hemmnis bei diesem Vorgehen bleibt die Überbrückung szenointerner ideologischer Konflikte, die Vermittlung klarer Botschaften sowie der Wettbewerb um die Deutungshoheit mit anderen extremistischen Kräften.

6.2 Rote Hilfe e.V.

Sitz / Verbreitung

Der Verein „Rote Hilfe e. V.“ (RH) hat seinen Sitz in Göttingen (Niedersachsen) und verfügt bundesweit über mehr als 50 Ortsgruppen mit über 16.000 Mitgliedern. Im Jahr 2025 waren vier Ortsgruppen in Brandenburg ansässig. Diese befinden sich in Cottbus, Königs Wusterhausen (LDS), Potsdam und Strausberg (MOL).



Gründung / Bestehen

Der Vorläufer der heutigen „Rote Hilfe e. V.“ ist die „Rote Hilfe Deutschlands“ (RHD), die 1924 als eine der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) nahestehende Organisation gegründet und 1933 von den Nationalsozialisten verboten wurde. 1975 erfolgte unter Bezug auf die „RHD“ die Neugründung als „RH“. Seit den 1990er-Jahren ist der Verein auch in Brandenburg aktiv.

Struktur / Repräsentanten

Die „RH“ hat eine bundesweite, stark formalisierte Organisationsstruktur. Das wichtigste Gremium der „RH“ ist der Bundesvorstand. Dieser wird alle zwei Jahre auf einer Delegiertenkonferenz neu gewählt und hat den Auftrag, die Arbeit auf Bundesebene zu koordinieren und vor allem die finanziellen Mittel zu verwalten. Unterhalb des Bundesvorstandes gliedert sich der Verein in mehr als 50 Ortsgruppen, die nach sechs Regionen geordnet sind. Zur Struktur der „RH“ gehört das in Göttingen ansässige „Hans-Litten-Archiv e. V.“ (HLA) und der in Kiel ansässige „Literaturvertrieb Rote Hilfe e. V.“

Die brandenburgischen Ortsgruppen richten sich mit ihren juristischen Unterstützungsangeboten in erster Linie an die linksextremistischen Strukturen in ihren Regionen. Zum Teil gibt es dort personelle Überschneidungen mit lokalen autonomen Szenen. Da die größte linksextremistische Szene Brandenburgs in Potsdam ansässig ist, überrascht es nicht, dass sich die größte Ortsgruppe der „RH“ in der Landeshauptstadt befindet.

Personenpotenzial: Mitglieder / Anhänger / Unterstützer

Die „RH“ machte im Jahr 2025 eigene Angaben zur Größe ihrer Ortsgruppen. Demnach gibt es in Brandenburg 450 Mitglieder. Dies bedeutet eine deutliche Zunahme (+50), was dem bundesweiten Trend entspricht.

Kurzportrait / Ziele

Linksextremisten bewerten die Verfolgung der von ihnen begangenen Straftaten zumeist als „staatliche Repression“. Auf diese Weise soll die Bundesrepublik Deutschland als Unrechtsstaat verunglimpft werden, der einseitig, rücksichtslos und unverhältnismäßig gegen politische Akteure aus dem linken Spektrum vorgehe. Auf diese angeblichen Missstände versucht die „RH“ mit „Antirepressionsarbeit“ aufmerksam zu machen. Die von Strafverfolgung Betroffenen werden sowohl durch persönlichen Beistand als auch finanziell unterstützt. Der Verein vermittelt Anwälte, übernimmt Gerichtskosten und trägt sogar verhängte Geldstrafen anteilig. Die „RH“ ist aufgrund ihrer Größe und der ihr zur Verfügung stehenden Finanzmittel eine der bedeutendsten Gruppierungen im deutschen Linksextremismus.

Obwohl der Verein selbst nicht gewalttätig agiert, richtet sich das Angebot gezielt an gewaltorientierte Linksextremisten. Darüber hinaus organisieren die einzelnen Ortsgruppen der „RH“ regelmäßig Solidaritätskampagnen für inhaftierte Linksextremisten. So sollen Verurteilte während ihrer Haftzeit in der linksextremistischen Szene verankert bleiben. Der Verein deckt somit nicht nur das gesamte Spektrum der

„Antirepressionsarbeit“ ab, sondern muss sich durch seinen juristischen Beistand für gewaltbereite Linksextremisten letztlich deren politische Ziele und Methoden zurechnen lassen. Die „RH“ stellt mit deutlicher Sprache klar: *„Jede und Jeder, die sich am Kampf beteiligen, soll das in dem Bewusstsein tun können, dass sie auch hinterher, wenn sie Strafverfahren bekommen, nicht alleine dastehen.“*²⁷⁵ Diese Haltung zeigt, dass die „RH“ nicht nur eine Förderin der gewaltbereiten linksextremistischen Szene ist, sondern Gewalt als probates Mittel der politischen Auseinandersetzung rechtfertigt, da bewusst ein Legitimationsrahmen für die Begehung selbst schwerster Straftaten geschaffen wird. Außerdem versucht die „RH“ durch intensive Öffentlichkeitsarbeit Einfluss auf die gesellschaftliche Meinungsbildung zu nehmen, wobei der Rechtsstaat systematisch als „Repressionsstaat“ delegitimiert wird und Gerichtsentscheidungen als politische motivierte „Klassenjustiz“ abgewertet werden.

Finanzierung

Die „RH“ finanziert sich maßgeblich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden.

Veröffentlichungen / Reichweite

Die „RH“ berichtet über ihre Aktivitäten zum einen auf ihrer Homepage und zum anderen in ihrer quartalsweise erscheinenden „Rote Hilfe Zeitung“. Darüber hinaus gibt der Verein Flyer und Broschüren zum Umgang mit staatlichen Einrichtungen heraus. Einzelne Ortsgruppen verfügen zudem über eigene Internetpräsenzen.

Grund für die Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die „RH“ definiert sich in ihrer Satzung als „parteionabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation“, die ihre juristischen Unterstützungsangebote „unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung“²⁷⁶ anbietet. Vor diesem Hintergrund gewährt der Verein regelmäßig auch gewaltbereiten Linksextremisten seine Hilfe. Durch das Versprechen, nach der Begehung von Straftaten juristischen und finanziellen Beistand zu leisten, sichert der Verein das Handeln gewalttätiger Linksextremisten ab. Aus genau diesem Grund agiert er letztlich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Folglich ergibt sich die Zuständigkeit nach § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes.

Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die „RH“ beschreibt sich selbst als *„strömungsübergreifende Solidaritätsorganisation für alle Linken“*, die *„politisch Verfolgten solidarisch zur Seite [steht]“*.²⁷⁷ Damit suggeriert sie bereits in der Selbstdarstellung, dass es angeblich eine staatlich angeordnete politische Verfolgung in der bundesdeutschen Demokratie gäbe. Da sich die „RH“ grundsätzlich für „alle Linken“ einsetzt, fällt ihr eine Schamierfunktion innerhalb der linksextremistischen Szene zu. Dieser Funktion wird die „RH“ auch auf ihrer eigenen Webseite mit Artikeln, die den Zusammenhalt innerhalb der heterogenen linken Szene stärken sollen, gerecht. So verbreitet sie szenetypisches Wissen, wie beispielsweise Hinweise zum „richtigen“ Verhalten bei Ermittlungsverfahren, Zeugenaussagen oder Hausdurchsuchungen.

Darüber hinaus organisiert die „RH“ auch Vorträge, Filmabende, Kundgebungen, Demonstrationen und „Solipartys“.²⁷⁸ Das primäre Betätigungsfeld der „RH“ ist aber die Verteidigung und die Beratung linksextremistischer Straftäter. Der Grundsatz einer möglichen finanziellen oder juristischen Hilfe ist an die Bedingung einer kategorischen Aussage- und Kooperationsverweigerung gegenüber Polizei und Staatsanwaltschaft geknüpft. So wird in unterschiedlichen Artikeln, die die Solidarisierung mit Straftätern

²⁷⁵ Vgl. Homepage Rote Hilfe, „Wer ist die Rote Hilfe“, ohne Datum, (letzter Zugriff am 15.01.2026).

²⁷⁶ Vgl. Homepage Rote Hilfe, Satzung Rote Hilfe e.V., ohne Datum, (letzter Zugriff am 15.01.2026).

²⁷⁷ Vgl. Homepage Rote Hilfe, „Wer ist die Rote Hilfe“, ohne Datum, (letzter Zugriff am 15.01.2026).

²⁷⁸ Vgl. Homepage Rote Hilfe, „Was tun wenn's brennt?!“, ohne Datum, (letzter Zugriff am 15.01.2026).

thematisieren, dazu aufgerufen, die Aussage zu verweigern. Für den Fall, dass dieser Aufforderung nicht nachgekommen wird, indem der Täter beispielsweise Reue zeigt oder sich gar für seine Tat entschuldigt, wird eine Unterstützung im Strafverfahren abgelehnt oder zurückgenommen.

Folglich spielt das Handlungsfeld der „Antirepression“ in jeder Ausgabe der „Roten Hilfe Zeitung“ sowie auf den verschiedenen Internetauftritten des Vereins die zentrale Rolle. Polizisten werden durchgängig als „Cops“ und „Bullen“ bezeichnet und Staatsanwaltschaft sowie Gerichte als „Klassenjustiz“ diskreditiert. Schwere Straftaten von Linksextremisten werden bagatellisiert, die angebliche Repression des Staates wird in den Vordergrund gestellt und strafrechtliche Ermittlungsbefugnisse gemäß §§ 129, 129a und 129b des Strafgesetzbuches werden als „Gesinnungsparagrafen“ diffamiert.

Die „RH“ feierte 2024 ihr 100-jähriges Jubiläum. Damit bezieht sich die Organisation auf die Gründung der „RHD“ am 1. Oktober 1924, welche 1933 im Zuge der „Reichstagsbrandverordnung“ verboten wurde. Die heutige „RH“ wurde erst 1975 gegründet. Während des Jahres 2024 und darüber hinaus hat die „RH“ das Jubiläum in vielfältiger Weise aufgegriffen. Zur Selbstinszenierung produzierte sie einen etwa 100-minütigen Dokumentarfilm mit dem Titel „Solidarität verbindet – 100 Jahre Rote Hilfe“ zur Geschichte, Entwicklung und Arbeit der Organisation. Der Film wurde in lokalen Programmkinos gezeigt, so auch im „freiLand“ in Potsdam²⁷⁹ und im Bürgerhaus Zeuthen²⁸⁰.

Im Februar 2024 konnte in Berlin die mutmaßliche Terroristin Daniela Klette festgenommen werden, der Prozess vor dem Landgericht Verden (Niedersachsen) hat im März 2025 begonnen. Sie soll zur Kommandoebene der dritten Generation der linksterroristischen Gruppierung „Rote Armee Fraktion“ (RAF) gehört haben. Daniela Klette war 1989/90 untergetaucht. Ihr wird insbesondere vorgeworfen, zwischen 1999 und 2016 Geldtransporter und Supermärkte in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein überfallen zu haben, um ihr Leben im Untergrund zu finanzieren. Bereits kurz nach Bekanntwerden der erfolgreichen Exekutivmaßnahme sprachen verschiedene Akteure der Szene ihre uneingeschränkte Solidarität mit Daniela Klette und ihren noch gesuchten mutmaßlichen Komplizen aus. Auch der Bundesvorstand der „RH“ bezeichnete die Festnahme als *„Ergebnis einer jahrzehntelangen Verfolgungswut und dem staatlichen Rachebedürfnis gegen ehemalige Mitglieder der Stadtguerilla-Gruppen“*. Weiter heißt es: *„Es steht zu befürchten, dass auch in diesem neuerlichen RAF-Verfahren sämtliche rechtsstaatlichen Standards außer Kraft gesetzt werden, um eine möglichst hohe Haftstrafe zu erreichen und Reuebekundungen zu erpressen.“*²⁸¹ Außerdem wurde Klette in einer Sonderausgabe der „Roten Hilfe Zeitung“ zum „Tag der politischen Gefangenen“ am 18. März 2025 in einer namentlichen Übersicht angeblicher *„politischer Gefangener in der BRD“* aufgelistet.²⁸²

Im Zusammenhang mit den Ermittlungs- und Strafverfahren im „Antifa Ost“-Komplex²⁸³ erklärte die „RH“ wiederholt ihre Solidarität mit den Betroffenen. So schrieb die „RH“ beispielsweise im November 2024 in einer Pressemitteilung: *„Die Verhaftungen reihen sich ein in einen staatlichen Frontalangriff gegen die antifaschistische Bewegung. [...] Die beiden jüngsten Verhaftungen machen die vollkommene Hemmungslosigkeit der staatlichen Hatz auf Antifaschist*innen deutlich.“*²⁸⁴ Und in einer weiteren Mitteilung vom Oktober 2025 war von der *„[n]ächste[n] Runde der Rachejustiz“* sowie einer *„andauernde[n]“*

²⁷⁹ Vgl. Homepage Rote Hilfe, Film „Solidarität verbindet – 100 Jahre Rote Hilfe“ am 05.09.2024, (letzter Zugriff am 05.12.2024).

²⁸⁰ Vgl. Homepage Rote Hilfe Königs Wusterhausen, „Solidarität verbindet – 100 Jahre Rote Hilfe“ am 07.10.2024, Internetauftritt (letzter Zugriff am 05.12.2024).

²⁸¹ Vgl. Homepage Rote Hilfe, „Zur Verhaftung von Daniela Klette“ vom 27.02.2024, (letzter Zugriff am 05.12.2024).

²⁸² Vgl. Homepage Rote Hilfe, „Sonderausgabe der Roten Hilfe“ vom 28.02.2025, S. 15.

²⁸³ Für weitere Informationen zur „Antifa Ost“ siehe Kapitel 6.1, Abschnitt „Antirepression“.

²⁸⁴ Vgl. Homepage Rote Hilfe, Pressemitteilung „Verhaftung von Antifas: Staatliche Verfolgungswut geht unvermindert weiter“ vom 08.11.2024, (letzter Zugriff am 05.12.2024).

*internationale[n] Hetzjagd auf Antifaschist*innen*²⁸⁵ die Rede. Derartige Aussagen verdeutlichen exemplarisch die anhaltende Agitation der „RH“ gegen den demokratischen Rechtsstaat, wobei linksextremistische Gewaltstraftaten ausdrücklich verteidigt werden.

Die Kündigung mehrerer Bankkonten der „RH“ Ende 2025 hat den Verein zuletzt vor organisatorische Herausforderungen gestellt. Zugleich dürfte der Vorgang den in der linksextremistischen Szene bereits verbreiteten Eindruck verstärken, dass „linke“ Strukturen von „rechts“ angegriffen werden. Die „RH“ selbst rief *„die progressiven Kräfte in diesem Land dazu auf, an unserer Seite zu stehen [...] und gegen die global agierende Rechte [zu kämpfen].“*²⁸⁶

Bewertung / Ausblick

Die „RH“ ist um eine systematische Verharmlosung und Rechtfertigung linksextremistischer (Gewalt-) Straftaten bemüht. In ihrem „Kampf gegen rechts“ sieht sie sowohl den „Faschismus“ als auch die freiheitliche Demokratie als Gegner und unterstellt der Bundesrepublik, ein „Repressionsstaat“ zu sein. Der Verein erhält innerhalb der linksextremistischen Szene hohen Zuspruch. In Brandenburg ist die „RH“ gemessen an der Einwohnerzahl stark vertreten, wobei die Mitgliederzahl im aktuellen Berichtszeitraum deutlich angestiegen ist. Die „RH“ schlägt Brücken sowohl innerhalb der ideologisch stark fragmentierten linksextremistischen Szene als auch zu Gruppierungen der Klimaschutzbewegung²⁸⁷ und wird als Konsensorganisation akzeptiert. Das verschafft ihr über das linksextremistische Spektrum hinaus Reputation. In Teilen der Linken gehört es weiterhin zum politischen Habitus, sich zur Mitgliedschaft in der „RH“ zu bekennen. Die Wahrnehmung der Szene, sich in einer Krisensituation zu befinden, dürfte zukünftig einen weiteren Mitgliederzuwachs bewirken.

²⁸⁵ Vgl. Homepage Rote Hilfe, Pressemitteilung „Nächste Runde der Rache-Justiz: Budapest-Prozess gegen sieben Antifas ab 4. November“ vom 14.10.2025, (letzter Zugriff am 15.01.2026).

²⁸⁶ Vgl. Homepage Rote Hilfe, Pressemitteilung „Kontokündigung wegen Antifa: Banken vollstrecken US-Politik in Deutschland“ vom 23.12.2025, (letzter Zugriff 15.01.2026).

²⁸⁷ Vgl. Homepage Rote Hilfe, „Repression gegen Klimagerechtigkeitsbewegung geht weiter“ vom 24.09.2024, (letzter Zugriff am 05.12.2024).

6.3 Dogmatische Linksextremisten und sonstige Bestrebungen

Sitz / Verbreitung

Dogmatische linksextremistische Parteien und Gruppierungen sind bundesweit aktiv. In Brandenburg unterhalten sie unter anderem in Potsdam, Brandenburg an der Havel, Cottbus und Falkensee Strukturen. Es handelt sich hierbei um verschiedene, teilweise voneinander unabhängige Gruppierungen und Organisationen, die jedoch ideologische Parallelen aufweisen.

Gründung / Bestehen

Linksextremistische Parteien, wie die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP), die „Marxistische Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) sowie die „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD)²⁸⁸, bestehen seit Jahrzehnten. Lokale kommunistische Jugendstrukturen sind im Schwerpunkt hingegen erst in den vergangenen Jahren entstanden. Hinzukommen weitere Kleingruppen, zum Beispiel mit trotzkistischer²⁸⁹ Ausrichtung, die eine unterschiedlich lange Historie aufweisen.

Struktur / Repräsentanten

In Brandenburg verfügt die „DKP“ über einen eigenen Landesverband, während die „MLPD“ und die „KPD“ jeweils gemeinsame Landesverbände für Berlin und Brandenburg mit Schwerpunkt in Berlin unterhalten. Die Jugendorganisation der „DKP“, die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ), hat ihre Aktivitäten zuletzt ausgeweitet. Sie verfügt über Ortsgruppen in Potsdam und Cottbus. Die trotzkistische „Gruppe ArbeiterInnenmacht“ (GAM) hat ebenfalls einen gemeinsamen Landesverband für Berlin und Brandenburg. Die trotzkistische „Internationale Sozialistische Organisation“ (ISO) wiederum verfügt über eine Ortsgruppe in Potsdam. Die kommunistische Jugendgruppe „Rotes Kollektiv Brandenburg“ ist in Brandenburg an der Havel vertreten. Eine weitere kommunistische Jugendgruppe, „Kollektiv Aufbruch“, existiert in Falkensee.

Die dem Anarchosyndikalismus²⁹⁰ zuzuordnende „Freie Arbeiter*innen Union“ (FAU) verfügt über eine Stadtsektion Potsdam, die der „FAU“ Berlin unterstellt ist. Auch in Cottbus ist die „FAU“ vertreten. Die dortige Basisgruppe gehört zum „Allgemeinen Syndikat Dresden“ der „FAU“.

Personenpotenzial: Mitglieder / Anhänger / Unterstützer

Das Personenpotenzial der kommunistischen Parteien einschließlich ihrer Umfeldorganisationen liegt in Brandenburg bei schätzungsweise 40 Personen. Weitere dogmatische und sonstige Bestrebungen, zu denen auch lokale kommunistische Jugendgruppe gehören, weisen ebenfalls ein Personenpotenzial von etwa 40 Personen auf.

Kurzportrait / Ziele

Einig sind sich Linksextremisten in der vermeintlichen Notwendigkeit, die liberale Demokratie revolutionär abschaffen zu wollen. Dogmatiker identifizieren, maßgeblich auf Grundlage der marxistisch-leninistischen Lehre, den „Kapitalismus“ als Ursache allen Übels. „Kapitalismus“, von ihnen verstanden als untrennbare

²⁸⁸ An dieser Stelle ist die 1990 in der ehemaligen DDR gegründete „KPD“ gemeint, auch bekannt als „KPD-Ost“. Diese ist von der in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1956 verbotenen namensgleichen „KPD“ zu unterscheiden.

²⁸⁹ Eine trotzkistische Ausrichtung ist eine Form des Marxismus, die sich stark am russischen Revolutionär Leo Trotzki orientiert. Die Anhänger fordern eine „permanente Revolution“, da sie glauben, dass der Sozialismus nur weltweit und nicht in einem einzelnen Land funktionieren kann. Zudem grenzen sie sich vom totalitären Stalinismus ebenso wie von der „reformistischen Sozialdemokratie“ ab.

²⁹⁰ Eine anarchosyndikalistische Ausrichtung kombiniert die Ideale des Anarchismus mit den Methoden der revolutionären Gewerkschaftsbewegung (Syndikalismus). Ideengeschichtlich entstanden ist der Anarchosyndikalismus Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts.

Einheit von marktwirtschaftlicher Eigentumsordnung und demokratischem Rechtsstaat, diene vor allem der Erhaltung von Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen und zementiere die sich darauf aufbauende Ordnung. So zielen dogmatische Linksextremisten immer auch gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, wenn sie den „Kapitalismus“ bekämpfen. Die „Überwindung“ des „Kapitalismus“ könne nicht durch politische Reformen, sondern nur durch einen revolutionären Umsturz erfolgen. Dogmatische Akteure streben eine sozialistische Staats- und Gesellschaftsform an, aus der später eine „klassenlose“ kommunistische Ordnung hervorgehen soll.

Obwohl dogmatische Linksextremisten derzeit – im Gegensatz zu Autonomen – mehrheitlich nicht gewaltorientiert sind, leisten sie dennoch einen erheblichen Beitrag zu linksextremistischer Gewalt. Indem ihr Handeln stets darauf abzielt, eine revolutionäre Situation herbeiführen zu wollen, schaffen sie ideologische Begründungszusammenhänge für die Anwendung von Gewalt. Vor allem aber wirken sie als geistige Wegbereiter daran mit, den Linksextremismus in all seinen Ausprägungen in Politik und Gesellschaft zu tragen.

Anarchisten streben ebenso kompromisslos nach einer Abschaffung des demokratischen Rechtsstaats, identifizieren allerdings als Hauptproblem die „Herrschaft“ an sich, die es in jeder Hinsicht zu bekämpfen gelte. Eine stark organisationsgebundene Ausprägung des Anarchismus ist der Anarchosyndikalismus. Dessen Anhänger organisieren sich als Föderation von Branchen- und Einzelgewerkschaften und engagieren sich sowohl für Arbeitskämpfe als auch in Bereichen wie Kultur- und Bildungsarbeit, Hilfe im Alltag sowie anwaltlicher Begleitung bei arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen. Das langfristige Ziel ist die Abschaffung jeglicher Form von „Herrschaft“ durch eine Revolution. Die größte anarchistische Organisation in Deutschland ist die „FAU“.

Die trotzkistische „GAM“ will mithilfe einer „kampffähigen Partei“ das bestehende Gesellschaftssystem „zerbrechen“ und durch Arbeiterräte ersetzen. Dabei schließt die „GAM“ in ihrem Grundsatzprogramm Gewalt als mögliches strategisches Mittel nicht aus. Zur Steigerung ihrer Einflussmöglichkeiten engagiert sich die „GAM“ offen oder verdeckt in gesellschaftlichen Bereichen, in politischen Strukturen und der Gewerkschaftsbewegung. Das Eindringen in größere Organisationen hat zum Ziel, deren Kurse von innen heraus zu beeinflussen und die jeweilige Organisation unter Kontrolle zu bringen, zumindest aber trotzkistische Positionen fest in ihr zu verankern. Diese für Trotzlisten charakteristische Vorgehensweise wird als Entrismus bezeichnet. Ein solches Vorgehen verfolgt auch die „ISO“.

Die „SDAJ“ ist laut ihrer Satzung „eine eigenständige Jugendorganisation“, betrachtet sich aber als Nachwuchsorganisation der „DKP“. Sie versucht gezielt, Jugendliche und junge Erwachsene anzuwerben und zu indoktrinieren. Dafür engagiert sich die SDAJ beispielsweise stark an Schulen. Ideologisch sind „SDAJ“ und „DKP“ eng verbunden. Ihr gemeinsames Ziel ist die Abschaffung des „Kapitalismus“ und die revolutionäre Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Eine relativ neue Entwicklung ist das verstärkte Aufkommen lokaler kommunistischer Jugendstrukturen. Solche Gruppen, wie das „Rote Kollektiv Brandenburg“ (Brandenburg an der Havel) oder „kollektiv aufbruch“ (Falkensee), vertreten offensiv eine marxistisch-leninistische Weltsicht in Verbindung mit einer erlebnisorientierten Jugendkultur. Bei Demonstrationen soll ein geschlossenes Auftreten mit uniformen Kleidungselementen (zum Beispiel rote Schlauchschals und Fahnen) Stärke und Einheit demonstrieren, während verbindliche ideologische Erklärungsmuster vermeintlich einfache Lösungen für komplexe gesellschaftliche Herausforderungen bieten.

Für dogmatische Linksextremisten ist die Palästina-Solidarität ein wesentliches und zugleich verbindendes Betätigungsfeld. Sie beinhaltet verschiedene Facetten bis hin zu Israelfeindschaft und Antisemitismus. Zielgerichtet versuchen dogmatische Linksextremisten, Debatten und Demonstrationen mit Bezug zur Situation im Nahen Osten ideologisch und personell zu durchdringen. Dabei werden immer wieder an

sich demokratische und humanitäre Anliegen missbraucht, Meinungspluralität ignoriert und gewalttätige Auseinandersetzungen und gesellschaftliche Spaltungen provoziert, um das Dogma der eigenen Ideologie durchzusetzen. Der Streit um die „richtige“ Position im Nahostkonflikt spaltet zunehmend die linksextremistische Szene.

Finanzierung

Die meisten formalen Organisationen finanzieren sich vor allem über Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Veröffentlichungen / Reichweite

Während dogmatische Parteien und formale Organisationen insbesondere mit Mitgliederpublikationen und auf Internetseiten ihre Anhänger informieren, sind kommunistische Jugendgruppen in erster Linie in den sozialen Netzwerken aktiv.

Grund für die Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Dogmatische Linksextremisten führen ihre Ideologie im Wesentlichen auf die Theorien kommunistischer Vordenker wie Marx, Engels und Lenin zurück. Verbindendes Element ist das gemeinsame Ziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, die langfristig durch einen allumfassenden Umbau von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in eine „klassenlose“ kommunistische Gesellschaft überführt werden soll. Kommunistische Gruppierungen zielen hierfür zunächst auf die Errichtung einer revolutionär herbeigeführten „Diktatur des Proletariats“ unter der uneingeschränkten Führungsrolle einer kommunistischen Partei ab.

Eine sozialistisch-kommunistische Gesellschaftsordnung missachtet grundlegende Prinzipien der Menschenwürde, weil der Mensch nicht als freies Individuum respektiert, sondern lediglich als Mitglied des Kollektivs einer bestimmten Klasse („Arbeiter“ bzw. „Kapitalisten“) betrachtet wird. Das Individuum hat sich dem Kollektiv unterzuordnen. Damit wird der Mensch zum bloßen Objekt des Staates gemacht, sodass seine Subjektqualität prinzipiell infrage gestellt wird. Darüber hinaus wird das Rechtsstaatsprinzip verletzt, unter anderem indem eine Gewaltenteilung gemäß den ideologischen Grundsätzen als überflüssig betrachtet wird, weil alle Macht von der Arbeiterklasse ausgehe. Außerdem verstößt der Alleinvertretungsanspruch einer einzelnen Partei gegen das Demokratieprinzip. Dadurch ergibt sich bei entsprechend ausgerichteten Organisationen und Gruppierungen regelmäßig eine Zuständigkeit nach § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes.

Entwicklungen im Berichtszeitraum

Russland wird von dogmatischen Linksextremisten als antiimperialistischer und damit „natürlicher“ Verbündeter in einem Abwehrkampf gegen die imperialistische Aggression des Westens gesehen. „DKP“ und „SDAJ“ vertreten ebenso wie andere kommunistische Organisationen eine solche traditionelle Interpretation und verbreiten dabei auch das russische Narrativ in Bezug auf den Angriffskrieg gegen die Ukraine. Solche Entwicklungen sind nicht neu, haben zuletzt aber spürbar zugenommen.

In Brandenburg entfaltet die „DKP“ nur punktuell öffentliche Wirkung. Sie betreibt eine Internetseite, vertreibt die eigene Publikation „Roter Brandenburger“ und beteiligt sich an Veranstaltungen des Landesverbandes Berlin. Im Dezember 2025 bekundete die „DKP“ ihre Solidarität mit dem „Schulstreik gegen Wehrpflicht“. Dazu äußerte der Bundesvorsitzende der „DKP“ in typischem Duktus: „Das ist ein Aufschrei der Jugend gegen die Kriegstreiberei von Kabinett und Kapital.“²⁹¹

²⁹¹ Vgl. „Erklärung der DKP zum Wehrdienst-Beschluss des Bundestags“, [Homepage](#) DKP, (zuletzt abgerufen am 30.01.2026).

Neben der „DKP“ versuchten auch andere dogmatische Gruppierungen den „Schulstreik“ für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. So war insbesondere die „SDAJ“, die Jugendorganisation der „DKP“, maßgeblich an den entsprechenden Demonstrationen am 5. Dezember 2025 in Potsdam und Cottbus beteiligt. In der Landeshauptstadt konnten neben Redebeiträgen von Vertretern der „SDAJ“ und deren Fahnen auch Fahnen der „FAU“ sowie Fahnen mit kommunistischer Symbolik (Hammer und Sichel) im Aufzug festgestellt werden. In Cottbus warb die dortige „SDAJ“-Ortgruppe auf einem Plakat mit dem klassenkämpferischen Spruch „Fight for your class, not for you country“.²⁹² In Falkensee wiederum mobilisierte unter anderem die lokale kommunistische Jugendgruppe „Kollektiv Aufbruch“ zu einer „Schulstreik“-Demonstration.

In der Gesamtschau gibt es Anhaltspunkte dafür, dass der „Schulstreik“ überregional von dogmatischen linksextremistischen Organisationen zumindest beeinflusst worden ist. Den jungen Menschen wurde suggeriert, dass im Gegensatz zu den etablierten Parteien lediglich Organisationen wie die „SDAJ“ die Sorgen der jungen Generation ernst nehmen würden. Für diese Gruppierungen bietet sich hier eine Möglichkeit, junge Menschen für ihre politische Arbeit zu interessieren und zu versuchen, sie langfristig an sich zu binden. Das Ideologierüst des dogmatischen Linksextremismus wird dabei zunächst nur ansatzweise deutlich. Nicht zuletzt die verwendeten Formulierungen und Denkmuster, wie die strikte Unterteilung der Gesellschaft in „Arbeiter“ und „Kapitalisten“, verdeutlichen jedoch die inhaltliche Ausrichtung.

Die „MLPD“ hat zwar keinen eigenen Landesverband, trat aber als einzige linksextremistische Partei mit einer Landesliste in Brandenburg zur Bundestagswahl 2025 an. Sie erhielt 0,07% der Zweitstimmen (+0,01% im Vergleich zur vorherigen Wahl)²⁹³. Dies spiegelt die bisherige Entwicklung wider, dass linksextremistische Parteien hinsichtlich der Ergebnisse bei Wahlen regelmäßig keine Rolle spielen. Anhaltende ideologische Klüfte, dogmatische Alleinvertretungsansprüche sowie das insgesamt hohe Alter der Mitglieder verhindern eine politische Wahrnehmbarkeit. Die Bedeutung dieser Parteien bemisst sich vielmehr an ihren außerparlamentarischen Aktivitäten.

Das „Rote Kollektiv Brandenburg“, das im Mai 2024 seine Gründung in den sozialen Medien erklärt hat, etablierte sich 2025 zu einer festen Größe innerhalb der linksextremistischen Szene Brandenburgs. Die Gruppe bezeichnet sich selbst als eine „kommunistische Jugendgruppe“ und sieht die „Notwendigkeit einer kämpferischen Organisation“. Themenschwerpunkte des „Roten Kollektiv Brandenburgs“ liegen in den Bereichen der dogmatischen Kapitalismuskritik, der Palästina-Solidarität, dem „Antimilitarismus“ und dem „Antifaschismus“. Als Ziel beim „Kampf um die Befreiung der Menschheit“ wird ein allumfassender Umbau von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu einer kommunistischen Gesellschaft verfolgt. Neben der Organisation von Kundgebungen veranstaltet die Gruppierung auch ideologische Schulungen, Freizeitveranstaltungen und betreibt Kampfsport.



Eine weitere kommunistische Jugendgruppe ist „Kollektiv Aufbruch“ aus Falkensee, die sich im Jahr 2025 formiert hat. In den sozialen Medien betreibt die Gruppe, welche sich selbst als „klassenkämpferisch“ bezeichnet, ideologische Grundlagenaufklärung. Außerdem beteiligt sie sich realweltlich an Demonstrationen und Kundgebungen mit kommunistischer Ausrichtung.

Die grundsätzliche Gewaltbereitschaft einiger dogmatischer Akteure, wie den kommunistischen Jugendgruppen, wurde beispielsweise bei den Protesten gegen den Landesparteitag der „Alternative für

²⁹² Vgl. Instagram, (zuletzt abgerufen am 08.12.2025).

²⁹³ Vgl. [Internetauftritt des Landeswahlleiters Brandenburg](#), (zuletzt abgerufen am 06.01.2025).

Deutschland“ (AfD) am 8. November 2025 in Brandenburg an der Havel deutlich. Bei einem Aufzug, zu dem unter anderem vom „Roten Kollektiv Brandenburg“ intensiv mobilisiert worden war und an dem diese Gruppierung auch teilgenommen hat, wurde der folgende Sprechchor skandiert: *„Nazis jagen ist nicht schwer. Mit Hammer und Sichel und Gewehr. Kein Vergeben, kein Vergessen. Nazis haben Namen und Adressen.“* Das ist ein klares Bekenntnis zur Anwendung von Gewalt gegen den politischen Gegner sowie ein Aufruf zur Selbstjustiz. Insbesondere in Kombination mit dem ideologischen Hintergrund – Hammer und Sichel als Zeichen für die totalitäre Ideologie des Kommunismus – wurde damit eine neue Qualität linksextremistischer Agitation in Brandenburg erreicht.

Die anarchosyndikalistische „FAU“ hat im Berichtszeitraum ihr Aktionsniveau deutlich erhöht. Neben der Organisation gemeinsamer Veranstaltungen mit der „FAU“ Berlin und dem Bereitstellen von Beratungsangeboten beteiligte sich die Potsdamer Gruppe an der Demonstration „Schulstreiks gegen Wehrpflicht“ am 5. Dezember 2025 in der Landeshauptstadt und versuchte, diese für ihre Zwecke zu vereinnahmen. Darüber hinaus beteiligte sich die „FAU“ an einer größeren pro-palästinensischen Versammlung am 28. Juni 2025 in Potsdam, die sichtbar durch Akteure aus dem dogmatischen linksextremistischen Spektrum beeinflusst war und eine antiimperialistische sowie anti-israelische Ausrichtung hatte. Dieses Engagement verdeutlicht exemplarisch die Bedeutung des Aktionsfeldes der Palästina-Solidarität für Dogmatiker, die häufig Mobilisierungsantreiber sind.

Aufgrund der Entwicklungen in Nahost war das entsprechende bundesweite Protestgeschehen gegen Ende des Jahres 2025 rückläufig. Abhängig von der weiteren Entwicklung besitzt der Konflikt aber weiterhin ein hohes Emotionalisierungspotenzial, insbesondere auf der pro-palästinensischen Seite. Dies begünstigt die Verbreitung extremistischer und antisemitischer Narrative. Dabei erfüllen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit eine Scharnierfunktion, da sie eine ideologische Schnittmenge für ansonsten gegensätzliche extremistische Milieus bilden. Das extremistische Protestgeschehen hat sich insgesamt auf die Ballungsräume konzentriert.

Die Ortsgruppe Potsdam der trotzkistischen „ISO“ führte in 2025 erneut regelmäßige ideologische Theorieveranstaltungen durch. In einer Broschüre der Ortsgruppe wird unter anderem ein *„revolutionäre[r] Bruch für eine ökosozialistische Organisation unserer Gesellschaft“* gefordert. Inhaltlich und sprachlich orientiert sich die Ortsgruppe Potsdam eng an der bundesweiten Ausrichtung der „ISO“. Deren erklärtes Ziel ist es, revolutionäre Situationen herbeizuführen, um einen vollständigen Systemwandel zu erzwingen.²⁹⁴

Bewertung / Ausblick

Die Entwicklung des dogmatischen Linksextremismus ist durch eine zunehmende Bedeutungslosigkeit traditioneller (Partei-)Akteure bei gleichzeitiger Radikalisierung jüngerer Gruppierungen gekennzeichnet. Besonders dynamisch verläuft der Prozess bei den kommunistischen Jugendstrukturen, der teilweise mit einer neuen Gewaltbereitschaft einhergeht. Entsprechende Gruppierungen verbinden die marxistisch-leninistische Ideologie mit einer erlebnisorientierten Jugendkultur. Mit einem weiteren Zuwachs der Szene in diesem Bereich ist zu rechnen.

Das Spektrum im dogmatischen Linksextremismus ist traditionell vergleichsweise stark zersplittert, was in erster Linie an ideologischen Gegensätzen liegt. Ungeachtet dessen ist die Bedeutung dieses Spektrums nicht zu unterschätzen. Viele Akteure verfolgen eine langfristige Strategie, die auf einer ideologisch fest verwurzelten Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung beruht. Hinzukommen aktuelle Entwicklungen, wie etwa der russische Angriffskrieg in der Ukraine oder das Erstarren „roter“ Jugendgruppen, die mit neuen Herausforderungen einhergehen.

²⁹⁴ Vgl. „Unsere programmatischen Grundüberzeugungen“ vom 19.04.2017, Homepage ISO, (zuletzt abgerufen am 02.07.2025).

Autonome und Dogmatiker stellen weiterhin zwei gegensätzliche Strömungen im Linksextremismus dar. Obwohl es anlassbezogen und bei bestimmten Aktionsfeldern, wie dem „Antifaschismus“, eine beständige Zusammenarbeit gibt, betrachten sich die jeweiligen Akteure doch häufig mit einer gewissen Skepsis. Von besonderer Bedeutung für den sceneinternen Konflikt ist der mit neuer Intensität aufbrechende Streit bezüglich der Positionierung zur Situation in Nahost.

7. Islamismus

7. Islamismus

Islamismus bezeichnet eine politische Ideologie und einen Sammelbegriff für unterschiedliche Strömungen und Gruppierungen. Diese verstehen den Islam nicht bloß als Religion, sondern als umfassendes gesellschaftlich-politisches System, das alle Lebensbereiche durchdringen soll. Islamisten wollen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung in Teilen außer Kraft setzen oder gänzlich beseitigen. Sie streben eine unveränderliche, gottgewollte Ordnung an, in der ausschließlich religiöse Quellen (Koran, Sunna) die Rechtsfindung bestimmen und Gott als einziger legitimer Gesetzgeber gilt. Das geht mit einer Einheit von Staat und Religion ohne Gewaltenteilung einher. Forderungen reichen bis hin zu drakonischen Strafen auf Basis der Scharia. Einige Islamisten argumentieren, dass bereits die Befolgung weltlicher Gesetze unvereinbar mit dem Islam und somit ein Götzendienst sei. Gesellschaften, wie sie Islamisten anstreben, sind totalitär, antipluralistisch und von dem Gedanken der Ungleichheit von Menschen geprägt. Sie verstoßen gegen grundlegende Rechte, wie die Menschenwürde. Daher sind die Ziele von Islamisten verfassungsfeindlich. Zudem weisen die meisten islamistischen Gruppierungen antisemitische Haltungen auf.

Grundprinzipien der fdGO	Gegensätzliche Konzepte in islamistischen Gesellschaftsordnungen
Menschenwürde	<ul style="list-style-type: none">• Verneinung von Grundrechten (z. B. körperliche Unversehrtheit, Gleichbehandlung der Geschlechter, Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, etc.)• Diskriminierung von Minderheiten• ausgeprägter Antisemitismus
Demokratie	<ul style="list-style-type: none">• Ablehnung der Souveränität des Volkes (z. B. durch wählbare und abwählbare Herrscher, Recht auf politische Opposition)• Ablehnung von Meinungsfreiheit• Ablehnung einer pluralistischen Gesellschaftsordnung
Rechtsstaatlichkeit	<ul style="list-style-type: none">• Willkürherrschaft durch die Interpretation religiöser Quellen• fehlende Gewaltenteilung• Ablehnung einer veränderbaren Gesetzgebung

Es ist wichtig, Islamismus und Islam klar zu unterscheiden. Islamisten missbrauchen den Islam für ihre extremistischen Ziele. Der Islam selbst ist eine Weltreligion und Ausdrucksform islamischer Religiosität. Die Religionsausübung wird durch Artikel 4 im Grundgesetz garantiert.

Der Verfassungsschutz Brandenburg beobachtet innerhalb des Islamismus zwei verschiedene Formen zur Erreichung extremistischer Ziele: die **Methodik** und die **Gewaltbereitschaft**.

1. Demokratie-unterwandernder Islamismus

Akteure des demokratie-unterwandernden Islamismus handeln subtil und innerhalb der bestehenden Rechtsordnung. Sie nutzen die Freiheiten einer liberalen Demokratie (Versammlungs-, Religions-, Vereinigungsfreiheit), um verfassungsfeindliche Ziele zu verfolgen. Sie vermeiden offene Kritik am System, um

Ausgrenzung zu entgehen, und setzen demokratische Freiheiten strategisch ein. Das Ziel ist die schrittweise Etablierung einer demokratiefeindlichen Gesellschaftsordnung, die auf der Scharia basiert, wobei die freiheitliche demokratische Grundordnung Deutschlands abgelehnt und langfristig überwunden werden soll. Die wahren, oft extremistischen Ziele bleiben verborgen, weil man nach außen hin moderat wirkt und Dialogbereitschaft vorgibt. Nach innen jedoch dulden und befürworten deren Akteure teilweise Gewalt gegen "Ungläubige", "Abtrünnige" (Muslime, die als nicht rechtgläubig genug angesehen werden) und Repräsentanten westlicher Staaten oder lokaler "feindlicher" Regime.

Die "Unterwanderung" findet auf verschiedenen Ebenen statt:

- Zivilgesellschaftliche Arbeit: Aufbau von Vereinen, eigenen Moscheegemeinden, Bildungseinrichtungen, Nachhilfeangeboten und karitativen Organisationen. Diese dienen als Anlaufstellen, um neue Anhänger zu gewinnen und das eigene Netzwerk zu stärken.
- Missionierung (Dawa): Gezielte Verbreitung der islamistischen Ideologie, oft unter dem Deckmantel der reinen Religionsausübung oder der sozialen und karitativen Hilfe.
- Politischer Einfluss: Versuch, über Lobbyarbeit, die Einflussnahme auf politische Parteien oder die Besetzung relevanter Positionen in gesellschaftlichen Gremien (z. B. Integrationsräte, Elternvertretungen) politische Entscheidungen im Sinne der eigenen Ideologie zu beeinflussen.
- Diskursverschiebung: Aktives Einbringen islamistischer Positionen in öffentliche Debatten (z. B. über Feminismus, Sexualerziehung, Religionsfreiheit, angeblich religiöse Praxis für Kinder), um gesellschaftliche Normen und Werte schrittweise zu verschieben.

Der demokratie-unterwandernde Islamismus umfasst trotz ideologisch unterschiedlicher Ausrichtungen den **politischen Salafismus sowie die Strukturen „Hizb ut-Tahrir“ (HuT), „Muslimbruderschaft“ (MB)/„ Hamas“ und die Islamische Gemeinschaft „Millî Görüş“ (IGMG)**. Gelingt eine Unterwanderung, wird Gewalt zum kalkulierten Werkzeug, um die politische Agenda radikal zu forcieren.

2. Gewaltorientierter Islamismus (Dschihadismus)

Der gewaltorientierte Islamismus bezeichnet eine Form des politischen Extremismus, deren Anhänger bereit sind, ihre extremistischen Ziele – die Errichtung eines theokratischen Gottesstaates auf Basis einer fundamentalistischen Auslegung der Scharia – mit illegalen und gewaltsamen Mittel durchzusetzen. Dabei stellt der Salafismus die maßgebliche ideologische Grundlage für den gewaltorientierten Islamismus (Dschihadismus) dar und kann, als radikalste und gewaltbereiteste Subkategorie betrachtet werden. Innerhalb dieser Strömung agieren dschihadistische Gruppierungen, die auf die offene Konfrontation mit dem Staat und der Gesellschaft abzielen, um die bestehende Ordnung gewaltsam zu stürzen und durch ein Kalifat zu ersetzen. Gewaltanwendung ist für sie das einzig legitime Mittel zur Umsetzung ihrer Ideologie. Viele dschihadistische Organisationen (unter anderem „al-Qaida“ oder der „Islamische Staat“ [IS]) verfolgen einen globalen Ansatz und richten ihre massive Gewalt gegen "den Westen" oder lokale "Feinde". Dabei werden Ableger des „IS“, wie der „Islamischen Staat Provinz Khorasan“ (ISPK), als eine der dynamischen terroristischen Bedrohungen in Deutschland eingestuft.

Für Brandenburg ist zudem das Personenpotenzial der „Islamistischen Nordkaukasischen Szene“ (INS) von besonderer Bedeutung, dass ebenfalls der gewaltorientierten Kategorie zuzurechnen ist.

Islamistisches Personenpotenzial in Brandenburg

	2022	2023	2024	2025
Islamistisches Personenpotenzial gesamt	210	220	225	260
demokratie-unterwanderndes Spektrum	50	50	50	60
gewaltorientiertes Spektrum	160	170	175	200
davon Angehörige der INS	80	80	85	110

7.1 Salafismus

Sitz / Verbreitung

Für das Land Brandenburg liegen Erkenntnisse zu einzelnen Personenzusammenschlüssen vor, von denen die salafistische Ideologie aktiv verbreitet wird. Gefestigte größere salafistische Strukturen sind nicht bekannt. Die Szene setzt sich vorwiegend aus Einzelpersonen ohne eigene lokale Strukturierung zusammen. Zudem sind Online-Aktivitäten feststellbar.

Gründung / Bestehen

Salafismus ist ein Sammelbegriff für verschiedene, auf dem sunnitischen Islam beruhende ideologische Strömungen. Ihre Gemeinsamkeit ist das Streben nach einem ursprünglichen, möglichst unverfälschten Islam. Dieser orientiert sich am Idealbild einer islamischen Frühzeit der ersten drei Generationen von Muslimen, den „frommen Altvorderen“ (etwa 7. bis 9. Jahrhundert). Die heutige salafistische Bewegung entwickelte sich maßgeblich im zweiten Drittel des 20. Jahrhunderts im Nahen Osten. Sie ist in besonderem Maße von verschiedenen zeitgenössischen Gelehrten geprägt, die im Königreich Saudi-Arabien geboren oder ausgebildet wurden.

Eng verknüpft mit dem Salafismus ist der Jihadismus, der die Anwendung von Gewalt in den Fokus der Religionspraxis stellt. Die ideologischen Wurzeln dieser Bewegung liegen vor allem in Ägypten und der Golfregion der 1960er und 1970er Jahre. Geprägt war diese Periode einerseits von der militärischen Konfrontation mit Israel und andererseits von den Auseinandersetzungen zwischen islamistischen Bewegungen mit den autoritären Staaten, die dem säkularen „arabischen Sozialismus“ anhängen. Konservativ-islamistische Bewegungen wie die „Muslimbruderschaft“ betrachteten diese politische Ausrichtung als Abkehr vom Islam und Beseitigung einer islamischen Gesellschaftsordnung. Die religiösen Bewegungen wurden massiv staatlich verfolgt und unterdrückt. So entstand der Wunsch, diese als unislamisch und tyrannisch verstandenen Regierungen zu beseitigen. Islamistische Vordenker wie Sayyid Qutb nutzten eine wortwörtliche Auslegung der religiösen Quellen und entwickelten ein militantes Konzept des Jihad.

Ein weiteres zentrales historisches Ereignis in der Entwicklung des Jihadismus war der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan im Jahr 1979. Infolgedessen entstand die terroristische Organisation „al-Qaida“, die den Jihadismus als transnationale Ideologie prägte. Die Entstehung der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) stellt eine weitere Zäsur in der jüngeren Geschichte des global operierenden Jihadismus dar. Er formte sich in den 2000er Jahren innerhalb von „al-Qaida“. Im Jahr 2014 sagten sich zentrale Akteure von „al-Qaida“ schließlich los und begründeten ihr eigenes „Islamisches Kalifat“ – also einen islamischen Gottesstaat. Erstmals bildete eine Organisation mit international ausgerichteter terroristischer Agenda ein territoriales, staatsähnliches Gebilde.

Struktur / Repräsentanten

Salafistische Akteure agieren in Deutschland zumeist in losen Netzwerken oder innerhalb einer Vereinsstruktur, die ihnen den Zugang zu Räumlichkeiten, finanziellen Mitteln und neuen Mitgliedern vereinfacht. In Deutschland existiert bislang weder ein Dachverband für salafistische Strukturen noch eine Form der politischen Vertretung, beispielsweise durch eine Partei.

In Brandenburg existieren einzelne salafistisch orientierte Kleingruppen sowie eine Vielzahl von Einzelpersonen, die dem Salafismus zugeordnet werden können. Eine umfassende Vernetzung von Salafisten untereinander ist bislang nur für die „Islamistisch Nordkaukasische Szene“ (INS)²⁹⁵ bekannt. In Brandenburg wohnhafte Salafisten orientieren sich stark an der salafistischen Szene in Berlin und nutzen dort einschlägige Gebetsräume.

²⁹⁵ Für weitere Informationen zur „Islamistisch Nordkaukasischen Szene“ (INS) vgl. Kap. 7.2

Eine einheitliche salafistische Predigerszene ist in Deutschland nicht vorhanden. Einzelne Prediger betätigen sich jedoch im gesamten Bundesgebiet als salafistische Multiplikatoren. Beispiele hierfür sind der in Nordrhein-Westfalen geborene Pierre Vogel, der in Leipzig tätige Hassan Dabbagh, der aus Bayern stammende Ibrahim El-Azzazi oder der Berliner Prediger Abul Baraa (bürgerlicher Name: Ahmad Armih). In Brandenburg traten salafistische Prediger aus anderen Bundesländern bislang nur vereinzelt auf.

Personenpotenzial: Mitglieder / Anhänger / Unterstützer

Im Jahr 2025 stieg das salafistische Personenpotenzial im Land Brandenburg auf 200 Personen (2024: 175) an. Aufgrund von Expansionsbemühungen der Szene und zunehmender, schwer einzudämmender Verbreitung salafistischer Inhalte über soziale Medien sowie Messengerdienste ist zukünftig mit weiteren salafistischen Akteuren und Strukturen in Brandenburg zu rechnen. Etwa jede fünfte Person, die dem salafistischen Spektrum zugeordnet wird, ist weiblich.

Salafismus trägt zur Bildung einer identitätsstiftenden Subkultur bei. Die richtet sich mit eigener Sprache, Symbolik sowie eigenem Kleidungsstil vor allem an junge Menschen. Szene-Mitglieder bezeichnen sich als „Brüder“ und „Schwestern“. Nicht selten finden sie so eine Ersatzfamilie. Salafistische Prediger werden teilweise wie Idole verehrt und als Influencer im Internet wie Popstars gefeiert. Wie alle Extremisten sehen auch Salafisten insbesondere in Minderjährigen ihre relevante Zielgruppe.

Kurzportrait / Ziele

Salafistische Akteure versuchen, ihre Religion von vermeintlich verbotenen Entwicklungen zu reinigen. Sie lehnen theologische, gesellschaftliche und normative Veränderungen des Islam ab. Nach ihrem Verständnis ist der wahre Islam jener der islamischen Frühzeit (7. bis 9. Jahrhundert). Religiöse Quellen wie zum Beispiel der Koran werden wortwörtlich ausgelegt. Das gilt unveränderlich für alle Orte und Zeiten. Alle Abweichungen werden als unzulässige Neuerungen betrachtet. Deshalb lehnen Salafisten den demokratischen Rechtsstaat als menschengemacht ab. Dagegen setzen sie ihre auf der Scharia beruhende islamische Rechts- und Gesellschaftsordnung. Unter Scharia wird die Gesamtheit aller Normen und Vorschriften verstanden, die dem Koran oder den Überlieferungen von Aussprüchen oder Handlungen des islamischen Propheten Mohammed entnommen werden können. All dies soll dann das Verhältnis von Menschen zu Gott und das Verhältnis der Menschen untereinander regeln. Darum zielt das Handeln von Salafisten darauf ab, den bestehenden Rechtsstaat und die freiheitliche demokratische Grundordnung durch einen Gottesstaat islamischer Prägung zu ersetzen. Innerhalb des Salafismus unterscheiden deutsche Sicherheitsbehörden zwischen zwei Ausrichtungen.

Politischer Salafismus

Der politische Salafismus will die Gesellschaft in einem langfristigen Prozess in einen totalitären salafistisch geprägten Gottesstaat umwandeln. Dabei wird zunächst auf die Anwendung militanter Gewalt verzichtet und stärker auf gesellschaftliche Veränderungsprozesse eingewirkt. In Predigten, Schulungsveranstaltungen und Missionierungsarbeit werden Muslime und Nicht-Muslime aufgefordert, sich aktiv für den Aufbau einer Gesellschaft nach salafistischen Vorstellungen einzusetzen. Das kann die Aufforderung zu oder die Anwendung von Gewalt auf individueller Ebene bedeuten. Selbst wenn das verfassungsfeindliche Islamverständnis nicht gesamtgesellschaftlich umgesetzt werden kann, wird es häufig in kleinerem Maßstab praktiziert, zum Beispiel innerhalb der Familie.

Jihadistischer Salafismus

Ziel des jihadistischen Salafismus ist, die Gesellschaft in einem revolutionären Akt mit Waffengewalt in einen Gottesstaat umzuformen. Dabei stellt der Jihad gegen „Ungläubige“ und gegen „Feinde des Islams“ sogar eine religiöse Verpflichtung dar. Die Inszenierung von Muslimen in der Opferrolle ist der zweite wesentliche Bestandteil in ihrer Rechtfertigung, Gewalt gegen angebliche Feinde des Islams und der

Muslimen anzuwenden. Das sind meistens Israel oder der Westen sowie als tyrannisch und ungerecht empfundene Herrscher (oft arabischer Staaten). Der Pflicht zum militanten Jihad wird häufig noch mehr Nachdruck verliehen, indem er als „sechste Säule des Islams“ bezeichnet wird.

Die Übergänge zwischen beiden Ausrichtungen sind fließend. So nehmen politische Salafisten oftmals ein ambivalentes Verhältnis zur Gewalt ein. Sie rechtfertigen und unterstützen Gewalt, auch wenn sie diese nicht zwangsläufig selbst anwenden. Sie befürworten die Anwendung von Körperstrafen, wie etwa Amputationen von Gliedmaßen als Strafe für Diebstahl. Auch fordern sie zur Tötung von Personen auf, die aus ihrer Sicht den Islam beleidigen, gegen seine Normen verstoßen oder die Religion verlassen haben. Daher ist der politische Salafismus mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung unvereinbar und bildet ganz wesentlich den Nährboden für das jihadistische Islamverständnis.

Finanzierung

Die Finanzierung salafistischer Gruppen und Kampagnen erfolgt über Spenden aus dem In- und Ausland. Die Sammlungen werden über religiöse Vereine, Spendenorganisationen oder Einzelpersonen koordiniert und durchgeführt. Ein großer Anteil des Geldes wird online über Social-Media-Kanäle und Internetplattformen eingenommen. Darüber hinaus finanzieren sich salafistische Akteure zunehmend durch eigenständige wirtschaftliche Betätigungen. Dazu zählen der Erwerb und die Nutzung von Immobilien, Werbeeinnahmen auf Streamingdiensten oder Social-Media-Plattformen, wie auch der Betrieb von Online-shops, in denen szenetypische Kleidung, Literatur, Lebensmittel oder andere Alltags-Artikel verkauft werden. Die von ihnen angebotenen Dienstleistungen – wie Seminare oder Pilgerreisen, vor allem nach Mekka – nutzen sie sowohl für die Verbreitung ihrer extremistischen Weltanschauung als auch zur Finanzierung.

Veröffentlichungen / Reichweite

Beim Salafismus handelt es sich nicht um eine homogene Ideologie und bei seinen Vertretern nicht um eine einheitlich agierende Gruppe. Daher existiert eine Vielzahl salafistischer Schriften mit einer größeren ideologischen Bandbreite. Teilweise wurden Werke ins Deutsche übersetzt und im deutschsprachigen Raum verlegt. Im Internet sowie als Druckexemplare stehen sie für geringe Gebühren oder kostenfrei zur Verfügung. Die darin enthaltenen Aussagen zu gesellschaftspolitischen Fragen propagieren oft eine Distanz zur Mehrheitsgesellschaft, entfalten so desintegrative Wirkungen und sind häufig verfassungsfeindlich. Hinzu kommen Ideologien der Ungleichheit, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und antisemitisches Gedankengut. Oftmals relativieren oder befürworten diese Schriften religiös motivierte Gewalt.

Soziale Medien und Netzwerke spielen eine zentrale Rolle bei der Verbreitung salafistischer Propaganda und Rekrutierung. Apps wie TikTok und Instagram vermitteln salafistische Inhalte insbesondere an Kinder und Jugendliche. Niedrigschwellig, schwer steuerbar und nicht kontrollierbar wird hier die Brücke von rein religiösen Inhalten zu extremistischen Inhalten schnell überschritten. Salafistische Prediger nutzen beispielsweise Frage-Antwort-Formate, um lebenspraktisch die Ideologie näherzubringen. Ibrahim El-Azzazi und Abul Baraa zählen zu den bekannten salafistischen Influencern, die genau diese Methoden zur Verbreitung salafistischer Ideologie nutzen.

Salafistische Propaganda wird zudem mit Hilfe von Videos, Magazinen, religiösen Liedern oder Bildcollagen verbreitet. Insbesondere Veröffentlichungen jihadistischer Akteure, wie „al-Qaida“ und des „Islamischen Staats“, sind in immenser Vielzahl und sprachlicher Ausführung im Internet verfügbar. Hergestellt werden sie von spezialisierten Organisationen, bei denen es sich um offizielle Medienkanäle der Kernorganisation oder um ihre regionalen Ableger handelt. Offizielle Medienorganisationen sind beispielsweise die „al-Furqan Medienproduktion“ („IS“) und die „as-Sahab Medienproduktion“ („al-Qaida“). Zahlreiche Formate werden aber ebenso von Einzelpersonen und Gruppen veröffentlicht, die mit der Organisation sympathisieren, ihr aber offiziell nicht angehören. Diese „inoffiziellen“ Kanäle sind in hoher Anzahl vorhanden und tragen einen großen Anteil an der Verbreitung der offiziellen jihadistischen Propaganda. Sie

kann oft mit nur sehr geringem Aufwand eingesehen, heruntergeladen oder mit anderen Internetnutzern geteilt werden. Dies betrifft insbesondere Videos mit expliziter Gewaltdarstellung, etwa von Hinrichtungen oder Kämpfen, in denen die menschenverachtende Ideologie der Jihadisten auf grausamste Art sehr deutlich wird.

Um Kinder oder Jugendliche vor salafistischen Inhalten zu schützen, werden Schriften von der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz (BzKJ) indiziert. Bislang betraf das jedoch nur wenige Erzeugnisse, die dem Salafismus zuzuordnen sind. Betroffen ist beispielsweise der Autor Abdulrahman Al-Sheha mit seinen Büchern „Die Frau im Schutz des Islam“, „Missverständnisse über Menschenrechte im Islam“ und „Die Botschaft des Islam“. Bei weiteren indizierten Publikationen handelt es sich um „Fiqh für Anfänger“ von Wahid Abdulsalam Baly und „Die Religion der Wahrheit“ von Abdulrahman Bin Hammad al-Omari. Weitere Indizierungen betreffen Tonträger, etwa Anashid (Plural von Nashid) deutscher „IS“-Kämpfer, in denen zu Hass und Gewalt aufgerufen wird.

Grund für die Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Der politische sowie der jihadistische Salafismus verfolgen eine verfassungsfeindliche Ideologie, weil die freiheitliche demokratische Grundordnung durch einen totalitären Gottesstaat islamischer Prägung ersetzt werden soll.

Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die salafistische Szene in Deutschland hat nach einer vermeintlichen Phase der Stagnation insbesondere in den vergangenen beiden Jahren wieder an Dynamik gewonnen und strebt bundesweit nach mehr Sichtbarkeit. Gerade in einem Flächenland wie Brandenburg, das keine ausgeprägten salafistischen Strukturen vor Ort aufweist, verlagert sich vieles in den digitalen Raum.

Die Zahl der Salafisten in Deutschland betrug Ende 2025 etwa 11.200 Personen, im Vorjahr waren es 10.500. In Brandenburg entfällt der Großteil des islamistischen Personenpotenzials auf den Salafismus. Ende 2025 lag die Zahl der Salafisten in Brandenburg bei 200 Personen (2024:175 Personen). Etwas mehr als die Hälfte davon – rund 110 Personen – ist der „Islamistisch Nordkaukasischen Szene“ (INS) zuzurechnen.²⁹⁶ In Brandenburg verfügt die Szene – abgesehen von der „INS“ – über keine gefestigten größeren Strukturen. Sie besteht weiterhin mehrheitlich aus Einzelpersonen oder nicht formal organisierten Netzwerken. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern konnte in Brandenburg in der Öffentlichkeit keine Einflussnahme in Form von salafistischen Missionierungskampagnen, beispielsweise durch Informationsstände oder die Verteilung von Broschüren oder Flyern, festgestellt werden.

Berliner Gebetsräume bleiben wichtige Anziehungs- und Anlaufpunkte für salafistische Akteure aus Brandenburg. Generell lässt sich jedoch ein Bedeutungsverlust realweltlicher salafistischer Anlaufstellen festzustellen, weil entsprechende Online-Angebote immer stärker ausgebaut und nachgefragt werden.

Die Schwerpunktsetzung propagandistischer Arbeit von Salafisten in sozialen Medien zeigt sich durch den Ausbau und die Professionalisierung entsprechender Online-Angebote. Über Plattformen wie Telegram, Instagram, TikTok oder Snapchat erreichen extremistische Influencer im Internet insbesondere junge, ideologisch nicht gefestigte, leicht zu beeinflussende und emotionalisierbare Personen, die auf der Suche nach Orientierung, Gemeinschaft, Zugehörigkeit und der eigenen Identität sind. In Form eines „Lifestyle-Salafismus“, bei dem zunächst ein nicht allzu religiöses Alltagsleben thematisiert wird, wird versucht, junge Menschen an die salafistische Ideologie heranzuführen. Hier geht es häufig um Fragen, was erlaubt ("halal") und verboten ist ("haram") oder wahr und falsch ist. Demokratie und Rechtsstaat werden ebenso abgelehnt wie Andersgläubige und Andersdenkende, wie Homosexualität und die

²⁹⁶ Ausführungen zur INS s. Kapitel 7.2 Islamistische Nordkaukasische Szene (INS).

Gleichberechtigung von Mann und Frau. Obwohl kein bekannter oder einflussreicher salafistischer Prediger in Brandenburg wohnt, bleibt die Gefahr einer extremistischen Indoktrination junger Menschen auch hier real.

Neben den bekannten männlichen salafistischen Predigern spielt seit einiger Zeit eine deutsche Konvertitin aus Nordrhein-Westfalen eine bedeutende Rolle in der weiblichen salafistischen Szene. Sie verfügt als islamistische Influencerin mit mehr als 200.000 Followern auf Instagram und TikTok über eine sehr große Reichweite. Auch Brandenburger folgen ihr. Sie hält online Vorträge, befürwortet die Scharia, spricht vom Islam als der „einzig wahren Religion“, wirbt für das Kopftuch und führt online Konversionen durch. Zentraler Bestandteil ihrer Agitation ist die Abwertung demokratischer Werte und die Abgrenzung von diesen. Die Polarisierung zeigt sich unter anderem in der Unterscheidung zwischen Gläubigen und den Muslimen angeblich feindlich gesinnten Ungläubigen. Sie verbreitet klassische salafistische Narrative, nach denen Gottes Gebote über menschengemachten Gesetzen stünden. Ebenso gebe es nur eine einzig wahre Islamauslegung – und zwar ihre eigene salafistische. Durch eine emotionale Ansprache und Missionierung, die neben religiösen auch gesellschaftlichen und politischen Fragen umfasst, richtet sie sich gezielt an junge Mädchen und Frauen. Damit ebnet sie den Weg für eine extremistische Glaubensauslegung des Islams.

Jihadistische Organisationen, insbesondere der „IS“ sowie seine Ableger wie der „ISPK“ (Islamischer Staat Provinz Khorasan), setzten 2025 ihre Online-Aktivitäten in der Werbung um Mitglieder und der Verbreitung von Propaganda fort. Neben den offiziellen Sprachrohren der terroristischen Organisationen verbreiteten ebenso deutschsprachige „IS“-nahe Medienstellen die einschlägige Propaganda und riefen zu Anschlägen auf. Mit dem Ziel, Personen ideologisch zu beeinflussen und für die Unterstützung des weltweiten Jihad zu gewinnen, werden Einzeltäter-Anschläge glorifiziert oder Anschlagsaufrufe veröffentlicht. So rief der „IS“ in einem Onlinemagazin zu Anschlägen auf Christen in Europa auf. Eine mit dem „IS“ sympathisierende Medienstelle rief konkret zu Einzeltäteranschlägen an Weihnachten und Neujahr in verschiedenen Ländern auf, darunter auch in Deutschland.

Eine besondere Rolle spielt die Verbreitung islamistischer „Anasheed“-Sprechgesänge. Häufig dienen jihadistische Hymnen als emotionaler Zugang zu extremistischen Botschaften. Da auf diesem Weg strafrechtlich relevante Propaganda verbotener terroristischer Organisationen verteilt werden, kam es 2025 im Rahmen einer bundesweiten Durchsuchung bei mehreren Personen zu polizeilichen Maßnahmen. Auch Brandenburg war betroffen.

Extremisten unterschiedlicher Lager nutzen zudem Gaming-Foren sowie Chats und Plattformen im Umfeld der Spiele, um über das mögliche Gemeinschaftserlebnis Zugang zu jungen, isoliert lebenden Menschen zu finden und diese in ihrem Sinne zu beeinflussen. Jihadisten screenen Kommentare in Gaming-Foren oder in sozialen Medien wie beispielsweise auf TikTok und laden Personen, die radikale Dinge posten, in geheime Chatgruppen und „IS“-Foren ein. Dort wird eine Indoktrinierung mit extremistischer Propaganda, Gewalt und Hass durchgeführt. Diese Vorgehensweise macht es dem Umfeld der jungen Menschen sowie den Sicherheitsbehörden sehr schwer, möglicherweise gefährliche Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und diesen entgegenzuwirken.

Vor allem der Terrorangriff der „HAMAS“ auf Israel am 7. Oktober 2023 und der daraus resultierende Konflikt ermöglicht es salafistischen Predigern, Anhänger zu emotionalisieren und zu mobilisieren. Jihadistische Organisationen wie der „IS“ und „al-Qaida“ nutzen den Konflikt ebenso, um zu Attentaten gegen israelische und jüdische Ziele sowie gegen Unterstützer Israels im Westen aufzurufen. Insbesondere im Internet wird um Mitglieder geworben und Propaganda verbreitet. Zudem hat der Konflikt unterschiedliche islamistische Gruppierungen zusammengeführt. Salafisten und Anhänger anderer islamistischer Gruppierungen wie der „Muslimbruderschaft“ oder der „HAMAS“ werden durch ein gemeinsames Feindbild

geeint. Eine zentrale Rolle spielen antisemitische Stereotype und Narrative, die die Missionierung, Rekrutierung und Radikalisierung von Einzelpersonen und Gruppierungen prägen.

Insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent haben sich Schwerpunktregionen des islamistischen Terrors entwickelt, wo mehrere Ableger vom „IS“ und „al-Qaida“ aktiv sind und in den zurückliegenden Monaten zahlreiche Anschläge verübten. Auch in Deutschland kam es 2025 zu Anschlägen und Anschlagversuchen. So griff ein 19-jähriger Syrer am 1. Februar 2025 am Holocaust-Mahnmal in Berlin einen Touristen mit einem Messer an und verletzte diesen schwer. Am 13. Februar 2025 fuhr ein 24-jähriger Afghane in München (Bayern) mit einem Pkw in eine Gewerkschaftsdemonstration. Dabei tötete er zwei Menschen und verletzte 44 Personen teilweise schwer. Am 18. Mai 2025 wurden in einer Bielefelder Bar (Nordrhein-Westfalen) vier Besucher durch einen Messerangriff eines 35-jährigen Syrers verletzt. Eine 13-jährige deutsche Gefährderin griff am 16. August 2025 eine Betreuerin in der Psychiatrie in Paderborn (Nordrhein-Westfalen) mit einem Messer an. In Essen (Nordrhein-Westfalen) verletzte ein 17-jähriger Schüler aus dem Kosovo am 5. September 2025 seine Lehrerin und eine weitere Person mit einem Messer. Am 9. und 11. September 2025 schoss ein 21-jähriger Türke bei Dillingen an der Donau (Bayern) mit einem Luftgewehr auf Fahrzeuge mit dem Ziel, schwere Verkehrsunfälle herbeizuführen.

Diese und weitere durch Sicherheitsbehörden vereitelte Anschläge stehen exemplarisch für das Fortbestehen jihadistischer Ideologie und Organisationen sowie für die Bedrohung, die sie für unsere Gesellschaft darstellen. Die zurückliegenden Anschläge und Anschlagversuche zeigen auf, dass das religiös-ideologische Wissen der Personen häufig gering und fragmentarisch ist. Oft ist ein undifferenzierter Mix verschiedener Einflüsse feststellbar. Auch wenn keine Anbindung an eine Organisation feststellbar ist, wurde häufig als Referenz für den „Jihad“ auf den „IS“-Bezug genommen.

Die Gefahr, dass sich Einzelpersonen und unter ihnen auch Jugendliche durch den Konsum jihadistischer und salafistischer Inhalte online und weitestgehend unbemerkt von ihren Familien, Freundeskreisen, Schulen und den Sicherheitsbehörden radikalieren, ist nach wie vor hoch. Der Trend zu immer jünger werdenden, gewaltaffinen, ideologisch oftmals nicht gefestigten, radikalisierten Personen, zumeist jungen Männern, lässt sich in den zurückliegenden Monaten in verschiedenen europäischen Ländern, in Deutschland und auch in Brandenburg feststellen.

Im Jahr 2025 konnte in Brandenburg im Bereich des Salafismus/Jihadismus erneut ein Anstieg des quantitativen und qualitativen Hinweisaufkommens festgestellt werden. Ebenso kam es in Brandenburg zu Ermittlungsverfahren und Verurteilungen, die die Entwicklungen der „TikTokisierung“, vor der der Verfassungsschutz in den vergangenen Jahren gewarnt hat, abbilden.

Bewertung / Ausblick

Salafistische Bestrebungen werden langfristig von großer Bedeutung für die Sicherheitsbehörden bleiben. Wegen der zunehmenden und schwer eindämmbaren digitalen Verbreitung salafistischer Inhalte in den sozialen Medien und Messengerdiensten ist damit zu rechnen, dass die Anhängerzahl dieser Ideologie deutschlandweit und damit auch in Brandenburg mittel- bis langfristig weiter zunehmen wird.

Auch wenn salafistische Prediger realweltlich und online in ihren Predigten die Schwelle zu strafbaren Aussagen nicht immer überschreiten, so legen sie mit ihren polarisierenden Predigten die Basis für eine extremistische Weltanschauung, was die Gefahr einer jihadistischen Radikalisierung über die Netzwerke birgt. Berliner Gebetsräume bilden weiterhin Anziehungspunkte für salafistische Einzelpersonen aus Brandenburg. In der Vergangenheit konnten einzelne Auftritte salafistischer Prediger aus Berlin in Brandenburg festgestellt werden. Eine Verfestigung ihres Wirkens konnte bislang unterbunden werden. Weitere Auftritte salafistischer Prediger aus Berlin sind in Zukunft wahrscheinlich.

Der Trend der vergangenen Jahre, dass sich zunehmend minderjährige Jugendliche radikalieren, wird auch in Brandenburg anhalten. Diese Zunahme im Hinweisaufkommen - insbesondere von nicht organisierten Einzeltätern - zeigt, dass die abstrakt hohe Bedrohungslage durch islamistisch motivierte Gewalttäter fortbesteht. Es ist zu erwarten, dass sich die Entwicklung einer im digitalen Raum stattfindenden islamistischen Radikalisierung und Mobilisierung fortsetzen wird.

Deutschland steht unverändert im Fokus unterschiedlicher terroristischer Organisationen, allen voran des „IS“ und der „al-Qaida“, deren Ziel sowohl komplexe als auch einfache Anschläge sind. Ihre Propaganda und der Aufruf, weiche und symbolhafte Ziele mit leicht zu beschaffenden und einzusetzenden Tatmitteln anzugreifen, richten sich an alle Muslime. Diese Art der Ansprache radikalisiert und inspiriert insbesondere schwer zu identifizierende Einzelpersonen zu Gewalttaten. Deren Intensität der Radikalisierung sowie ihre Bereitschaft zu Gewalttaten sind schwer einzuschätzen. Dass zu Anschlägen bereite junge Menschen dabei häufig allein handeln, die Ideologie nur eine nachgelagerte Rolle spielt und es häufig sofort um die Gewalt geht, verdeutlicht die abstrakte Gefahr und die gestiegenen Herausforderungen bei der Verhinderung von Anschlagplänen.

Neben persönlichen Faktoren können stark emotionalisierende und polarisierende gesellschaftliche oder weltpolitische Entwicklungen, insbesondere im Nahen Osten, wie ein Turbo für Radikalisierungstendenzen wirken. Dies zeigte sich bei zurückliegenden Anschlagplanungen und wird in Zukunft die Gefährdung jüdischer Personen und Ziele in Deutschland hochhalten. Vor dem Hintergrund der Eskalationen im Nahen Osten konnte festgestellt werden, dass sich verschiedene islamistische Strömungen über ideologische Grenzen und Anhängerschaften hinweg annähern. Zentrales verbindendes Element ist der Antisemitismus. Es ist zu erwarten, dass der Trend der „Entgrenzung des Islamismus“ perspektivisch zunehmen wird. Unter Entgrenzung ist hier das Verwischen beziehungsweise das Aufheben der Abgrenzungen zwischen Ideologien und Milieus zu verstehen. So bedienen sich Islamisten der antisemitische Erzählmuster von rechts- und linksextremistischen Ideologien und umgekehrt.²⁹⁷

Haftentlassungen von Gefährdern sowie die Rückkehr von Jihadisten aus den Kampfgebieten stellen die Sicherheitsbehörden vor große Herausforderungen. In vielen Fällen distanzieren sich Betroffene nicht von der jihadistischen Ideologie. Vielmehr nutzen sie die Zeit im Strafvollzug zur weiteren Vernetzung und Beeinflussung. In Brandenburg sind die Sicherheitsbehörden daher gemeinsam mit Justiz, Vollzugseinrichtungen und Ausländerbehörden gefragt, solche Personen sowohl während ihrer Haft als auch nach der Haftentlassung im Blick zu behalten. Neben konsequenten Abschiebungen – wo immer möglich – und Nutzung repressiver Mittel sind ebenso Resozialisierung und Integration hin zu einem Leben ohne Hass und Hetze voranzutreiben.

Die unerkannte Einreise kampferfahrener Jihadisten stellt ein erhebliches Sicherheitsrisiko für Deutschland dar und kann neue Dynamiken in der salafistischen Szene auslösen. Insgesamt mehr als 1.150 Personen waren aus Deutschland in Richtung Syrien und Irak ausgereist, um sich dem „IS“ anzuschließen, darunter Frauen und Kinder. Einige dieser Personen kamen bei Kampfhandlungen ums Leben, andere waren jedoch in kurdischen Gefangenenlagern in Syrien interniert. Vor dem Hintergrund der instabilen Lage unter der aktuellen Übergangsregierung in Syrien besteht die Gefahr bewaffneter Konflikte, durch die sich für den „IS“ neue Handlungsspielräume ergeben können. Eine große Rolle für die Bedrohung durch den „IS“ dürften die Gefangenenlager mit potenziell 10.000 „IS“-Anhängern spielen, die teilweise unkontrolliert freigekommen sind.

In Syrien wird sich zudem zeigen, ob die sunnitischen Milizen, angeführt von der „Hayat Tahrir al-Sham“ (HTS), nach dem Fall des Regimes von Ex-Präsident al-Assad den Schutz aller Minderheiten garantieren

können. In Brandenburg können die Entwicklungen und ethnischen Spannungen in Syrien unmittelbare Auswirkungen auf das hiesige Zusammenleben der verschiedenen ethnischen Gruppen haben.

Der „ISPK“, der weiterhin als bedeutendste Teilorganisation des „IS“ in Westeuropa aktiv ist und in zurückliegenden Jahren den Fokus verstärkt auf Anschlagsvorhaben außerhalb Afghanistans richtete, wird weiterhin über seine Propaganda und Aufforderungen zu Gewalttaten hinaus eine Gefahr darstellen. Neben der Einreise von Attentätern und dem Aufbau von Netzwerken leitet der „ISPK“ ebenso Einzelpersonen in Deutschland zu Anschlägen an.

Zudem stellen die bedeutenden Finanzströme zur Terrorismusfinanzierung durch Islamisten in Europa eine erhebliche Bedrohung dar. Die Gelder können zur Unterstützung von Terrororganisationen, zur Finanzierung von Anschlägen oder etwa für den Freikauf von „IS“-Kämpfern aus Gefangenenlagern genutzt werden. Hier spielen alternative Finanzierungswege wie das Hawala-Banking oder Kryptowährungen eine wichtige Rolle.

Durch den Einsatz von KI besteht die reale Gefahr eines noch effizienteren Anwerbens für islamistischen Terrors. Professionelle Propagandavideos, personalisierte Ansprachen beispielsweise für junge Zielgruppen, Deepfakes religiöser Autoritäten und Chatbots als religiöse Mentoren über alle Kanäle können zu noch schnellerer Radikalisierung führen. Hinzu kommt, dass internationale Plattformen aufgrund entsprechender fehlender rechtlicher Vorgaben ihre Kontrollmechanismen zunehmend abbauen. Dies wird aktiv von Terrorgruppen ausgenutzt.

Junge Menschen sind und bleiben für Salafisten und andere islamistische Akteure die zentrale Zielgruppe. Sie sind aufgrund ihres Entwicklungsstadiums besonders empfänglich für ideologische, emotionale und soziale Angebote von Extremisten. So besteht die Gefahr einer Radikalisierung hier lebender Kinder und Jugendlicher, etwa in salafistischen Familienverbänden oder extremistisch geprägten Einrichtungen. Eine zunehmende Radikalisierung Minderjähriger ist bereits jetzt festzustellen. Sie erfolgt realweltlich und über das Internet durch salafistische Influencer, jihadistische Propaganda oder Social-Media-Chats. Häufig bemerken nahestehende Personen nichts davon. Hier gilt es, das Umfeld der jungen Menschen, Lehrkräfte, Familien und Freundeskreise zu sensibilisieren.

Wichtig ist zudem eine Stärkung der Medienkompetenz für Kinder und Jugendliche, um unter anderem das Erkennen radikaler Inhalte und Codes sowie die Unterscheidung echter Neuigkeiten von Fake News zu fördern. In Bezug auf soziale Medien müssen auch Altersbeschränkungen für junge Menschen (Mindestalter), Plattformregulierungen – die Abschaltung gewaltverherrlichender Internetaccounts – und weitere Befugnisse für Sicherheitsbehörden im Online-Bereich diskutiert werden.

Zur Abwendung von Gefahren sowie für das Wohl der Minderjährigen selbst muss daher weiterhin eine enge Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehörden mit staatlichen sowie zivilgesellschaftlichen Trägern forciert werden. Einer Sensibilisierung des sozialen Umfelds für Verhaltensauffälligkeiten im Kontext einer salafistischen Sozialisation kommt somit eine zunehmend bedeutendere Rolle für die Bereiche Prävention und Deradikalisierung zu.

7.2 Islamistische Nordkaukasische Szene (INS)

Sitz / Verbreitung

In der „INS“ sind sowohl Einzelpersonen als auch Personennetzwerke in ganz Deutschland aktiv.

Gründung / Bestehen

Nach dem Zerfall der Sowjetunion im Jahr 1991 ging die „INS“ aus einer Bewegung hervor, die seit der Unabhängigkeitserklärung der „Tschetschenischen Republik Itschkerien“ besteht. Ursprünglich war sie eine Organisation mit einer nationalistisch-separatistischen Ausrichtung. Nach und nach gewann der Salafismus im Kampf für die Unabhängigkeit von Russland für die „Tschetschenische Republik Itschkerien“ eine immer größere Bedeutung. Als Konsequenz daraus gründete sich 2007 das „Kaukasische Emirat“ (KE) im Nordkaukasus mit zunächst lokaler und später globaler jihadistischer Agenda. 2015 legten Führungskader des „KE“ den Treueeid für den „Kalifen“ des „Islamischen Staates“ (IS) ab. Das „KE“ wurde so organisatorisch unbedeutend und ging weitestgehend als „Kaukasus-Provinz“ in der terroristischen Organisation „IS“ auf. Im Zuge dessen schlossen sich viele jihadistische nordkaukasische Kämpfer dem „IS“ an.

Struktur / Repräsentanten

In Brandenburg bestehen keine gefestigten Strukturen der „INS“ mit erkennbarer Hierarchie. Regionale Akteure sind deutschlandweit durch intensive Kenn- und Unterstützungsverhältnisse vernetzt, die teils bis ins Ausland reichen.

Personenpotenzial: Mitglieder / Anhänger / Unterstützer

Im Jahr 2025 wurden in Brandenburg circa 110 Personen (2024: 85) der „INS“ zugerechnet. Ein größerer Teil gilt als gewaltorientiert.

Kurzportrait / Ziele

Die „INS“ in Brandenburg ist in einer informellen Struktur organisiert, deren Anhängerschaft sich aus teils langfristigen Kennverhältnissen und ideologischer Identifikation ergibt. Der Aufbau der Szene lässt sich als weit gefasstes und internationales Netzwerk mit einzelnen Untergruppen abbilden, weniger als eine geeinte, hierarchische Pyramidenstruktur. Gleichwohl gibt es Führungspersönlichkeiten. Innerhalb der Szene bestehen eine große ethnisch-kulturelle Homogenität sowie kollektive Erfahrungen und Erinnerungen, die mit der Verfolgung und Repression durch den russischen Staat verbunden sind. All dies führt zu einer ausgeprägten Abschottung. Die ältere Generation der „INS“ sieht Brandenburg vorrangig als strategischen Rückzugsraum und hängt der Idee eines von Russland unabhängigen tschetschenischen Staates an. Ihre Ideologie gibt sie an jüngere „INS“-Anhänger weiter. Bei den Jüngeren ist eine Orientierungsverlagerung zu beobachten. Sie greifen zwar noch immer tschetschenisch-separatistische Ideen auf, sind aber grundsätzlich deutlich stärker auf eine global-islamistische Ideologie (wie der „IS“) ausgerichtet.

Trotz der Fragmentierung der „INS“ eint sie die konsequente Ablehnung der Russischen Föderation. Nach dem Scheitern der nationalistischen Unabhängigkeitsbewegung in Tschetschenien versuchten die separatistischen Milizen unter dem gewachsenen Einfluss salafistischer und wahhabitischer²⁹⁸ Ideologien ihre politischen Forderungen mittels terroristischer Anschläge, Geiselnahmen und militanter Überfälle mit

²⁹⁸ Als „Wahhabismus“ wird die religiöse „Staatsdoktrin“ Saudi-Arabiens bezeichnet. Aufgrund ideologischer Parallelen sowie einem anhaltenden Ideenaustausch zwischen Wahhabiten und Salafisten finden sich heute zwischen den beiden Strömungen viele Überschneidungen. Zentrales Unterscheidungsmerkmal ist die Loyalität des Wahhabismus gegenüber dem saudischen Königshaus.

vielen Todesopfern insbesondere während der beiden Tschetschenienkriege in den 1990er- und 2000er-Jahren durchzusetzen. Teile der heutigen Bewegung bekennen sich auch in Brandenburg zum selbsternannten terroristischen „IS“ und damit zum global orientierten Jihadismus. Islamistische Nordkaukasier gelten als sehr umfassend geschulte, erfahrene Kämpfer, Logistiker und Ausbilder. Andere Akteure streben weiterhin primär die Errichtung eines von Russland unabhängigen islamistischen Staates an.

Derzeit leben in Brandenburg schätzungsweise eine größere vierstellige Anzahl von Migranten aus dem nordkaukasischen Raum. Hiervon werden 110 Personen der „INS“ zugeordnet. Nur der extremistische Teil der Diaspora wird vom Verfassungsschutz beobachtet. Die Lebenssituation vieler aus dem Nordkaukasus stammender Menschen ist geprägt von einer unklaren Integrationsperspektive. Zum einen betonen „INS“-Anhänger einen internen Wertekodex, der vom Wohnheitsrecht der Herkunftsregion geprägt ist, sowie die ethnische Abschottung der Szene. Zum anderen werden Nordkaukasier oft nicht als Flüchtlinge anerkannt. Da kein Rechtsgrund für eine Anerkennung als Flüchtling vorliegt, wird meist nur ein Duldungsstatus zuerkannt. Weil eine Rückkehr in die russische Föderation nach Tschetschenien häufig ausgeschlossen ist und im Fall der jüngeren Generation gegebenenfalls gar nicht mehr erwünscht ist, schwindet die Wirkkraft nationalistischer Rhetorik. Als Identitätsanker und Triebfeder für eine Radikalisierung dient oftmals der Salafismus, wobei die parallele Selbstidentifikation als „Tschetschene“ beibehalten wird. Radikalisierungsfördernd wirken zudem familiäre oder finanzielle Probleme, Frustrationserfahrungen und Probleme in der Identitätsfindung.

Die „INS“ ist eine stark von Männern geprägte Szene.²⁹⁹ Wichtige Szenemerkmale sind eine hohe Affinität zum Kampfsport, zu Waffen, zu kriminellen Aktivitäten in Verbindung mit einer hohen Gewaltbereitschaft und eine berufliche Orientierung hin zu Tätigkeiten im Bewachungsgewerbe. Diese Merkmale werden mit kulturellen Werten wie Respekt, Durchsetzungsfähigkeit sowie Angriffs- und Verteidigungsbereitschaft verbunden. Auch Solidarität und Zusammenhalt innerhalb der Gruppe sind für das Selbstverständnis der Mitglieder wichtig. Diese Werte entsprechen dabei einem tschetschenischen Männlichkeitsbild. Zu diesem Bild gehört zudem auch finanzieller Erfolg.

Finanzierung

Anhänger der „INS“ finanzieren sich unter anderem durch Kriminalität. Einzelmitglieder verfügen daher über Kontakte in kriminelle Strukturen. Dabei verhalten sie sich höchst konspirativ.

Veröffentlichungen / Reichweite

Derzeit sind keine eigenen Veröffentlichungen bekannt. „INS“-Anhänger in Brandenburg verbreiten Propaganda des „IS“ und Inhalte nordkaukasischer Islamisten.

Grund für die Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die „INS“ ist hervorgegangen aus einer ursprünglich tschetschenisch-separatistisch ausgerichteten Bestrebung. Diese wandelte sich jedoch im Laufe der Zeit zu einer islamistisch-jihadistischen Bestrebung unter Führung des „KE“³⁰⁰, welche sich schlussendlich dem terroristischen „IS“ unterstellte. Letztendlich ist daraus ein Milieu hervorgegangen, welches die Sicherheitsbehörden in Deutschland als „INS“ bezeichnen, deren Angehörige sich häufig durch eine hohe Gewaltorientierung und eine ausgeprägte Ablehnung der hiesigen Werte- und Rechtsordnung auszeichnen.

²⁹⁹ Auch Frauen sind Mitglieder der „INS“. Sie nehmen aber entsprechend der Vorstellungen der Gruppe eine weniger prä-sente Rolle ein.

³⁰⁰ Bereits im Juni 2013 wurde das „KE“ durch das Bundesministerium der Justiz als ausländische terroristische Vereinigung eingestuft und die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung ausgesprochen.

Entwicklungen im Berichtszeitraum

Für die strukturelle Entwicklung der „INS“ im Jahr 2025 ist der Anstieg des Personenpotenzials gegenüber dem Vorjahr um 25 Personen auf 110 hervorzuheben. Mehrere Ursachen liegen zugrunde. Der wichtigste Grund ist der Zuwachs durch Mitglieder aus der „zweiten Generation“. Das sind Personen, die zwischen 2013 und 2015 mit ihren Eltern als Minderjährige nach Deutschland eingereist sind. Diese „zweite Generation“ steht sowohl unter dem Einfluss der älteren Mitglieder der „INS“-Szene als auch unter dem sozialen Druck der Gleichaltrigen, sich an die tradierten Wertevorstellungen und den Handlungsweisen der Gruppe anzupassen. Zudem hat die „zweite Generation“ ein Angebot, das für manche Mitglieder der Diaspora attraktiv scheint. Zugehörigkeit, Identität, ein funktionierendes Netzwerk und ein Bild tschetschenischer Überlegenheit, das Ausgrenzungserfahrungen ausgleicht – all das ist attraktiv für interessierte junge Menschen der Diaspora.

Ein weiterer Faktor für den Anstieg des Personenpotenzials ist der konstante Verbleib älterer Personen in der Szene. Hier sind besonders die langfristigen Kennverhältnisse relevant. Die Personen kennen sich seit vielen Jahren und haben ihr soziales Netzwerk beinahe in Gänze in der extremistischen Szene aufgebaut. Durch diese ältere Generation besteht einerseits die Gefährdung Jüngerer durch Indoktrinierung und andererseits die Gefahr der Finanzierung terroristischer Organisationen. Die ältere Generation ist nach mehr als zehn Jahren in Brandenburg angekommen. Sie verfügt neben verbesserten Deutschkenntnissen mittlerweile vereinzelt auch über finanziellen Wohlstand. Anhänger der „INS“ versuchen trotz oft unsicherer Lebensumstände, in Deutschland Fuß zu fassen, Eigentum zu erwerben und sich in Vereine zu integrieren. Derzeit ist noch unklar, ob und wie sich diese Faktoren in Zukunft auswirken werden.

Eine konkrete Gefährdung gab es am 20. Februar 2025, als am Flughafen Berlin-Brandenburg der 18-jährige Tschetschene Akhmad E., wohnhaft in Brandenburg, verhaftet wurde. Laut Anklageschrift der Bundesanwaltschaft soll Akhmad E. den Treueschwur auf den „IS“ geleistet und die Reise in Richtung Pakistan angetreten haben, um sich militärisch ausbilden zu lassen. Zuvor habe er einen Anschlag gegen die israelische Botschaft geplant, diesen aber nicht umgesetzt. Er habe sich auch Anleitungen zur Herstellung von Sprengstoffen besorgt. Zudem soll er Propagandamaterial für den „IS“ ins Russische und Tschetschenische übersetzt haben. Für die Finanzierung seiner Reise habe er Mobilfunkverträge über teure Smartphones abgeschlossen, die er verkaufte, ohne die Vertragsraten gegenüber den Mobilfunkunternehmen zu begleichen. Somit wurde dem Heranwachsenden unter anderem die Unterstützung einer Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland, die Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewaltstraftat, Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewaltstraftat und Betrug vorgeworfen.³⁰¹ Die Verhandlung begann am 1. Dezember 2025. Am 16.01.2026 verurteilte der 2. Strafsenat des Kammergerichts Berlin Akhmad E. zu einer Jugendstrafe von drei Jahren.³⁰² Der Fall spiegelt einen Trend unter jüngeren „INS“-Anhängern wider. Während sich die Sympathie für den „IS“ üblicherweise in abstrakter Form äußert, nutzen Einzelpersonen die Strukturen, um einen Anschlag oder eine Ausreise zu planen. Zur Finanzierung solcher Vorhaben wird dann mitunter auf Delikte der Allgemeinkriminalität zurückgegriffen, womit herkömmliche Kriminalität und Extremismus in einem direkten Wirkungszusammenhang stehen.

Wie für die meisten islamistischen Bestrebungen ist für den „IS“ ein wichtiges Feindbild Israel. Es ist ein fester Bestandteil ihrer Propaganda. Im Verfassungsschutzbericht 2024 wurden die Aktivitäten der „INS“ im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt sowie die Verwendung antisemitischer Motive in einem Sonderkapitel bereits dargestellt.³⁰³ Zwar gab es bereits in der Vergangenheit entsprechende Tendenzen,

³⁰¹ Vgl. Generalbundesanwalt: „Haftbefehl gegen einen mutmaßlichen Unterstützer der ausländischen terroristischen Vereinigung „Islamischer Staat (IS)“ erwirkt“, 05.06.2025, <https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2025/Pressemitteilung-vom-20-08-2025.html>, (letzter Zugriff am 05.12.2025)

³⁰² <https://www.berlin.de/gerichte/presse/pressemitteilungen-der-ordentlichen-gerichtsbarkeit/2026/pressemitteilung.1634505.php> (letzter Zugriff am 13.05.2026)

³⁰³ Vgl. Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2024, S. 42-50.

doch die massive Zunahme antisemitischer Vorfälle innerhalb der „INS“ stellte seit dem 7. Oktober 2023 eine Zäsur dar. Auch 2025 wurden antisemitische Aktivitäten festgestellt, wobei Äußerungen oftmals sporadisch wirkten und am Rande von Demonstrationen getätigt wurden. Eine Verstetigung antisemitischer Denkmuster innerhalb der „INS“-Ideologie ist daher nicht auszuschließen.

Trotz der ideologischen Betonung des tschetschenischen Kollektivs waren es im vergangenen Jahr gerade die weniger vernetzten Einzelakteure der „INS“, die eine besondere Rolle spielten. Diese Personen liefen eher Gefahr, online in die Fänge terroristischer Propaganda zu geraten. Sie waren in der Szene sozial eher desintegriert und verfügten in ihrem Leben nicht über den Halt, den persönliche Bindungen geben können. Die „INS“ hat sich als ihr wichtigstes Symbol den im Rudel solidarischen Wolf angeeignet. Jedoch gibt es mittlerweile auch „einsame Wölfe“ innerhalb der „INS“-Gedankenwelt. Eine solche Individualisierung von Personen wurde bislang in Einzelfällen und eher bei jüngeren Personen bekannt.

Bewertung / Ausblick

Die „INS“ ist eine heterogene und dynamische Szene, die sich in einem steten Entwicklungsprozess befindet. Sie wird zukünftig für Sicherheitsbehörden relevant bleiben. Die Zahl ihrer Anhänger wird voraussichtlich mittelfristig weiter ansteigen. Aller Voraussicht nach wird sich die Dynamik des Anstiegs des Personenpotenzials verringern, da ein Großteil der radikalierungsaffinen Personen aus der „zweiten Generation“ bereits in die Strukturen integriert ist. Für die langfristige Entwicklung ist entscheidend, ob die Versuche der Einflussnahme der „zweiten Generation“ bei Gleichaltrigen wie auch bei Jüngeren verfangen werden. Grundsätzlich können gerade extremistische Inhalte im digitalen Raum Jugendliche stark beeinflussen und diese von Versuchen der Einflussnahme in der realen Welt weiter befeuert werden.

Zudem lässt sich beobachten, dass die „INS“ auch für ältere Nordkaukasier an Attraktivität gewinnt, die in ihrer Heimat keine islamistischen Tendenzen aufwiesen. Dabei dient die Organisation hauptsächlich als Gemeinschaft, die dabei hilft, die eigene kulturelle Identität zu bewahren. Aller Voraussicht nach könnte die Zahl der „INS“-Anhänger daher mittelfristig anwachsen, wenn die Rahmenbedingungen gleichbleiben.

Vereinzelungs- und Entgrenzungstendenzen sind hierbei zukünftig weiter zu beachten. Besonders sicherheitsrelevant könnten Einzelpersonen werden, die zunächst der „INS“ entgleiten und ihre gewaltorientierte Ideenwelt mit anderen sozial eher isolierten Personen teilen. Innerhalb solcher Gruppierungen bestärken sich die Personen in ihren Ansichten und Plänen immer weiter gegenseitig. Neben extremistischen Handlungen fallen Anhänger der „INS“ oftmals durch Eigentumsdelikte und Körperverletzungen auf. Zukünftig ist entscheidend, ob sich diese Personen dem Extremismus und/oder der Kriminalität zuwenden.

Zuletzt wird die Lage im Nahen Osten für die „INS“ relevant bleiben. Die Ereignisse dort emotionalisieren und mobilisieren auch die „INS“ in Brandenburg. Vom Krieg in der Ukraine hängt schlussendlich die Stabilität des russischen Regimes ab, daher spielt die dortige Entwicklung auch eine Bedeutung für die „INS“ in Brandenburg. Diese globalen Zusammenhänge sind für die strukturelle Entwicklung der Bestrebung ebenso entscheidend wie die Art und Weise, wie die Szene in Brandenburg Fuß fassen kann. Die Wohnsituationen der Personen, ihre wirtschaftlich-soziale Lage und ihre Bleibeperspektiven sind dabei entscheidende soziale Faktoren. Insgesamt scheint sich die Lebenssituation vieler Personen stetig zu verbessern. Ein Teil der „INS“ finanziert ihren Lebensunterhalt jedoch durch Straftaten, anderen gelingt es jedoch, auch ohne kriminelle Handlungen zu relativem Wohlstand zu kommen. Sie gehen dann geschäftliche und persönliche Beziehungen zu Außenstehenden ein. Dann gibt es die Chance, dass sich diese Personen von der Szene lösen können. Hiervon losgelöst bleiben potenzielle Attentäter einer der wichtigsten Beobachtungsschwerpunkte.

7.3 Muslimbruderschaft und HAMAS

Sitz / Verbreitung

Die „Muslimbruderschaft“ („MB“) ist eine transnationale Bewegung, die nach eigenen Angaben in etwa 70 Staaten aktiv ist. Sie fungiert als komplexes Netzwerk aus internationalen Dachorganisationen, nationalen Ablegern und regionalen, konspirativen Zellen. In Deutschland agiert die „MB“ maßgeblich durch die „Deutsche Muslimische Gemeinschaft e. V.“ („DMG“) mit Sitz in Berlin, die ein zentrales Bindeglied zur internationalen Aktionsebene ist.

Die terroristische Organisation „HAMAS“³⁰⁴ ist die palästinensische Tochterorganisation der „MB“. Mitglieder und Unterstützer der „HAMAS“ organisieren sich in Europa in Vereinen und weit verzweigten Vereinsgeflechten. Trotz des am 2. November 2023 ausgesprochenen Betätigungsverbots gegen die „HAMAS“ in Deutschland bestehen deren Unterstützerstrukturen in Form von Vereinen und informellen Netzwerken fort.

In Brandenburg wurden in den vergangenen Jahren zwei relevante Akteure identifiziert:

- Ein „MB“-naher Moscheeverein mit Bezügen zur „Sächsischen Begegnungsstätte“ („SBS“).
- Das „Islamische Zentrum Fürstenwalde“ (IZF), das im September 2024 durch das Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg wegen Bestrebungen gegen die verfassungsmäßige Ordnung und die Völkerverständigung verboten wurde.

Gründung / Bestehen

Die „MB“ wurde 1928 von Hassan Al-Banna in Ägypten gegründet. Ideologie, Agenda und Aktionsformen dienten zahlreichen islamistischen Organisationen weltweit als Vorbild. Aus der „MB“ sind unzählige Ableger in anderen Staaten hervorgegangen. Je nach Land und vorgefundenen Rahmenbedingungen haben sich die Ableger der „MB“ organisatorisch wie strukturell unterschiedlich entwickelt. Alle eint jedoch die gemeinsam geteilte islamistische Ideologie und ein tiefsitzender Antisemitismus, der sich nicht nur als Antizionismus gegen den Staat Israel richtet, sondern sich auch aktiv gegen das Judentum und jüdische Menschen wendet. In Deutschland ist die „Deutsche Muslimische Gemeinschaft e. V.“ („DMG“) die wichtigste „MB“-Organisation.³⁰⁵ Nach jahrelangen juristischen Auseinandersetzungen zog sie im August 2021 eine Klage gegen ihre Nennung im Bundesverfassungsschutzbericht wegen mangelnder Erfolgsaussichten zurück.

Die terroristische Organisation „HAMAS“ wurde 1987 in Gaza als Tochterorganisation der ägyptischen „MB“ im Kontext der anhaltenden Konfrontation mit Israel und der Dominanz säkularer politischer Kräfte gegründet. Ihre islamistische, antizionistische und jüdenfeindliche Ideologie versucht sie, ganz nach Vorbild der Mutterorganisation, auch als gesellschaftliche Bewegung mit karitativen und sozialen Elementen umzusetzen. Sehr viel stärker als die „MB“ setzt die „HAMAS“ auf eine militärische und terroristische Agenda. Bei der Wahl im Gazastreifen im Jahr 2006 errang die „HAMAS“ die politische Macht. Es folgten gewaltsame Säuberungen gegen ihre politischen Konkurrenten. Seitdem übt die „HAMAS“ im Gazastreifen die unangefochtene Herrschaft aus.

Struktur / Repräsentanten

Die „MB“ operiert auf lokaler Ebene weltweit in konspirativ agierenden, streng hierarchischen Zellen. Diese Struktur ermöglichte der Organisation historisch das Überleben unter Repressionsdruck und dient heute als effizientes Instrument zur Nachwuchsgewinnung. Entsprechend verfügt die „MB“ über ein international verflochtenes Netzwerk von Moscheen, Dachverbänden, zivilgesellschaftlichen Organisationen,

³⁰⁴ HAMAS steht für „Harakat al-Muqawama al-islamiyya“ (= „Bewegung des islamischen Widerstands“).

³⁰⁵ Vorläufer der „DMG“ war die 1960 gegründete „Islamische Gemeinschaft in Süddeutschland“.

Instituten und regionalen Vereinen, durch die sie ideologischen und politischen Einfluss ausübt. Zu den zentralen der „MB“ zuzuordnenden Organisationen zählen:

- „Council of European Muslims“ („CEM“): Die Brüsseler Zentrale zur Koordinierung der europäischen Ableger.
- „European Council of Imams“ („EUImams“): Mit der Plattform organisiert die „MB“ ihre theologischen Multiplikatoren in Europa.
- „European Council for Fatwa and Research“ („ECFR“): Theologisches Leitgremium, das durch die Erteilung von Rechtsgutachten (Fatwas) versucht, die Lebenswelt der Muslime in Europa gemäß der „MB“-Ideologie zu normieren. Dem Rat gehören etwa 30 Mitglieder aus europäischen Staaten an, die sich als Autorität und Ansprechpartner zu religiösen und alltagspraktischen Fragen sehen und so versuchen, das Denken und Handeln von Muslimen in Europa gemäß der „MB“-Ideologie zu beeinflussen.³⁰⁶
- „Forum of European Muslim Youth and Student Organizations“ („FEMYSO“): Als Dachverband zuständig für die europaweite Jugendarbeit der „MB“ beziehungsweise ihr zuzurechnender Organisationen (ebenfalls in Brüssel ansässig).

Dieses komplexe Netzwerk und das arbeitsteilige Vorgehen auf institutioneller Ebene lassen sich auch in Deutschland erkennen. Hier bildet die „DMG“ den Kern des „MB“-Netzwerks und ist eng mit europäischen Strukturen wie dem „CEM“, dessen Gründungsmitglied sie war, verzahnt. Zur hiesigen „DMG“ zählen unter anderem folgende in Frankfurt am Main ansässige Strukturen:

- das „Europäische Institut für Humanwissenschaften“ („EIHW“), das als „Kaderschmiede“ für künftige Funktionäre dient;
- der „Rat der Imame und Gelehrten in Deutschland“ („RIGD“), der zur Koordinierung der theologischen Multiplikatoren genutzt wird;
- der „Fatwa-Ausschuss in Deutschland“ („FAD“), der versucht, die ideologische Deutungshoheit zu sichern.

Für Außenstehende ist der ideologische und strukturelle Bezug zur „DMG“ beziehungsweise zur „MB“ jedoch oft kaum erkennbar. Denn „Muslimbrüder“ verneinen und verschleiern aktiv ihre ideologische und organisatorische Nähe oder Zugehörigkeit zur „MB“.

In Deutschland tritt die „DMG“ vor allem bei größeren Veranstaltungen öffentlichkeitswirksam auf. Dabei betonen Angehörige der „MB“ im Allgemeinen und Akteure der „DMG“ im Besonderen stets die vermeintliche Verfassungskonformität ihrer jeweiligen Organisation und streiten jedwede strukturelle oder ideologische Verbindung zur „MB“ vehement ab. So leugnete der ehemalige DMG-Präsident Ibrahim El-Zayat beharrlich seine Zugehörigkeit zur „MB“, wurde aber vom damaligen „Obersten Führer“ der ägyptischen „MB“, Mohammed Mahdi Akef, der selbst jahrelang Imam am „Islamischen Zentrum München“ (IZM) in Deutschland gewesen war, als „Chef der Muslimbrüder in Deutschland“ bezeichnet. Der ehemalige Vorsteher der Karlsruher „Annur-Moschee“, die vom Verfassungsschutz Baden-Württemberg als „MB“-nah eingeschätzt wird, folgte El-Zayat an die Spitze der „DMG“. Nun ist er amtierender Präsident des „CEM“. Der aktuelle „DMG“-Präsident Khallad Swaid war zuvor Vorsitzender des „FEMYSO“. Khaled Hanafy ist

³⁰⁶ Das Wirken des „ECFR“ und seiner Vertreter lässt sich exemplarisch am „Europäischen Institut für Humanwissenschaften“ („Institut Européen des Sciences Humaines“, „IESH“) erklären, dessen inhaltliche und theologische Ausrichtung sie bestimmten und im Lehrbetrieb auch umsetzten. So war beispielsweise ein Mitglied des „ECFR“ auch der Direktor des Instituts. Das Institut war bis zu seinem Verbot im September 2025 in Paris ansässig. Die französischen Behörden begründeten das Verbot damit, dass das Institut Diskriminierung, Hass und körperlicher Gewalt gegen Personen unter anderem auf Grundlage ihres Geschlechts, der sexuellen Orientierung oder der Religion legitimierte. Die Lehrtätigkeit zielte unter anderem auf die Umsetzung einer Benachteiligung von Frauen und der Legitimierung von Gewalt gegen Frauen ab. Das Institut fungierte nachweislich als Radikalisierungsfaktor für spätere Akteure terroristischer Organisationen. Zudem bestanden unmittelbare personelle Verflechtungen zu Finanzierungsstrukturen der terroristischen „HAMAS“. Vgl.: www.legifrance.gouv.fr/eli/decree/2025/9/3/INTD2524595D/jo/texte (letzter Zugriff am 18.11.2025).

stellvertretender Generalsekretär des „ECFR“, Mitbegründer und noch Mitverantwortlicher beim „FAD“ und war in den 2010er Jahren sowohl Dozent am „IESH“ in Paris, als auch Dekan am „EHW“ in Frankfurt am Main.

Die „HAMAS“ verfügt über politische, soziale und militärische Organisationsstrukturen. Den militärischen Flügel der „HAMAS“ bilden unter anderem die „al-Qassam-Brigaden“. Diese wurden erstmals 2001 durch die EU als Terrororganisation gelistet. 2003 erfolgte die Aufnahme der gesamten „HAMAS“ auf die EU-Terrorliste. International verfügt die „HAMAS“ über ein weit verbreitetes Netzwerk an Vereinen, Verbänden, Unterstützern und Sympathisanten. In Europa nimmt das „Palestinian Return Centre“ („PRC“) eine zentrale Rolle hinsichtlich der Vernetzung und Organisation ein. In Deutschland ist die „HAMAS“ über zentrale Multiplikatoren und Vereinsstrukturen tätig, die ihre Verbindung zur „HAMAS“ aber aktiv verschleiern. So wurden die Vereine „al-Aqsa e.V.“ im Jahr 2002 und „YATIM Kinderhilfe e.V.“ 2005 in Deutschland verboten. Sie fungierten als Spendensammelvereine der „HAMAS“. Beim Verein „Barmherzige Hände“ handelte es sich um einen weiteren Spendensammelverein, der bis zur Selbstauflösung im August 2023 sehr eng mit den Finanzierungsaktivitäten der „HAMAS“ verbunden war. Die „Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland“ („PGD“) war bis zu ihrer Selbstauflösung Ende 2023 die bedeutendste Organisation für Anhänger und Mitglieder der „HAMAS“ in Deutschland.

In Brandenburg gingen extremistische Bestrebungen im Sinne der „MB“ und „HAMAS“ vom „IZF“ aus, bis es im September 2024 verboten wurde. Aktuell sind weitere Einzelpersonen und Personennetzwerke bekannt, die der „MB“ oder der „HAMAS“ anhängen und in diesem Sinne Einfluss etwa auf Vertreter kommunaler Verwaltung, zivilgesellschaftliche Akteure, Moscheevereine oder muslimischen Gemeinschaften ausüben.

Personenpotenzial: Mitglieder / Anhänger / Unterstützer

In Brandenburg werden 35 Personen dem Spektrum „MB“/„HAMAS“ zugerechnet. Dazu kommen Beeinflussungsversuche von externen Akteuren aus „MB“- und „HAMAS“-nahen Zentren außerhalb Brandenburgs. Diese Einflussnahmeversuche sind seit mehreren Jahren festzustellen und konnten zuletzt zunehmend beobachtet werden. Daher ist perspektivisch mit einer wachsenden Präsenz entsprechender Akteure zu rechnen.

Kurzportrait / Ziele

Die „MB“ stellt die historisch älteste und ideologisch einflussreichste Bewegung des sunnitischen Islamismus dar. Gegründet von Hassan al-Banna in Ägypten, entstand die Organisation als explizite Gegenbewegung zur britischen Kolonialmacht und zum westlich-säkularisierten Staatsmodell. Das ideologische Fundament bildet die Forderung nach einer Rückbesinnung auf die Wurzeln des Islam, zusammengefasst in dem Slogan „Der Islam ist die Lösung“. Hassan Al-Banna propagierte ein allumfassendes, auf Koran und Sunna basierendes System, das keinen Unterschied zwischen religiöser und staatlicher Sphäre zulässt und für immer bestehen sollte. Dieser Absolutheitsanspruch zielt auf die Errichtung einer „islamischen Ordnung“ ab, die sämtliche private und öffentliche Lebensbereiche reguliert.

Strategisch verfolgt die „MB“ das Ziel einer Islamisierung „von unten“. Durch langfristig angelegte Bildungsarbeit und karitative Angebote soll die Gesellschaft schrittweise transformiert werden. Ein zentrales Element dieser Strategie ist, die eigentlichen Ziele gegenüber staatlichen und zivilen Akteuren zu verschleiern, um eine offene Konfrontation zu vermeiden und die Vereinnahmung zentraler Institutionen zu ermöglichen. Erst bei ausreichender Stärke soll ein offenes Vorgehen gegen die Regierung und der Umbruch zum Scharia-basierten Staat erfolgen.

Historisch ist die „MB“ von einem Wechselspiel aus staatlicher Repression und Phasen der Tolerierung geprägt. Insbesondere unter der Präsidentschaft Gamal Abdel Nassers in den 1950er- und 1960er-Jahren führte der Verfolgungsdruck zur Flucht zahlreicher Mitglieder ins europäische Exil, was die globale Ausbreitung der Ideologie beförderte. In dieser Phase erfolgte zudem eine tiefgreifende Radikalisierung von Teilen der Bewegung, maßgeblich geprägt durch Sayyid Qutb. In seinen Schriften diffamierte er die zeitgenössischen muslimischen Herrscher als Unterdrücker, die keine wahren Muslime seien, und rief zu deren gewaltsamer Beseitigung auf. Seine Ausführungen bilden bis heute eine wichtige theoretische Grundlage für islamistische, insbesondere gewaltbefürwortende Gruppierungen weltweit.

Trotz des später erklärten vermeintlichen Gewaltverzichts gab es immer wieder gewaltlegitimierende und dazu aufrufende Äußerungen führender „Muslimbrüder“. Zudem werden explizit gewaltsame Aktionen und der Einsatz terroristischer Mittel gegen den Staat Israel und dort lebende Menschen befürwortet oder die Todesstrafe für Homosexualität eingefordert.

Die Verfassungsschutzbehörden in Deutschland weisen seit Jahren darauf hin, dass die „MB“ und ihre Akteure versuchen, ihre politische Macht sowie ihre Einflussnahme zu erweitern. Zudem waren in den vergangenen Jahren mehrere Versuche festzustellen, hochrangige Funktionäre von „MB“- oder „HAMAS“-nahen oder ihr zuzuordnenden Organisationen in politischen Gremien oder Ämtern in Deutschland zu platzieren. Kritik an ihrem Agieren wird strategisch als „Islamophobie“ oder „antimuslimischer Rassismus“ diskreditiert, um eine sachliche Auseinandersetzung zu verhindern und Muslime in Deutschland für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. Dabei geht von der „MB“ selbst eine erhebliche Repression aus, die sich auch gegen diejenigen Muslime richtet, die sich nicht dem politisierten Islamverständnis und reaktionärem Gesellschaftskonzept der „MB“ unterwerfen wollen.

Die Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz zeigt sich insbesondere in der Ablehnung demokratischer Gesetzgebung. So besitze angeblich nur Gott diese Legitimität. Ebenso wird Gewalt ausdrücklich befürwortet. Das wurde zuletzt im Kontext der Ereignisse im Nahen Osten deutlich. Im Jahr 2025 legitimierten führende „MB“-Kader die terroristischen Massenmorde vom 7. Oktober 2023 an Israelis als „heldenhafte Operation“ und riefen zur militärischen Unterstützung der „HAMAS“ auf. Die Ablehnung von Friedensverhandlungen und die Verherrlichung von Gewalt gegen Israel unterstreichen, dass die „MB“ trotz taktischer Mäßigungsrhetorik ein extremistischer Akteur bleibt, der grundlegende Menschenrechte wie das Recht auf Leben, die Meinungsfreiheit und die Religionsfreiheit fundamental ablehnt.

Um das Ziel der Errichtung eines islamistischen Staates auf dem gesamten Gebiet Palästinas zu erreichen und Israel zu zerstören, ist die „HAMAS“ vor Ort in Politik, im Bildungssektor und in sozialkaritativen Einrichtungen tätig. Die „HAMAS“ propagiert den „bewaffneten Widerstand“ als Kernelement im Kampf gegen die „israelische Besatzung“ und nutzt dafür militärisch-terroristische Verbände wie die al-Qassam-Brigaden. Sie verüben unter anderem Selbstmordattentate in Israel und waren maßgeblich an dem terroristischen Überfall auf Israel im Oktober 2023 beteiligt, bei dem sie mehr als tausend Menschen brutal ermordeten und Hunderte entführten.

Finanzierung

„DMG“ und „HAMAS“ finanzieren sich in Deutschland größtenteils über interne und externe Spenden. Hinzu kommen Organisationen, die im Sinne der „MB“ und „HAMAS“ agieren. Sie geben vor, als gemeinnützige Vereine etwa im Rahmen von „sozialen“ oder „interreligiösen“ Projekten tätig zu sein und bemühen sich zum Teil sehr erfolgreich, auf diesem Weg staatliche Fördermittel zu erlangen. Zudem wird über eigene Geschäftszweige Geld generiert.

Veröffentlichungen / Reichweite

Die „MB“, „MB“-nahe Akteure und die „HAMAS“ betreiben international zahlreiche Verlage, TV-Sender, Internetseiten sowie Auftritte in sozialen Netzwerken. Diese sind etwa im Falle von www.islamonline.net arabisch- und englischsprachig, aber zum Teil auch auf Deutsch. Die Formate sind vielseitig. Das Angebot umfasst sowohl Nachrichten als auch religiöse Hilfe für Muslime im Ausland. Es beinhaltet ideologische Schulungen für Kinder und offene Propaganda, wie die Verherrlichung des bewaffneten Kampfes und von „HAMAS“-Kämpfern. Dementsprechend ist der Adressatenkreis nicht nur sehr breit gefächert, sondern wird gezielt mit eigenständigen Propagandaformaten bedient. Diese mediale Präsenz ist problematisch. In Deutschland lebende Muslime nutzen nicht nur deutschsprachige Medien, sondern konsumieren häufig auch arabischsprachige Programme aus dem Ausland. Diese Inhalte sind stark ideologisiert und enthalten Propaganda sowie Fehlinformationen. Solche Formate können in hohem Maße zur Radikalisierung beitragen.

Grund für die Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die „MB“ und die in ihrem Sinne agierenden Organisationen lehnen säkulare, demokratische Staatssysteme ab, insbesondere deren Rechtsordnungen. Sie verstehen Demokratie nur als Prozess, lehnen aber die zu Grunde liegenden Werte und Normen ab. Sie wollen in allen Ländern, in denen sie präsent sind, mittel- bis langfristig einen an der Scharia ausgerichteten Staat islamistischer Prägung errichten. In dieser Staats-, Gesellschafts- und Rechtsordnung sind die Volkssouveränität, eine politische Opposition oder das Prinzip der Gewaltenteilung nicht vorgesehen. Die Gleichheit vor dem Gesetz, die vom Grundgesetz gewährten Grundrechte sowie der Schutz von Minderheiten wären aufgehoben. Gewalt wird als Mittel zur Durchsetzung eigener Ziele befürwortet. Der ideologische und bewaffnete Kampf gegen Israel ist dabei ein wesentlicher Aspekt.

Als „MB“-Ableger ist die „HAMAS“ bedeutend von ihrer islamistischen Grundideologie, ihrem Aktivismus und von ihren Strategien geprägt. Die „HAMAS“ ist jedoch spezifisch auf die Region Palästina/Israel ausgerichtet. Als terroristische Organisation lehnt die „HAMAS“ das Existenzrecht Israels konsequent ab. Sie verfolgt die Errichtung eines islamistischen Staates mittels Waffengewalt.

Eine Beobachtung dieser Bestrebungen in Deutschland erfolgt gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummern 1, 3 und 4 des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes.

Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die Sicherheitslage in Deutschland und Brandenburg war auch im Jahr 2025 erheblich durch den terroristischen Angriff der „HAMAS“ am 7. Oktober 2023 geprägt. Die konsequente und umfassende Reaktion des israelischen Militärs zur Zerschlagung der „HAMAS“ im teilweise dicht besiedelten Gaza und die Einschränkungen humanitärer Hilfslieferungen durch die israelischen Behörden hatten verheerende Auswirkungen auf die humanitäre Situation der palästinensischen Bevölkerung. Die daraus entstandenen Bilder nutzten Akteure auch des islamistischen Spektrums mit dem Ziel, eine Täter-Opfer-Umkehr herbeizuführen: Ganz im Sinne der „HAMAS“ wurde das Leid der Palästinenser instrumentalisiert, um Israel politisch zu isolieren und zum Kampf gegen Israel zu mobilisieren. Diese Strategie hat auch in Deutschland verfangen: Über die im Rahmen der Meinungsfreiheit zulässigen Kritik und der Frage der Verhältnismäßigkeit beim Vorgehen Israels hinaus verbreiteten islamistische Akteure antisemitische und israel-feindliche Halungen, die seitdem in der deutschen Öffentlichkeit spürbar zugenommen haben.

Im Jahr 2025 beteiligten sich Akteure aus dem „MB“- und dem „HAMAS“-Spektrum regelmäßig an bundesweiten Demonstrationen. Diese Veranstaltungen wiesen einen deutlich antisemitischen Charakter auf, wobei es regelmäßig zu entsprechenden Straftaten kam. Auch Akteure aus Brandenburg waren an solchen Veranstaltungen beteiligt. Während Berlin weiterhin der Schwerpunkt des Demonstrationsgeschehens blieb, wurde 2025 auch in Brandenburg eine Kundgebung festgestellt, bei der öffentlich

antisemitische sowie gewaltbefürwortende Parolen geäußert wurden. Zudem wurde das Existenzrecht Israels verneint. An dieser Veranstaltung übernahmen Akteure organisatorische Verantwortung, die der „MB“ zuzurechnen sind.

Wie bereits in den Vorjahren wurden 2025 mehrere Personen in Deutschland und im europäischen Ausland festgenommen. Sie werden verdächtigt als Mitglieder der „HAMAS“ Anschläge auf jüdische und israelische Einrichtungen in Deutschland geplant und vorbereitet zu haben.³⁰⁷ Mehrere Beschuldigte in diesen Verfahren hatten Bezüge nach Brandenburg. Entsprechend ist festzustellen, dass Deutschland diesen Akteuren zunehmend nicht mehr nur als Rückzugsraum für logistische Unterstützung und ideologische Beeinflussung (v. a. über Interessengruppen, soziale Medien und öffentliche Demonstrationen) dient. Es ist anzunehmen, dass die „HAMAS“ Deutschland verstärkt als Operationsraum für die Planung politisch motivierter Anschläge in Betracht zieht. International konnten vergleichbare Sachverhalte mit Angehörigen der MB festgestellt werden.

Bewertung / Ausblick

Der Nahostkonflikt übt weiterhin einen maßgeblichen und unmittelbaren Einfluss auf die Sicherheitslage Deutschlands und auf gesellschaftspolitische Diskurse aus. Dieses anhaltende Konfliktpotenzial bietet Extremisten erhebliche Möglichkeiten zur Instrumentalisierung, was zu einer stetigen Emotionalisierung und Mobilisierung der Szene führt.

Die „HAMAS“ in der Region hat wesentliche menschliche und materielle Verluste hinnehmen müssen. Dennoch ist sie nicht geschlagen und kann weiterhin auf Strukturen und Ressourcen zurückgreifen, die ihr Fortbestehen sichern. Während es unwahrscheinlich ist, dass der angestoßene Friedensprozess nachhaltig fortgeführt wird, bleibt abzuwarten, ob und wie schnell sie wieder zu alter Stärke zurückfindet. Ebenso ist von Bedeutung, welche Mittel ihr verbleiben, um ihre Stellung als relevanter Akteur zu halten. Perspektivisch kann es der „HAMAS“ gelingen, ihre Ausstrahlungskraft für extremistische und terroristische Akteure in der Region sowie in Deutschland aufrecht zu erhalten. Äußerungen und Handlungen aus dem Spektrum legen nahe, dass die „HAMAS“ von ihrer Vorgehensweise und ihrer Ideologie – dem bewaffneten Kampf gegen den Staat Israel und das Judentum – nicht abrücken wird. Weiterhin liegen Anzeichen dafür vor, dass die „HAMAS“ versucht, sich verstärkt nun auch im Westjordanland politisch und gesellschaftlich zu etablieren.

Um ihr Fortbestehen zu sichern, wird die „HAMAS“ weiterhin versuchen, die öffentliche Wahrnehmung und politische Prozesse in ihrem Sinne zu beeinflussen. In Deutschland wird dies wahrscheinlich nicht nur auf Demonstrationen und andere Arten der öffentlichen Meinungsäußerung beschränkt bleiben. Zudem gab es personelle und inhaltliche Überschneidungen zwischen Linksextremisten und extremistischen säkularen Palästinensern. Nach der Selbstauflösung der „PGD“ erscheint es wahrscheinlich, dass „HAMAS“-Aktivisten in Deutschland versuchen werden, neue Vereine oder andere öffentlich wahrnehmbare Strukturen zu gründen. Dies hat zum Ziel, weitere Akteure in die Bestrebung der „HAMAS“ einzubinden, ihre eigenen Ziele besser zu verschleiern und wirkmächtiger zu machen sowie neue Ressourcen zu generieren. Von besonderer Relevanz für die Entwicklung in Deutschland wird die strategische Ausrichtung hier lebender „HAMAS“-Anhänger sein. Das Risiko für Anschläge durch die „HAMAS“ oder Einzeltäter steigt mit der Emotionalisierung der Debatte und dem zunehmenden Druck auf die „HAMAS“ im Gazastreifen.

Anhänger der „MB“ migrieren infolge staatlicher Repression in Ägypten vermehrt nach Europa. In Flächenländern wie Brandenburg nutzen sie die schwache religiöse Infrastruktur, um gezielt Einfluss auf

³⁰⁷ <https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/Pressemitteilung-vom-14-12-2023-Nr-57.html>, (letzter Zugriff am 04.04.2025); <https://tagesschau.de/inland/gesellschaft/hamas-festnahmen-berlin-100.html>, (letzter Zugriff am 06.11.2025).

muslimische Gemeinden und die Zivilgesellschaft zu gewinnen. Dabei geben sie sich gegenüber Politik und Verwaltung oft als „gemäßigte“ Partner aus, um ihre verfassungsfeindliche Agenda zu verschleiern. Trotz erfolgreicher staatlicher Verbotsmaßnahmen, wie dem Betätigungsverbot gegen die „HAMAS“, dem Vereinsverbot des „IZF“, oder dem Verbot des französischen „Europäischen Instituts für Humanwissenschaft“ („IESH“) bleiben die Aktivitäten der Muslimbruderschaft und HAMAS, sowie deren Instrumentalisierung von hier lebenden Muslimen eine zentrale Herausforderung für die wehrhafte Demokratie.

7.4 Tablighi Jama'at (TJ)

Sitz / Verbreitung

Die global tätige sunnitische Missionierungsbewegung „TJ“ (auf Deutsch: „Gemeinschaft der Missionierung und Verkündigung“) besteht aus mehreren Strömungen. Als deren internationales Zentrum gilt die Stadt Lahore in Pakistan. Das europäische Zentrum liegt in Dewsbury (Großbritannien). In Deutschland existieren offiziell keine Niederlassungen.

Die „TJ“ ist hinsichtlich ihrer Anhänger und Reichweite eine der bedeutendsten islamistischen Vereinigungen weltweit. Eine genaue Größe der weltweiten Anhängerschaft ist aufgrund der eher losen Struktur schwer zu ermitteln. Regionale Schwerpunkte bilden Indien und Pakistan sowie weite Teile Zentralasiens. Dort stellt die „TJ“ eine nicht zu unterschätzende religiöse wie kulturelle Kraft dar. Je nach Land haben sich die „TJ“-Strukturen unterschiedlich entwickelt. Diese nutzen ihre Anbindungen an ein internationales Netzwerk überwiegend, um den weltweiten Austausch der Bewegung zu fördern, so auch in Deutschland. Des Weiteren eint die „TJ“ ihre islamistische Ideologie, normative Verhaltensprinzipien und gemeinsame Handlungsstrategien.

Gründung / Bestehen

Die „TJ“ entstand 1926 im damaligen Britisch-Indien als islamische Reformbewegung. Auslöser waren insbesondere die Zunahme säkularer Einflüsse sowie westliche Gesellschaftsvorstellungen, denen das Land vor dem Hintergrund der Hegemonie europäischer Kolonialmächte ausgesetzt war. Die „TJ“ beabsichtigt, als sozial-kulturelle Gegenbewegung auf Graswurzelebene Muslime wieder auf den Islam zu besinnen und diesen von vermeintlich geistigen Verunreinigungen und „unislamischen“ Neuerungen zu „reinigen“.

Struktur / Repräsentanten

In Deutschland organisiert sich die „TJ“ zumeist in regionalen Führungszirkeln, den „Schuras“. Damit koordinieren zentrale szenebekanntere Akteure über informelle Kontaktnetzwerke in einem hierarchisch aufgebauten Gefüge die Arbeit der Bewegung. Diese Struktur ist mit globalen Netzwerken verbunden.

Personenpotenzial: Mitglieder / Anhänger / Unterstützer

In Brandenburg ist in Rathenow (HVL) eine der „TJ“ zuzurechnende Gruppe ansässig. Sie ist überregional vernetzt und aktiv. Weiterhin liegen Hinweise zu Einzelpersonen in anderen Landesteilen vor, welche ebenfalls der „TJ“-Ideologie anhängen und diese teilweise missionarisch verbreiten. Es gibt sowohl ethnisch homogene als auch heterogene „TJ“-Gruppen. Das wirkt sich auf den angesprochenen Personenkreis oder die für die Bestrebung genutzten Orte aus. Insgesamt wird in Brandenburg eine niedrige zweistellige Personenzahl der „TJ“ zugerechnet.

Kurzportrait / Ziele

Die „TJ“ propagiert eine wörtliche Auslegung von Koran und Sunna. Ziel ist die Anwendung eines vermeintlich als „rein“ und „ursprünglich“ idealisierten Frühislams. Ihre Anhänger sollen den Islam möglichst genau auf die Art und Weise verstehen und praktizieren, wie es den ersten Generationen der frühen Muslime zugeschrieben wird. Durch die Fokussierung auf Bildung sowie einen rigiden Verhaltens- und Kleidungskodex eines jeden einzelnen „TJ“-Anhängers soll die idealisierte islamische Frühzeit nachgeahmt werden. Dies führt in letzter Konsequenz zu einer Abwertung und Ausgrenzung von Frauen und Nicht-Muslimen sowie zu einer Ablehnung säkularer Prinzipien und demokratischer Verfahren. Auf Grund des wortwörtlichen, fundamentalistischen Ansatzes der „TJ“ sind zuweilen methodische und äußerliche Parallelen mit Anhängern eines salafistischen Islamverständnisses festzustellen. Es handelt sich jedoch

um unterschiedliche extremistische Strömungen, mit weitestgehend voneinander unabhängigen Entstehungsgeschichten und Referenzpersonen.

Zentrales ideologisches und strategisches Ziel der „TJ“ ist die Missionierungstätigkeit, die von jedem Angehörigen erwartet wird. Alle anderen Muslime und islamischen Gesellschaften sollen durch eine missionarische Ansprache von ihren vermeintlich unzulänglichen Islamauslegungen und ihrer mangelnden Frömmigkeit „befreit“ werden.

Schwerpunkte der Aktivitäten in Brandenburg sind insbesondere die Missionierung, Schulungen sowie die ideologische Festigung.

Finanzierung

Die „TJ“ finanziert sich unter anderem über Spenden ihrer Mitglieder.

Veröffentlichungen / Reichweite

Es sind keine Veröffentlichungen bekannt.

Grund für die Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die Ziele der „TJ“ sind mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar. Das von „TJ“-Angehörigen verfolgte Ziel ist die Errichtung einer islamisch-extremistischen Ordnung auf Basis der Scharia. Andere nicht auf dem Islam beruhende Werte- oder Normensysteme werden abgelehnt. Des Weiteren sind Ideologie und Akteure der „TJ“ maßgeblich durch eine wörtliche Auslegung von Koran und Sunna, Ausgrenzung und Herabsetzung Andersdenkender sowie Diskriminierung von Frauen geprägt. Die Ablehnung demokratischer, rechtsstaatlicher und damit westlicher Prinzipien sowie die polarisierende Unterscheidung zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen widersprechen elementar der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Die Ideologie der „TJ“ begünstigt die Entstehung von Parallelgesellschaften und befördert zugleich individuelle Radikalisierungsprozesse.

Eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz erfolgt auf Grundlage der Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung nach § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummern 1 und 4 des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes.

Entwicklungen im Berichtszeitraum

Im Berichtszeitraum wurden dem Verfassungsschutz Brandenburg nur vereinzelte Aktivitäten von Personen, die der „TJ“ zuzurechnen sind, bekannt. Ihre Anlaufpunkte sind zumeist muslimische Versammlungsorte, wie Gebetsräume oder Sammelunterkünfte. Hier findet die „TJ“ ihre primären Zielgruppen: Muslime, die ihrem Glauben vermeintlich unzureichende Aufmerksamkeit schenken sowie orientierungslose, zumeist junge Menschen muslimischer Prägung. Darüber hinaus erfolgen Straßenansprachen. Zielgruppe für die Missionsarbeit sind häufig Nicht-Muslime. Für ideologische Schulungen und Gottesdienste werden Privatwohnungen, Vereinsräume in Untermiete oder eigene angemietete Räumlichkeiten genutzt. Gelegentlich kann dadurch eine unübliche Nutzung etwa von Wohnraum durch Außenstehende wahrgenommen werden.

Bewertung / Ausblick

Mit Blick auf das Bundesgebiet ist die „TJ“ unverändert bemüht, an Reichweite und Einfluss zu gewinnen. Insbesondere die Ausweitung missionarischer Aktivitäten und die Gewinnung von Anhängern stehen hier im Fokus. In Brandenburg werden „TJ“-Strukturen sowie mit ihr sympathisierende Einzelpersonen

weiterhin daran interessiert sein, neue Anhänger und Gelder zur Eigenfinanzierung zu gewinnen. Ihr hoher optischer Wiedererkennungswert erleichtert es, öffentliche Aktivitäten der „TJ“ zu identifizieren. Das hohe Mobilisierungspotenzial unter Anhängern und ihr starkes Sendungsbewusstsein können dazu führen, dass die vorhandenen Akteure weiterhin in überregionale „TJ“-Strukturen eingebunden bleiben und so ihre Bestrebung aufrechterhalten. Darüber hinaus ist es wahrscheinlich, dass es den bislang kleinen brandenburgischen „TJ“-Strukturen gelingen wird, weitere Anhänger an sich zu binden. Der Zugang zu geeigneten Räumlichkeiten, Interessierten und vorhandene Sprachbarrieren erschweren die Mitgliederwerbung jedoch.

8. Auslandsbezogener Extremismus

8. Auslandsbezogener Extremismus

Auslandsbezogener Extremismus ist ein Sammelbegriff für extremistische Aktivitäten und Bestrebungen von ausländischen Organisationen und deren in Deutschland agierenden Strukturen, die nicht religiös motiviert sind. Das kann beispielsweise die Rekrutierung von Kämpfern für Konflikte in anderen Ländern, die Unterstützung terroristischer Organisationen oder die Verbreitung extremistischer Propaganda umfassen.

Bei den in Deutschland bedeutendsten extremistischen Organisationen mit Auslandsbezug finden sich Ideologieelemente aus dem Rechts- und Linksextremismus. Zudem umfasst auslandsbezogener Extremismus Organisationen, die separatistische Bestrebungen in ihren Heimatländern verfolgen, häufig durch den Einsatz von Gewalt und Terror. Innen- und außenpolitische Konflikte in den jeweiligen Herkunftsländern bestimmen ebenso wie Vorgaben der dortigen zentralen Organisationseinheiten Politik, Strategie und Aktionen der extremistischen Strukturen in Deutschland. Damit verstoßen extremistische Organisationen mit Auslandsbezug gegen den Gedanken der Völkerverständigung und gefährden hierzulande die Innere Sicherheit. Deutschland ist für diese Organisationen ein Rückzugsraum und dient der Rekrutierung neuer Aktivisten, der Finanzierung der Organisationen sowie der politischen Agitation. Oft sind solche Bewegungen mit politischen, religiösen oder sozialen Motiven verbunden und können sowohl in den Herkunftsländern der Extremisten als auch in den Ländern, in denen sie aktiv sind, erhebliche Auswirkungen haben.

Personenpotenziale auslandsbezogener extremistischer Gruppierungen in Brandenburg (zum Teil geschätzt)³⁰⁸

	2023	2024	2025
Linksextremisten ³⁰⁹	70	70	70
davon PKK / Nebenorganisationen	60	60	60
Nationalistische Extremisten ³¹⁰	10	10	10
Gesamt	80	80	80

Eine aktuelle Entwicklung in Brandenburg ist die Gründung einer Ortsgruppe von „Young Stuggle“ (YS) Ende 2025 in Potsdam. Bei „YS“ handelt es sich um die Jugendorganisation der „Marxistisch Leninistischen Kommunistischen Partei“ (MLKP), die im Bereich des türkischen Linksextremismus zu verorten ist. Die „MLKP“ selbst verfolgt das Ziel, die bestehende Ordnung in der Türkei durch einen gewaltsamen Umsturz zugunsten einer kommunistischen Gesellschaftsordnung aufzulösen. Ungeachtet dessen besetzt „YS“ regelmäßig Themen, die für das eigentliche Ziel der „MLKP“ allenfalls nachrangige Bedeutung haben, die aber in Deutschland gesellschaftlich relevant sind. In den anderen bundesweiten Ortsgruppen

³⁰⁸ Islamische Extremisten werden im vorherigen Kapitel behandelt.

³⁰⁹ Hierunter werden neben der „PKK“ vor allem linksextremistische Organisationen aus der Türkei, wie zum Beispiel die „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C), die „Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML) oder die „Marxistische Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP) gefasst. Auch säkulare palästinensische Organisationen wie die „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP) und ihre Unterstützungsgruppierungen fallen unter diese Kategorie.

³¹⁰ Hierzu zählt vor allem die Mitte des 20. Jahrhunderts in der Türkei entstandene rechtsextremistische „Ülkücü“-Bewegung (zu Deutsch „Idealisten“-Bewegung).

befinden sich viele deutsche Jugendliche ohne türkischen oder kurdischen Hintergrund. Eine wichtige Rolle spielte zuletzt das pro-palästinensische Protestgeschehen. Insgesamt ist „YS“ um eine breitere Anschlussfähigkeit sowie Vernetzung – insbesondere in das linksextremistische Spektrum – bemüht. Ein gemeinsames Element hierbei ist der Antisemitismus. Zugleich lässt sich bundesweit eine Radikalisierung von „YS“ sowohl in der Sprache als auch im Auftreten beobachten.

Eine mittelbare Gefährdung der Inneren Sicherheit in Deutschland erwächst aus den aktuell virulenten innen- und außenpolitischen Konflikten der Türkei sowie den Entwicklungen im Nahen Osten seit dem Angriff der islamistischen „HAMAS“³¹¹ auf Israel am 7. Oktober 2023 und der daran anschließenden militärischen Gegenoffensive Israels. Die Auseinandersetzung in Bezug auf den andauernden Konflikt ist von einer hohen Emotionalisierung geprägt, insbesondere aufseiten des pro-palästinensischen Spektrums. Dies begünstigt die Verbreitung extremistischer und antisemitischer Einstellungen. Insgesamt fokussiert sich das extremistische pro-palästinensische Protestgeschehen auf die Ballungsräume, wobei Berlin weiterhin eine herausgehobene Rolle einnimmt. Am 28. Juni 2025 hat auch in Potsdam eine solche Versammlung mit etwa 380 Teilnehmern stattgefunden. Diese wurde sichtbar durch Akteure aus dem dogmatisch-linksextremistischen Spektrum beeinflusst und hatte eine antiimperialistische sowie anti-israelische Ausrichtung.

Säkulare palästinensische Organisationen wie die „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP) oder das palästinensische Netzwerk „Samidoun“³¹² entfalten in Brandenburg bislang keine öffentliche Relevanz. Die Organisationen sind im Zuge der Anschläge der Terrororganisation „HAMAS“ gegen Israel Anfang Oktober 2023 vermehrt in den Fokus gerückt. Einzelpersonen dieser Gruppierungen, die in Brandenburg wohnhaft sind, orientieren sich hauptsächlich an den gewachsenen Organisationen in Berlin.

Eine große Bedeutung hat weiterhin die linksextremistische „PKK“ aufgrund ihres Personenpotenzials. Hinzu kommen Organisationen wie die marxistisch-leninistisch „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C), die sich ähnlich wie die „MLKP“ für den Aufbau eines sozialistischen Gesellschaftssystems in der Türkei offen zum bewaffneten Kampf bekennt. Außerdem hat die rechtsextremistische türkische „Ülkücü“-Bewegung gewisse Relevanz. Sie ist geprägt von einer zum Teil militant nationalistischen, antisemitischen und rassistischen Ideologie, deren Bandbreite von neuheidnischen Elementen bis in den Randbereich des Islamismus reicht. Das Ziel der Bewegung ist eine ethnisch-homogene türkische Volksgemeinschaft in den Grenzen des früheren osmanischen Reiches.

³¹¹ Vgl. Kapitel 7.

³¹² Vgl. Betätigungsverbot des BMI vom 02.11.2023.

8.1 „Arbeiterpartei Kurdistans“ (Partiya Karkerên Kurdistan – PKK) und unterstützende Organisationen

Sitz / Verbreitung

Der Hauptsitz der in den vergangenen Jahrzehnten vielfach umbenannten³¹³ „PKK“ liegt im Nord-Irak. Ihre Führungsstrukturen in Europa (seit 2016 mit der Bezeichnung „Kongress der kurdischen demokratischen Gesellschaft in Europa“ – KCDK-E) befinden sich vorwiegend in den westlichen Nachbarländern Deutschlands. Die „PKK“ sieht sich als einzige legitime Interessenvertretung der Kurden. Die Partei ist deutschlandweit die mitgliederstärkste extremistische Organisation mit Auslandsbezug.



Gründung / Bestehen

Im November 1978 gründete sich die „PKK“ als eine revolutionäre Partei mit einem von marxistisch-leninistischen sowie nationalen Grundsätzen geprägten Manifest. Die Anwendung militärischer und terroristischer Gewalt ist ein zentrales Element innerhalb der „PKK“-Strategie. In Europa und damit auch in Deutschland verzichtet die Organisation derzeit weitgehend auf Gewaltanwendung, um nicht stärker in den Fokus der Sicherheitsbehörden zu geraten.

Struktur / Repräsentanten

Die „PKK“ ist streng hierarchisch organisiert, die Strukturen folgen dem Kaderprinzip und sind an einer autoritären Führung ausgerichtet. Die „PKK“ hat Deutschland in 31 Gebiete mit jeweils einem zumeist konspirativ agierenden Führungsfunktionär an der Spitze aufgeteilt. Für die Umsetzung ihrer Vorgaben nutzt die Partei überwiegend örtliche kurdische Vereine als Treffpunkte und Anlaufstellen. Als Dachverband dieser Vereine fungiert die „Konföderation der Gesellschaften Mesopotamiens in Deutschland“ (KON-MED).³¹⁴ Im Land Brandenburg ist keine derartige Struktur bekannt. Brandenburg steht unter dem Einfluss der „PKK“-Strukturen in Berlin und in Sachsen.

Die als Neugründungen bezeichneten Umstrukturierungen ab 2002 sollten nach außen Rechtskonformität der „PKK“ in Deutschland vermitteln. Jedoch haben sie nichts mit einer inhaltlichen Neuausrichtung oder der Etablierung demokratischer Strukturen zu tun, sondern dienen dem Zweck, die „PKK“ dem internationalen Verfolgungsdruck zu entziehen. Tatsächlich sind die europäischen Strukturen weder organisatorisch selbstständig noch ideologisch oder personell unabhängig von der „PKK“ im Nordirak.³¹⁵ Die „PKK“ versucht mithilfe von Massenorganisationen, in denen Anhänger nach sozialen Kriterien oder nach Berufs- und Interessengruppen organisiert sind, möglichst alle Lebensbereiche abzudecken und ihren Alleinvertretungsanspruch für alle Kurden zu zementieren.

Die „Komalên Ciwan“/„Tevgera Ciwanên Şoreşger“ (TCS) ist die Jugendorganisation der „PKK“ und bildet ein großes Mobilisierungspotenzial für zahlreiche Veranstaltungen der Organisation. Ihre Anhänger

³¹³ Mehrfach vorgenommene Umbenennungen der „PKK“ (Teil-) Organisationen:

- „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ („Kongreya Azadî û Demokrasiya Kurdistanê“ – KADEK)
- „Volkskongress Kurdistans“ („Kongra Gelê Kurdistan“ – KONGRA GEL)
- „Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan“ („Koma Komalên Kurdistan“ – KKK)
- „Union der Gemeinschaften Kurdistans“ („Koma Civakên Kurdistan“ – KCK).

³¹⁴ „Konfederasyona Civakên Mezopotamyayê li Elmanyayê“ (KON-MED).

³¹⁵ Vgl. Urteil des Bundesgerichtshofs vom 28.10.2010, <https://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=en&sid=7223b184dd06a6707ea4e42f4f4a1929&nr=54773&pos=0&anz=43>, (letzter Zugriff am 01.12.2022).

rekrutieren Nachwuchs für den bewaffneten Kampf in den kurdischen Siedlungsgebieten und begehen in Deutschland Straftaten oder üben militante Aktionen gegen staatliche türkische Einrichtungen und türkische Rechtsextremisten aus.

Personenpotenzial: Mitglieder / Anhänger / Unterstützer

Das für den Verfassungsschutz relevante Personenpotenzial der „PKK“ und ihrer Teilorganisationen wird in Brandenburg auf rund 60 geschätzt.

Kurzportrait / Ziele

Zentrale Ziele der „PKK“ sind die Anerkennung der kurdischen Identität sowie eine politische und kulturelle Autonomie unter Aufrechterhaltung nationaler Grenzen in den kurdischen Siedlungsgebieten, vor allem in der Türkei, aber auch im Irak und in Syrien. Daneben konzentrieren sich die politischen Forderungen der „PKK“ auf die Freilassung ihres seit 1999 inhaftierten Gründers Abdullah Öcalan³¹⁶ beziehungsweise auf die Verbesserung seiner Haftbedingungen. Wie oben bereits dargestellt wurde, ist die Anwendung von Gewalt Teil der politischen Strategie der „PKK“.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der „PKK“-Aktivitäten in Deutschland ist die logistische und finanzielle Unterstützung der Gesamtorganisation. Diesem Zweck dienen Spendenkampagnen und Großveranstaltungen, die auch dazu genutzt werden, weitere Anhänger für die Parteiarbeit und für den aktiven Guerillakampf zu gewinnen. Die Aktivisten der „PKK“ in Deutschland fordern daher beispielsweise die Aufhebung des im Jahr 1993 gegen die Organisation verfügten Betätigungsverbots. Mobilisierend wirkt für die „PKK“ derzeit weniger ihre ursprüngliche marxistisch-leninistische Ideologie, sie profitiert vielmehr von ihren rigiden Wert- und Moralvorstellungen sowie ihrer Eigeninszenierung als alleinige Vertreterin kurdischer Interessen.

Finanzierung

Die Finanzierung der militärischen und politischen Aktivitäten der „PKK“ erfolgt insbesondere über die kurdische Diaspora in Europa. Kurden spenden sowohl freiwillig als auch unter Druck. In den jährlichen Spendenkampagnen („kampanya“) kommen bundesweit viele Millionen Euro zusammen. Hinzu treten Erlöse aus Zeitschriften- und Devotionalienverkäufen sowie Eintrittsgelder bei Großveranstaltungen. Dabei wirken sich die militärisch ausgetragenen Konflikte in den kurdischen Autonomiegebieten zwischen der Türkei und den Guerillaeinheiten der „PKK“ ebenso förderlich auf die Spendenbereitschaft aus wie die anhaltende Sorge um die Haftsituation und den Gesundheitszustand des 76-jährigen Abdullah Öcalan.

Veröffentlichungen / Reichweite

Die wichtigsten bundesweit vertriebenen Publikationen der „PKK“ und ihrer Nebenorganisationen sind „Serxwebûn“ (Unabhängigkeit), „Yeni Özgür Politika“ (Neue Freie Politik), „Sterka Ciwan“ (Stern der Jugend) sowie die PKK-nahe Nachrichtenagentur „Ajansa Nûçeyan a Firatê“ (ANF). Hinzu kommen einige Fernsehsender wie zum Beispiel „Stêrk TV“. Des Weiteren ist die „PKK“ über eine Vielzahl von Webseiten im Internet aktiv. Über das Video-Portal „Gerîla TV“ werden speziell Inhalte über den bewaffneten Kampf der Organisation sowie erfolgte Operationen veröffentlicht. Vor allem die deutschsprachige Version der „ANF“-Homepage stellt ein wichtiges Sprachrohr für die Organisation in Deutschland dar. Auf der Webseite wird täglich über aktuelle Ereignisse und Vorkommnisse in den kurdischen Siedlungsgebieten berichtet.

³¹⁶ Abdullah Öcalan ist Anführer und Gründungsmitglied der „PKK“ und wird seit seiner Verhaftung im Februar 1999 auf der Gefängnisinsel İmralı im Marmarameer festgehalten.

Grund für die Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Aufgrund ihres auch in Deutschland gewalttätigen Vorgehens wurde die „PKK“ am 26. November 1993 vom Bundesinnenminister mit einem vereinsrechtlichen Betätigungsverbot belegt.³¹⁷ Seit 2002 ist sie von der Europäischen Union als terroristische Organisation gelistet. 2014 wurde diese Einstufung bekräftigt. Nach einem Urteil des Bundesgerichtshofes vom 28. Oktober 2010 wird die „PKK“ in Deutschland als terroristische Vereinigung im Ausland eingestuft. Damit können ihre Mitglieder nach §§ 129a und b Strafgesetzbuch strafrechtlich verfolgt werden, was ein höheres Strafmaß und den Einsatz weitergehender Ermittlungsmaßnahmen ermöglicht. Bereits aufgrund des Gewaltbezuges der Organisation ergibt sich die Zuständigkeit des Verfassungsschutzes Brandenburg nach § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummern 3 und 4 Bbg-VerfSchG.

Entwicklungen im Berichtszeitraum

Am 27. Februar 2025 wurde von einer Delegation der kurdischen „DEM“-Partei, die Abdullah Öcalan zuvor im Gefängnis besucht hatte, im Rahmen einer Pressekonferenz eine Erklärung des „PKK“-Gründers verlesen. Darin rief Abdullah Öcalan die „PKK“ dazu auf, die Waffen niederzulegen und sich aufzulösen. Zwei Tage später verkündete diese einen (einseitigen) Waffenstillstand. Auf einem Kongress Anfang Mai, dessen Ergebnisse am 12. Mai 2025 verkündet wurden, beschloss die „PKK“ auch formal das Ende des bewaffneten Kampfes sowie die Selbstauflösung. Im Juli folgte die Abgabe weniger Dutzend Waffen durch „PKK“-Kämpfer in einer inszenierten Zeremonie im Irak, was angesichts der Größe der Organisation lediglich symbolischen Charakter hatte. Einen ähnlichen Eindruck vermittelt der im Oktober 2025 öffentlichkeitswirksam verkündete Abzug von „PKK“-Kämpfern aus der Türkei.

Insgesamt wird deutlich, dass die „PKK“ ihren Beschluss keinesfalls als Kapitulation, sondern vielmehr als den Beginn eines Friedensprozesses betrachtet, der an nicht abschließend festgelegte Bedingungen geknüpft ist. Die Arbeit einer im August 2025 eingesetzte Kommission im türkischen Parlament, welche diesen Prozess gestalten soll, kommt Medienberichten zufolge lediglich schleppend voran. Wenngleich die „PKK“ und der türkische Staat sich erkennbar aufeinander zubewegt haben, ist der Ausgang des Friedensprozesses als gänzlich offen zu bewerten. Seit Beginn des bewaffneten Konflikts 1984 gab es immer wieder Phasen der Annäherung, die bislang aber zu keinem dauerhaften Frieden geführt haben.

Während die „PKK“ in Europa seit langem darum bemüht ist, sich selbst als gewaltfrei darzustellen, zeigt sich in der Türkei ein gänzlich anderes Bild. Der letzte Terroranschlag, zu dem sich die Organisation bekannt hat, war erst am 23. Oktober 2024 – sprich kurz vor Beginn des aktuellen Friedensprozesses – in Ankara auf das staatliche Luft- und Raumfahrtunternehmen TUSAŞ. Dabei waren neben den beiden Angreifern fünf Menschen getötet und zahlreiche weitere verletzt worden.

Das Aktionsniveau der „PKK“ in Deutschland hat sich im aktuellen Berichtszeitraum nicht wesentlich verändert. Ein zentrales Kampagnenthema, welches durch die dargelegten Entwicklungen noch weiter an Bedeutung gewonnen hat, ist die Forderung nach einer Aufhebung des Betätigungsverbots. Außerdem gelingt es der „PKK“ weiterhin, regelmäßig tausende Anhänger zu bundesweiten Großveranstaltungen zu mobilisieren. An einer Versammlung in Köln am 8. November 2025, bei der unter anderem die Freilassung von Abdullah Öcalan gefordert wurde, haben rund 8.000 Personen teilgenommen.

Linksextremisten unterstützen seit jeher die sozialistische Vision von Abdullah Öcalan, dessen Autonomiebestrebungen und die Forderung nach einer Aufhebung des Betätigungsverbot in Deutschland. Linksextremisten helfen unter anderem „PKK“-Propaganda zu verbreiten und begehen Straftaten in Solidarität mit dem „kurdischen Volk“ und der „PKK“ in Deutschland. Im Gegenzug versuchen Linksextremisten,

³¹⁷ Das Verbot gilt auch für die umbenannten Strukturen der „PKK“.

Kurden für andere linksextremistische Aktionsfelder zu gewinnen.³¹⁸ Mittelbar unterstützt dies auch die „PKK“ bei der Rekrutierung deutscher Staatsangehöriger für den bewaffneten Kampf.

Seit Jahren reisen Personen aus Deutschland in die kurdischen Siedlungs- und Kampfgebiete im Südosten der Türkei, im Nordirak und in Nordsyrien. Verschiedene „PKK“-Guerillaeinheiten berichten regelmäßig über den Tod ihrer gefallenen Kämpfer und nutzten das propagandistische Potenzial getöteter ausländischer Kämpfer für ihre eigenen Zwecke. Der Märtyrerkult der Organisation dient sowohl der Motivation der eigenen Anhänger als auch der Rekrutierung neuer Unterstützer. So erinnert die linksextremistische Szene in Brandenburg weiterhin an den Tod eines aus Potsdam stammenden Kämpfers, der im Dezember 2018 vermutlich durch einen türkischen Luftangriff im Nordirak ums Leben gekommen war. Die Szene stellt ihn in eine Reihe mit der „RAF“-Terroristin Ulrike Meinhof.³¹⁹

Bewertung / Ausblick

In Brandenburg sind extremistische Bestrebungen mit Auslandsbezug, wie die „PKK“, weiterhin von untergeordneter Bedeutung. Im Vergleich zu den anderen extremistischen Phänomenbereichen bewegt sich die Zahl der in Brandenburg bekannten Anhänger seit Jahren auf einem relativ niedrigen Niveau.

Der Ausgang des aktuellen Friedensprozesses zwischen der „PKK“ und dem türkischen Staat ist noch gänzlich offen. Gegenwärtig befindet sich der Prozess im Anfangsstadium. Je nach weiterer Entwicklung kann es unter Umständen zu einer hohen Emotionalisierung von „PKK“-Anhängern und türkischen Nationalisten in Deutschland kommen, was mit einem gewissen Eskalationspotenzial einhergeht.

Das Aktionsniveau der „PKK“ in Deutschland hat sich zunächst nicht wesentlich verändert. Es ist davon auszugehen, dass sich die Organisation auch weiterhin bemühen wird, größere Menschenmengen für ihre Ziele zu gewinnen, medienwirksame Aktionen zu veranstalten und Kämpfer zu rekrutieren. Zudem wird die „PKK“ in Deutschland weiterhin Geld zur Finanzierung der Organisationsstrukturen sammeln und versuchen, mit Schulungen und Vorträgen Jugendliche und Studierende zu erreichen. Europa dient dabei unverändert als Rückzugsraum, in dem Unterstützungs- und Vorbereitungshandlungen für die Aktivitäten der „PKK“ in den kurdischen Siedlungsgebieten durchgeführt werden. Sie bleibt daher im Fokus der Verfassungsschutzbehörden.

³¹⁸ Für Informationen zu linksextremistischen Aktionsfeldern siehe Kapitel 6.1.

³¹⁹ Vgl. Homepage indymedia, (letzter Zugriff 19.11.2024).

9. Spionageabwehr, Schutz vor Wirtschaftsspionage

9.1 Spionageabwehr

Die Spionageabwehr im Land Brandenburg war im Jahr 2025 in besonderem Maße gefordert. Ausschlaggebend waren vor allem hybride Bedrohungen. Russische staatliche Stellen setzten Deutschland weiterhin unter Druck und bedienten sich dabei nicht allein klassischer Formen der Spionage. Hinzu traten Vorbereitungen von Sabotagehandlungen, Desinformationsmaßnahmen, Einflussoperationen sowie Formen verdeckter Aufklärung.³²⁰

Für Brandenburg ist diese Entwicklung von besonderer Relevanz. Das Land verfügt über zahlreiche militärische Standorte, vielfältige Bezüge zur Bundeswehr, bedeutende Verkehrs- und Logistikkachsen, den Flughafen BER sowie sensible Industrie- und Infrastrukturbereiche. Brandenburg ist damit Teil eines Gefährdungsrums, in dem Ausspähung, Testhandlungen, Einflussnahme und mögliche Sabotagevorbereitungen in ihrem Zusammenhang betrachtet werden müssen. Auch Aktivitäten unterhalb der Schwelle eindeutig zuordenbarer Spionage sind hierbei sicherheitsrelevant. Hierzu zählen etwa einfache Aufklärungsmaßnahmen, gezielte Störungen oder der Einsatz fremdgesteuerter Hilfskräfte, bekannt als „Low-Level-Agenten“ oder „Wegwerf-Agenten“.

Ein prägender Aspekt der Sicherheitslage im Jahr 2025 waren wiederholte Drohnensichtungen über Brandenburg. Betroffen waren dabei militärische Einrichtungen, Bereiche Kritischer Infrastruktur, Industrieanlagen und der Flughafen BER. Für die Spionageabwehr ist insoweit weniger der einzelne Vorfall als vielmehr das Gesamtbild maßgeblich. Wiederholte Sichtungen über sicherheitsrelevanten Objekten können auf ein Aufklärungsinteresse hindeuten. Zugleich ist bei der Bewertung einzelner Meldungen Zurückhaltung geboten. Nicht jede Sichtung lässt sich zweifelsfrei verifizieren. Fehlsichtungen, Fehlinterpretationen oder doppelte Erfassungen können das Lagebild verzerren.

Eine vorschnelle Zuschreibung kann dazu führen, dass einer Sache oder einer Person zu viel Bedeutung zugeschrieben wird. Das kann hybriden Akteuren sogar in die Hände spielen, da Unsicherheit und öffentliche Beunruhigung verstärkt werden. Eine belastbare öffentliche Zuordnung zu einem bestimmten fremden Staat lag für die einzelnen Fälle nicht vor. Gleichwohl sind wiederholte Vorfälle im Umfeld sicherheitsrelevanter Objekte ernst zu nehmen und mit besonderer Aufmerksamkeit zu bewerten.

Besondere Bedeutung fiel im Jahr 2025 zudem dem Komplex der „Low-Level-Agenten“ zu. Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden zeigen, dass insbesondere russische Akteure vermehrt auf austauschbare Hilfskräfte zurückgreifen. Diese werden über soziale Medien oder Messengerdienste für Sachbeschädigungen, Ausspähungen oder Sabotagehandlungen gewonnen. Die angeworbenen Personen handeln häufig aus finanziellen Motiven. Den eigentlichen geheimdienstlichen Hintergrund kennen sie oft nicht vollständig. Damit verändert sich auch das Bedrohungsbild für Brandenburg. Von Bedeutung ist nicht mehr allein die klassische Führung von Agenten. Inzwischen gehört auch die Anwerbung leicht verfügbarer „Wegwerf-Agenten“ zur russischen Vorgehensweise.

³²⁰ Die nachfolgenden Fallschilderungen zu Ermittlungs- und Strafverfahren geben ausschließlich den jeweils öffentlich bekannten Verfahrensstand wieder. Die Erwähnung dieser Sachverhalte dient allein der sicherheitsbehördlichen Lagebeschreibung; sie enthält weder eine Vorverurteilung noch eine Vorwegnahme gerichtlicher Entscheidungen. Soweit gerichtliche Urteile noch nicht rechtskräftig sind oder Verfahren noch andauern, wird dies gesondert kenntlich gemacht.

Vor diesem Hintergrund ist der in Schönefeld (LDS) bekannt gewordene Bauschaum-Komplex hervorzuheben. Ende 2024 wurden dort an mehreren Dutzend Fahrzeugen Sachbeschädigungen festgestellt. Nach den bekannt gewordenen Informationen waren Auspuffrohre mit Bauschaum verschlossen worden; zudem waren an den Fahrzeugen teilweise Aufkleber oder Hinweise angebracht, die den Eindruck erwecken konnten, die Taten stünden im Zusammenhang mit klimapolitischem Protest. Im weiteren Verlauf wurden ähnliche Fälle auch aus anderen Bundesländern bekannt. Bundesweit summierte sich die Serie auf nahezu 300 betroffene Fahrzeuge in Brandenburg, Berlin, Baden-Württemberg und Bayern. Im Jahr 2025 ergaben sich aus den Ermittlungen Hinweise darauf, dass die Taten möglicherweise über bloße Sachbeschädigungen hinausgingen. Im Raum stand vielmehr der Verdacht, dass mit den Aktionen gezielt eine politische Wirkung erzielt werden sollte. Nach dem damaligen Ermittlungsstand könnte es darum gegangen sein, kurz vor der Bundestagswahl 2025 öffentliche Empörung auszulösen, das Vertrauen in politische Akteure zu schwächen und den Eindruck zu erwecken, bestimmte politische oder gesellschaftliche Gruppen stünden hinter den Taten. Öffentlich bekannt wurde in diesem Zusammenhang auch, dass ein Tatverdächtiger erklärt haben soll, die Aktionen seien von einem Auftraggeber aus Russland organisiert worden. Eine abschließende gerichtliche Klärung lag bis zur Veröffentlichung dieses Berichts nicht vor. Auch die Einordnung einer möglichen Steuerung aus Russland steht daher weiterhin unter Vorbehalt.³²¹ Für Brandenburg ist der Fall gleichwohl sicherheitsrelevant. Er zeigt beispielhaft, wie mit einfachen Mitteln, geringem Aufwand und irreführender Inszenierung politische oder gesellschaftliche Wirkungen erzeugt werden können.

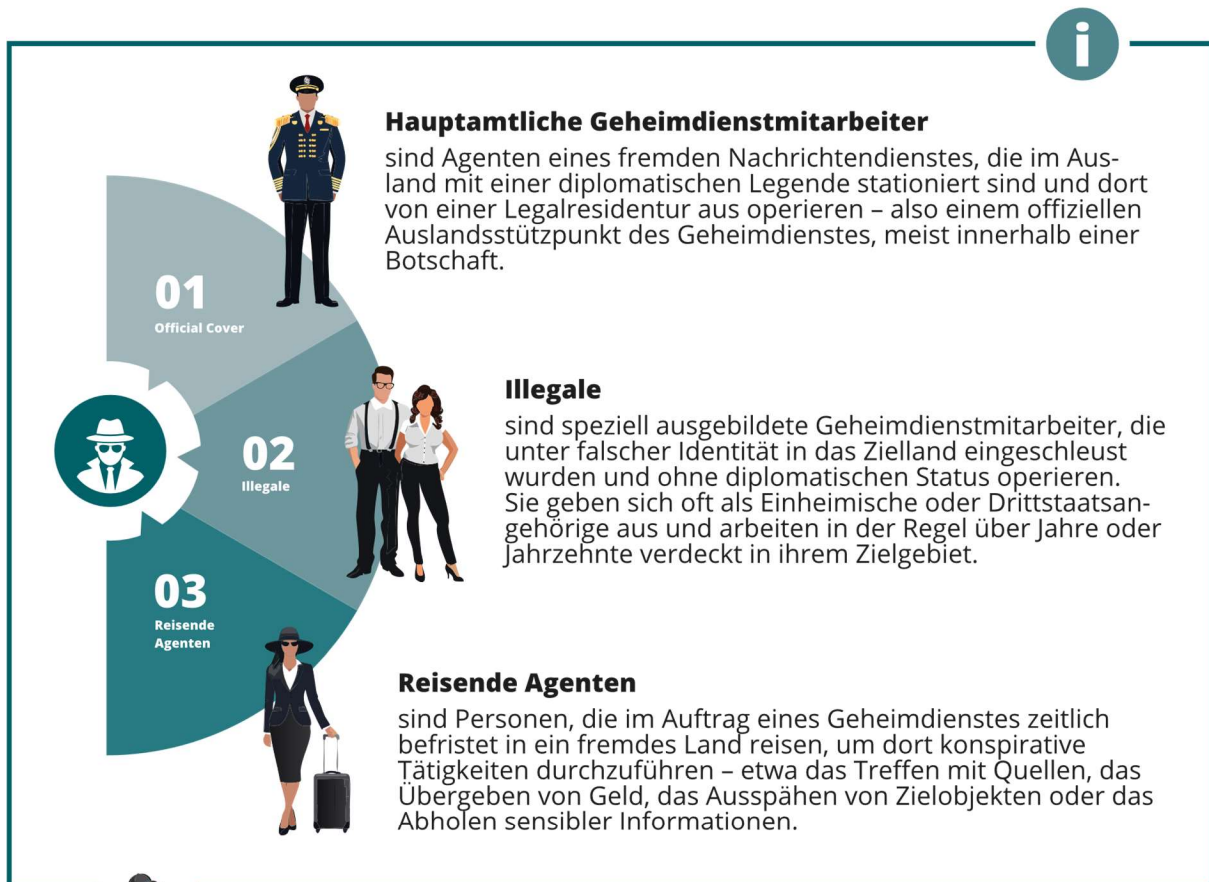
Die weitere Entwicklung im Jahr 2025 verdeutlichte, dass russische Aktivitäten über reine Informationsgewinnung hinausgehen. So teilte der Generalbundesanwalt im Mai 2025 mit, dass drei ukrainische Staatsangehörige festgenommen worden seien. Ihnen wurde nach dem Inhalt der Haftbefehle vorgeworfen, sich gegenüber mutmaßlich im Auftrag russischer staatlicher Stellen handelnden Personen bereit erklärt zu haben, Brand- und Sprengstoffanschläge auf den Gütertransport in Deutschland zu begehen. Nach dem öffentlich mitgeteilten Vorwurf sollen Ende März 2025 zunächst Testpakete mit GPS-Sendern verschickt worden sein, um Transportwege und Abläufe auszukundschaften. Für Brandenburg ist dieser Komplex wegen seiner bedeutenden Rolle als Logistik- und Transitland von erheblicher Relevanz. Er zeigt, dass Verkehrswege und Lieferketten als möglicher Handlungsraum hybrider Bedrohungen in Betracht kommen. Auch hier gilt: Die genannten Vorwürfe geben den Stand der Haftbefehle und Anklagen wieder; eine Vorverurteilung ist damit nicht verbunden.³²²

Ebenfalls in das Jahr 2025 fällt ein weiterer Sachverhalt mit russischem Hintergrund, den der Generalbundesanwalt öffentlich gemacht hat. Danach wurden drei Männer angeklagt. Sie sollen nach dem Inhalt der Anklageschrift einen in Deutschland lebenden Mann ausgespäht haben, der sich nach Beginn des russischen Angriffskrieges an Kampfhandlungen für die ukrainischen Streitkräfte beteiligt hatte. Nach dem öffentlich mitgeteilten Vorwurf könnte die Ausspähung der Vorbereitung weiterer geheimdienstlicher

³²¹ Die Erwähnung des Sachverhalts erfolgt ausschließlich lagebezogen und ohne präjudizielle Wirkung. Maßgeblich ist der bis zum Stichtag öffentlich bekannte Stand der Ermittlungen sowie der Inhalt der Haftbefehle und Anklagen. Eine rechtskräftige gerichtliche Entscheidung lag hierzu noch nicht vor. Dies gilt auch für eine etwaige Zurechnung zu russischen staatlichen oder staatlich gesteuerten Stellen.

³²² Die Erwähnung des Sachverhalts erfolgt ausschließlich lagebezogen und ohne präjudizielle Wirkung. Maßgeblich ist der bis zum Stichtag öffentlich bekannte Stand der Ermittlungen sowie der Inhalt der Haftbefehle und Anklagen. Eine rechtskräftige gerichtliche Entscheidung lag hierzu noch nicht vor. Dies gilt auch für eine etwaige Zurechnung zu russischen staatlichen oder staatlich gesteuerten Stellen.

Operationen in Deutschland gedient haben, möglicherweise sogar bis hin zu einer Tötung einer Zielperson.³²³



Low-Level-Agenten („Proxies“)

sind nachrichtendienstlich geführte Personen, die für einfache oder einmalige Aufgaben rekrutiert werden (z.B. Botengänge). Häufig entstammen sie einem kleinkriminellen Milieu und erhalten für ihre Tätigkeit nur eine geringe finanzielle Entlohnung. Bei einer Enttarnung ist meist keine direkte Verbindung zum Auftraggeber nachweisbar.

Eine andere rechtliche Qualität hat demgegenüber das Urteil des Oberlandesgerichts München vom 30. Oktober 2025 gegen Dieter S. und zwei Mitangeklagte. Das Gericht verurteilte Dieter S. unter anderem wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit und wegen Agententätigkeit zu Sabotagezwecken zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren. Die beiden Mitangeklagten wurden ebenfalls wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit verurteilt; ihre Strafen wurden zur Bewährung ausgesetzt. Nach den Feststellungen des Gerichts bot Dieter S. einem russisch angebondenen Kontakt Informationen über Bahnstrecken, Eisenbahnknotenpunkte, Militärtransporte, den Truppenübungsplatz Grafenwöhr sowie Ölraffinerien an. Er beschaffte entsprechende Informationen und erklärte sich zudem bereit, Anschläge auf Bahnstrecken zu verüben. Auch wenn das Urteil noch nicht rechtskräftig sein mag³²⁴, zeigt der Fall unabhängig davon in

³²³ Die Erwähnung des Sachverhalts erfolgt ausschließlich lagebezogen und ohne präjudizielle Wirkung. Maßgeblich ist der bis zum Stichtag öffentlich bekannte Stand der Ermittlungen sowie der Inhalt der Haftbefehle und Anklagen. Eine rechtskräftige gerichtliche Entscheidung lag hierzu noch nicht vor. Dies gilt auch für eine etwaige Zurechnung zu russischen staatlichen oder staatlich gesteuerten Stellen.

³²⁴ Die Erwähnung des Sachverhalts erfolgt ausschließlich lagebezogen und ohne präjudizielle Wirkung. Maßgeblich ist der bis zum Stichtag öffentlich bekannte Stand der Ermittlungen sowie der Inhalt der Haftbefehle und Anklagen. Eine

aller Deutlichkeit, dass sich russische Spionage- und Sabotageinteressen gegen Verkehrswege, militärnahe Bewegungen und Kritische Versorgungsstrukturen richten können. Dieses Erkenntnis ist auch für Brandenburg von erheblicher Bedeutung.

Von besonderer Relevanz für Brandenburg waren im Berichtsjahr zudem die Vorgänge rund um den Verein „Friedensbrücke – Kriegsofferhilfe e. V.“.³²⁵ Hierbei handelt es sich um einen in Brandenburg ansässigen Verein mit Sitz in Wandlitz. Der Verein beschreibt sich selbst als gemeinnützige Hilfsorganisation, die seit 2015 Menschen in Kriegsgebieten, vor allem in der Ostukraine, unterstütze. Nach eigener Darstellung werden Hilfsgütertransporte in den Donbass organisiert; auf der Vereins-Webseite werden unter anderem Matratzen, Kleidung, Schuhe, Hygieneartikel, Rollstühle, Gehhilfen, Medikamente, Lebensmittel, Babynahrung, Schreibwaren, Haushaltschemikalien und Stromgeneratoren genannt. Zugleich weist bereits die Selbstdarstellung des Vereins auf einen ausgeprägten Russlandbezug hin. So wird zwar als Vereinssitz Wandlitz angegeben, doch zugleich heißt es auf der Internetseite, die Vorsitzende lebe aktuell in Russland.

Der Vorgang gewann im Jahr 2025 erhebliche sicherheitsbehördliche Bedeutung. Im Mai 2025 ließ der Generalbundesanwalt Häuser, Wohnungen und Büroräume von Vereinsmitgliedern in Berlin und Brandenburg durchsuchen. In einer späteren Pressekonferenz wurde zudem bestätigt, dass die Maßnahmen wegen des Verdachts der Unterstützung terroristischer Vereinigungen im Ausland erfolgt seien. Ausdrücklich genannt wurden dabei die „Donbass-Republiken“ Donezk und Luhansk. Ebenfalls bestätigt wurden zwei Haftbefehle. Medien berichteten über Durchsuchungen in Zernsdorf/Königs Wusterhausen, Wandlitz und Höhenland.

Aus dem später öffentlich bekannt gewordenen Verfahrensstand ergab sich eine weitere Verdichtung. Nach einer Mitteilung des Generalbundesanwalts im Januar 2026 sollen Beschuldigte seit 2016 Unterstützungsleistungen zugunsten der „Volksrepubliken Donezk und Lugansk“ erbracht haben. Genannt wurden dabei Versorgungsgüter, Medizinprodukte und auch Drohnen. Ein Beschuldigter soll Vereinsgelder in Höhe von mehr als 14.000 Euro weitergeleitet und Transporte finanziert haben. Ein weiterer soll mehrfach in den Donbass gereist sein, dort Lieferaufträge entgegengenommen und an der Verteilung von Gütern mitgewirkt haben. Der Generalbundesanwalt ordnete die beiden „Volksrepubliken“ als prorussische Gruppierungen ein, die Ende 2022 in die Befehlsstrukturen der russischen Streitkräfte eingegliedert worden seien. Öffentlich wurde damit ein Ermittlungsbild sichtbar, das über humanitäre Hilfe im engeren Sinne deutlich hinausgeht.

Auch aus Sicht des Verfassungsschutzes ist der Fall bedeutsam, weil sich hier mehrere sicherheitsrelevante Aspekte überlagern könnten. Der Verein tritt nach außen mit einem humanitären Selbstverständnis auf. Zugleich richten sich die strafprozessualen Maßnahmen auf den Verdacht, dass aus diesem Umfeld

rechtskräftige gerichtliche Entscheidung lag hierzu noch nicht vor. Dies gilt auch für eine etwaige Zurechnung zu russischen staatlichen oder staatlich gesteuerten Stellen.

³²⁵ Die Darstellung erfolgt ausschließlich lagebezogen auf Grundlage des öffentlich bekannten Ermittlungs- und Verfahrensstands. Die wiedergegebenen Vorwürfe beruhen auf amtlichen Mitteilungen, öffentlichen Eigendarstellungen des Vereins und Medienberichten; eine rechtskräftige gerichtliche Entscheidung lag hierzu noch nicht vor. Soweit Unterstützungsleistungen zugunsten prorussischer, russlandnaher oder Russland zuzurechnender Strukturen angesprochen werden, erfolgt dies daher ausdrücklich unter dem Vorbehalt des laufenden Verfahrens und ohne präjudizielle Wirkung.

heraus über Jahre materielle und logistische Unterstützungsleistungen zugunsten prorussischer (auch militärischer) Strukturen im Donbass erfolgt sein könnten.

Für eine Spionageabwehrbehörde ist ein solcher Vorgang von besonderem Interesse, weil er auf mögliche Unterstützungsnetzwerke hindeuten könnte, in denen Spendensammlung, Logistik, politisches Milieu und Russlandbezüge zusammenwirken. Der Fall wäre dann nicht nur als strafrechtlicher Einzelfall zu bewerten, sondern zugleich als Hinweis auf belastbare prorussische Unterstützungsstrukturen im Inland.

Der Verein selbst nennt auf seiner Internetseite eine Reihe klar prorussischer Partner und Bezugspunkte, darunter auch den kremlnahen Motorradclub „Night Wolves MC“. Die „Night Wolves“ gelten international als ultranationalistisches und putintreues Netzwerk. Auch bei den Lieferinhalten spricht der öffentlich bekannte Sachstand für eine differenzierte Bewertung. Nach der Selbstdarstellung des Vereins standen zunächst klassische Hilfsgüter im Vordergrund. Spätere Ermittlungsangaben des Generalbundesanwalts nannten jedoch ausdrücklich auch Drohnen und Medizinprodukte. Darüber hinaus berichteten Medien im Jahr 2025 von Hinweisen auf militärisch nutzbare Güter, darunter Tarnnetze, Drohnenbauteile und Funkgeräte.

Gerade diese Unschärfe macht den Vorgang aus Sicht einer Verfassungsschutzbehörde politisch und sicherheitsstrategisch bedeutsam. Netzwerke dieser Art könnten geeignet sein, russische Interessen nicht nur propagandistisch, sondern auch materiell und logistisch zu stützen. In der Gesamtschau spricht der Fall dafür, russlandnahe Vereins- und Unterstützungsstrukturen in Deutschland nicht allein unter dem Gesichtspunkt der Meinungsäußerung oder politischen Agitation zu betrachten. Dort, wo sich Hinweise auf Geldflüsse, Transporte, persönliche Kontakte in den Operationsraum, Bezüge zu kremlnahen Netzwerken und mögliche Lieferungen auch militärisch nutzbarer Güter verdichten, kann ein Vorgang sicherheitsbehördlich eine weitergehende Qualität annehmen. Aus Sicht des Verfassungsschutzes verweist der Fall damit auf das Risiko, dass russlandnahe Milieus im Inland im Einzelfall über politische Einflussnahme hinaus auch als praktische Unterstützungsräume für prorussische Strukturen wirksam werden könnten.

In der Gesamtschau zeigte sich im Jahr 2025 für Brandenburg ein Lagebild, in dem russische Aktivitäten den Schwerpunkt bildeten. Klassische Ausspähung, verdeckte Aufklärung, Drohnenüberflüge, Sabotagevorbereitungen, der Einsatz von „Low-Level-Agenten“ und Einflussoperationen verstärken sich dabei gegenseitig. Aufgrund seiner militärischen, logistischen und infrastrukturellen Bedeutung ist Brandenburg hiervon unmittelbar betroffen. Spionageabwehr muss daher konsequent als Schutz vor hybriden Bedrohungen verstanden werden. Hierzu gehören die Sensibilisierung gefährdeter Stellen, die enge Beobachtung von Aufklärungs- und Anbahnungsversuchen, die Bewertung verdächtiger Vorfälle unterhalb der klassischen Spionageschwelle sowie die enge Zusammenarbeit von Verfassungsschutz, Polizei, Justiz und betroffenen Einrichtungen.

9.2 Schutz vor Wirtschaftsspionage

Im Jahr 2025 haben sich die Bedrohungen für die deutsche Wirtschaft, insbesondere für die Kritischen Infrastrukturen (KRITIS) und die Rüstungsindustrie, weiter verschärft. Ausländische Nachrichtendienste und staatliche Akteure, vor allem aus geopolitisch angespannten Regionen, intensivieren ihre Bemühungen, gezielt Informationen und Innovationen der deutschen Wirtschaft auszuspähen. Diese Aktivitäten sind zunehmend im Kontext des internationalen Wettbewerbs um technologische Vorherrschaft, wirtschaftlichen Einfluss und strategische Macht eingebunden. Neben klassischen Spionagetechniken nehmen digitale Angriffe sowie gezielte Desinformationskampagnen eine immer bedeutendere Rolle ein.

Herausforderungen für Schlüsseltechnologien und Wirtschaftszweige

Ein zentrales Ziel der Angriffe sind aufkommende Technologien – „Emerging Technologies“ – deren strategisches und wirtschaftliches Potenzial weitreichende Auswirkungen auf Wirtschaft, Politik und Gesellschaft haben könnte. Dazu gehören Schlüsseltechnologien wie die Quantentechnologie, Künstliche Intelligenz, Hyperschalltechnik, Überwachungs- und Biotechnologie. Diese Technologien bieten nicht nur signifikante Markt- und Wettbewerbsvorteile, sondern auch enormes militärisches Potenzial. Besondere Aufmerksamkeit wird auf hochinnovative Branchen wie die Informations- und Kommunikationstechnologie, Luft- und Raumfahrt sowie die Rüstungsindustrie gelegt. Diese Sektoren sind zunehmend Ziel von Wirtschaftsspionage und Cyberangriffen. In vielen Fällen zielen sie auf den Diebstahl geistigen Eigentums und kritischer Daten ab. Besonders bedrohlich sind gezielte Cyberangriffe, die Unternehmen und öffentliche Einrichtungen zeitweise arbeitsunfähig machen und dadurch erhebliche wirtschaftliche Schäden nach sich ziehen können. In extremen Fällen kann der Verlust entscheidenden Know-hows sogar zu Insolvenzen führen.

Spezifische Bedrohungen für die Rüstungsindustrie

Die Rüstungsindustrie stellt einen besonders anfälligen Bereich dar, da sie nicht nur für die nationale Sicherheit von zentraler Bedeutung ist, sondern auch durch ihre technologischen Innovationen von strategischem Interesse für ausländische Akteure. Technologische Fortschritte im Bereich der Waffensysteme, Präzisionsmunition, Hyperschalltechnologien und autonomen Systemen sind ein wertvolles Ziel für Wirtschaftsspionage. Insbesondere die militärische Anwendung neuer Technologien macht diese Branche für Cyberangriffe und Sabotageaktionen besonders anfällig.

Zielgerichtete Angriffe auf Unternehmen der Rüstungsindustrie und verwandte Zulieferer könnten nicht nur zu erheblichen finanziellen Verlusten führen, sondern auch die nationale Sicherheitslage gefährden, indem sie die Entwicklung oder den Einsatz fortschrittlicher Rüstungstechnologien beeinträchtigen.

Geopolitische Spannungen und ihre Auswirkungen auf KRITIS und Rüstungsindustrie

Seit dem Beginn des Russland-Ukraine-Krieges haben sich die geopolitischen Spannungen weiter verschärft, was erhebliche Auswirkungen auf die Kritischen Infrastrukturen und die Rüstungsindustrie in Deutschland hat. Besonders die Aktivitäten russischer Nachrichtendienste sind weiterhin hoch, insbesondere im Bereich der Informationsbeschaffung und der Analyse von Schwachstellen in der Infrastruktur. Diese Informationen könnten für zukünftige Sabotagehandlungen oder cybergestützte Angriffe genutzt werden, die zu Versorgungsengpässen oder Ausfällen kritischer Dienste führen könnten. Auch gezielte Desinformationskampagnen sowie Versuche der politischen Einflussnahme durch ausländische Akteure sind nicht auszuschließen.

Berlin-Brandenburg als Zentrum von Innovation und Ziel von Spionageaktivitäten

Die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg, die durch ihre hohe Dichte an Start-ups, Innovationszentren und den Sitz globaler Rechenzentren eine Schlüsselrolle in der deutschen Wirtschaft spielt, bleibt 2025 ein Schwerpunkt für Spionageaktivitäten. Unternehmen und wissenschaftliche Einrichtungen dieser Region tragen maßgeblich zur Innovationskraft Deutschlands bei und sind daher besonders attraktiv für ausländische Nachrichtendienste sowie staatliche Akteure, die an technologischen und militärischen Fortschritten interessiert sind.

Sicherheitsmaßnahmen und Prävention durch den Verfassungsschutz Brandenburg

Der Verfassungsschutz Brandenburg agiert als zentraler Sicherheitspartner für Unternehmen und Betreiber Kritischer Infrastrukturen. Die Behörde informiert frühzeitig über bestehende Risiken und bietet umfassende Unterstützung bei der Entwicklung und Implementierung präventiver Sicherheitsmaßnahmen. Im Jahr 2025 wurde das Sensibilisierungsprogramm weiter ausgebaut, um neben Unternehmen und Forschungseinrichtungen verstärkt auch die Landesregierung und den Landtag über potenzielle Bedrohungen sowie geeignete Abwehrmaßnahmen zu informieren.

Der Verfassungsschutz Brandenburg spielt eine entscheidende Rolle bei der Abwehr von Wirtschaftsspionage und Cyberangriffen und bietet spezifische Schutzmaßnahmen gegen die Bedrohungen durch Proliferationsbestrebungen und Sabotage. Dies umfasst unter anderem die Unterstützung bei der Implementierung technischer Sicherheitsvorkehrungen, Schulungen zum Schutz geistigen Eigentums und die Koordination mit nationalen Partnern zur Bekämpfung von Cyber- und Industriespionage.

Fazit und Ausblick

Die zunehmende Vernetzung und Digitalisierung von Unternehmen, insbesondere in den Bereichen der Kritischen Infrastrukturen und der Rüstungsindustrie, stellen sie vor neue, bislang unbekannte Herausforderungen im Bereich der Cybersicherheit und der Abwehr von Spionageangriffen. Die verstärkte Beobachtung durch den Verfassungsschutz sowie die Zusammenarbeit mit internationalen Sicherheitsbehörden sind von entscheidender Bedeutung, um diesen Bedrohungen entgegenzuwirken. Angesichts der geopolitischen Entwicklungen und der wachsenden Bedeutung von Schlüsseltechnologien bleibt es eine vorrangige Aufgabe, präventive Sicherheitsstrategien weiterzuentwickeln und die Abwehrmaßnahmen gegen digitale Angriffe und Wirtschaftsspionage kontinuierlich zu stärken.

9.3 Entwicklungen in der Cyberabwehr

Im Jahr 2025 sahen sich KRITIS-Unternehmen, Verwaltungen und die Zivilgesellschaft in den NATO-Mitgliedstaaten vermehrt komplexen Cyberbedrohungen ausgesetzt. In den Fokus rückten dabei zunehmend auch Institutionen wie Kommunen, Vereine, Verbände und Unternehmen³²⁶. Angreifer betrachten sie als einfache Ziele, da sie oftmals über schwachstellenbehaftete IT verfügen und dies unter anderem zu Daten-Leaks führen kann.

Besonders Unternehmen, welche kritische Infrastrukturen betreiben – darunter Energieversorger und Abwasserentsorger, Gesundheitseinrichtungen, Verkehrssysteme/Logistik und Finanzinstitute – bleiben verstärkt im Visier staatlicher oder staatlich unterstützter Hackergruppen. Angreifer nutzen inzwischen auch Künstliche Intelligenz, um Schwachstellen schneller zu finden und auszunutzen. Die Zeiträume zwischen Entdeckung einer Schwachstelle und erfolgreichem Angriff haben sich durch den Einsatz Künstlicher Intelligenz stark verkleinert.³²⁷

Neu bekannt gewordene Schwachstellen weltweit nach Schweregrad

Anzahl. Revision der Statistik im Februar 2025. Vergleich mit früheren Publikationen nur eingeschränkt möglich.

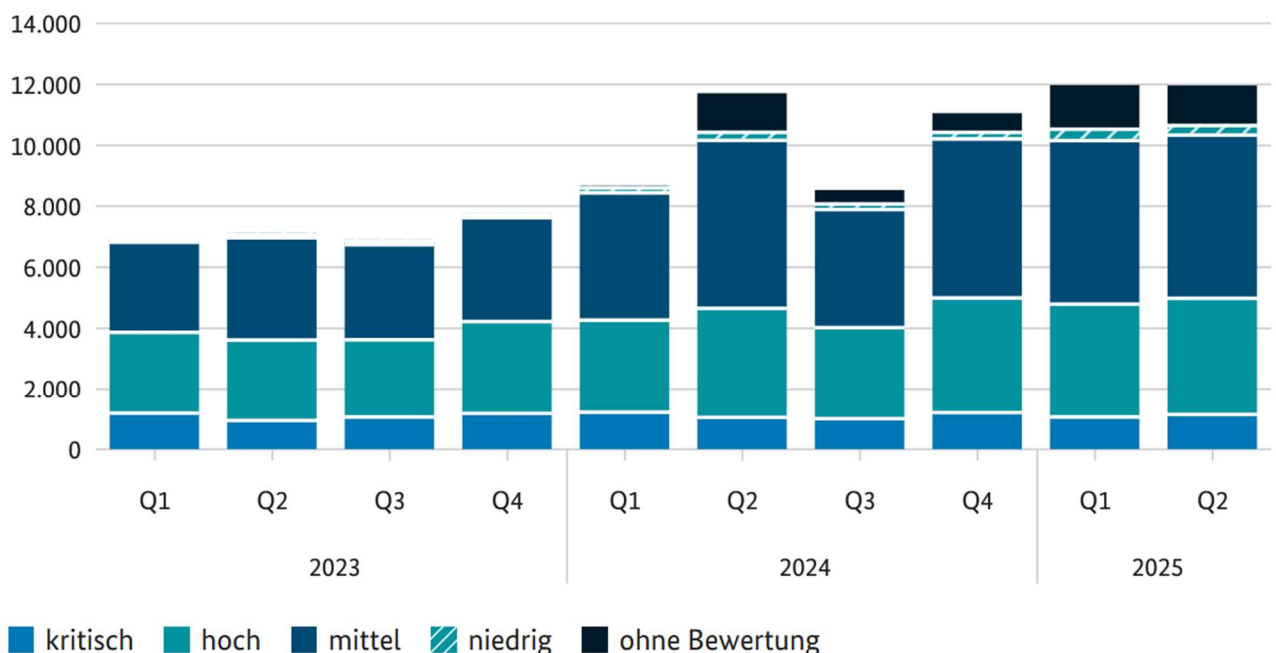


Schaubild 1: Quelle: <https://medien.bsi.bund.de/lagebericht/>, Abgerufen am 12.12.2025

Bei den angreifenden Akteuren handelt es sich beispielsweise um Staaten wie Russland, China, Iran sowie Nordkorea. Verfolgt werden häufig langfristige politische, wirtschaftliche oder militärische Ziele. Daten werden gestohlen, manipuliert und gezielt für Einflussnahmen sowie Störungen von Abläufen genutzt. Brandenburg ist dabei von Interesse, da das Land über wichtige Forschungsstätten, Verwaltungsnetzwerke und kritische Infrastrukturen verfügt, die für fremde Staaten von strategischem Wert sind. Ein vertieftes Verständnis über die Bedrohungsakteure und ihre Vorgehensweisen ist daher entscheidend, um Risiken frühzeitig zu erkennen, Schutzmechanismen wirksam auszubauen und die

³²⁶ BSI-Lagebericht 2025: <https://medien.bsi.bund.de/lagebericht/de/>.

³²⁷ BSI, https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/KI/Einfluss_KI_auf_Cyberbedrohungslage.pdf, letzter Zugriff am 12.12.2025.

digitale Souveränität Brandenburgs zu sichern.

Methoden der Cyberspionage: Die Folgen mangelnder Cybersicherheit anhand einer Microsoft-Lücke

Die Ausnutzung einer Microsoft SharePoint-Lücke (es handelt sich um eine Zusammenarbeitsplattform) soll hier exemplarisch für die vielfältigen Angriffsmöglichkeiten im digitalen Raum stehen. Bei der SharePoint-Lücke handelt es sich um ein je nach Updatestand schwachstellenbehaftetes Produkt, welches weltweit und damit auch in Brandenburg eingesetzt wird. Es handelt sich in diesem Fall um einen Microsoft-Service, welcher nach einem Angriff durch seine hohe Verbreitung und die Verbindung zu anderen Microsoft Diensten wie Outlook, Teams und OneDrive ein attraktives Ziel nicht nur für staatliche Angreifer darstellt³²⁸. Unter anderem hat Microsoft hier exemplarisch zwei chinesische staatliche Cyberakteure benannt, welche die Schwachstelle ausgenutzt haben.³²⁹ Es handelt sich um die Gruppen „Linen Typhoon“ and „Violet Typhoon“.

Für 2026 ist zu erwarten, dass Cyberbedrohungen weiter zunehmen und Brandenburg auf Grund seiner positiven Forschungs- und Wirtschaftsentwicklung sowie der strategischen Lage in Mitteleuropa ein interessantes Ziel für Angreifer jeglicher Couleur bleiben wird. Der Verfassungsschutz Brandenburg hat seine Fähigkeit, Cyberangriffsvorbereitungen zu analysieren und branchenspezifische Service- und Präventionsmaßnahmen anzubieten, im Jahr 2025 deutlich ausgebaut und trägt damit zu einem höheren Sicherheitsniveau bei.

³²⁸ BSI, BITS-H Nr. 2025-262781-1232, Version 1.2, 04.08.2025.

³²⁹ <https://www.microsoft.com/en-us/security/blog/2025/07/22/disrupting-active-exploitation-of-on-premises-sharepoint-vulnerabilities/>

10. Geheimschutz

10.1 Materieller Geheimschutz

„Verschlussachen“ sind Informationen oder Dokumente, die aus öffentlichem Interesse besonders sensibel behandelt und geheim gehalten werden müssen. Sie dürfen nur von autorisierten Personen eingesehen und bearbeitet werden. Verschlussachen können schriftliche Dokumente, Bildmaterial, gesprochene Worte und andere Informationsquellen umfassen. Dazu zählen zum Beispiel Fotos, auf denen sicherheitsempfindliche Gebäude abgebildet sind oder USB-Sticks, auf denen sich geheimhaltungsbedürftige Informationen befinden.

Es gibt unterschiedliche Geheimhaltungsgrade für Verschlussachen. Diese geben an, wie sensibel die Informationen sind und welche Sicherheitsmaßnahmen erforderlich sind, um sie zu schützen. Die Klassifizierung ist gesetzlich in folgende Geheimhaltungsgrade eingeteilt:

- „VS-Nur für den Dienstgebrauch“,
- „VS-Vertraulich“,
- „Geheim“ und
- „Streng Geheim“.

Die beiden erstgenannten Geheimhaltungsgrade kommen am häufigsten vor. Der mit den Geheimhaltungsgraden verbundene Geheimschutz umfasst sowohl materielle als auch personelle Aspekte. Dazu zählen zum Beispiel das Verschießen von Informationen in Panzerschränken, die bauliche Absicherung von Gebäuden oder die Beschränkung von Personen beim Zugang zu geheimhaltungsbedürftigen Informationen.

Der materielle Geheimschutz umfasst technische und organisatorische Maßnahmen gegen die unbefugte Kenntnisnahme von Verschlussachen. Der Verfassungsschutz berät und unterstützt andere Behörden und geheimschutzbetreute Unternehmen. Die Verschlussachenanweisung (VSA) des Landes Brandenburg bildet dafür die Grundlage. Sie enthält unter anderem Regelungen zur Aufbewahrung und Weitergabe von Verschlussachen.

Die Bearbeitung von Verschlussachen erfolgt heutzutage weitgehend digital. Dabei ergreift der Verfassungsschutz Brandenburg entsprechende Maßnahmen, um die Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität (Unverfälschtheit) der Daten zu schützen. Vor der Übermittlung werden die Daten verschlüsselt. Aufgrund der hohen Schutzbedürftigkeit der Daten erfolgt die Speicherung nach strengen Maßgaben, die über die des „IT-Grundschutz des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik“ hinausgehen. Ein regelmäßig überprüfbares und angepasstes IT-Sicherheitskonzept bildet dafür die Grundlage.

10.2 Personeller Geheimschutz

Zuverlässigkeitsüberprüfungen

Der Verfassungsschutz Brandenburg ist an der Zuverlässigkeitsüberprüfung von Personen beteiligt, die in speziellen Sicherheitsbereichen beschäftigt werden sollen beziehungsweise bereits sind. Ebenso betroffen sind Personen (beispielsweise Jäger, Sportschützen oder Waffenhändler), die Inhaber einer waffenrechtlichen Erlaubnis sind oder eine solche beantragt haben. Die wichtigsten Rechtsgrundlagen dafür sind das Luftsicherheits-, das Atom-, das Sprengstoff-, das Waffen- und das Jagdgesetz. Zusätzlich fällt der Abfrage des nachrichtendienstlichen Informationssystems zur Prüfung der Zuverlässigkeit nach der Gewerbeordnung eine wichtige Rolle zu, da Bewachungsaufgaben privater Wachschutzfirmen sehr stark an Bedeutung gewonnen haben. Gerade beim Schutz spezieller Objekte und von Großveranstaltungen hat die Ordnungsbehörde bei der Prüfung der Zuverlässigkeit des Beschäftigten die zuständige Verfassungsschutzbehörde einzubinden.

2025 gingen insgesamt 8.294 (2024: 9.984) Anfragen im Rahmen von Zuverlässigkeitsüberprüfungen ein, darunter: 4.660 (2024: 6.987) gemäß Luftsicherheitsgesetz, 89 (2024: 132) gemäß Atomgesetz, 943 (2024: 1036) gemäß Sprengstoffgesetz und 2.602 (2024: 1.829) gemäß Gewerbeordnung für das Bewachungsgewerbe. Darüber hinaus wurde der Verfassungsschutz in 21.036 Überprüfungen gemäß Waffengesetz (2024: 20.032) angefragt.

Überprüfung im Rahmen aufenthaltsrechtlicher Angelegenheiten

Im Rahmen gesetzlich vorgesehener Überprüfungen auf Hinweise zum Extremismus oder Terrorismus wirkt der Verfassungsschutz mit. Hierunter fallen aufenthaltsrechtliche Beteiligungsverfahren (§ 73 Absatz 3 AufenthG), Visa- (§ 73 Absatz 1 AufenthG) und Asylkonsultationsverfahren (§ 73 Absatz 1a und 3a AufenthG). Auch im Rahmen von Einbürgerungsverfahren wird eine Stellungnahme des Verfassungsschutzes (§ 37 Absatz 2 StAG) eingeholt. Die Aufgaben stehen in engem Zusammenhang mit dem Migrationsgeschehen und haben in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen.

Verfassungstreuecheck

Beamte haben eine besondere Treupflicht gegenüber unserem Staat und unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Vor diesem Hintergrund werden im Land Brandenburg Bewerber vor der erstmaligen Berufung in das Beamtenverhältnis auf ihre Verfassungstreue geprüft. Hierzu stellt die Einstellungsbehörde unter anderem eine Anfrage beim Verfassungsschutz (Verfassungstreuecheck), der Erkenntnisse übermittelt, wenn solche vorliegen. Im Jahr 2025 wurden 1.875 Anfragen an den Verfassungsschutz gestellt. In einem Fall wurden Erkenntnisse übermittelt. Darüber hinaus wurde durch den Verfassungsschutz in einem Fall auf Grund einer Anfrage nach § 30a Landesdisziplinargesetz Erkenntnisse übermittelt.

Sicherheitsüberprüfungen

Sicherheitsüberprüfungen sind Verfahren, die dazu dienen, die persönliche Vertrauenswürdigkeit von Personen zu überprüfen, die Zugang zu geheimhaltungsbedürftigen Informationen erhalten sollen oder sich diesen verschaffen können. Diese Überprüfungen können für verschiedene Personengruppen durchgeführt werden, wie zum Beispiel für Angehörige des öffentlichen Dienstes oder sicherheitsrelevanter Unternehmen. Eine Person, die Zugang zu Verschlusssachen des Geheimhaltungsgrades „VS-Vertraulich“ oder höher erhalten soll oder sich verschaffen kann, ist zuvor einer Sicherheitsüberprüfung nach dem Brandenburgischen Sicherheitsüberprüfungsgesetz (BbgSÜG) zu unterziehen.

„Verschlussachen“ (VS) sind im öffentlichen Interesse geschützte Informationen, deren Preisgabe die Sicherheit der Menschen und die unseres freiheitlichen demokratischen Rechtsstaats gefährden würden. Diese besonders zu schützenden Informationen sollen naturgemäß nur bestimmten Personen zugänglich sein. Sicherheitsüberprüfungen sind somit ein wesentlicher Bestandteil des Schutzes von „Verschlussachen“.

Die Sicherheitsüberprüfung wird nur mit Zustimmung der zu überprüfenden und gegebenenfalls der mitbetroffenen Person(en) durchgeführt, das kann zum Beispiel der Lebensgefährte der betroffenen Person sein. Die Behörde, in der die Person sicherheitsempfindlich eingesetzt werden soll, leitet die Sicherheitsüberprüfung ein und beauftragt die Durchführung beim Personellen Geheimschutz des Verfassungsschutzes Brandenburg. Im Rahmen dieser Überprüfungen werden verschiedene Aspekte der Person beleuchtet, darunter ihre persönliche und berufliche Vergangenheit, mögliche Verbindungen zu extremistischen Gruppen oder Organisationen sowie andere Faktoren, die die Sicherheit gefährden könnten. Dazu gehören zum Beispiel Zweifel an der Zuverlässigkeit einer Person oder Hinweise auf Versuche, sie durch fremde Nachrichtendienste anzuwerben. Zweifel am Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung stellen ebenso ein Sicherheitsrisiko dar. Ziel ist es, potenzielle Risiken frühzeitig zu erkennen und so die Sicherheit staatlichen Handelns zu gewährleisten. Wenn solche Risiken erkannt werden, kann die Person nicht mit einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit betraut werden.

Die Höhe der Sicherheitsüberprüfung (Ü1 / Ü2 / Ü3) richtet sich nach der Einstufung und der Anzahl der Verschlussachen, zu denen eine Person künftig Zugang haben darf oder sich verschaffen kann. Nach den durchgeführten Überprüfungsmaßnahmen spricht der Verfassungsschutz Brandenburg eine Empfehlung über den Abschluss der Sicherheitsüberprüfung aus. Das Verfahren soll potenzielle Sicherheitsrisiken bei den Betroffenen erkennen, um die Geheimhaltung sensibler Informationen sicher zu stellen.

Solche Anhaltspunkte können selbstverschuldet sein (Straftaten, finanziell bedenklicher Lebensstil) oder bei der mitbetroffenen Person bestehen, sofern diese in eine Sicherheitsüberprüfung einbezogen wurde. Das könnte beispielsweise ein Ehepartner mit einer erheblichen Anzahl an Straftaten sein. In solchen Fällen kann es unter Umständen wegen vorliegender Sicherheitsrisiken zur Ablehnung kommen.

Seit Juni 2024 sind nunmehr auch Sicherheitsüberprüfungen im Bereich der lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen möglich (vorbeugender personeller Geheimschutz). Dabei wird Personal überprüft, das zwar keinen Zugang zu Verschlussachen hat, aber an besonders sensiblen Funktionen der Verwaltung eingesetzt ist und deren uneingeschränkter Betrieb für das Funktionieren des Staats- und Gemeinwesens unabdingbar ist (zum Beispiel: zentrale IT-Standorte).

Im Jahr 2025 wirkte der Verfassungsschutz Brandenburg an insgesamt 580 (2024: 417) Sicherheitsüberprüfungen mit. Die Überprüfungen wurden für mehr als 20 Behörden des Landes Brandenburg durchgeführt. Die Wichtigsten sind Polizei, Staatskanzlei, andere Ministerien, Landtag, Gerichte sowie Staatsanwaltschaften.

11. Verfassungsschutz durch Aufklärung

11. Verfassungsschutz durch Aufklärung

Unsere Demokratie ist verwundbar. Deswegen sammelt der Verfassungsschutz Erkenntnisse über Extremisten und ihre Strukturen. Diese verstauben aber nicht in Tresoren. Vielmehr ist der Verfassungsschutz als Demokratiedienstleister ein Frühwarnsystem. Daher werden Sicherheitsbehörden, Verwaltungen aber auch Bürgerinnen und Bürger über Bestrebungen gegen unsere Demokratie informiert. Darauf stützt sich unsere wehrhafte Demokratie. Der Verfassungsschutz Brandenburg klärte im Jahr 2025 daher wieder intensiv über extremistische Phänomenbereiche, Wirtschaftsschutz und hybride Bedrohungslagen auf. Dabei setzte er auf ein breites Angebot wie Vorträge, Teilnahmen an Podiumsdiskussionen und Fachtagungen. Insgesamt nahmen an den 145 (2024: 113) Vorträgen rund 7.800 (2024: rund 6.000) interessierte Bürgerinnen und Bürger teil.

14.565 Kilometer (2024: 10.463) legten Verfassungsschützer dafür im Land zurück. Ein Teil der Vorträge wurde zudem online absolviert. In Kontakt kamen sie dabei mit einer breiten Öffentlichkeit: interessierte Bürger, Schüler und Lehrer, Justizbedienstete, Polizisten, Soldaten, Unternehmensmitarbeiter, Sozialarbeiter, Auszubildende, Feuerwehrleute, Verwaltungsmitarbeiter, Studenten und viele mehr. Damit summiert sich die Zahl solcher Veranstaltungen seit dem Jahr 2008 auf 1.720. Rund 68.900 Interessierte nahmen in dieser Zeit daran teil. Auffällig ist: Schulen rufen wieder stärker die Expertise des Verfassungsschutzes ab. Daher wurde innerhalb des Verfassungsschutzes im Frühjahr 2025 für dieses Anliegen speziell die „AG Schule“ eingerichtet.

Die „AG Schule“ konzentriert sich entsprechend der Lage in Brandenburg inhaltlich im Wesentlichen auf den Rechtsextremismus. Vor allem Informationen zu Erkennungsmerkmalen, Mediennutzungen, Strategien und zum Aufbau der rechtsextremistischen Szene im Land sind gefragt. Auf weitere extremistische Phänomenbereiche wie beispielsweise Islamismus oder Linksextremismus wird ebenso eingegangen. Die Informationsangebote richten sich vor allem an Lehrkräfte, Schulleiter und Schulräte. Einen weiteren wichtigen Partner stellt die „Landesschule und Technische Einrichtung für Brand- und Katastrophenschutz“ (LSTE) dar. An der LSTE befinden sich Angehörige der Feuerwehren in Ausbildung. Die „AG Schule“ ist dort im Rahmen von Führungskräftelehrgängen in der Wissensvermittlung im Themenfeld Extremismus fest eingebunden.

Mit seinem Infostand war der Verfassungsschutz beim Brandenburg-Tag in Perleberg und beim Landesjugendlager der Landesjugendfeuerwehr in Brandenburg an der Havel vertreten. Auf dem Deutschen Präventionstag in Augsburg informierte er zudem über sein Aussteigerprogramm "WageMUT" und über die seit dem Jahr 2008 bestehende Kooperation "Oranienburger Reihe". Bei dieser stand im Jahr 2025 die Veranstaltung „Heranwachsende als Extremisten und Straftäter: Was tun, wenn Täter immer jünger werden?“ im Zentrum. Insgesamt 300 Teilnehmer konnten im Oktober an der „Justizakademie des Landes Brandenburg“ in Königs Wusterhausen begrüßt werden. Die Kooperationspartner haben damit seit 2008 insgesamt 54 ganztägige Veranstaltungen für rund 3.350 kommunale Entscheidungsträger angeboten. Die Reihe wird 2026 fortgesetzt. Die Kooperationspartner der "Oranienburger Reihe" sind: Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg, demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung, Städte- und Gemeindebund, Landkreistag, Hochschule der Polizei, Brandenburgische Kommunalakademie, Niederlausitzer Studieninstitut für kommunale Verwaltung und der Verfassungsschutz Brandenburg.

12. Ausstiegs- und Distanzierungsprogramm „wageMUT“

12. Ausstiegs- und Distanzierungsprogramm „wageMUT“



Ausstiegs- und Distanzierungsprogramm „wageMUT“

Seit 2023 bietet das Ausstiegs- und Distanzierungsprogramm „wageMUT“ des Verfassungsschutzes Brandenburg Hilfe für Extremisten an. „wageMUT“ unterstützt Menschen, die ein Leben ohne Extremismus und Gewalt leben wollen. Das Angebot richtet sich grundsätzlich an Extremisten aller Phänomenbereiche, wobei der Schwerpunkt mit Blick auf die Lage in Brandenburg auf dem Rechtsextremismus liegt.

Das Programm ist mit vielen Behörden in Brandenburg vernetzt. Somit sind die Beratungsangebote und die Hilfe für Ausstiegswillige auf eine breite Basis gestellt. Aufgrund der engen und vertrauensvollen Kooperation mit der Polizei in Brandenburg verfügen die „Ausstiegsbegleiter“ über einen guten Zugang zu potenziellen Interessenten. Im Jahr 2025 wandten sich vor allem jüngere Menschen an die Unterstützung des Programms.

Als staatliches Programm leistet „wageMUT“ wie viele andere Aussteigerprogramme in Deutschland einen wichtigen Beitrag zur Inneren Sicherheit, indem es zielgerichtete Maßnahmen der Deradikalisierung umsetzt und damit mögliche Straftaten verhindern kann. Jede ausstiegswillige Person kann Kontakt zu „wageMUT“ über die Telefonhotline, die E-Mail-Adresse von „wageMUT“, das Kontaktformular auf der Homepage oder über die allgemeine Erreichbarkeit des brandenburgischen Verfassungsschutzes aufnehmen.

Ablauf der Ausstiegsbegleitung

Ausstiegsprozesse sind in der Regel langwierig. Die psychosoziale Stabilisierung Ausstiegswilliger und die systematische Aufarbeitung der extremistischen Ideologie stehen dabei im Mittelpunkt der Arbeit. Beides soll Ausstiegswilligen zum selbstbestimmten Leben in der demokratischen Gesellschaft verhelfen. Eine nachhaltige Distanzierung vom Extremismus gelingt nur, wenn ein eigener Ausstiegswille und eine grundsätzliche Gesprächsbereitschaft vorhanden sind.

Zunächst geht es um den Aufbau einer vertraulichen und tragfähigen Arbeitsbeziehung zwischen der ausstiegswilligen Person und den Ausstiegsbegleitern. Danach sollen persönliche Einstiegsmotive in die Szene und extremistische Einstellungsmuster besprochen und analysiert werden. Dies beinhaltet zum Beispiel historische, politische oder kulturelle Themen, aber auch die Aufarbeitung des eigenen Radikalisierungsprozesses. Die kritische Auseinandersetzung mit der extremistischen Vergangenheit zielt darauf ab, Impulse für eigene Reflexions- und Bewusstwerdungsprozesse zu setzen. Den Kern der Ausstiegsbegleitung bilden daher regelmäßige persönliche Gespräche sowie verhaltenstherapeutische und sozialpädagogische Interventionen. Die Stabilisierung der persönlichen Lebensverhältnisse ist eine wesentliche Grundlage für einen erfolgreichen Ausstieg.

Personen, die sich aus einer extremistischen Szene lösen möchten, sehen sich in der Regel mit vielfältigen Problemlagen konfrontiert. Arbeitslosigkeit, Veränderungen des sozialen Umfeldes, Freizeitgestaltung oder auch die Herausforderung, den Alltag plötzlich allein bewältigen zu müssen, können Hindernisse beim Aufbau eines Lebens außerhalb der gewohnten Struktur sein.

Langfristig sollen die Programmteilnehmer befähigt werden, eigene Zukunftsperspektiven zu entwickeln, neue Lösungsideen mit der nötigen Unterstützung zu erarbeiten und diese schrittweise umzusetzen. Dabei gilt, dass die Ausstiegsbegleiter lediglich zu einer Veränderung ermutigen oder andere Wege aufzeigen können.

Die Veränderung des Verhaltens und der Einstellung jedoch liegt in der Verantwortung der Ausstiegswilligen selbst. Grundsätzlich endet die Ausstiegsbegleitung, wenn eine erfolgreiche Abwendung von der extremistischen Szene erfolgt ist, extremistische Handlungsmuster abgelegt wurden, eine Abkehr von möglicherweise vorhandener Gewalttätigkeit eingetreten ist sowie im Idealfall ein Gefühl der Zugehörigkeit zur Gesellschaft entstanden ist.

Ein weiterer Bestandteil der Arbeit von „wageMut“ ist das proaktive Zugehen auf Extremisten. Die Ausstiegsbegleiter sind über die Entwicklungen in den extremistischen Szenen durch Lagebilder und einem intensiven Kontakt zur Polizei stets informiert. Bei ersten Hinweisen, dass sich Akteure von der Szene lösen wollen, kann „wageMut“ zeitnah reagieren und an Akteure herantreten. Darüber hinaus wird „wageMut“ bei der Suche nach potenziell Ausstiegswilligen und bei der Begleitung im konkreten Ausstiegsprozess durch ein weitreichendes Netzwerk auf kommunaler Ebene, Landes- und Bundesebene unterstützt.



Aussteiger insgesamt seit Programmeinführung

2023-2025 (ohne Angehörige / Umfeld)



* ruhende Betreuung aufgrund persönlicher Krisen (Inhaftierung, Arbeitsplatzverlust, therapeutischer Beratung, Veränderung persönlicher Beziehungen, etc.)

Mitarbeit im bundesweiten Kooperationsnetzwerk der „AG Deradikalisierung Rechtsextremismus“

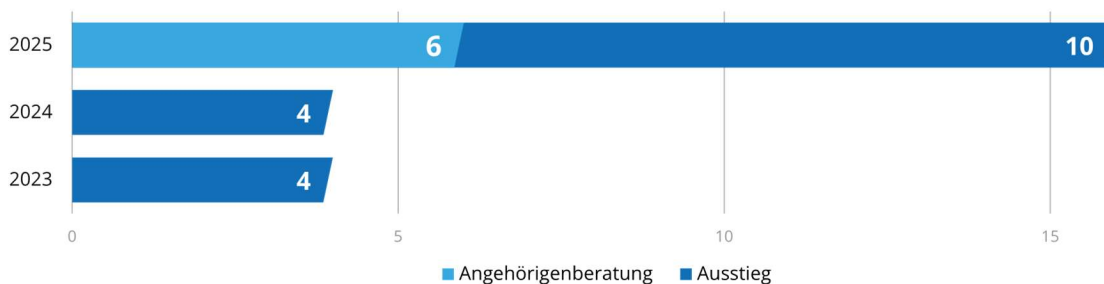
Um einen schnellen und zielgerichteten Austausch von Informationen zwischen Präventionsakteuren aus Bund und Ländern zu erleichtern und den gemeinsamen methodischen Austausch zu stärken, wurde 2023 im „Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum“ (GETZ) die „Arbeitsgruppe Deradikalisierung Rechtsextremismus“ eingerichtet. Sie ist eine Kooperations- und Kommunikationsplattform im GETZ und vernetzt Behörden und Einrichtungen aus Bund und Ländern, die staatliche Präventionsarbeit im Bereich Rechtsextremismus leisten. In diesem Rahmen hat „wageMUT“ im Oktober 2025 die jährliche Bund-Länder-Tagung für alle staatlichen Ausstiegsprogramme Deutschland im Bereich Rechtsextremismus in Brandenburg ausgerichtet.

Vernetzung im Land Brandenburg

„wageMUT“ hat sich im Jahr 2025 durch Vorträge und Beratungsangebote weiter vernetzt. Besonders intensiviert wurde die Zusammenarbeit mit der Polizei, dem Landeskriminalamt, dem Strafvollzug in Brandenburg, den kommunalen Jugendämtern sowie anderen Präventionsakteuren, wie dem Verein „Haftvermeidung durch soziale Integration“ (HSI). Der Verein ist ein Netzwerk von Trägern der Straffälligenhilfe in Brandenburg, welcher sich für die soziale und berufliche Integration von haftentlassenen und haftgefährdeten Menschen einsetzt. „wageMUT“ hat zudem erste Kontakte zu den brandenburgischen Rückkehrinitiativen geknüpft, um in Zukunft ausstiegswilligen Personen, die aus anderen Bundesländern nach Brandenburg übersiedeln, erste Kontakte, Berufsangebote und Vernetzungsmöglichkeiten außerhalb der extremistischen Szene anzubieten.

Ausstiegs- und Distanzierungsprogramm WageMut

Bilanz seit 2023



Kontakt zu wageMUT

E-Mail: wagemut@mik.brandenburg.de

Telefon: 0151 / 159 357 36

Website mit Kontaktformular: mik.brandenburg.de/wagemut



Diese Informationsschrift wird kostenlos im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer einzelnen Mitglieder zu verwenden.

Landesregierung Brandenburg
Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (MIK)
Abteilung Verfassungsschutz
Henning-von-Tresckow-Straße 9-13
14467 Potsdam
E-Mail: info@verfassungsschutz-brandenburg.de
Internet: mik.brandenburg.de/verfassungsschutz